

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

123. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XI. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 12. und Freitag, 13. Dezember 1968

Tagesordnung	
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969	Entschließungsantrag Adam Pichler betreffend Fremdenverkehrsförderungskonzept (S. 10378) Annahme der Beratungsgruppe IX (S. 10444)
Spezialdebatte	
Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie	
Inhalt	
Fragestunde	Eingebracht wurden
Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Zeillinger (1977/M, 1980/M), Thalhammer (2014/M, 1970/M, 2008/M), Doktor Scrinzi (1940/M), Robert Weisz (2018/M), Konir (2019/M), Glaser (1985/M, 1989/M), Dipl.-Ing. Tschida (1986/M), Moser (2016/M), Dr. Hauser (1949/M), Lona Murowatz (1956/M), Melter (1993/M, 1995/M), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (2036/M, 1991/M), Meiβl (1981/M), Robak (1996/M), Dr. van Tongel (2000/M), Ing. Spindelegger (2031/M) und DDr. Pittermann (1957/M) (S. 10342)	
Geschäftsbehandlung	Anfragen der Abgeordneten
Unterbrechung der Sitzung (S. 10403)	Peter, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Verbesserung des wirtschaftskundlichen Unterrichtes (1045/J)
Erklärung ex praesidio, betreffend Unterfertigung des Ausschußberichtes 1086 d. B. (S. 10403)	Dr. Scrinzi, Meiβl und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Rückstand Österreichs bezüglich des Abkommens zum Schutze des gewerblichen Eigentums (1046/J)
Bundesregierung	Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend zeit- und kostensparende Abwicklung der Kontrolle der Einmalspritzen (1047/J)
Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 10353)	Meiβl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Verteuerung importierter Fernsehgeräte (1048/J)
Ausschüsse	Ströer, Dr. Hertha Firnberg und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Lehrauftrag für Dr. Armin Mohler (1049/J)
Zuweisung der Regierungsvorlage 985 (S. 10353)	Haas, Lukas, Ströer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Verwendung von Förderungsausgaben unter dem finanzgesetzlichen Ansatz 1/13066 (1050/J)
Ablehnung einer Fristsetzung für Berichterstattung über 74/A (S. 10354)	Eberhard, Troll und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Erhöhung des derzeit zulässigen Betriebsgeräusches bei Kraftfahrzeugen (1051/J)
Verhandlungen	Dr. Scrinzi, Meiβl und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend den Rückstand Österreichs bezüglich des Abkommens über die internationale Registrierung von Fabriks- und Handelsmarken (1052/J)
Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 d. B.)	Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend unzureichende räumliche Unterbringung des Patentamtes (1053/J)
Spezialdebatte	
Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie	
Spezialberichterstatter: Scherrer (S. 10354)	Anfragebeantwortung
Redner: Kostroun (S. 10355), Ing. Sallinger (S. 10362), Peter (S. 10369), Kulhanek (S. 10374), Adam Pichler (S. 10377), Marberger (S. 10381), Bundesminister Mitterer (S. 10387 und S. 10436), Meiβl (S. 10393), Dr. Staribacher (S. 10400), Müller (S. 10403), Krempel (S. 10406), Dr. Hertha Firnberg (S. 10411), Thalhammer (S. 10416), Pay (S. 10423) und Dkfm. Androsch (S. 10431 und S. 10442)	Eingelangt ist die Antwort
	des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Pölz und Genossen (918/A. B. zu 956/J)

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 20 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zeiter
Präsident: Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter
Präsident: Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 121. Sitzung des Nationalrates vom 4., 9. und 10. Dezember 1968 ist in der Kanzlei aufgelegen, unbeantwortet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 15 Uhr 21 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundeskanzleramt

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Zeillinger (*FPÖ*) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Arbeitsaufwand für das Schreiben vom 21. November 1968 betreffend Zeit- und Kostenaufwand zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen.

1977/M

Wie lange haben die Beamten aller Verwendungsgruppen an Ihrem Schreiben vom 21. November 1968, betreffend den sich aus der Beantwortung von parlamentarischen Anfragen ergebenden Zeit- und Kostenaufwand, von der Ausarbeitung der Unterlagen bis zur Fertigstellung des Briefes, gearbeitet?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Der Arbeitsaufwand für die Erstellung dieses Schreibens hat 22 Stunden betragen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Wie kommt es, Herr Bundeskanzler, daß diese sehr komplizierte Ausarbeitung 22 Stunden brauchte, während eine einfache Anfrage an Sie 855 Minuten benötigt?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Diese anderen schriftlichen Anfragen haben oft mit verschiedenen Ministerien Kontakte oder gar Korrespondenzen zur Voraussetzung. Dieses Schreiben ist allein im Bundeskanzleramt fertiggestellt worden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Halten Sie diese Ausarbeitung, wie sie im Brief vom 21. November 1968 den Mitgliedern des Finanzausschusses übermittelt worden ist, als im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsreform gelegen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Es gehört mit zu den Grundsätzen einer Rationalisierung der Verwaltung, daß man sich über die Zeitdauer und über die mit den Arbeiten verbundenen Kosten ein Bild macht. Was heute schon in jedem mittleren und kleineren Betrieb eine Selbstverständlichkeit ist, daß man eine präzise Arbeitsvorbereitung macht, daß man eine Kostenberechnung, eine Kalkulation, auch eine Berechnung der notwendigen Zeiten für einen Arbeitsvorgang sich zurechtlebt, das ist in einer modernen Verwaltung ebenso von erheblicher Bedeutung und Wichtigkeit. (*Abg. Dr. Broda: Wurde für die Ausarbeitung dieses Briefes eine Prämie ausgesetzt? — Abg. Doktor Withalm: Sie haben doch keine Zusatzfrage!*)

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Thalhammer (*SPÖ*) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Amtsbesprechungen unter Vorsitz von Staatssekretär Pisa.

2014/M

Haben seit der sogenannten Amtsbesprechung vom 9. und 10. Februar 1968 weitere derartige Besprechungen, insbesondere unter dem Vorsitz von Staatssekretär Pisa, stattgefunden?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Seit der Amtsbesprechung, sehr geehrter Herr Abgeordneter, vom 9. und 10. Februar 1968 haben weitere derartige Besprechungen unter dem Vorsitz von Staatssekretär Pisa nicht stattgefunden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundeskanzler! Diese Besprechungen sind doch seinerzeit einberufen worden, um die Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit in einzelnen Ministerien vorzunehmen. Sind seit dieser Amtsbesprechung diese Gründe weggefallen, hat kein Interesse mehr bestanden, die Koordinierung vorzunehmen, oder sind andere Gründe maßgebend, daß eine Einberufung einer weiteren Amtsbesprechung unterlassen wurde?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Im Gegenteil, Herr Abgeordneter! Es findet nur nicht mehr eine Amtsbesprechung von dieser Dauer — zwei Tagen — und in dieser Zusammensetzung und an jenem Orte, an dem die Antrittsbesprechung stattgefunden hat, statt. Wohl aber wird nach jeder Sitzung des Ministerrates eine Information an die Referenten für Öffentlichkeitsarbeit der ein-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10343

Bundeskanzler Dr. Klaus

zellen Ministerien durch den Staatssekretär Pisa erteilt, um alle für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen diesen Referenten zugänglich zu machen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundeskanzler! Anläßlich der Beantwortung der dringlichen Anfrage, die wir seinerzeit gestellt haben, haben Sie ausdrücklich festgestellt, daß es seinerzeit, am 9. und 10. Februar, eine Dienstbesprechung gewesen ist. Anläßlich der Beantwortung einer mündlichen Anfrage haben Sie dann die Erklärung abgegeben, daß allenfalls damals der Herr Euler in seiner Eigenschaft als Mitglied der Bundesparteileitung an dieser Besprechung teilgenommen hat. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch zwischen der ersten Feststellung, daß das eine Dienstbesprechung gewesen wäre, und der Erklärung, daß Herr Euler allenfalls als Angestellter der Bundesparteileitung der ÖVP an dieser Besprechung teilgenommen hat?

Was haben — das ist die konkrete Frage — Angestellte der Bundesparteileitung der ÖVP bei einer Dienstbesprechung zu suchen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Es handelte sich bei dieser Besprechung um eine Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Die Bundesregierung wird von der Regierungspartei, von der Österreichischen Volkspartei, allein gestellt. Es ist durchaus demokratisch, durchaus üblich und wird von mir mit voller Überzeugung vertreten, daß zu solchen Amtsbesprechungen oder Dienstbesprechungen auch Öffentlichkeitsreferenten der Österreichischen Volkspartei beigezogen werden. (Abg. Probst: Das ist die „Entpolitisierung“! — Abg. Libal: Damit sind die letzten Klarheiten beseitigt!)

Präsident: Danke, Herr Bundeskanzler.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Thalhammer (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz, betreffend Auflösung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten.

1970/M

Ist es richtig, daß in dieser Legislaturperiode nicht mehr mit der Einbringung einer Novelle zum Gerichtsorganisationsgesetz, betreffend die Auflösung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten, zu rechnen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Klecaksky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bundesregierung hat am 3. Dezember 1968 beschlossen, an den Verfassungsgerichtshof den Antrag

zu richten, der Verfassungsgerichtshof wolle gemäß Artikel 138 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes feststellen, ob beziehungsweise inwieweit die Erlassung und Vollziehung eines Gesetzes, mit dem Bezirksgerichte zusammengelegt werden, in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt.

Über den Zeitpunkt, in dem über diesen Antrag eine Entscheidung getroffen werden wird, kann ich keine Auskunft geben, da der Gang dieses Verfahrens ausschließlich vom Verfassungsgerichtshof bestimmt wird. Noch weniger kann über die sich aus dieser Entscheidung ergebenden Kompetenzen etwas ausgesagt werden und ebensowenig darüber, wann und in welcher Form das Bundesministerium für Justiz einen Gesetzentwurf in der den Gegenstand der Anfrage bildenden Angelegenheit einbringen wird, zumal dies vom Inhalt des zu gewärtigenden Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes abhängt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Die Auflösung von Bezirksgerichten hat in den betroffenen Gemeinden und Gebieten natürlich schon erhebliche Aufregung verursacht. Nun haben verschiedene Bürgermeister Protestversammlungen einberufen, und eine dieser Protestversammlungen war auch in Oberösterreich. Dort haben Abgeordnete der Regierungspartei sehr dezidierte Erklärungen abgegeben, daß in dieser Legislaturperiode nicht mehr mit der Einbringung eines solchen Gesetzesantrages zu rechnen ist.

Haben diese Erklärungen Ihre Zustimmung gefunden, beziehungsweise sind diese Erklärungen mit Ihrer Zustimmung dort abgegeben worden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecaksky: Diese Erklärungen, von denen Sie sprechen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, sind nicht im Einvernehmen mit mir abgegeben worden. Ich bin auch kein Abgeordneter.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Was war eigentlich der Anlaß, daß der Verfassungsgerichtshof jetzt erst mit dieser Materie beschäftigt worden ist, nachdem schon die verschiedenen Betroffenen vorher informiert worden sind? Wäre es nicht möglich gewesen, bevor das nach außen dringt, den Verfassungsgerichtshof zu befassen und die Kompetenzfeststellung vornehmen zu lassen?

Präsident: Herr Minister.

10344

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Dr. Klecatsky: Das ist nicht möglich gewesen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, und zwar deswegen nicht, weil der Gesetzentwurf, der von uns ausgesendet worden ist und auf den Sie Bezug nehmen, eben erst die Fragen ausgelöst hat, die jetzt dem Verfassungsgerichtshof zur Klärung vorgelegt worden sind.

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Doktor Scrinzi (*FPÖ*) an den Herrn Justizminister, betreffend Auslieferungsgesetz.

1940/M

Da die zwischen Österreich und verschiedenen Staaten bestehenden Auslieferungsverträge sowie der Rechtshilfeerlaß in Strafsachen vom 13. Juli 1957 keine befriedigende Regelung dieser wichtigen Rechtsmaterie darstellen, frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob Sie einen Ministerialentwurf für ein Auslieferungsgesetz ausarbeiten lassen werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die mit der Vorbereitung der Ratifikation des dem Hohen Haus bereits zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegten Europäischen Auslieferungsübereinkommens befaßte Abteilung des Bundesministeriums für Justiz hat schon vor Jahren mit der Ausarbeitung des Entwurfs zu einem Auslieferungsgesetz begonnen. Diese Vorarbeiten haben bereits zu konkreten Ergebnissen geführt, die aber jetzt noch unter dem Gesichtswinkel des allgemeinen Völkerrechtes und auch unter dem Gesichtswinkel der Bundesverfassung einer Prüfung unterzogen werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundesminister! Bestehen derzeit Abkommen oder Verträge dieser Art zwischen Österreich und Italien?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Jawohl.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Scrinzi: Herr Bundesminister! Bestehen derartige Verträge zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Darüber kann ich im Augenblick keine Auskunft geben. Ich werde aber Ihre Frage umgehend beantworten.

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Robert Weisz (*SPÖ*) an den Herrn Justizminister, betreffend gerichtliche Vorerhebungen im Zusammenhang mit jüngst aufgedeckten Spionageaffären.

2018/M

Gegen wieviel Personen sind gerichtliche Voruntersuchungen beziehungsweise gerichtliche Vorerhebungen wegen des Verdachtes des Verbrechens des Mißbrauchs der Amtsgewalt (Verleitung beziehungsweise Beihilfe zum Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt) begangen im Zusammenhang mit den jüngst aufgedeckten Spionageaffären anhängig?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Anfrage bezieht sich auf Verfahren wegen des Verdachtes des Verbrechens des Mißbrauchs der Amtsgewalt beziehungsweise Verdachtes der Verleitung oder Beihilfe zum Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt. Laut der letzten Mitteilung der zuständigen Staatsanwaltschaft Wien sind im Zusammenhang mit den jüngst aufgedeckten Spionageaffären beim Landesgericht für Strafsachen Wien derzeit gegen drei Personen gerichtliche Voruntersuchungen wegen Verdachtes des Verbrechens des Mißbrauchs der Amtsgewalt beziehungsweise der Verleitung dazu anhängig.

Präsident: 6. Anfrage: Abgeordneter Konir (*SPÖ*) an den Herrn Justizminister, betreffend Übermittlung von Akten des Strafverfahrens gegen Viktor Müllner an die Finanzämter.

2019/M

Werden Sie im Hinblick auf die Erklärung des Herrn Finanzministers vom 13. November dieses Jahres, die die Leistung eines Betrages in der gerichtlich festgestellten Höhe von rund 5 Millionen Schilling durch Viktor Müllner an die ÖVP betreffenden Akten der Finanzämter befanden sich noch beim zuständigen Strafgericht, dafür Sorge tragen, daß diese Akten unverzüglich im Original oder in Ablichtung den Finanzämtern übermittelt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Entscheidung der Frage, ob und inwieweit die einem gerichtlichen Strafakt, der ein noch nicht rechtskräftig beendete Strafverfahren betrifft, angeschlossenen Finanzakten den Finanzämtern übermittelt oder abgelichtet werden können, obliegt dem Gericht und ist daher meiner Ingerenz entzogen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Bundesminister! Am 13. November habe ich den Herrn Finanzminister gefragt, und er hat geantwortet, das Verfahren sei erschwert, weil die Gerichte die Akten der Finanzämter angefordert haben. Nun habe ich vor Monaten den Herrn Finanzminister x-mal darauf aufmerksam gemacht, daß es seine Aufgabe wäre, die Conti-Bank zu überwachen und zu überprüfen. Schließ-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10345

Konir

lich hat er das immer verzögert und sich ausgeredet, und zum Schluß ist das Ergebnis herausgekommen, das bekannt ist.

Nun frage ich Sie: Man hat also von den Finanzämtern die Akten angefordert. Es wäre doch möglich gewesen, statt der Akten Fotokopien zu verlangen, und die Finanzämter hätten dann weiterarbeiten können. Wäre dieser Weg möglich gewesen oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecaksky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Darüber steht mir deshalb kein Urteil zu, weil, wie Sie selbst sagen, diese Finanzakten von einem Gericht angefordert worden sind. Derzeit befinden sich diese Akten als Bestandteile eines Gerichtsaktes beim Obersten Gerichtshof.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Konir: Herr Bundesminister! Ich bin zwar kein Jurist, aber ich glaube annehmen zu können, daß in Verwaltungsfragen der Gerichte Sie auch zuständig sind, daß Sie also Weisungen geben könnten. Wäre es außerdem möglich, daß die Beamten der Finanzämter in die Akten Einschau nehmen hätten können und so eventuell zu Ergebnissen hätten kommen können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecaksky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mir stehen Weisungen in dieser Hinsicht nicht zu, weil eben diese Akten auf Grund von Gerichtsbeschlüssen, wie ich schon sagte, von einem Gericht eingeholt worden sind.

Sie fragen weiter, ob die Organe der Finanzverwaltung Einsicht nehmen können in die Gerichtsakten und damit auch in die Akten der Finanzämter. Derartige Anträge zu stellen sind in meinen Augen die Finanzorgane berechtigt, darüber zu entscheiden sind die Gerichte zuständig.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Glaser (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Inneres, betreffend zivile Verkehrsstreifen.

1985/M

Werden auf Grund der bisherigen Erfahrung weitere zivile Verkehrsstreifen eingesetzt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Inneres Soronics: Herr Abgeordneter! Der Einsatz der Zivilstreifen für Zwecke der Verkehrsüberwachung ist eine Angelegenheit der Vollziehung der

Straßenverkehrsordnung 1960 und kann daher gemäß Artikel II Z. 4 Bundes-Verfassungsgesetz nur von den Ländern angeordnet werden.

Bei der Verkehrssicherheitskonferenz, wo bekanntlich ja auch die Bundesländer vertreten sind, wurde der vermehrte Einsatz der Zivilstreifen besprochen und empfohlen. Bei dem Sommerreiseverkehr hat sich die Sache gut bewährt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Herr Bundesminister! Ich darf also festhalten, daß sich — nach Ihrer Auskunft — diese Einführung bewährt hat. Meine Frage geht nun dahin: In welcher Form geben sich zivile Verkehrsstreifen zu erkennen, oder ist ihr Einschreiten nur in Form von Verwaltungsanzeigen spürbar?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Hauptsächlich durch die Anzeigen. Das ist ja die Tarnung der Zivilstreifen. Aber wir haben Vorsorge getroffen, daß auf diesem Posten wirklich ausgesuchtes Personal eingesetzt wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Sehen Sie keine Möglichkeit, Zivilstreifen etwa mit einem besonderen Verkehrsstab oder auf irgendeine andere Art und Weise auszurüsten, um gegebenenfalls auch tatsächlich an Ort und Stelle eingreifen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Diese Frage ist bei der letzten Besprechung aufgetaucht, und ich hoffe, daß es möglich sein wird, im Jänner eine befriedigende Lösung diesbezüglich zu finden.

Präsident: Die 8. Anfrage wurde zurückgezogen.

9. Anfrage: Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida (*ÖVP*) an den Herrn Innenminister, betreffend Staatsgrenze auf dem Gebiete des Neusiedlersees.

1986/M

Angesichts der Tatsache, daß auch im Sommer 1968 wieder erholungssuchende Urlauber bei Fahrten auf dem Neusiedlersee irrtümlich auf ungarisches Gebiet gelangt und von ungarischen Soldaten verhaftet wurden, frage ich, Herr Minister, was unternommen wurde, um die Staatsgrenze auch auf dem Gebiet des Neusiedlersees deutlich erkennbar zu machen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Nach dem zwischen Österreich und Ungarn abgeschlossenen Vertrag über Vermessung und

10346

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Soronics

Vermarkung der Grenze ist eine „Gemischte österreichisch-ungarische Kommission“ eingesetzt worden, und es hat in den Jahren 1967 und 1968 die Vermessung und Vermarkung der Grenzlinie im Neusiedlersee stattgefunden. Es sind dort entsprechende Pyramiden aufgestellt worden, die vier Meter über den Wasserspiegel reichen. Darüber hinaus sind Holzrohre eingesetzt worden, sodaß wir glauben, daß diese Absicherung Gewähr dafür gibt, daß solche unliebsame Ereignisse, wie sie erst vor zwei, drei Jahren und auch teilweise im letzten Jahr zu verzeichnen waren, verhindert werden können.

Ich möchte nur Vollständigkeitshalber mitteilen, daß in erster Linie das Bundesministerium für Bauten und Technik für diese Vermarkung zuständig ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida: Herr Bundesminister! Ist die ungarische Staatsgrenze im Hinblick auf die Gefahren, die durch die seinerzeitige Verminung nach wie vor bestehen, auch auf dem Festland besonders gekennzeichnet?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Es ist an besonders exponierten Stellen, wo ein Feldweg oder noch eine Straße hinführt, die Grenze entsprechend markiert, und vor allem ist eine Tafel angebracht, die zeigt, daß man sich an der Staatsgrenze befindet.

Präsident: 10. Anfrage: Abgeordneter Moser (SPÖ) an den Herrn Innenminister, betreffend Disziplinarverfahren in Graz.

2016/M

Läuft in Graz ein Disziplinarverfahren gegen Polizeikommissär Dr. Helmut Haberl?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Derzeit ist kein Verfahren anhängig.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Minister! Ist Ihnen bekannt geworden, daß im Zuge eines Prozeßverfahrens vor einem Grazer Gericht bekannt wurde, daß angeblich der genannte Polizeikommissär Dr. Haberl Wucherzinsen von 84 Prozent — so wird es behauptet — genommen beziehungsweise vermittelt haben soll, und sind Sie der Meinung, daß dieser Tatbestand kein Anlaß zur Einleitung eines solchen Verfahrens wäre?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Diesen Sachverhalt, den Sie hier kurz geschildert haben, haben wir der Zeitung

entnommen, und wir haben die Dienststelle angewiesen, falls irgendwelche Verdachtsmomente bestehen, zu berichten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Minister! Ist Ihnen auch bekannt geworden, daß — wie in Kreisen der Polizeidirektion Graz behauptet wird — Dr. Haberl während der Dienstzeit Studenten der juridischen Fakultät einpauken soll, daß die notwendigen Unterlagen in seinem Amtszimmer auf seinen Schreibtischen liegen und die Studenten während der Amtszeit zu ihm kommen? Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, die Dienststelle auch anzusehen, nach dieser Richtung Untersuchungen durchzuführen, und ob Sie bereit sind, dann den Auftrag zur Durchführung eines entsprechenden Verfahrens zu geben.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Soronics: Herr Abgeordneter! Ich habe diese Mitteilung zum erstenmal gehört. Es wäre auch eine gräßliche Verletzung der Dienstaufsicht des Dienststellenleiters gegeben, weil er auch das hätte bemerken müssen, was Sie mir sagen. Ich werde selbstverständlich sofort den Auftrag erteilen, daß auch diesbezüglich die Erhebungen ausgedehnt werden.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Doktor Hauser (ÖVP) an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Personal der Arbeitsmarktverwaltung.

1949/M

Was ist bisher geschehen, um das Personal der Arbeitsmarktverwaltung, den immer schwierigeren beruflichen Anforderungen entsprechend, auszubilden und weiterzuschulen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Grete Rehor: Herr Abgeordneter Dr. Hauser! Wir haben dafür Sorge getragen, daß für die Beamten der Arbeitsmarktverwaltung die Schulung nunmehr zentral durchgeführt wird.

Wir konnten ein Schulungshaus in Mödling einrichten. In diesem wurden bisher in rund 30 Kursen über 500 Beamte geschult. Bis Ende des Jahres werden mehr als 800 Beamte geschult sein; das sind rund 40 Prozent des gesamten Beamtenstandes im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung. Es wird im kommenden Jahr möglich sein, alle Beamten in diesem zentralen Schulungshaus mit den neuen Aufgaben der Arbeitsmarktförderung vertraut zu machen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hauser: Frau Minister! Im Hinblick darauf, daß wir heute soeben das Arbeitsmarktförderungsgesetz beschlossen haben, frage ich: Sind Sie der Meinung, daß der Geltungsbeginn dieses Gesetzes, der 1. Jänner 1969, Schwierigkeiten in der Verwaltungsdurchführung im Hinblick auf die noch laufenden Schulungsmaßnahmen bereiten wird?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Wir werden selbstverständlich dafür Sorge tragen, daß die Schulungsmaßnahmen nicht dazu führen, daß die zusätzlichen Aufgaben der Arbeitsmarktförderung nicht durchgeführt werden können. Wir werden die Schulung der Beamten der Arbeitsmarktverwaltung so dosieren, daß alle Aufgaben weiterhin erfüllt werden können. Wenn nur irgendwie möglich, soll die Schulung im beabsichtigten Rahmen erfolgen.

Präsident: 12. Anfrage: Frau Abgeordnete Lona Murowatz (SPÖ) an die Frau Sozialminister, betreffend Erhöhung der Witwenpensionen.

1956/M

Haben Sie im Zuge der Verhandlungen über die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz 1969 den Antrag gestellt, die für eine Erhöhung der Witwenpensionen von 50 auf 60 Prozent erforderlichen Mittel in das Finanzgesetz einzusetzen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete Rehor: Frau Abgeordnete Murowatz! Ich habe schon einige Male die Anfrage, betreffend die Erhöhung der Witwenpension, hier im Hause und auch im Budgetausschuß beantwortet. Ich möchte diese wie bisher heute auch Ihnen gegenüber gleich beantworten. Ich habe in den zurückliegenden Jahren, wenn über das Finanzgesetz des kommenden Kalenderjahres beraten wurde, jedesmal den Wunsch geäußert, daß wir die Witwenpensionen in Etappen anheben müssen. Diesbezügliche Unterlagen wurden ausgearbeitet. Es ist bekannt, welche Mittel für eine Anhebung der Witwenpensionen im Bereich des ASVG., GSPVG. und LZVG. erforderlich sind. Im Hinblick auf die angespannte Lage der Finanzen des Bundes konnten wir leider diesen unseren Wunsch nicht durchsetzen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Lona Murowatz: Frau Bundesminister! In welcher Weise können Ihre Zusagen ernst genommen werden, wenn Sie nicht einmal bei den Budgetverhandlungen den Versuch unternehmen, die Mittel dafür bereitzustellen?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Frau Abgeordnete Murowatz! Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß ich in jedem Jahr den Versuch unternommen habe, Mittel für diese Verbesserung zu erreichen. Im Hinblick auf die angespannte finanzielle Lage war diese meine Forderung nicht durchzusetzen. Ich mußte mich wiederholen, weil Sie mich in dieser Zusatzfrage neuerlich angesprochen haben. Frau Abgeordnete Murowatz! Eine Zusage betreffend eine Verbesserung in der Witwenversorgung habe ich nicht gegeben. Ich habe immer zum Ausdruck gebracht, daß ich mich bemühe, den Wunsch der Witwen so lange zu vertreten, bis wir diesen verwirklichen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Lona Murowatz: Frau Bundesminister! Welche Konsequenzen werden Sie daraus ziehen, um diese Forderungen doch endlich durchzusetzen?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Frau Abgeordnete Murowatz! Ich weiß nicht, welche Konsequenzen Sie meinen. Die Konsequenz in sachlicher Art ist für mich die, auch bei den kommenden Beratungen dafür einzutreten. Unter der Voraussetzung, daß sich die finanzielle Lage des Bundes verbessert, werde ich voraussichtlich eine Zustimmung erreichen. (*Abg. Probst: Dann werden Sie sagen: Wir von der ÖVP haben das durchgesetzt! Dann hat es die ÖVP gemacht! — Abg. Dr. Gruber: Natürlich!*)

Ich darf meine Anfragebeantwortung fortsetzen und der Frau Abgeordneten Murowatz sagen, daß ich meinen Einfluß immer dahin geltend machen werde, bis die Versorgung der Witwen eine Verbesserung erfährt.

Falls Sie an eine persönliche Konsequenz gedacht haben, darf ich hiezu folgendes sagen: Ich werde so lange in meiner Funktion verbleiben, als ich es vor meinem Gewissen verantworten kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Melter (FPÖ) an die Frau Sozialminister, betreffend Winterbeschäftigung.

1993/M

Haben Sie angesichts der zu erwartenden verstärkten Winterarbeitslosigkeit, insbesondere auf dem Bausektor, eine aktive Winterbeschäftigungskampagne eingeleitet, die als Rahmenkonzept notwendigerweise über die Maßnahmen der Produktiven Arbeitslosenfürsorge hinausgehen hätte?

Präsident: Frau Minister.

10348

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Grete Rehor: Herr Abgeordneter Melter! Sie fragen mich, was wir vom Bundesministerium für soziale Verwaltung unternommen haben, um der Winterarbeitslosigkeit zu begegnen. Wir haben die Möglichkeit, Mittel aus der Produktiven Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Ich persönlich war sehr bemüht, daß die Sätze der Produktiven Arbeitslosenfürsorge angehoben werden. Dies erfolgt nunmehr, und zwar von 10 auf 20 Prozent. Darüber hinaus haben wir Vorschläge gebracht, daß die Abrechnung für diese Mittel vereinfacht wird. Diese Initiative wird nunmehr verwirklicht, die Abrechnungsform wird vereinfacht. Es wäre zu erwarten, daß die Anhebung der Beihilfensätze mit zu verstärkter Winterbautätigkeit beiträgt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Frau Bundesminister! Wie hoch schätzen Sie etwa die Zahl derjenigen, die auf Grund der Produktiven Arbeitslosenfürsorge heuer im Winter mehr beschäftigt werden können?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Herr Abgeordneter Melter! Auf Grund der Erfahrungen möchte ich sagen, daß es sicherlich davon abhängt, ob beide Partner diese erhöhten Sätze entsprechend werten. De facto müßten diese ein größerer Anreiz sein und dazu führen, daß mehr Dienstnehmer im Bereich der Bauwirtschaft in Beschäftigung bleiben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Frau Sozialminister! Sie haben heute im Laufe des Tages in Ihrer Rede zum Arbeitsmarktförderungsgesetz ausgeführt, daß die Anzahl der arbeitslosen Bauarbeiter gegenüber dem letzten Jahr um etwa 1400 größer geworden ist. Worauf führen Sie nun diese Tatsache zurück, wenn Sie auf der anderen Seite erklären, daß Sie mehr Mittel bereitgestellt haben, um diese Arbeitslosigkeit zu verhindern?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Herr Abgeordneter Melter! Die Beihilfen aus der Produktiven Arbeitslosenfürsorge können nicht die einzigen finanziellen Mittel sein, die für die Winterbautätigkeit erforderlich sind beziehungsweise ausreichen können, um die Winterbautätigkeit durchzuführen. Es müssen unbedingt entsprechende finanzielle Mittel von den Auftraggebern und den Bauherren zur Verfügung stehen. Die Mittel der Produktiven Arbeitslosenfürsorge dienen im wesentlichen dazu, zu den Mehrkosten der Winterbautätig-

keit beizutragen. Nur so können wir uns fördernd einschalten; andere Möglichkeiten haben wir nicht.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Glaser (*ÖVP*) an die Frau Sozialminister, betreffend Gegenseitigkeitsabkommen hinsichtlich sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche.

1989/M

Werden Sie, Frau Bundesminister, mit weiteren europäischen Staaten für die Republik Österreich Gegenseitigkeitsabkommen hinsichtlich sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche abschließen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete Rehor: Herr Abgeordneter Glaser! Wir haben in den letzten Jahren Gegenseitigkeitsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland, mit der Schweiz, mit Spanien, mit Jugoslawien und mit der Türkei geschlossen. Es ist gestern dem Abkommen mit Liechtenstein im Parlament die Zustimmung erteilt worden. Ich nehme an, daß wir bereits in den ersten Monaten des Jahres 1969 dieses Abkommen mit Liechtenstein ratifiziert haben werden.

Darüber hinaus haben wir vor, auch zu diesbezüglichen Gesprächen mit Italien, England und Schweden zu kommen, um entsprechendere Abkommen zu erreichen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Glaser: Frau Bundesminister! Besteht die Aussicht, auch mit Frankreich zu einem diesbezüglichen Abkommen zu gelangen?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Ja, ich habe das nicht erwähnt. Die Beratungen mit Frankreich sind im Gange. Es ist anzunehmen, daß es im Jahre 1969 zum Abschluß dieser Gespräche kommen wird.

Präsident: 15. Anfrage: Abgeordneter Melter (*FPO*) an die Frau Sozialminister, betreffend Angleichung des Urlaubes der Arbeiter an den der Angestellten.

1995/M

Wurde die Frage einer gesetzlichen Angleichung des Urlaubs der Arbeiter an den der Angestellten vom Bundesministerium für soziale Verwaltung bereits eingehend geprüft?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete Rehor: Herr Abgeordneter Melter! Im Bundesministerium für soziale Verwaltung wird ein Entwurf betreffend ein einheitliches Urlaubsgesetz ausgearbeitet.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Meltter: Frau Bundesminister! Deutet dies darauf hin, daß Sie ein einheitliches Urlaubsgesetz für Arbeiter und Angestellte vorsehen?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Grete Rehor: Ein einheitliches Urlaubsgesetz besagt, daß die Urlaubsmöglichkeiten für alle gleich gelten sollen.

Präsident: 16. Anfrage: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (*ÖVP*) an die Frau Sozialminister, betreffend Ausbildung der Lebensmittelpolizeiorgane.

2036/M

Welche Vorschriften wurden für die Ausbildung der Lebensmittelpolizeiorgane erlassen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete Rehor: Frau Abgeordnete Dr. Bayer! Die Ausbildung der Lebensmittelpolizeiorgane gemäß der Verordnung des Bundesministeriums für Inneres ist im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Unterricht, dem Landwirtschaftsressort und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung durchzuführen. Die näheren Verfahrensvorschriften über die Zulassung zur Prüfung, die Zusammensetzung der Prüfungskommission und über das Vorgehen dieser Kommission sind gleichfalls in der Verordnung 1908 geregelt. Wir haben zuletzt in der Zeit vom 14. Oktober bis 6. Dezember insgesamt 21 Lebensmittelpolizeiorgane ausgebildet. Beteiligt waren die Bundesländer Wien, Oberösterreich und Vorarlberg sowie Tirol, Steiermark und das Burgenland; letztere mit je einem Polizeiorgan.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Frau Bundesminister! Beabsichtigen Sie, auch für periodische Weiterbildung zu sorgen, um jeweils die modernen und fortschreitenden Erkenntnisse zu vermitteln?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete Rehor: Diese Absicht besteht, Frau Abgeordnete Dr. Bayer, ähnlich wie für die Beamten der Arbeitsmarktverwaltung.

Präsident: Danke, Frau Minister.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Zeillinger (*FPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Benzinpreiserhöhung.

1980/M

Wie lautet das auf meine Anfrage Nr. 1676/M vom 21. Juni 1968 für Frühherbst 1968 in Aussicht gestellte Resultat des vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie über einen Antrag auf Benzinpreiserhöhung durchgeführte Vorprüfungsverfahren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Mitterer: Herr Abgeordneter! Ursprünglich beschränkte sich das Vorprüfungsverfahren hauptsächlich auf eine Überprüfung der Import-Benzineinstandspreise sowie auf eine Aufschlüsselung jener Kostenerhöhungen, die dem Antrag zugrunde gelegt wurden. Bevor jedoch dieses Verfahren abgeschlossen werden konnte, wurde von der Bundeswirtschaftskammer eine Überprüfung der gesamten Benzinpreiskalkulationen, also auch unter Berücksichtigung der Kosten des Inlandbenzins, beantragt. Es mußte daher das Verfahren entsprechend ausgedehnt werden. Hierzu mußte ein umfangreicher Erhebungsbogen ausgearbeitet und an die betroffenen Firmen ausgesendet werden. Die Einreichungsfrist für die ausgefüllten Erhebungsbogen ist mit 15. November abgelaufen. Nunmehr wird an deren Auswertung gearbeitet. Infolge der Verschiedenartigkeit des umfangreichen Erhebungsmaterials wird die Auswertung längere Zeit in Anspruch nehmen müssen.

Das Ergebnis dieser Auswertung ist dann in einem Vorbegutachtungsverfahren den Mitgliedern der Preiskommission zur Kenntnis und Stellungnahme vorzulegen, worauf unter den vornehmlich berührten Ministerien eine Entscheidung gefällt werden kann.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Ich muß offen gestehen, ich habe nicht alles verstanden, Herr Bundesminister.

Bundesminister Mitterer: Ich kann es Ihnen noch einmal vorlesen!

Abgeordneter Zeillinger: Nein, ich glaube, daß meine Frage sinngemäß dazupasst: Hat der Antrag der Bundeswirtschaftskammer ... (*Ruf bei der ÖVP: Wie verteilt ihr das vorher? — Heiterkeit.*) Herr Kollege! Wir haben keine vorbereiteten Zusatzfragen, daher ist es, wenn es im Saal undeutlich wird, leider nicht möglich, das zu beantworten.

Hat der Antrag der Bundeswirtschaftskammer, der, wie Sie sich ungefähr ausgedrückt haben, eine Überprüfung der gesamten Benzinpreiskosten zum Ziel hat, eine Erhöhung des Benzinpreises zum Ziel?

Präsident: Herr Minister.

10350

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer: Welche Überlegungen bei der Antragstellung maßgebend waren, kann ich von hier aus nicht feststellen. Ich kann nur feststellen, daß der Antrag der Bundeswirtschaftskammer — und ich möchte das vielleicht wiederholen, wenn es undeutlich oder nicht gut zu hören war — eine Überprüfung der gesamten Benzinpreiskalkulationen, also auch unter Berücksichtigung der Kosten des Inlandbenzins, zum Inhalt hatte. Die Unterstellung der Voraussetzung einer allgemeinen Benzinpreiserhöhung geht ja daraus nicht hervor. Es wurde nur beantragt, daß auch die inländische Benzinkostenfrage überprüft werden soll. (*Abg. Dr. Pittermann: Also in der Richtung einer Verbilligung?*) Das kann ich nicht sagen. Möglicherweise. (Ironische Heiterkeit.)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Darf ich Sie fragen, Herr Minister: Ist es möglich und üblich, daß ein so aufwendiges Überprüfungsverfahren durchgeführt wird, auch wenn die beantragende Stelle keinerlei Gründe und Absichten für diesen Antrag bekanntgibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Mitterer: Die Frage der Benzinpreiserhöhung, die in dem ersten Antrag enthalten war, ist eine sehr weitgehende Frage, weil sie eine sehr weitgehende Bedeutung hat, und erfordert daher eine besonders genaue Überprüfung. Selbstverständlich ist es so, daß eine so verzahnte Angelegenheit — denn die ausländischen und die inländischen Benzinkosten und Preise spielen ja ineinander — eine sehr genaue Überprüfung erfordert und eine genaue Durchrechnung aller vorhandenen Unterlagen, insbesondere dann, wenn es sich um ein so empfindliches Produkt wie Benzin handelt.

Präsident: 18. Anfrage: Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Handelsminister, betreffend Holzimporte.

1981/M

Werden die Holzimporte aus dem Ostblock liberalisiert werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Mitterer: Herr Abgeordneter Meißl! In den Handelsabkommen mit verschiedenen Oststaaten ist bereits ein Teil der Positionen des Holzsektors von mengenmäßigen Beschränkungen bei der Einfuhr nach Österreich befreit worden. Ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß im Zuge künftiger Wirtschaftsverhandlungen mit diesen Staaten weitere Waren in das Regime der mengenmäßig unbeschränkten Einfuhr einbezogen

werden, wird einerseits vom Ablauf solcher Verhandlungen, andererseits von der jeweiligen Marktlage im Inland abhängen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundesminister! Es ist eine Tatsache, daß zurzeit auf Grund der praktisch schon durchgeföhrten Liberalisierung größere Mengen von Holz ständig vor allem aus der Tschechoslowakei eingeführt werden. Sehen Sie keine Möglichkeiten, hier irgendwie konkret einzugreifen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Mitterer: Es sind die eingeführten Mengen mit Abkommen zwischen der Forstwirtschaft und der Bundeskammer hinsichtlich Aus- und Einfuhr akkordiert, sodaß die gesamte Einfuhr in einem mengenmäßigen Kontrakt vorhanden ist. Daher können wir im Rahmen dieser Vereinbarung keine Veranlassung sehen einzugreifen. Ein zu starkes Überhandnehmen würde selbstverständlich bei uns sofort Maßnahmen in Erwägung bringen. Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß in der Frage des Auslandbezuges und der Auslandlieferungen ein Konnex zwischen Aus- und Einfuhr besteht, sodaß Einschränkungen selbstverständlich auch Konsequenzen auf dem Ausfuhrsektor gerade bei jedem bilateralen Verrechnungsverkehr auslösen.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 19. Anfrage: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Neubau für das Gymnasium in Judenburg.

1991/M

Wann ist mit dem Beginn des Neubaues für das Gymnasium in Judenburg zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Kotzina: Frau Abgeordnete! Es besteht die Absicht, den Neubau des Bundesgymnasiums in Judenburg in Fertigteilbauweise ausführen zu lassen. Als Baubeginn ist das Jahr 1970 in Aussicht genommen. Mit der Fertigstellung des Schulneubaues wird voraussichtlich noch im gleichen Jahr zu rechnen sein.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Herr Bundesminister! Ich nehme, an, daß Sie die Stadtgemeinde Judenburg davon ver-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10351

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

ständigt haben. Wie hat diese die Nachricht aufgenommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ich habe sowohl die Stadtgemeinde Judenburg per Adresse des Bürgermeisters als auch die Elternvereinigung von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt. Diese Nachricht ist äußerst positiv aufgenommen worden und hat sich in einem Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Judenburg dokumentiert.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Könnten Sie uns den Inhalt dieses Schreibens mitteilen? (*Heiterkeit.*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Das Schreiben vom 2. Dezember 1968 lautet:

„Für die überaus freundliche Mitteilung, daß nun der Neubau eines Bundesgymnasiums in Judenburg in ein konkretes Stadium getreten ist, danke ich Ihnen, hochverehrter Herr Bundesminister, im Namen der Stadtverwaltung herzlichst.“

Es wäre ebenso erfreulich, wenn der Neubau im Jahre 1970 begonnen und fertiggestellt werden könnte. Wir dürfen höflichst bitten, uns vom Stand der Planung und Ausführung unterrichten zu lassen, um vom Standpunkt als Städtische Baubehörde über die Ausführung des Neubaues informiert zu sein.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung ...“ (*Heiterkeit.*)

Präsident: 20. Anfrage: Abgeordneter Robak (SPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Subventionierung von Wasserversorgungsanlagen.

1996/M

Wurden in den Jahren 1967 oder 1968 vom Bund aus ordentlichen Budgetmitteln Wasserversorgungsanlagen außerhalb des Wasserbauförderungsfonds direkt subventioniert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Das Wasserbauförderungsgesetz sieht weder beim Bundesministerium für Landwirtschaft noch beim Bundesministerium für Bauten einen Fonds vor. Wasserversorgungsanlagen wurden lediglich durch den Wasserwirtschaftsfonds gefördert.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Robak: Herr Minister! Vor wenigen Tagen haben alle burgenländischen Haushalte ein ÖVP-Flugblatt bekommen. In diesem Flugblatt steht unter anderem: „In den letzten drei Jahren der ÖVP-Allein-

regierung wurde der Aufbau des Burgenlandes mit beträchtlichen Geldzuwendungen des Bundes vorangetrieben.“

In der Aufzählung der Beträge, die dem Burgenland zur Verfügung gestellt wurden, steht unter Punkt 7: „Ringwasserleitung nördliches Burgenland 40,6 Millionen“.

Ich habe hier eine Aufstellung des Wasserleitungsverbandes, aus welcher hervorgeht, wieviel in den Jahren 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965 und 1966 — der Rest aus 1965 — an den Wasserleitungsverband überwiesen worden ist. In den Jahren 1967 und 1968, also in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, ist nichts überwiesen worden. Ich möchte Sie daher fragen: Wohin ist dieses Geld, von dem hier die Rede ist, überwiesen worden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Sie haben mir dieses Flugblatt mit Ihrer Anfrage nicht übermittelt. Ich war daher nicht in der Lage, dieses Flugblatt auf seine Richtigkeit oder Unrichtigkeit überprüfen zu können. (*Heiterkeit.*)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Robak: Herr Minister! Das ist unterschrieben mit „Bundesminister Franz Soronics, Abgeordneter zum Nationalrat“. Weil es sich um eine so wichtige Persönlichkeit handelt, möchte ich Sie daher fragen, ob Sie Erhebungen darüber einleiten werden, wo hin das Geld gekommen ist, und ob Sie das Hohe Haus vom Ergebnis verständigen werden. (*Abg. Soronics: Bitte genau vorlesen! Nicht die Dinge verdrehen!*)

Präsident: Herr Minister. (*Abg. Weikhart: Es stimmt so und so nicht! — Weitere Zwischenrufe.*) Am Wort ist der Herr Bundesminister!

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Da es sich um ein Flugblatt handelt, wird es zweckmäßig sein, den Verfasser dieses Flugblattes nach der entsprechenden Interpretation dieser Feststellungen, die Sie gemacht haben, zu fragen.

Präsident: 21. Anfrage: Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Ausbau der Altmannsdorfer Straße.

2000/M

Wird das vom Bundesministerium für Bauten und Technik für den Ausbau der Altmannsdorfer Straße derzeit vertretene Projekt, gegen das von Fachleuten zahlreiche Einwände erhoben werden, einer nochmaligen Prüfung unterzogen?

Präsident: Herr Minister. (*Abg. Soronics geht zu den Bänken der SPÖ und will das Flugblatt sehen.* — *Abg. Weikhart: Nein,*

10352

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

das gehört uns! — Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Also bitte! Nach dieser Kabaretteinlage jetzt zur Anfrage 21.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Bei der Planung betreffend den Ausbau der Wiener Bundesstraße Nr. 1 ergeben sich im Laufe der vom Bundesministerium für Bauten und Technik geführten Verhandlungen mit der Stadt Wien drei Varianten.

Variante A sieht eine gemeinsame Absenkung der beiden Bahntrassen unter die Altmannsdorfer Straße vor. Der Variante B liegt eine Hochlage der Altmannsdorfer Straße und der Variante C eine Tieflage der Altmannsdorfer Straße zugrunde. Bei der Berechnung der Gesamtkosten ergab sich, daß bei Ausführung der Variante C die geringsten Gesamtkosten entstehen würden.

Im Hinblick darauf, daß die Variante C die wirtschaftlichste Lösung darstellt, wurde das Amt der Wiener Landesregierung angewiesen, kurzfristig ein Detailprojekt zu erstellen, damit die Bauarbeiten 1969 in Angriff genommen werden können. Gleichzeitig wurde im Entwurf des Bauprogramms 1969 eine Kreditrate von 55 Millionen Schilling unter der Baulosbezeichnung „Altmannsdorfer Straße“ vorgesehen.

Das Amt der Wiener Landesregierung hat in seiner umfassenden Darstellung vom 28. August 1968 alle drei Varianten eingehend gegenübergestellt und für jeden Fall die Vorteile und Nachteile detailliert angeführt.

Präsident: 22. Anfrage: Abgeordneter Ing. Spindelegger (*ÖVP*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Ausbau der Bundesstraße im Abschnitt Hinterbrühl.

2031/M

Herr Minister, wann kann mit dem Ausbau der Mödling—Altenmarkter Bundesstraße im Abschnitt der Marktgemeinde Hinterbrühl gerechnet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Die Mödling-Altenmarkter Bundesstraße zählt zum bevorzugten Bundesstraßennetz und wird daher vordringlich frostsicher ausgebaut. Für den Bauabschnitt im Bereich der Marktgemeinde Hinterbrühl wurde vorerst der Detailentwurf erstellt und vom Bundesministerium für Bauten und Technik im September 1968 genehmigt. Es handelt sich um den Abschnitt von km 10,1 bis 12,3 der Mödling-Altenmarkter Straße. Die Straßenfahrbahn soll in diesem Abschnitt

7,5 m breit ausgebaut werden. Die Gesamtbaukosten betragen rund 10 Millionen Schilling, und es ist mit einer Baudauer von zwei Jahren zu rechnen.

Präsident: 23. Anfrage: Abgeordneter Thalhammer (*SPÖ*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Engstelle der Bundesstraße zwischen Traunkirchen und Ebensee.

2008/M

Sehen Sie eine Möglichkeit, bis zum endgültigen Ausbau der Salzkammergut-Bundesstraße (145) eine vorläufige Entschärfung der engsten Stellen zwischen Traunkirchen und Ebensee vornehmen zu lassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Die Bundesstraßenverwaltung ist darangegangen, überall dort, wo es einigermaßen möglich war, provisorische Verbreiterungen auf den außerordentlich schwierigen Strecken zwischen Traunkirchen und der nördlichen Ortseinfahrt von Ebensee herzustellen. Diese Verbreiterung erfolgt durch Felsabsprengungen mit einem Kostenaufwand von rund 6 Millionen Schilling. Dies ist überdies gegenwärtig die einzige Möglichkeit, eine vorläufige Entschärfung der engsten Stellen auf der genannten Strecke durchzuführen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Auf der Tagung des Salzkammergut-Fremdenverkehrsverbandes, die erst vor einigen Tagen — genau am 27. November — stattgefunden hat, hat der Verkehrsreferent des Verbandes, der Vizepräsident, die Behauptung aufgestellt, daß durch Versetzen der Leitplanken an extrem engen Stellen der Salzkammergut-Bundesstraße bis zu einem halben Meter Fahrbahnbreite gewonnen werden könnte. Können Sie sich dieser Meinung anschließen, beziehungsweise können Sie Untersuchungen in dieser Richtung anstellen lassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Diese Meinung und dieser Vorschlag müßte an Ort und Stelle überprüft werden, weil ja die Breitenverhältnisse der Salzkammergut-Bundesstraße in diesen Abschnitten sehr verschieden sind. Es ist die Frage, ob es in den jeweiligen Abschnitten möglich ist, eine solche Sicherungsplanke einen halben Meter weiter seewärts hinauszusetzen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Einen derartigen Lokalaugenschein habe ich selbst vorgenommen. Ich konnte

Thalhammer

mich wohl davon überzeugen. Das ist aber sicherlich nicht maßgebend.

Meine konkrete Frage noch einmal: Sind Sie bereit, diese Möglichkeiten untersuchen zu lassen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ich werde sie untersuchen lassen.

Präsident: 24. Anfrage: Abgeordneter DDr. Pittermann (SPÖ) an den Herrn Bundesminister, betreffend Unterbringung der Welser Bundesbehörden.

1957/M

Wann wird das Problem einer zentralen Unterbringung der Welser Bundesbehörden durch einen Neubau einer zweckentsprechenden Lösung zugeführt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Bekanntlich gab es in dieser Frage längere Zeit Schwierigkeiten wegen der Schaffung beziehungsweise Arrondierung eines geeigneten Bauplatzes. Unter anderem hat sich auch die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten des Bezirk Wels in dieser Angelegenheit verwendet und sich so wie mein Ressort für die Errichtung des zentralen Bundesamtsgebäudes auf dem ehemaligen Hertha-Sportplatz ausgesprochen. Die Liegenschaftstauschverhandlungen werden mit dieser Zielrichtung weitergeführt. Leider erlaubt die beengte Budgetlage für Amtsgebäude in nächster Zeit nicht, einen Neubau — ich beziehe mich auf das Jahr 1969 — in Angriff zu nehmen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter DDr. Pittermann: Herr Bundesminister! Sie haben am 17. November 1966 in Wels die Zusage gemacht ... (*Rufe: Lauter!*)

Präsident: Bitte, dann zu einem anderen Mikrofon. (*Abg. Glaser: Der Dr. Pittermann ist beim falschen Mikrofon!*)

Abgeordneter DDr. Pittermann: Dieses Mikrofon ist abgedreht. Ich bin auf meine Stimme angewiesen! Aber sie langt aus! (*Heiterkeit.*)

Sie haben, Herr Bundesminister, am 17. November 1966 vor Behördenvertretern und Gewerkschaftsorganisationen in Wels die Zusage gemacht, daß der Neubau eines Behördenzentrums zur Unterbringung der fünf Bundesämter, nämlich Finanzamt, Bundespolizeikommissariat, Arbeitsamt, Eich- und Vermessungsamt und Zollamt, in Angriff genommen wird.

Auf Grund Ihrer Auskunft frage ich, ob überhaupt bereits ein ausbaufähiges Projekt vorliegt und wo die Errichtung geplant ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ich verweise darauf, Herr Abgeordneter, daß zu dem Zeitpunkt, zu dem dieses Gespräch in Wels stattfand, noch gar nicht feststand, auf welchem Bauplatz dieses Gebäude errichtet werden soll. Damals gab es noch verschiedene Vorschläge. Ich habe bereits in meiner ersten Antwort darauf hingewiesen, daß bereits vor einiger Zeit Klarheit darüber gefunden wurde, auf welchem Bauplatz, nämlich auf dem ehemaligen Hertha-Sportplatz, dieses Amtsgebäude errichtet werden soll. Die Findung des Bauplatzes und die Arrondierung dieses vorgesehenen Sportplatzes ist die Voraussetzung für die Planung. Erst dann, wenn die Planung abgeschlossen ist, sind weitere Baumaßnahmen ins Auge zu fassen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter DDr. Pittermann: Herr Bundesminister! Ich muß Ihren Worten zu meinem Bedauern entnehmen, daß nicht einmal noch die Planung für das am 17. November 1966 den Gewerkschaftern in Wels in Aussicht gestellte neue Gebäude zur Unterbringung der Bundesämter abgeschlossen ist.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit vor allem darauf lenken, daß die Polizeihäftlinge nach wie vor, daher auf unbestimmte Zeit, in der ehemaligen Wanderherberge in der Herrengasse 6 werden unterzubringen sein. Ich frage Sie, ob Sie die Bauanlagen einer Wanderherberge für die Unterbringung von Polizeihäftlingen auf die Dauer für zweckmäßig halten.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ich halte sie nicht für zweckmäßig. (*Beifall bei der ÖVP und allgemeine Heiterkeit.*)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 956/J des Abgeordneten Pölz und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend den Wortlaut eines Kaufvertrages, wurde den Anfragestellern übermittelt. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage 985 der Beilagen: Internationales Getreideabkommen 1967, weise ich dem Handelsausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß seitens der Frau Abgeordneten Getrude Wondrack ein Antrag eingebracht wurde, demzufolge dem Ausschuß für soziale Verwaltung eine Frist für die Be-

10354

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Präsident

richterstattung über den Initiativantrag 74/A, betreffend ein Bundesgesetz für den Verkehr mit Lebensmitteln und bestimmten Gebrauchsgegenständen (Lebensmittelgesetz 1968), bis zum 31. Mai 1969 gestellt werden soll. Ich werde diesen Antrag sogleich zur Abstimmung bringen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag der Frau Abgeordneten Getrude Wondrack auf Fristerstellung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt. (Abg. Dr. Haider, auf den leeren Platz der Abgeordneten Gertrude Wondrack weisend: Kein Interesse! — Abg. Hartl, auf die Reihen der SPÖ weisend: 32! — Abg. Glaser: Nicht einmal die Frau Abgeordnete Wondrack ist da!)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969

(1040 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe IX****Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. (Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der SPÖ und ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses ... (Abg. Gertrude Wondrack betritt den Saal. — Ruf bei der ÖVP: Jetzt kommt sie! — Weitere Zwischenrufe.) Mittlerweile ist das Thema erschöpfend behandelt. Dann darf ich fortfahren. Gegenstand ist die Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Scherrer. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Scherrer:** Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1969 in seiner Sitzung am 14. November 1968 der Vorberatung unterzogen.

Bei Kapitel 63 sind im Bundesvoranschlag 1969 Ausgaben im Gesamtbetrage von 370,548.000 S vorgesehen, die zur Gänze auf die ordentliche Gebarung entfallen. Der Personalaufwand wird mit 96,572.000 S und der Sachaufwand mit 273,976.000 S veranschlagt.

Werden diese Ausgaben mit den Ansätzen des Bundesfinanzgesetzes 1968 verglichen, dann ergibt sich beim Personalaufwand eine Steigerung um 11,912.000 S und beim Sachaufwand eine solche von 9,522.000 S.

Die Einnahmen sind für 1969 mit 359,759.000 S veranschlagt. Sie weisen gegenüber 1968 eine Steigerung um 29,943.000 S auf.

Damit ist der Voranschlag auf der Ausgaben- und Einnahmenseite nahezu ausgeglichen, denn die Ausgaben überschreiten die Einnahmen lediglich um 10,789.000 S, das sind rund 2,9 Prozent der Ausgabensumme. Im Vorjahr betrug diese Differenz noch 19,298.000 S, das waren rund 5,5 Prozent der Ausgabensumme.

Als Begründung für die gegenüber dem Vorjahr höher angenommenen Einnahmen kann auf folgendes verwiesen werden:

Einmal sind die Eingänge aus Montangebühren nach realistischer Schätzung um rund 10 Millionen Schilling und die aus Patent- und Markengebühren um rund 4,4 Millionen Schilling höher veranschlagt. Ferner sind die Ausgleichszuschläge für Mineralöle in Vorjahrshöhe — 13,5 Millionen Schilling — vom Kapitel 62 in das Kapitel 63 übernommen, die Darlehensrückzahlungen um rund 0,9 Millionen Schilling und die Kraftfahrzeugprüfungsgebühren um rund 0,5 Millionen Schilling erhöht worden.

Der Berechnung des Personalaufwandes wurde ein Stand von 1010 Bediensteten zugrunde gelegt. Davon entfallen 569 Dienstposten auf Beamte der allgemeinen Verwaltung und 441 Dienstposten auf Vertragsbedienstete. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Einsparung von 25 Dienstposten oder rund 2,4 Prozent. Die trotzdem zu verzeichnende Erhöhung des Personalaufwandes um rund 14 Prozent ist ausschließlich auf die Gehaltsregulierung sowie auf die Kosten der alljährlichen Vorrückungen und Beförderungen zurückzuführen.

Beim Sachaufwand wird eine Erhöhung um rund 9,5 Millionen Schilling gegenüber 1968 ausgewiesen. Da aber die Ausgaben für den Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft im Jahre 1969 in Höhe von 13,5 Millionen Schilling ebenso wie die Einnahmen aus dem Kapitel 62 in das Kapitel 63 übernommen werden, ergibt sich tatsächlich eine, wenn auch nicht bedeutende Senkung des Ausgabenvolumens im Vergleich mit 1968.

Diese Senkung betrifft nahezu alle Gebarungsgruppen des Voranschlages und hat ihren Grund in den außerordentlichen Sparmaßnahmen, die ein genereller Leitfaden bei der Erstellung des gesamten Bundesvoranschlages 1969 sein mußten.

Es muß aber hervorgehoben werden, daß es trotzdem gelang, die großen Aktionen, durch die wichtige Bereiche der Wirtschaft befruchtet werden, im wesentlichen aufrechtzuerhalten, zum Teil sogar besser zu dotieren. Letzteres trifft zu für den Bereich des Fremdenverkehrs, weil der Bundesbeitrag zum Verein „Öster-

Scherrer

reichische Fremdenverkehrswerbung“, der eine verstärkte Werbung im Ausland gewährleisten soll, erhöht wurde. Damit ist eine indirekte Erhöhung insofern verbunden, als die anderen Vereinsmitglieder, Bundesländer und Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, vereinbarungsgemäß ihre Beiträge ebenfalls höher ansetzen werden. Weiters wurde der Beitrag zum Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft gegenüber 1968 fast verdoppelt, eine Leistung, die angesichts der angespannten finanziellen Lage des Bundes nicht gering bewertet werden darf.

Die übrigen großen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft, wie BÜRGES-Aktion, gemeinsame Kreditaktion, Förderung des Bergbaues und dergleichen, werden etwa im Rahmen des Vorjahres weitergeführt werden können.

Der Anteil des Kapitels 63 an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt rund 3,96 Promille, im Vorjahr waren es noch 4,12 Promille.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich 22 Abgeordnete. Der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Mitterer beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 21. November 1968 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der gegenständlichen Beratungsgruppe in der Fassung der Regierungsvorlage vom Finanz- und Budgetausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlages für das Jahr 1969 (990 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kostroun. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kostroun (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorerst will ich wiederholen, was wir Sozialisten bereits bei der Beratung dieser Budgetgruppe im Finanz- und Budgetausschuß nachgewiesen haben.

So wie im Vorjahr sind auch heuer wieder eine Reihe von Ansatzposten wirtschaftswichtiger Förderungsausgaben gekürzt oder diesmal überhaupt gestrichen worden. Noch einmal soll das hier von mir nur in wenigen zusammenfassenden Zahlen nachgewiesen werden. Für den Fremdenverkehr wurden laut Bundesrechnungsabschluß, also eindeutige Zahlen, 1967 noch mehr als 48 Millionen Schilling an Fördermitteln ausgegeben. Im Budget für das

heurige Jahr, also nicht in dem Budget für das nächste Jahr, wurde bereits eine Senkung dieser Förderungsausgaben, dieser Zuwendungen auf 27 Millionen Schilling, also um rund 21 Millionen Schilling oder 40 Prozent, vorgenommen.

Obwohl jedem die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Erhaltung der Vollbeschäftigung, aber ebenso, meine Damen und Herren, vor allem auch für den Ausgleich der Handelsbilanz in der Zahlungsbilanz bekannt ist, hat man auch im heurigen Jahr in diesem Budget trotz der enormen Kürzungen im Vorjahr wieder eine Kürzung um mehr als 1 ½ Millionen Schilling vorgenommen. Man kann so zu der zusammenfassenden Schlußfolgerung kommen: So also schaut in Wahrheit trotz aller vielen schönen Worte die Fremdenverkehrsförderung dieser Regierung aus!

Das ist aber noch nicht alles, was bei einer Beleuchtung dieser Budgetgruppe festgestellt werden muß: die Förderungsdotierungen für unsere Exportwirtschaft — die entscheidendste Säule unserer Volkswirtschaft — scheinen auch in diesem Budget so geringfügig auf, daß sie gar nicht der Rede wert sind.

Erschütternd aber für alle, die diese Budgetansätze studiert haben, sind die Budgetzahlen bei den fürs nächste Jahr vorgesehenen Förderungsausgaben für die gewerbliche und industrielle Wirtschaft sowie für die Zweckforschung.

Wieder der Beweis aus den Ziffern des Budgets:

Für Investitionsförderungsdarlehen wurden laut Bundesrechnungsabschluß 1967 immerhin noch mehr als 26 Millionen Schilling ausgetragen. Im Budget für das heurige Jahr wurden die Dotierungen für diesen Förderungszweck bereits auf 20 Millionen Schilling gekürzt. In diesem Budget für 1969 ist neuerlich eine Streichung auf rund 9,7 Millionen Schilling — also um 4 Millionen Schilling mehr — vorgesehen. Offenbar widerspiegelt sich auch hier die Korenplanmäßige Wirtschaftsförderung dieser Regierung!

Dieses Budget zeigt aber auch, daß man in der Praxis leider ebenso für die Forschungsförderung entgegen den Versprechungen nicht viel übrig zu haben scheint. Sie erinnern sich, daß wir erst im Vorjahr, am 25. Oktober 1967, nach langen Verhandlungen das Forschungsförderungsgesetz beschlossen haben, und zwar einstimmig, soviel mir bekannt ist; jedenfalls hat unsere Partei auch für dieses Gesetz gestimmt, weil die Verhandlungen gemeinsam geführt wurden. Von allen Seiten wurde die große Bedeutung dieses Gesetzes für die Entwicklung und die Zukunft unserer Wirtschaft gewürdigt.

10356

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Kostroun

Was aber hat diese Regierung in diesem Bundesvoranschlag für 1969 aus diesem Forschungsförderungsgesetz in der Praxis gemacht? Ich kann mir die Antwort auf diese Frage ersparen. Es ist sicher für Sie glaubwürdiger, wenn man Blätter zitiert, die nicht im Verdacht stehen, oppositionell zu sein.

Ich habe hier nun die „Internationale Wirtschaft“, das Organ der Bundeswirtschaftskammer, vom 29. November; ich glaube, es ist die letzte Nummer. Ich will Sie nicht mit Zitierungen langweilen. Es genügen der Titel und wenige Sätze: „Forschungsförderung durch Budgetkürzung bedroht“ fett gedruckt. Nur einen Satz, der alles beleuchtet: „Die Budgetdebatte, die sich in der vergangenen Woche mit den Forschungsfonds befaßte, hat unter anderem dem Sektor der gewerblichen Wirtschaft eine arge Enttäuschung bereitet, denn statt der zu erwartenden 247,5 Millionen Schilling für das Jahr 1969 an staatlichen Zu- schüssen sind lediglich“ — wie es hier heißt — „,29 Millionen Schilling vorgesehen, alles andere ist den Kürzungen des Finanzministers zum Opfer gefallen.“ Noch ein Satz aber ist bedeutsam, der Satz, in dem es heißt: „Es besteht aber die Gefahr“ — das ist die Folgerung — „daß durch die Einschränkung der staatlichen Zuschüsse gewissermaßen die Initialzündung für die Inangriffnahme von diversen Forschungsprojekten fehlt und daher auch von privater Seite die Forschungstätigkeit im nächsten Jahr gedrosselt werden wird.“

Sie sehen: So also schauen neben den billigen Worten des Koren-Planes auch hier die Taten, die Praxis und die Tatsachen der Regierungspolitik aus!

Meine Damen und Herren! Das Bild rundet sich aber völlig ab, wenn wir demgegenüber vergleichend folgendes feststellen, und zwar wieder aus diesem Bundesvoranschlag. Aus der Gruppe VIII, also Land- und Forstwirtschaft, dieses Regierungsbudgets ist auf der Seite 81 — es besteht jederzeit die Möglichkeit nachzuschlagen — zu ersehen, daß die Ausgabenansätze für 1969 gegenüber dem Voranschlag für 1968 neuerlich um fast 41 Millionen Schilling erhöht wurde.

Man kann es schon heute prognostizieren: Bei der verfehlten Agrarpolitik dieser Regierung wird die große Masse der Bauernschaft praktisch nichts davon spüren! Demgegenüber, meine Damen und Herren, geht aber aus der vorliegenden Budgetgruppe IX, die wir jetzt behandeln, also Handel, Gewerbe und Industrie, hervor, daß die Ausgabenseite fürs nächste Jahr im Vergleich zum Bundesrechnungsabschluß 1967 um rund 54 Millionen gekürzt wurde.

Aus diesem Vergleich zwischen den jährlich steigenden Dotierungen für das Agrarbudget mit den ständig nachhinkenden Ausgabenansätzen in dieser Budgetgruppe geht ebenso eindeutig eine Schlußfolgerung hervor: Soviel hat also diese Regierung für die Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie übrig.

Schon im Finanz- und Budgetausschuß hat man auf unsere Vorstellungen wegen der gegenüber dem Budget 1968 noch weiter erheblich gekürzten Förderungsaufwendungen in dieser Gruppe von Abgeordneten der Regierungspartei und auch von Ihnen, Herr Minister, mit dem Hinweis geantwortet, daß auch Sie Streichungen und Kürzungen bedauern, daß diese Streichungen und Kürzungen aber im Hinblick auf die staatsfinanzielle Situation hingenommen werden mußten.

Lassen Sie mich auch auf diesen Hinweis, also auf den Hinweis auf die staatsfinanzielle Situation mit wenigen Beispielen antworten:

Die Regierung hat — man muß das in diesem Zusammenhang feststellen — in den letzten Jahren einen wahren Rekord an Erhöhungen von Steuern, Abgaben und Tarifen geschlagen. Sie verschuldet den Staat und damit unser Volk — denn wir werden es ja zahlen müssen — im In- und Ausland immer mehr. Sie räumt die aus Beiträgen der Versicherten resultierenden Reserven von Sozialversicherungsinstituten aus. Und sie streicht oder kürzt von Jahr zu Jahr dazu noch wichtige Förderungsaufwendungen für die gewerbliche Wirtschaft in einem für die Zukunft unserer Wirtschaft kaum mehr vertretbaren und bedrohlichen Ausmaß. Das ist die eine Seite.

Wie aber sieht es auf der anderen Seite aus? Die Regierung hat offenbar Geld genug für eine von Jahr zu Jahr steigende Agrardotierung, die — ich habe es hier schon einmal erwähnt — der großen Masse der kleineren Bauern nicht hilft, ihre Existenz zu sichern, geschweige denn ernstlich zu verbessern.

Aber auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Genossenschaften wird eine völlig falsche Politik gemacht. Lassen Sie mich einmal etwas Grundsätzliches sagen: Man kann dem Genossenschaftswesen, also sowohl den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften des Gewerbes und des Handels — in welcher Form immer — als auch den Produktions- und Verkaufsgenossenschaften grundsätzlich absolut positiv gegenüberstehen. Ihre Entwicklung — und das ist meine Meinung — muß aber auf eigener Initiative beruhen und darf nicht auf dauernde Staatskrücken, wie bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, aufgebaut sein.

Kostroun

Die Regierung aber hat offenbar immer wieder Geld genug für die von Jahr zu Jahr steigenden Förderungszuwendungen an die agrarischen Genossenschaften über das zuständige Budget.

Nun Beobachtungen: Wie Giftpilze geradezu sind in den letzten Jahren die Einrichtungen dieser Genossenschaften — nicht nur Lagerhäuser, dafür hätte man Verständnis, sondern auch Bürogebäude, Verkaufsstätten und Reparaturwerkstätten — aus dem Boden geschossen. Die Bauern wissen es, fragen Sie nur einmal herum. Sie wissen von ihrer Abhängigkeit und den Praktiken dieser Genossenschaften ein sehr trauriges Lied zu singen. Zehntausende Gewerbetreibende und Kaufleute aber spüren es ebenso durch die zunehmende Konkurrenzierung dieser Genossenschaften. Alle aber wissen es: Der Auf- und Ausbau dieser Genossenschaften im Tempo der letzten Jahre ist nicht allein etwa durch Selbstfinanzierung, also durch Eigenmittel, auch nicht nur durch Kredite erfolgt, sondern zum nicht geringen Teil vor allem durch die großen finanziellen Zuwendungen der Regierung über das Agrarbudget möglich geworden.

Auch hier kommen wir ganz zwangsläufig zu einem Schluß, meine Damen und Herren: Dazu hat die Regierung Geld, für die einseitige Förderung eines Teiles der Genossenschaften! (Abg. Dr. Haider: *Die Staatskrücken möchte ich gerne wissen!* — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: *Wir würden gerne wissen, wo man das alles bekommt, was Sie jetzt gesagt haben!*) Meine Herren! Es kann doch nicht geleugnet werden, daß über den Grünen Plan erhebliche Zuwendungen an die landwirtschaftlichen Genossenschaften gemacht wurden. Sie wissen schon, wie Sie sich die Mittel beschaffen. (Abg. Fachleutner: *Keinen Groschen kriegen wir!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Wie wäre denn sonst die Erhöhung des Agrarbudgets zu erklären? Lassen Sie mich noch einmal ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: *Reden Sie nicht so daher!* — Abg. Ing. Karl Hofstetter: *Das stimmt doch nicht!*) Nehmen Sie dann hier dazu Stellung, reden Sie nicht! Das, was Sie behaupten, das müssen Sie beweisen. (Abg. Ing. Karl Hofstetter: *Sie behaupten, und wir sollen es beweisen!*) Stimmt es vielleicht nicht, daß das Agrarbudget um 51 Millionen Schilling heuer gegenüber dem Vorjahr höher ist? (*Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich weiß sehr wohl, Sie werden es leugnen, daß aus diesem Titel Zuwendungen an die landwirtschaftlichen Genossenschaften kommen. Sie können es leugnen, die Bevölkerung aber wird es Ihnen nicht glauben. (Abg. Dr. Haider: *Das Sozi-Volksgericht über*

die Genossenschaften! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Und nun kommt noch etwas Pikantes dazu: Die Wirtschaftstreibenden der gewerblichen Wirtschaft in den Landgemeinden — das werden Sie doch nicht leugnen —, aber auch die Handelskammerführung des Österreichischen Wirtschaftsbundes wissen so wie wir, daß sich die Manager der landwirtschaftlichen Genossenschaften — durchwegs Ihrer Partei angehörig! — seit Jahren auch über die zuständigen gesetzlichen Bestimmungen glatt hinwegsetzen und ohne jede Berechtigung tun und lassen, was ihnen genehm ist und lukrativ erscheint. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: *Das ist eine falsche Behauptung!* — Abg. Dr. Haider: *Das sind Unwahrheiten! Das ist eine Verleumdung!*)

Präsident: Ich bitte, sich mit den liebenswürdigen Ausdrücken etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Kostroun (fortsetzend): Fragen Sie Herrn Dr. Mussil, fragen Sie den Präsidenten der Bundeskammer und des Wirtschaftsbundes, Ing. Sallinger. Sie legen sich auch hier wieder aufs Leugnen fest. Das wird die Tatsachen nicht verkleinern können. (Abg. Ing. Karl Hofstetter: *Sie bringen die kleinen Gewerbetreibenden um!*) Das werden Sie doch hoffentlich nicht leugnen, denn das steht ja in Ihren Zeitungen.

Nun werden seit Jahren Verhandlungen geführt (Ruf bei der ÖVP: *Seit Jahren ist er gewerblicher Genossenschafter!*) zwischen den Vertretern dieser Genossenschaften, also Partei-freunden des Österreichischen Wirtschaftsbundes, und der Handelskammerführung. Aber alle diese Verhandlungen haben bisher nicht einmal in der Frage der Einstellung von Rechtsverletzungen zu einem Ergebnis geführt.

Auch Überlegungen des Herrn Handelsministers — die wir in den Zeitungen gelesen haben, ich drücke mich sehr vorsichtig aus —, hier endlich einmal einzugreifen und nach dem Rechten zu sehen, sind über Ankündigungen nicht hinausgekommen.

Leugnen Sie auch das? Lesen Sie Ihre Zeitungen! Lesen Sie, was der steirische Landesrat Peltzmann vom Handelsminister verlangt: endlich einmal einzugreifen und die Rechtsverletzungen und die Gesetzesübertretungen abzustellen. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß auch wir uns das nicht dauernd bieten lassen! Ich ziehe daraus wieder einen Schluß: Für die Förderung der Konkurrenz von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften hat die Regierung — wie auch dieses Budget wieder zeigt — offenbar Geld genug!

10358

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Kostroun

Schließlich muß ich aber noch auf ein Beispiel verweisen, aus dem ersichtlich ist, daß die Regierung sogar auf erhebliche Steuereinnahmen verzichtet, wenn es — nehmen Sie mir das nicht übel, anders ist es nicht erkläbar — um ihre Freunde oder Günstlinge oder Förderer geht:

Am 6. Juli 1966 — ich rufe mir das in Erinnerung —, also wenige Monate, nachdem die ÖVP bei den Nationalratswahlen im Parlament eine kleine Mehrheit erhalten hatte, haben wir hier über eine Regierungsvorlage verhandelt, nach der künftig hin die vorzeitige steuerliche Abschreibung der Kosten von Portalbauten, die bisher mit jährlich 60.000 Schilling begrenzt war, in Zukunft in völlig unbegrenzter Höhe möglich gemacht werden sollte.

Wir Sozialisten haben vor dieser Gesetzesbestimmung gewarnt! Sie erinnern sich: Wir haben einen Abänderungsantrag gegenüber der Regierungsvorlage eingebracht, der die vorzeitige steuerliche Abschreibung der Anschaffungskosten für den Bau oder die Neugestaltung von Portalen mit jährlich 200.000 Schilling begrenzen sollte. Statt wie bisher 60.000 also 200.000 Schilling; in Ihrer Regierungsvorlage unbegrenzt.

Ich habe in der Debatte über diesen Gesetzentwurf der Regierung hier an dieser Stelle darauf verwiesen, daß eine Begrenzung der vorzeitigen Abschreibung für Portalkosten von 200.000 Schilling jährlich für den größten Teil der Gewerbe- und Handelsbetriebe, die auf Grund ihrer Ertragslage überhaupt an die Anschaffung von Portalen denken können, völlig ausreichend wäre.

Ich habe aber dabei ebenso darauf verwiesen, daß die unbegrenzte vorzeitige jährliche Abschreibungsmöglichkeit der Baukosten von Portalen jeder Ausstattung nur den Großwaren- und Versandhäusern sowie anderen Großunternehmungen zugute kommen und ihnen damit die Möglichkeit erschließen würde, ihre Einkommen- oder Körperschaftsteuer erheblich zu reduzieren. (Abg. Kulhanek: Aber Dr. Staribacher will ja nur große Betriebe! Er sagt ja, wir haben zuwenig große Betriebe! — Abg. Steiner: Jeder sagt etwas anderes in der SPÖ!) Es geht hier um die konkrete Frage der unbegrenzten vorzeitigen Abschreibung von Portalkosten und um nichts anderes, Kollege Kulhanek. Darauf antworten Sie, wenn Sie nach mir zu Wort kommen sollten. (Abg. Kulhanek: Ich komme!)

Alle diese Argumente, alle diese Warnungen haben nichts genutzt. Der Abgeordnete Mussil hat damals hier an dieser Stelle (Abg. Robert Graf: Bitte nicht meinen Freund angreifen! Sonst muß ich mich zum Wort melden!) diese Bestimmungen in der Gesetzesvorlage der

Regierung — wie ich es sehe — mit fadenscheinigen Begründungen verteidigt. (Abg. Robert Graf: Ein Generalsekretär hat nie fadenscheinige Begründungen!) Ich habe mir überlegt, ob ich sie zitieren soll. (Abg. Robert Graf: Fadenscheinig! So etwas!) Nein, ich will nicht die Diskussion über diese Gruppe ungebührlich hinausziehen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich hätte sie zitieren können. (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.) Dann wehren sich eben die Banken auch, spielt doch keine Rolle. Sie erinnern sich schon. Es gehört ja auch dazu.

Sie haben mit Ihrer geringen ÖVP-Mehrheit und gegen unsere Stimmen diesen Gesetzentwurf beschlossen und unseren Abänderungsantrag, verantwortungsbewußt erstellt, auf die Möglichkeiten der Wirtschaft eingehend, die Förderung des großen Teils der Wirtschaft zum Ziel habend, abgelehnt.

Ich habe diese Sache auch in der Budgetdebatte im Vorjahr, am 14. Dezember, an dieser Stelle — Sie können das nachlesen — wieder aufgerollt und alle schlüssigen Argumente für die Beseitigung dieser Gesetzesbestimmung angeführt. Wieder hat man unsere Mahnungen und Warnungen einfach überhort. Nichts ist seither geschehen. Jetzt aber haben wir die Bescherung! (Zwischenruf des Abg. Robert Graf.) Sie können es auch so nennen. Aber hören Sie jetzt zu.

Auf Grund der verminderten Eingänge an Einkommen- und Körperschaftsteuer hat der Herr Finanzminister einfach im Budget für 1969 die Eingänge an Einkommensteuer um 500 Millionen Schilling und die an Körperschaftsteuer um 440 Millionen Schilling niedriger als im Vorjahr angesetzt.

Wer weiß, um wieviel größer die Zahl der einkommensteuerpflichtigen Betriebe gegenüber der Zahl der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmungen ist, wird das Verhältnis in der Größenordnung der verminderten Einnahmeschätzungen richtig zu werten wissen.

Der Sprecher der gegenwärtigen ÖVP-Mehrheit im Parlament hat — weil ich auch darauf im Finanz- und Budgetausschuß aufmerksam gemacht habe — in seiner Antwort mit der Bemerkung zu beschwichtigen versucht, daß die in diesem Budget für 1969 ausgewiesenen um 440 Millionen Schilling niedrigeren Erwartungen an Körperschaftsteuereingängen nur zum geringen Teil auf die niedrigeren Steuerleistungen infolge von vorzeitigen und in der Höhe unbegrenzten Abschreibungsmöglichkeiten von Portalanschaffungskosten zurückzuführen sind.

Ich will objektiverweise zugeben — nehmen Sie das als Korrektur anderer Auffassungen,

Kostroun

die hier geäußert wurden —, daß sich der Wirtschaftsrückschlag des Vorjahres, an dem die Regierungspolitik wahrlich nicht unschuldig war, erst im nächsten Jahr in geringeren Einkommen- und Körperschaftsteuerleistungen widerspiegeln wird.

Aber selbst wenn auf Grund der ungeheuren steuerlichen Begünstigungen der vorzeitigen und unbegrenzten Abschreibungsmöglichkeiten der Kosten von Portalbauten im nächsten Jahr von körperschaftsteuerpflichtigen Großunternehmungen nur 10 Prozent der prognostizierten Körperschaftsteuermindereinnahmen anzunehmen wären — das ist wahrlich viel zuwenig, aber man kann hier nur prognostizieren —, selbst wenn ich also dem Argument entgegenkommen würde, daß von den 440 Millionen Schilling, die der Herr Finanzminister an Mindereingängen aus der Körperschaftsteuer rechnet, nur 10 Prozent aus dem Titel der vorzeitigen Abschreibung, der unbegrenzten Abschreibung von Portalkosten resultieren, so sind das immerhin genau 44 Millionen Schilling in einem Jahr dieser Regierung.

Meine Damen und Herren! Wenn diese Regierung im Geld schwimmen würde, hätte ich noch Verständnis dafür, wenn sie nach dem bekannten Lied — Sie kennen es, ich bin ein Wiener — handeln würde: „Hätt' ma's net, so tät ma's net ...“ (*Abg. Hartl: Singen ist verboten! — Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Sekanina: Aber nicht um 3/45!*) Sehen Sie, so leichtfertig nehmen Sie ernste Überlegungen auf. Denn ich gebe Ihnen das ja auch zur Überlegung; es soll ja nicht allein eine Kritik sein, Sie sollten doch darüber nachdenken und daraus auch einige Schlüsse ziehen.

Wenn man sich aber vergegenwärtigt, daß die Regierung nicht ein und aus weiß, unentwegt Steuern, Abgaben, Tarife erhöht und Förderungsausgaben für die Wirtschaft streicht oder kürzt; wenn man sich vor Augen hält, wie sehr diese Regierung unseren Staat und unser Volk im In- und Ausland verschuldet hat und wie weitaus höher sie selbst die Budgetdefizite der nächsten Jahre einschätzt, dann erst kommt einem zwangsläufig so recht zum Bewußtsein, daß diese Regierung — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich wieder zu diesem Schluß komme — offenbar nur ein Konzept hat: wie man alle anderen immer höher belastet, nur um wenigen dienen zu können. Mit einem solchen Konzept aber ist der Mehrheit unseres Volkes nicht gedient!

Meine Damen und Herren! Die von unserem Standpunkt aus trotz aller schönen Worte und trotz der unverbindlichen Worte des Koren-Plans gegebene Konzeptlosigkeit der Regierung manifestiert sich aber auch in

einer Feststellung des Herrn Finanzministers — ich glaube, in einer Pressekonferenz —, die auch in unabhängigen und ÖVP-Blättern veröffentlicht wurde. Der Herr Finanzminister hat dort die relativ geringe Dotierung der Budgetmittel für öffentliche Investitionen mit dem Hinweis verteidigt, daß er durch die zu erwartende Konjunkturbelebung größere Eigeninvestitionen der Wirtschaft erwarte und das Budget so — wie er sagt — konjunkturadäquat, also konjunkturrichtig, wirken würde. Im Gegensatz zu Herrn Finanzminister Dr. Koren, der sein Budget also auch auf die erhofften größeren Eigeninvestitionen der Wirtschaft im nächsten Jahr aufgebaut hat, stehen aber die Feststellungen im letzten Wirtschaftsbrief der Creditanstalt in der Ausgabe vom November 1968, in dem es unter anderem heißt — auch hier will ich Sie nicht lange aufhalten, ich bringe nur zwei Titel, die sagen alles —: „Wachstum des Kreditvolumens noch rückläufig“; und zum Schluß die Feststellung — auch als Titel: „Weiterhin schwache Investitionen“. Das sind die optimistischen Worte des Herrn Finanzministers, und das sind die realen Feststellungen von objektiver Seite.

Meine Damen und Herren! Sie kennen aber — ebenso wie ich — die beunruhigende Situation in unserer Bauwirtschaft. Um die Bauwirtschaft, die ja für unsere Inlandswirtschaft — wie Sie alle wissen — von größter Bedeutung ist, steht es nicht zuletzt deshalb derzeit so schlecht, weil trotz aller gegenteiligen Beteuerungen in der Regierungspropaganda bereits im heurigen Jahr weniger Investitionen des Bundes erfolgten. Sie kennen aber ebenso die betrübliche Situation in manchen anderen Branchen, über die auch das jetzige Weihnachtsgeschäft nicht hinwegtäuschen kann. Dazu aber kommt noch eines:

Niemand, meine Damen und Herren, von uns kann derzeit noch abschätzen, wie sich die währungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bisher schon in einer Reihe von europäischen Staaten, wie in Frankreich, England und in der deutschen Bundesrepublik, eingeleitet wurden, im nächsten Jahr insbesondere auch auf unseren Fremdenverkehr auswirken werden. Niemand, auch nicht der Herr Finanzminister, kann das voraussehen.

Wieder kommen wir aus diesen Erwägungen und Feststellungen zu einem eindeutigen Schluß. Der Herr Finanzminister und damit natürlich auch die Regierung haben ihr Budget nicht auf reale Erwartungen, sondern offenbar auch auf vage Hoffnungen und die gleichen Imponderabilien aufgebaut, mit denen Goebbels noch im Jänner 1945 seine Siegeshoffnungen begründete! (*Abg. Robert Graf: Langsam! Goebbels hören wir nicht gerne!*) Am 29. Jänner

10360

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Kostroun

1945, als kein Ausweg mehr war, als selbst Goebbels nicht mehr an die Wunderwaffe glaubte, hat er die Imponderabilien als die Möglichkeiten des Sieges gegenüber denjenigen vorgebracht ... (Abg. Robert Graf: *Herr Kollege! Wenn ich der Herr Sekanina wäre, würde ich mich dann melden und in flammender Apotheose erklären: Sie unterstellen etwas dem Finanzminister!*) — Weiter Zwischenrufe bei der ÖVP.) Aber gar keine Rede davon! Sie wollen mir jetzt etwas unterschieben, ich lasse mir auch von Ihnen, Herr Kollege, nichts unterschieben! Die Imponderabilien sind Unwägbarkeiten! Auf die hat der Goebbels gesetzt, und auf die setzt offenbar auch der Finanzminister in seinen Budgeterwartungen. (Abg. Robert Graf: *Also keine Vergleiche, sonst geben wir Erklärungen ab, Herr Kollege!*) — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Darüber, meine Damen und Herren, kann keine Eigenpropaganda, für die diese Regierung Dutzende Millionen auszugeben bereit ist und für die allein in dieser Budgetgruppe 1,5 Millionen Schilling unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit“ präliminiert worden sind, unser Volk hinwegtäuschen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber auch die synchronisierte Regierungs- und ÖVP-Propaganda beleuchten: Da finden Sie in einer Zeitschrift des Finanzministeriums und in dem Informationsblatt der ÖVP „Brennpunkt“ — das ist das eine und das ist das andere — eine Reihe von sonderbaren Behauptungen. Meine Damen und Herren! Da wird zum Beispiel behauptet, daß Österreich seit 1966 von der Alleinregierung der ÖVP erfolgreicher regiert wird als in den letzten Jahren der Koalition. (Abg. Dr. Haider: *Das stimmt auch! — Bravo rufe und Beifall bei der ÖVP.*) Sie rechnen damit, daß das Volk alles vergißt und nur auf die Propaganda Ihrer Partei und Ihre Behauptungen hereinfällt. (Abg. Dr. Haider: *Die einzige Wahrheit!*) — Abg. Weikhart: *Das glauben Sie ja selber nicht! Sie klatschen nur, weil es dazugehört!* — Weitere Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ.)

Ich zweifle nicht daran, daß die Alleinregierung der ÖVP — ich habe es schon nachgewiesen — sicherlich besser für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, für die Großunternehmungen, Warenhäuser und Kaufhäuser (Abg. Lola Solar: *Konsum!*), die sie begünstigt, gewesen ist. Aber sie war zweifelsfrei schlechter für alle arbeitenden Menschen dieses Landes. (Abg. Dr. Prader: *Die leben schlechter als früher?*) — Abg. Dr. Haider: *Die haben Sie verstanden!*)

Meine Damen und Herren! Ich wage es hier, an den gesunden Verstand des öster-

reichischen Volkes zu appellieren, um Ihnen und dem Volk ins Bewußtsein zu rufen (*Abg. Ing. Kunst: 40 Milliarden Schulden!*): In der Koalition hat es niemals ein derartiges Tempo an Steuer-, Abgaben- und Tariferhöhungen sowie anderen Belastungen gegeben wie in der derzeitigen Regierung. (Abg. Dr. Prader: *Außer bei der Gemeinde Wien!*) Niemals in der Koalition hat es eine so große, ständig steigende Staatsverschuldung gegeben wie heute. (Abg. Lola Solar: *Ihr habt ja die Koalition nicht wollen!*) — Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.) Niemals hat es bei der Zusammenarbeit der großen Parteien ein derartiges staatsfinanzielles Schlamassel gegeben. (Rufe bei der ÖVP: *Das ist nicht wahr!* — Weitere Zwischenrufe.) Aber auch niemals — auch das traue ich mich zu behaupten — sind wir vor so vielen schweren und ungelösten Problemen gestanden wie in der heutigen Zeit. Viele wichtige Probleme sind ungelöst. Ich trete hier dieser Ihrer Propaganda entgegen. Ich rufe nur in Erinnerung — Sie werde ich nicht davon überzeugen, aber wir wissen es und werden unser Volk zu überzeugen verstehen —: Viele gewichtige Probleme wurden in der Koalition leichter oder schwerer, aber doch gelöst! Jetzt bleiben sie ungelöst. (Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.) Natürlich, fragen Sie den Herrn Generalsekretär Mussil, wie viele Probleme er als ungelöst ansieht, und fragen Sie auch die Frau Sozialminister.

Und noch eine Propagandabehauptung der Regierung und Ihrer Partei verdient näher beleuchtet zu werden. Da röhmt man sich in diesem Blatte hier der Bewährungsprobe für die Erhaltung des inneren Friedens. Man nimmt dieses Glück für Österreich einfach für die Regierung und die ÖVP in Anspruch. (Abg. Dr. Haider: *Sehr richtig! Mit Recht!*) — Abg. Weikhart: *Der Haider redet schon wieder zu laut!*) An Sie aber, meine Damen und Herren, appelliere ich jetzt, ein bißchen nachzudenken. Alle denkenden Menschen unseres Landes wissen es, daß die Erhaltung des inneren Friedens unseres Landes vor allem auch der verantwortungsbewußten und staatsbewußten Haltung unserer Partei zu verdanken ist. Das gleiche gilt für die Behauptung, daß die nur teilweise Überwindung der Wirtschaftsflaute des Vorjahres allein dieser Regierung zu verdanken wäre. Dazu kann ich nur neuerlich feststellen, was ohnehin jedermann in Österreich weiß (Ruf bei der ÖVP: *Dann brauchen Sie es nicht festzustellen!*): Die ersten und hoffentlich bleibenden — man muß es Ihnen schon ins Bewußtsein rufen, nicht wahr? — Anzeichen für eine Überwindung der Konjunkturschwäche des Vorjahres kann doch wohl kaum diese Regierung als Verdienst in An-

Kostroun

spruch nehmen. Sie hat hier wirtschafts-hemmende Maßnahmen gesetzt. Die Auf-wärtsentwicklung ist die natürliche Folge der Konjunkturbelebung in anderen Staaten, die sich nunmehr wenigstens teilweise auch bei uns auszuwirken beginnt. (*Ruf bei der ÖVP: So wie in Frankreich!*) Sie ist heuer in größeren Export- und besseren Fremden-verkehrszahlen vor allem durch die gemein-same und sinnvolle Wirtschaftspolitik — auch das muß man Ihnen vor Augen führen — der Koalitionsregierung der beiden großen Parteien in der deutschen Bundesrepublik sichtbar geworden. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Aber dazu, meine Herren — ich hoffe, daß Sie das in der Öffentlichkeit nicht leugnen —, ist ebenso die Bereitschaft der Sozialisten in der Paritätischen Preis- und Lohn-kommission sowie im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen zu zählen, verantwor-tungsbewußt mit ihren Partnern mitzuarbeiten, nach objektiven Gesichtspunkten zusammen-zuarbeiten und immer wieder den Weg des Gemeinsamen zu finden, damit unserem Land soziale Erschütterungen mit allen wirtschaftlichen Folgen erspart bleiben. Leugnen Sie auch das? Also haben wir auch ein Ver-dienst, und zwar wahrscheinlich das ent-scheidende Verdienst für die Erhaltung des sozialen Friedens in diesem Lande und für die Bewahrung unseres Landes vor Erschüt-terungen. Hier aber behaupten Sie, das sei allein Ihr Verdienst.

Was aber hier niedriger gehängt und richtig-gestellt werden muß, gilt auch für die Be-hauptung in der Regierungspropaganda, daß ihr im Hinblick auf die Ereignisse in den letzten Monaten in einem unserer Nachbar-länder die Bewährungsprobe der Erhaltung des äußeren Friedens zu danken wäre. Bei dieser Behauptung ... (*Zwischenruf des Abg. Hartl.*) Hören Sie doch zu! Ich rede ja nicht vom Schilling. Der Schilling ist ab-hängig auch von unserem Verhalten. Das Ver-halten war staats- und verantwortungsbewußt (*Abg. Hartl: Wie Ihr demagogisches Gerede!*), selbst als Opposition. Es ist nicht Ihr Ver-dienst. Aber ich rede jetzt gar nicht vom Schilling. Lieber Freund Hartl, wenn Sie schon Zwischenrufe machen, müssen Sie doch vorher hören, was ich sage, sonst ist ja jeder Zwischenruf sinnlos. Ich rede von der Be-hauptung in Ihrer Propaganda, daß die Be-wahrung des äußeren Friedens im Hinblick auf die Ereignisse in einem unserer Nachbar-länder allein dieser Regierung zu verdanken ist.

In Österreich erkennt man bei dieser Be-hauptung mit einigem gesunden Sinn die

Unwahrheit. Jeder weiß doch, daß wir wieder einmal Glück gehabt haben und die Signatar-mächte unseres Staatsvertrages — gottlob! — nach wie vor unsere Neutralität anerkennen und respektieren.

Jeder kennt aber auch die feste und ein-deutige Haltung, die unsere Partei in diesen Tagen gezeigt hat. Wir sind nicht so, daß wir behaupten, alles sei uns zu verdanken. Nein, allein die Dokumentation des einheitlichen Freiheitswillens unseres Volkes aber hat neben der Respektierung unserer Neu-tralität durch Rußland dazu beigetragen, daß in dieser Zeit unsere Grenzen respektiert wurden. Das ist die Wahrheit und nicht das, was Sie da drinnen geschrieben haben, daß es der Regierung und dem Klaus zu danken wäre. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen also: Die Regierung hat wahrlich keinen Grund, sich in Siegerpose zu stellen und Lorbeeren auf ihre Fahnen zu heften. Wahrlich nicht!

Gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zu-sammenhang auch auf das Plakat zurück-komme, auf dem der Herr Bundeskanzler in einem süßlichen oder, wenn Sie wollen, schönen Niveabraun zu sehen ist, als ob er von einer Schitour auf dem Arlberg oder von einer Besuchsreise am Schwarzen Meer zurück-gekommen wäre. (*Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe.*) Auf dem Plakat wird die „gute Hand“ der ÖVP angepriesen. Aber die gute Hand, meine Damen und Herren, kann doch gar nicht so gut sein, wenn man sich ver-gegenwärtigt, daß diese gute Hand, diese Regierung mit ihrer knappen heutigen ÖVP-Mehrheit allen Lohn- und Einkommensteuer-pflichtigen ab 1. Jänner 1969 sozusagen als Neu-jahrsgeschenk eine neuerliche zehnprozentige Erhöhung der Einkommen- und Lohnsteuer aufbürdet. Und Tausende und Zehntausende Gewerbetreibende und Kaufleute sowie Selb-ständige der freien Berufe werden sich an die gute Hand erinnern und daran denken, wenn ihnen als zusätzliches Weihnachtsgeschenk zu den 10 Prozent Einkommensteuer-erhöhung (*Abg. Hartl: Unter der Brücke werden sie nicht schlafen!*) durch das von der ÖVP-Mehrheit, also von Ihnen, gegen unsere Stimmen am 30. Juni 1967 beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz so wie im Vor-jahr — schon das zweite Mal — eine neu-erliche Verdoppelung der Hauptmietzinse auf-gehalst oder, wenn Sie es schöner ausgedrückt haben wollen, aufgebürdet wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte dazu, meine Damen und Herren, noch etwas feststellen. Wenn wir aus dem heutigen staatsfinanziellen Dilemma herau-skommen, unsere Wirtschaft nach modernen

10362

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Kostroun

Gesichtspunkten, wie wir es uns in unserem Wirtschaftsprogramm vorstellen ... (*Ruf bei der ÖVP: Im Nebelprogramm!*) Gegenüber Ihrem Koren-Plan ist das ein umfassendes Wirtschaftswerk, das den Weg nach aufwärts weist (*Abg. Hartl: Geh, geh, nichts wert!*), eine neue Industrialisierungswelle einleiten soll und alle Wirtschaftsteile befruchten wird! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Aber, meine Damen und Herren, wir sind der Meinung — und Sie werden mir meine Meinung nicht nehmen können, sie ist unverrückbar, eindeutig und nie wankend gewesen —: Wenn wir aus dem heutigen staatsfinanziellen Dilemma herauskommen, unsere Wirtschaft nach neuen, modernen Gesichtspunkten entwickeln, unserem Lande dauernd die Vollbeschäftigung erhalten und höchstmöglich sichern wollen, und wenn wir wollen, daß der allseitige Wohlstand sich mehrt und nicht mindert, dann brauchen wir nicht nur gute, sondern auch reine Hände und helle Köpfe in diesem Land, von welcher Seite sie immer kommen. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie es mir wieder nicht übel: Angesichts eines Polcar, eines Haselgruber, eines Müllner — ich könnte auch andere Namen nennen — ist in unserer Bevölkerung — ich drücke es sehr vornehm aus — der Glaube an reine Hände in der ÖVP mit Recht weitgehend erschüttert worden. Andererseits, meine Damen und Herren, kann man ebenso feststellen, daß die heutige Regierungspartei wahrlich allein keinen Monopolanspruch auf helle Köpfe hat.

Ich komme jetzt zum Schluß und zu den zusammenfassenden Schlußfolgerungen. (*Abg. Hartl: Gott sei Dank!*) Mit dieser Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei ist nach meiner festen Überzeugung weder die Sicherheit und die Freiheit unseres Landes zu verbürgen, noch werden die entscheidenden Wirtschafts-, Budget- und Finanzprobleme unseres Landes zu lösen sein. Diese Regierung ist auf dem besten Weg, unser Staatsschiff auf eine Sandbank zu führen. (*Abg. Dr. Prader: Das haben Sie schon im 66er-Jahrgesagt! Es schwimmt aber noch immer!*) Wir sind aber ebenso überzeugt: Unser Staatsschiff wird nur dann neuerlich wieder flottgemacht werden können, wenn wir Sozialisten auf Grund der Entscheidung unseres Volkes zur ersten Kraft dieses Landes oder wieder zur Mitbestimmung berufen werden. Das ist meine feste Überzeugung!

Gottlob leben wir in keiner Diktatur, sondern in einer Demokratie, wo das Volk zur Auswahl zwischen mehreren Parteien be-

rufen ist und so über seine Zukunft selbst entscheiden kann. Darum, meine Damen und Herren, sind wir trotz allem für die Zukunft zuversichtlich.

So wie nach ehernen Naturgesetzen die Zeitenwende jedes Jahres unaufhaltsam ist, so sind wir überzeugt, daß es durch die nächste Wahlentscheidung unseres Volkes auch zu einer politischen Wende kommen wird. Dieser Wende sehen wir Sozialisten mit Optimismus entgegen, weil nur so, durch die Zusammenfassung aller konstruktiven Kräfte unseres Volkes auf jeder Ebene, die Zukunft unseres Landes in Freiheit und Frieden wieder auf besseren Fundamenten aufgebaut werden kann und zu sichern sein wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Für diese Wende aber wollen wir Sozialisten wirken. Der Tag der Wende wird für die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Volkes die Zeit des echten Aufstiegs sein. (*Abg. Dr. Prader: Wir sind im Parlament und nicht auf einer Versammlung!*) Unsere Partei wird dafür vorbereitet sein, und die Bevölkerung wird uns für diese Wende, für diesen neuen Beginn bereit finden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Sallinger das Wort.

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Freund Kostroun hat sich am Anfang seiner Ausführungen mit dem Fremdenverkehr und dem Export befaßt und dann auch mit den Genossenschaften. Ich werde auf den Fremdenverkehr und auf die Exportwirtschaft noch zurückkommen. Zu den Genossenschaften möchte ich ihm sagen, daß wir ja im Laufe dieses Jahres verhandelt haben, daß diese Verhandlungen bestimmt schwierig gewesen sind, daß wir sie aus grundsätzlichen Erwägungen unterbrochen haben und daß wir diese Verhandlungen bald wieder aufnehmen und auch diese Genossenschaftsfrage zu einem guten Ergebnis führen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzminister Dr. Koren hat es zustande gebracht, einen Budgetentwurf vorzulegen, der, gemessen an den Schwierigkeiten, die mit der Budgeterstellung verbunden waren, insgesamt durchaus positiv zu beurteilen ist. Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert den vorliegenden Bundesfinanzgesetzentwurf für das kommende Jahr unter anderem: „Das Budget 1969 ist ein Katalog ohne Illusion.“

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10363

Ing. Sallinger

Der vorliegende Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist tatsächlich ein Katalog ohne Illusionen. Er ist das Ergebnis einer realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Möglichkeiten, für deren Bewältigung bisher keine echte Alternative angeboten wurde. Auch das Institut für Wirtschaftsforschung hat erklärt, daß sich der vorliegende Voranschlag der erwarteten konjunkturellen Situation anpasse. Die Halbierung der ursprünglich vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen errechneten Finanzierungslücke von 16 auf 8 Milliarden Schilling sei konjunkturpolitisch vertretbar und finanztechnisch zu bewältigen.

Mit der Problematik des Budgets haben sich einige meiner Vorfriedner schon sehr intensiv befaßt. Es hieße an der Wirklichkeit vorbeigehen, wollte man annehmen, daß mit der Budgeterstellung für das nächste Jahr alle Schwierigkeiten und Probleme gelöst wären. Wir sind aber der angestrebten Ordnung einen beachtlichen Schritt nähergekommen.

Meine Damen und Herren! Sie kennen die Budgetprognose bis 1971. Trotz der diesjährigen Sanierungsmaßnahmen wird man sich auch in den kommenden Jahren mit der Frage beschäftigen müssen, wie man einen ausgeglichenen Staatshaushalt erstellen kann. Die Schere zwischen den ständig wachsenden Staatsausgaben und den zurückbleibenden Staatseinnahmen wird sich erst dann schließen, wenn die österreichische Wirtschaft wesentlich rascher wächst als bisher.

In dieser Erkenntnis hat die österreichische Bundesregierung eine Reihe von Gesetzen vorbereitet, die dazu dienen sollen, den notwendigen Strukturumwandlungsprozeß zu forcieren, die Investitionstätigkeit zu fördern und Wettbewerbsverzerrungen auszuschließen. Diese Maßnahmen sind sicher geeignet, das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen, nicht zuletzt dadurch, daß man Mängel, die da und dort auftreten, ausschließen kann.

Wenn der erwünschte Erfolg aber wirklich eintreten soll, und zwar möglichst rasch, werden die Bemühungen der Wirtschaftspolitik um ein beschleunigtes Wachstum auch in der Budgetstruktur ihren Niederschlag finden müssen. Deshalb erscheint es uns wichtig, daß die Ausgabengruppen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie eine erheblich größere Beachtung finden sollen. Gerade im Kapitel Handel ist eine Reihe von wachstumsstrategischen Ausgabenpunkten enthalten, die man künftig unbedingt mehr ausbauen muß. Dies gilt insbesondere für die Forschung, für den Export und für den Fremdenverkehr. Es

ist wohl unbestritten, daß die Beschleunigung des technischen Fortschritts sehr wesentlich von der Förderung der Forschung abhängt. Ebenso klar liegt auf der Hand, daß der Export und der Fremdenverkehr wichtige Träger des wirtschaftlichen Wachstums in Österreich sind.

Im Budget für 1969 wurden die Mittel für die gewerblich-industrielle Zweckforschung mit 29 Millionen Schilling präliminiert. Dieser Betrag bedeutet zwar gegenüber dem für 1968 vorgesehenen Betrag fast eine Verdoppelung. Wir sind auch dankbar dafür, doch ist dieser Betrag sicherlich noch zu gering. Die großen Industrienationen führen etwa zwei Drittel des wirtschaftlichen Wachstums auf den technischen Fortschritt zurück. Wenn man sich vor Augen hält, daß in Österreich der Staat weniger als 2 Prozent der betrieblichen Forschung finanziert, während beispielsweise in den USA ungefähr die Hälfte der Forschungsausgaben vom Staat getragen werden, so sieht man deutlich, welcher Zuwendung es noch bedarf, um die Forschung auch bei uns stärker zu dotieren. Das vom Forschungsfonds errechnete notwendige Niveau der staatlichen Forschungszuschüsse liegt weit über dem vorgesehenen Ansatz von 29 Millionen Schilling. Diese große Differenz zeigt auf, welche Versäumnisse Österreich noch nachzuholen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich gerade hier darauf verweisen, daß die gewerbliche Wirtschaft aus sich selbst heraus den Forschungsaufwand von 332 Millionen Schilling im Jahre 1963 auf 763 Millionen Schilling im Jahre 1966 gesteigert hat. Damit erhöhte sie ihre Forschungsausgaben beinahe auf das Doppelte. Im Lichte der enormen Steuerbelastungen und des scharfen internationalen Konkurrenzkampfes muß diese Leistung der österreichischen Wirtschaft wirklich gewürdigt werden. Die österreichischen Unternehmer haben die wichtige Rolle der Forschung und des technischen Fortschrittes längst erkannt und danach gehandelt. Sie haben nicht nur in den eigenen Betrieben die Anstrengungen vermehrt, sondern auch gemeinsame Forschungsinstitute ins Leben gerufen. Wenn die Forschung wirtschaftlichen Erfolg bringt — und darüber besteht wohl kein Zweifel —, so bringt sie nicht nur den Unternehmern Erfolg, sondern allen in der Wirtschaft Tätigen. Deshalb glaube ich ableiten zu können, daß die Forschungsförderung eine legitime Aufgabe des Staates im Interesse aller ist. Diese Aufgabe müssen wir alle erfüllen. Sie sollte in einer für künftige Budgetentwürfe zu erstellenden Rangordnung ganz oben eingereiht werden.

Die gesetzliche Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft trägt längst dieser

10364

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Ing. Sallinger

Tatsache Rechnung und sieht vor, daß Ausbildung und Weiterbildung, Vermittlung neuester Kenntnisse auf dem Gebiet der Fertigungsmethoden und der Betriebsführung für eine moderne Wirtschaft unerlässlich sind. Die Wirtschaftsförderungsinstitute der Handelskammern geben den Wirtschaftstreibenden und ihren Mitarbeitern — ob das nun Arbeiter oder Angestellte sind — in einem umfassenden Schulungs- und Seminarprogramm Gelegenheit, alle Bereiche der Produktionstechnik und Betriebsführung in einem weiten Sinne kennenzulernen. Wenn der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes darauf hingewiesen hat, daß in Hinkunft nur ein geringer Prozentsatz der Arbeitnehmer in jenem Beruf ihre Pensionierung wird erwarten können, den sie in ihrer Jugend erlernt haben, so darf ich das auch für die Unternehmen in Anspruch nehmen, denn dieser Zwang zur Umstellung ist für die Unternehmen gerade jetzt im größeren Maße gegeben. Angesichts der enormen Dynamik und des überaus raschen Fortschritts der Weltwirtschaft werden wir nur dann bestehen können, wenn jeder einzelne von uns und überhaupt jeder einzelne, der in der Wirtschaft tätig ist, seine Kenntnisse ständig erhöht. Die Wirtschaftsförderungsinstitute führen neben ihrem Ausbildungsprogramm laufend Rationalisierungs- und Beratungsaktionen für zahlreiche Branchen durch. Dadurch wird den Unternehmungen die Möglichkeit geboten, ihre Leistungskraft zu steigern und Mängel zu beheben.

In diesem Zusammenhang kommt auch dem neuen Berufsausbildungsgesetz, das schon im Hohen Haus liegt und derzeit im Unterausschuß behandelt wird, eine große Bedeutung zu. Im Zuge dieser gesetzlichen Neuregelung sollen die derzeit geltenden unübersichtlichen und zum Teil auch schon veralteten Bestimmungen durch ein modernes Berufsausbildungsgesetz abgelöst werden. Wir alle, die wir in den Betrieben zu tun haben, sehen immer wieder, daß eine große Zahl hochqualifizierte Facharbeiter fehlt. Die Ausbildung dieser Facharbeiter ständig zu verbessern, das Lehrlingswesen auf den neuesten Stand zu bringen und den jungen Menschen eine sorgfältige Ausbildung zu gewährleisten, ist unumgänglich notwendig, wenn Österreich auch in Hinkunft mit einer überdurchschnittlich hohen Qualität seiner Produkte konkurrenzfähig bleiben will.

Die Bewährungsprobe im internationalen Wettbewerb hat die österreichische Wirtschaft schon in vielfacher Hinsicht bestanden. Dies gilt nicht zuletzt für die Zeit der internationalen Konjunkturkrise im Jahre 1967.

Angesichts der besonders ausgeprägten Außenhandelsverflechtung der österreichischen Wirtschaft können wir auch gar nicht darauf verzichten, die Exporttätigkeit der Betriebe immer und immer wieder zu fördern. Im Budget 1969 wurden die Ansätze für Exportförderungsausgaben von 700.000 S im Jahre 1968 auf 1,5 Millionen Schilling erhöht. Es handelt sich dabei um Zuwendungen für verschiedene Exportförderungsmaßnahmen. Im Hinblick auf die schwierige Budgetsituation ist diese Erhöhung durchaus erfreulich, und wir sind auch dafür dankbar, wenn auch der zur Verfügung gestellte Betrag zu gering ist. Das Kapitel Exportförderung gehört zu den wichtigsten Schwerpunkten, und im Zuge einer Änderung der Budgetstruktur müßte dieses Kapitel wesentlich stärker beachtet werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß auch im Rahmen des Ausfuhrförderungsgesetzes 1964 der Bund der Exportwirtschaft große Unterstützungen zu teilt werden läßt.

Die Gesamthaftung des Bundes für den Export beträgt etwa 13 Milliarden Schilling. In diesem Rahmen erfährt eine beträchtliche Anzahl von Exportgeschäften eine beachtenswerte Förderung.

Die Hauptlast der Betreuung des österreichischen Außenhandels liegt ohne Zweifel bei der Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer, die in allen Teilen der Welt ihre Stützpunkte errichtet hat. Der Wert der Tätigkeit der österreichischen Handelsdelegierten für die österreichische Wirtschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie zeigen nicht nur Exportchancen auf, sie analysieren die internationale Nachfrageentwicklung und beraten die exportorientierten Firmen auch individuell über ihre Möglichkeiten auf den ausländischen Märkten. Sie stehen aber auch der Wirtschaft als Dolmetscher im Ausland zur Verfügung. Sie sind Mitglieder von Delegationen. Das ist vielleicht etwas Wichtiges, etwas Praktisches. In ihrem Arbeitsgebiet kennen sie die Wege zu offiziellen und inoffiziellen Stellen und leisten dadurch der Wirtschaft wirklich große Hilfe.

Von unseren Wirtschaftsförderungsinstituten werden im Ausland im Jahre 1969 73 Messen abgehalten. Für die Wirtschaft werden durch diese Schau große Vorteile herbeigeführt.

Man darf die Außenhandelsstellenleiter nicht allein in Wien sehen, wenn sie hier sind. Man muß sie an ihrer Arbeitsstätte sehen. Man muß sie dort sehen, wo sie eingesetzt sind. Es ist ein wesentlicher Unterschied, wenn man hier in Wien ist und die normale Temperatur hat; die Außenhandelsstellenleiter aber

Ing. Sallinger

sind in Afrika, wo es 40 und 45 Grad hat. Ich glaube, daß sie wirklich ihre Aufgabe erfüllt haben.

Ich freue mich immer, wenn Damen und Herren des Hohen Hauses, die im Ausland auf Besuch waren oder die bei einer parlamentarischen Reise dabeigewesen sind, sich dann, wenn sie zurückkommen, sehr lobend über unsere Außenhandelsstellenleiter aussprechen.

Meine Damen und Herren! Die konjunkturelle Situation der letzten eineinhalb Jahre, insbesondere aber die Diskriminierung der österreichischen Exporte in die EWG-Länder als unsere wichtigsten Handelspartner ließen noch größere Befürchtungen hinsichtlich ungünstiger Auswirkungen, die die österreichische Wirtschaft auf sich nehmen müsste, aufkommen. Daß dies nicht eintrat, ist zu einem großen Teil auf die Aktivität der Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer zurückzuführen. Die Bundeswirtschaftskammer ist ständig bemüht, im Interesse der Exportwirtschaft neue Mittel zu finden und neue Wege zu gehen.

Ich möchte jetzt besonders darauf verweisen, daß wir in Kürze ein österreichisches Exportjahr proklamieren und eine konzentrierte Exportoffensive starten werden, wo eine umfassende Aufklärungstätigkeit über die Bedeutung des Exportes für Österreich durchgeführt werden soll.

Ich hatte erst vor kurzer Zeit Gelegenheit, mit den Handelsdelegierten aus West-, Mittel- und Südeuropa eingehende Gespräche zu führen. Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir unsere Außenhandelsdelegierten alle zwei bis drei Jahre nach einem Schema nach Wien rufen, daß wir hier Exportbasisgespräche abführen, daß wir Sprechstage abhalten, daß wir die exportierenden Firmen zu uns bitten und mit ihnen eingehende Gespräche führen, daß diese Außenhandelsstellenleiter dann in die Bundesländer hinausgehen, in die Landeshauptstädte, in die Bezirke und, wenn es sein muß, bis in die Orte, daß das persönliche Kennenlernen der exportierenden Firmenchefs mit diesen Außenhandelsstellenleitern die Exportgesinnung und die Exportfreude noch mehr heben soll.

Wenn der Herr Außenminister beim Kapitel Äußeres wegen des Überseehandels gefragt worden ist, so darf ich auch hier feststellen, daß wir uns gerade in den letzten Monaten mit dem Überseehandel befaßt haben. Wir haben unsere Außenhandelsdelegierten auch diesbezüglich zu einer Besprechung einberufen, und wir haben besondere Anstrengungen für diesen Überseehandel in die Wege geleitet.

Wenn ich auf diese Gespräche noch zurückkomme, möchte ich auch sagen, daß es gegenwärtig nicht danach aussieht, daß wir in aller nächster Zeit, in unmittelbarer Zukunft eine fühlbare Änderung der Integrationslage in Europa sehen. Diese pessimistische Feststellung soll aber nicht bedeuten, daß wir die Hände in den Schoß legen und die Entwicklung einfach auf uns zukommen lassen.

Meine Damen und Herren! Die Feststellung, daß Österreich seine Exportanstrengungen mit allen Mitteln verstärken muß, erhielt gerade in der letzten Zeit besondere Aktualität. Die österreichische Wirtschaft sieht sich durch die währungspolitischen Maßnahmen größeren und neuen Schwierigkeiten gegenüber. Es muß befürchtet werden, daß die Exporterfolge der letzten Jahre und Monate auf gewissen Märkten ernstlich gefährdet werden.

Große Probleme werden sich für die exportierenden Firmen vor allem aus den Maßnahmen Großbritanniens ergeben. Der Außenhandel Österreichs mit Großbritannien konnte allein in den ersten sechs Monaten 1968 um 46 Prozent gesteigert werden. Nun sehen sich aber die österreichischen Exporteure einer bedrohlichen Barriere gegenüber. Die Verpflichtung des britischen Importeurs, 50 Prozent der Importsumme sechs Monate quasi als eine zinsenlose Anleihe in ein Depot zu legen, wird die ohnedies knappe Kalkulation und Finanzierung einer Reihe österreichischer Exportfirmen vor fast unlösbare Aufgaben stellen. Verschärfend kommt hinzu, daß auch die Verbrauchssteuer um 10 Prozent erhöht wurde. Es besteht die Gefahr, daß die österreichischen Firmen, die international gesehen nicht zu den finanziell stärksten gehören, bedeutende Verluste erleiden.

Schwierigkeiten für den Export werden aber leider nicht nur aus den britischen Maßnahmen, sondern auch aus den französischen Maßnahmen zu erwarten sein. Auch hier möchte ich feststellen, daß wir gerade in der letzten Zeit dem Frankreichexport besonderes Augenmerk geschenkt haben. Es ist uns auch möglich gewesen, daß wir eine jährliche zehnprozentige Steigerung erreicht haben. Selbst in den ersten drei Quartalen 1968 gegenüber der Vergleichszeit von 1967 war eine achtprozentige Steigerung festzustellen, obwohl die französische Wirtschaft durch die Ereignisse im Mai dieses Jahres in große Schwierigkeiten geraten war.

Die konkreten französischen Bestimmungen sind noch nicht in vollem Ausmaß zu überblicken. Sie werden aber zweifellos eine Importdämpfung bewirken und auch auf den österreichischen Fremdenverkehr negative Auswirkungen haben.

10366

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Ing. Sallinger

Sorgfältig zu beobachten wird darüber hinaus der deutsche Markt sein. Die Verringerung der steuerlichen Einfuhrbelastung könnte zwar einen Konkurrenzvorteil gegenüber deutschen Firmen bringen, die Diskriminierung wird damit aber nicht vermindert, und auch die Konkurrenzsituation gegenüber anderen Ländern erfährt keine Verbesserung. Durch die Erhöhung der deutschen Exportabgabe um 4 Prozent werden voraussichtlich jene österreichischen Erzeuger belastet werden, die auf den Bezug von Investitionsgütern beziehungsweise Roh- und Halbfabrikaten aus der Bundesrepublik ausgerichtet sind.

Wir sind uns dessen bewußt, meine Damen und Herren, daß im Zuge der weltweiten währungspolitischen Schwierigkeiten gewisse Maßnahmen gesetzt werden müssen. Wir bringen auch Verständnis dafür auf, daß im Interesse einer weltweiten Sicherung des währungspolitischen Gleichgewichts Opfer gebracht werden müssen. Wir müssen aber andererseits alle Anstrengungen unternehmen, hinsichtlich jener Maßnahmen Abschwächungen zu erreichen, die die österreichischen Exporte besonders hart betreffen.

Ich möchte nun zurückkommen auf das Gespräch mit den Außenhandelsdelegierten. Da erschien mir besonders bemerkenswert die Feststellung des österreichischen Handelsdelegierten in der Bundesrepublik; er stellte nämlich fest, daß der starke Rückgang der österreichischen Exporte in die Bundesrepublik von rund 1 Milliarde Schilling im Jahre 1967 gegenüber 1966 vor allem auf den Konjunkturrückgang in der Bundesrepublik und nicht auf eine verminderte Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produkte zurückzuführen war. Gegenwärtig aber bahnt sich im Zuge des deutschen Konjunkturaufschwunges eine überaus erfreuliche Belebung des österreichischen Exportes in die Bundesrepublik an. Die österreichischen Ausfuhren nach Deutschland werden zu Jahresende 1968, also schon in einigen Wochen, das Vorjahrsergebnis um etwa 16 bis 17 Prozent übertreffen und sogar das gute Ergebnis des Jahres 1966 knapp übersteigen. Allerdings wird die Zolldiskriminierung voll spürbar. Es gibt nach den Erfahrungen des Handelsdelegierten in der Bundesrepublik kaum noch eine Exportbranche, die vom Diskriminierungseffekt nicht voll getroffen werden würde. Die österreichischen Exporteure verhalten sich vorbildlich und gleichen die Zolldiskriminierung durch einen Verzicht auf Gewinne aus; sie exportieren in manchen Fällen nahezu ohne Gewinn, nur um ihre guten Positionen auf den EWG-Märkten zu halten. Daß eine solche aufgeschlossene Einstellung der Wirtschaft nur so lange möglich sein wird, als

noch Hoffnung besteht, die Integrationssituation klären zu können, liegt auf der Hand.

Es sollte also alles versucht werden, um wenigstens die Zolldiskriminierung unserer Ausfuhren in die EWG-Länder zu mildern. In den letzten Monaten sind verschiedene Pläne für sogenannte Übergangslösungen ventiliert worden, die es ermöglichen sollten, aus der durch das französische Veto in der Großbritannienfrage entstandenen Sackgasse wieder herauszukommen. Noch ist völlig offen, wie eine solche Übergangslösung aussehen könnte. Für die österreichische Wirtschaft würden Lösungen als Erleichterung empfunden werden, die Maßnahmen auf dem Zollsektor vorsehen. Ich glaube, daß die Politik der kleinen Schritte ein Weg wäre, den man beharrlich verfolgen müßte.

Die österreichischen Exporterfolge in die EWG-Länder, die sich gemäß dem Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung deutlich abzeichnen und auch der inländischen Konjunktur gewisse Impulse verleihen, dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, daß sie zu einem großen Teil auf Kosten der Erträge erzielt werden.

In demselben Maße, wie die Reduzierung der Gewinne für den Export typisch ist, zeichnet sich die beginnende Konjunkturbelebung deutlich dadurch aus, daß die Ertragsentwicklung hinter den Absatzziffern zurückbleibt. In manchen Branchen ist lediglich eine Mengenkonjunktur ohne Verbesserung der Ertragslage festzustellen.

Wenn wir eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums in Gang setzen wollen, müssen wir darauf wirken, daß weitere Kostenbelastungen unterbleiben und die Produktivität mit allen Mitteln gefördert wird. Dazu gehört die Förderung der Forschung und der Investitionstätigkeit, die Verfolgung einer vernünftigen und wachstumsgerechten Lohn- und Sozialpolitik ebenso wie eine investitionsfreundliche Steuerpolitik.

Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede erwähnt, daß in den Jahren 1960 bis 1968 der Anteil der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die Bund, Gebietskörperschaften und andere Träger öffentlichen Rechts einheben, am gesamten Bruttonationalprodukt Österreichs von knapp 31 Prozent auf mehr als 37 Prozent gestiegen ist. Er verwies darauf, daß das Ausmaß der Gesamtbelastung des Sozialprodukts mit Ausgaben aller Art im Spaltenfeld der Industrieländer liegt; es enthält kaum noch Spielraum zu nennenswerten Ausweitungen, wenn Österreich nicht die höchste Marke in der Welt überschreiten soll.

Dem möchte ich noch hinzufügen, daß nicht nur die Steuerbelastung Österreichs eine der

Ing. Sallinger

höchsten der Welt ist, sondern daß auch die Sozialleistungen weit voran im Spitzensfeld rangieren. Eine weitere Steigerung von Steuer und Sozialbelastungen würde die Ertragskraft und in der Folge auch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hart treffen. Österreich kann auf seinen großen sozialen Fortschritt stolz sein. Wir können auch mit Befriedigung auf die Stabilität des sozialen Friedens in unserem Land hinweisen. Hier aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich mich der Meinung eines namhaften Gelehrten anschließen, der feststellt, daß der soziale Friede in unserer modernen Welt ein Produktionsfaktor ist, der auf der Kostenseite in Erscheinung tritt. Die österreichische Wirtschaft hat ja auch schon wiederholt bewiesen, daß sie bereit ist, die Kosten für den sozialen Frieden und Fortschritt auf sich zu nehmen. Ich muß aber doch fordern, bei der Gestaltung der Sozialkosten darauf Bedacht zu nehmen, daß sie in der Gebarung eines ordentlichen Kaufmanns auch gut unterzubringen sind. Beachtet man diesen primären wirtschaftlichen Grundsatz nicht, dann werden wir in nicht allzu ferner Zukunft unser ganzes Wirtschaftspotential in Frage stellen. Denn im zunehmend scharfen internationalen Preiswettbewerb zählen leider nicht die Sozialleistungen eines Landes, sondern der Preis und die Qualität seiner Produkte.

In diesem Zusammenhang ist die Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes auf Verkürzung der Arbeitszeit zu erwähnen, auf die Präsident Benya auch bei der ersten Lesung des vorgelegten Bundesfinanzgesetzentwurfes zu sprechen gekommen ist. (Abg. Benya: *Bekommen wir schon Ihre Zustimmung?*) Gleich, gleich, Herr Präsident! Auch Ing. Häuser und Dr. Staribacher haben darüber gesprochen.

Ich möchte hier sagen, daß die gewerbliche Wirtschaft schon wiederholt zu diesem Problem eindeutig Stellung bezogen hat, und möchte nur feststellen, daß sie unter den gegebenen Umständen zusätzliche Kostenbelastungen ohne weitreichendste Auswirkungen nicht verkraften wird können. Ich möchte aber ebenso sagen, daß wir eine objektive Grundlage zur Beurteilung dieses Problems geschaffen haben oder schaffen wollen. Es haben sich die vier in der Paritätischen Lohn- und Preiskommission vertretenen Institutionen darauf geeinigt, den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen mit der Überprüfung dieses Problems zu beauftragen. Das Ergebnis dieser Überprüfung wird eine Beurteilung der Auswirkungen ermöglichen und — davon bin ich überzeugt — den Beweis dafür bringen können, daß der Widerstand der Wirtschaft gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit im Sinne der Forderungen des Österreichi-

schen Gewerkschaftsbundes wohl begründet ist. Aber wir haben uns ja darauf geeinigt (Abg. Ing. Häuser: *Abwarten!*), daß wir das abwarten, daß wir nicht, auch von Ihrer Seite nicht, fordern sollen, sondern daß wir uns das einmal anschauen; dann werden wir sehen. (Abg. Ing. Häuser: *Einer muß ja fordern!* — Abg. Weikhart: *Sie werden das nicht fordern!*) Man kann nicht vorher schon etwas diktieren, wo wir uns doch selbst dazu entschlossen haben, zuerst einmal den Beirat zu hören, den wir ja so oft geschätzt und aufgewertet haben, und wir sollen nicht, bevor der noch etwas sagt, ihn diesmal nicht schätzen. Ich glaube, das würde bestimmt nicht da hereinpassen.

In der besorgniserregenden Periode der Konjunkturschwäche, in der sich die Handelsbilanz zunehmend verschlechtert hat, trat mit besonderer Deutlichkeit auch zutage, wie wichtig die Ergebnisse des österreichischen Fremdenverkehrs für die Handelsbilanz sind. Gemäß der OECD-Statistik stand Österreich mit seinen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr in der Höhe von 615 Millionen Dollar im Jahre 1967 unter den europäischen Ländern an sechster Stelle; wir erzielten damit höhere Einnahmen als manche klassische Länder des Fremdenverkehrs, wie zum Beispiel die Schweiz, Dänemark, Jugoslawien und Griechenland. Der Fremdenverkehrsausschuß der OECD hat festgestellt, daß die Zuwachsrate im Auslandstourismus im ersten Halbjahr 1968 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres in Österreich, Spanien und in den USA größer, in Großbritannien und in der Schweiz nahezu unverändert, hingegen in Italien, Japan, Portugal und Jugoslawien geringer war. Wenn man nun berechnet, welche Überschüsse aus dem Reiseverkehr in den einzelnen Ländern erzielt wurden, so steht Österreich im Jahre 1967 nach Italien und Spanien an dritter Stelle in Europa.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß die Fremdenverkehrsförderung zu den wesentlichsten Schwerpunkten des Budgets gehören sollte. Im Bundeshaushalt 1969 wurde der Aufwand für Fremdenverkehrsmaßnahmen von 27,5 Millionen Schilling im Jahre 1968 auf 25 Millionen Schilling gekürzt. Ich möchte betonen, daß die österreichische Wirtschaft für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen des Bundeshaushaltes Verständnis aufbringt. Dennoch muß ich verlangen, daß bei der notwendigen Änderung der Budgetstruktur in künftigen Jahren diesem Wirtschaftszweig mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Im Jahre 1967 deckten die Fremdenverkehrsdevisen 79 Prozent des Handelsbilanzpassivums. Schon daraus kann ermessen werden, daß man die Fremden-

10368

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Ing. Salinger

verkehrswirtschaft unter keinen Umständen vernachlässigen darf.

In den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 wird ausdrücklich festgestellt, daß der österreichischen Fremdenverkehrswerbung auch aus den Beiträgen der Bundesländer und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft namhafte Geldmittel zufließen und daß dem Werbeprogramm für die Fremdenverkehrs-wirtschaft größtes Augenmerk gebührt. Die Bundeswirtschaftskammer leistet einen Beitrag von 8,3 Millionen Schilling pro Jahr für die österreichische Fremdenverkehrswerbung, das sind 13 Prozent des Gesamtaufwandes. Sie trägt damit gleich viel bei wie alle neun Bundesländer zusammen. Darüber hinaus stellt sie ihre Außenhandelsorganisation in den Dienst der Fremdenverkehrswerbung. Der zusätzliche Aufwand der Außenhandelsstellen, die sich auch mit Fremdenverkehrsangelegenheiten befassen, wird auf zirka 2 Millionen Schilling geschätzt.

Die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft ist einer jener Bereiche, der typisch der mittelständischen Wirtschaft zuzurechnen ist. Der österreichischen Bundesregierung gebührt daher Dank dafür, daß sie in konsequenter Fortsetzung des Koren-Planes nunmehr einer zielführenden Mittelstandspolitik besondere Bedeutung zumißt. Der Koren-Plan hat einen gewissen Vorrang der industrie-politischen Aufgaben festgestellt. Die Bundesregierung sorgt dafür, daß die entsprechenden Maßnahmen rasch realisiert werden.

Ich möchte betonen, daß die industrie-politischen Zielsetzungen auch für die mittelständischen Unternehmungen große Bedeutung haben, denn die zahllosen kleinen und kleinsten Betriebe unseres Landes werden erst dann florieren können, wenn Österreich über eine moderne und wachstumsträchtige Produktionsstruktur verfügt. Im übrigen bringen die Maßnahmen des Koren-Planes, wie etwa der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds und der Ausbau der Investitionsbank, auch für die mittelständische Wirtschaft wertvolle Hilfen. Darüber hinaus müssen aber Maßnahmen gesetzt werden, die den speziellen Bedürfnissen der Klein- und Mittelbetriebe angepaßt sind. Es geht hier keineswegs um strukturerhaltende Subventionen, sondern um eine echte und aktive Förderung der Leistungskraft mittelständischer Betriebe.

Ich glaube, wir müssen energisch daran gehen, den Strukturumwandlungsprozeß der österreichischen Wirtschaft auch dadurch zu unterstützen, daß wir das komplizierte und verwaltungsmäßig aufwendige Steuereinhebungssystem in manchen Teilen ändern.

Auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik gibt es eine Reihe von erfreulichen Ansätzen. Die gesetzliche Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft hat gerade in ihrem Bereich bei der Selbstverwaltung echte Mittelstandsförderung zu bieten. Die Fülle dessen, was bereits geschehen ist und was noch in Zukunft geschieht, müßte in nicht allzu ferner Zeit in ein umfassendes mittelstandspolitisches Konzept münden. In diesem Konzept darf natürlich auch die sorgfältige Beachtung regionalpolitischer Interessen nicht fehlen. Ich meine, daß eine gute Industriepolitik nicht nur einigen industriellen Großunternehmungen, sondern der ganzen österreichischen Wirtschaft und damit der gesamten Bevölkerung nützt. Ich bin aber auch der Auffassung, daß eine moderne Mittelstandspolitik jene Voraussetzungen schafft, die für die Errichtung industrieller Schwerpunkte in Österreich unumgänglich notwendig sind.

Ein typisches mittelstandspolitisches Anliegen ist die Reform des österreichischen Gewerberechtes, die größter Sorgfalt bedarf. Ziel der Gewerberechtsreform ist es, gewerberechtliche Hindernisse überall dort abzubauen, wo sie einer rationalen Zusammenarbeit der Betriebe im Wege stehen. Die Erlangung von Gewerbeberechtigungen innerhalb verwandter Gewerbe soll erleichtert und die Nebenrechte sollen ausgebaut werden. Solche Verbesserungen, bei denen das Prinzip der Gegenseitigkeit zu wahren ist, könnten dazu beitragen, die Anpassungsfähigkeit und Krisenfestigkeit der Betriebe zu fördern und Wettbewerbsverzerrungen auszuschalten. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Wir sagen ja auch etwas Praktisches dazu!*) Generelle Maßnahmen allein werden zu einer tatkräftigen Förderung der Klein- und Mittelbetriebe nicht genügen. Es wird notwendig sein, auf Sorgen, Nöte und Mängel der einzelnen Branchen einzugehen. Wenn wir von den Betrieben Spezialisierungen und individuelle Leistungen verlangen, ist es unumgänglich notwendig, daß wir auch auf ihre individuellen Probleme eingehen.

Ich darf einige Beispiele für Maßnahmen nennen, die ohne finanzielle Mehrbelastung oder nur mit geringen Mitteln erhebliche Erleichterungen bringen könnten. Dazu gehört zum Beispiel eine große Anzahl steuerlicher Regelungen, die derzeit einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand erfordern, wie zum Beispiel die Alkoholsonderabgabe, die Besteuerung in der Filmwirtschaft; dazu gehört auch die seit vielen Jahren auf der Tagesordnung stehende Frage der Vereinfachung der Lohnsteuer und vieles andere mehr.

Die Schwierigkeiten bei der Alkoholsonderabgabe liegen in erster Linie bei der Ein-

Ing. Sallinger

hebung beziehungsweise Berechnung durch die Gastwirte, Einzelhändler und auch Importeure. Das 39. Stück des Amtsblattes der österreichischen Finanzverwaltung aus diesem Jahr beinhaltet die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes, die sogenannte Vereinfachungsverordnung zum Gesetz und schließlich auch die Durchführungsverordnung. Diese Durchführungsverordnung ist etwas kompliziert, und ich glaube, daß man gerade deshalb auch verstehen kann, daß die einzelnen Unternehmer Beschwerden zum Ausdruck bringen, die meiner Meinung nach begründet sind.

Man darf nicht vergessen, daß bereits eine Reihe von Abgaben auf Alkoholika bestanden haben. So unter anderen die Getränkesteuer, die Schaumweinsteuer, die Biersteuer, die Branntweinmonopolabgabe. Zu diesen kam nun noch die Sonderabgabe von alkoholischen Getränken dazu. Bedauerlicherweise sind alle von verschiedenen Bemessungsgrundlagen zu berechnen. Der dadurch hervorgerufene übermäßige Verwaltungsaufwand verlangt einen Arbeitseinsatz, der die betroffenen Unternehmer über Gebühr in Anspruch nimmt. Deshalb sind auch die Schwierigkeiten aufgetaucht, die zu Beschwerden Anlaß gegeben haben.

Bei den Importeuren zeigt es sich, daß diese mit Sonderabgaben, die bei der Einfuhr von alkoholischen Getränken erhoben werden, in der Praxis drei Monate und länger in Vorlage treten müssen. Sie können sie zwar später mit ihren Abgabenschuldigkeiten verrechnen, sind aber damit gezwungen, einen mehrmonatigen zinsenlosen Kredit einzuräumen.

Die geschilderten Umstände, die sich aus der Art der Berechnung und Einhebung der Sonderabgabe ergeben, sollten rasch und im Einvernehmen mit den Betroffenen beseitigt oder zumindest auf ein erträgliches Ausmaß eingeschränkt werden. Sollten die bestehenden Schwierigkeiten bei der Einhebung der Abgabe auf administrativem Wege nicht beseitigt werden können, müßte eine Novellierung des Gesetzes ins Auge gefaßt werden.

Hohes Haus! Wir beraten gegenwärtig den Bundesfinanzgesetzentwurf für das Jahr 1969. Die Objektivität gebietet festzustellen, daß er angesichts der zum überwiegenden Teil gesetzlich festgelegten Ausgabenstruktur und der Einnahmen, die auf Grund realistischer Schätzungen zu erwarten sind, eine optimale Lösung darstellt. Wir dürfen aber nicht aus den Augen verlieren, daß wir mit diesem Budget am Anfang eines schwierigen Sanierungsprozesses stehen.

Daher sollten unsere Bemühungen in den nächsten Jahren auf eine zukunftsorientierte und grundlegend verbesserte Budgetstruktur ausgerichtet sein. Einnahmenerhöhungen sind nur ein Mittel, um die ärgsten finanziellen Schwierigkeiten des Staatshaushaltes zu überwinden. Großes Gewicht muß in Zukunft auf Einsparungen, in erster Linie durch eine Verwaltungsreform, gelegt werden. Da sich nach der Prognose die Haushaltsabgänge mit der Erhöhung der Wachstumsraten verringern, sind Konjunktur- und Strukturpolitik die wichtigsten Instrumente einer aktiven Budgetpolitik. Wir sollten aber auch den schon beschrittenen Weg weiter verfolgen. Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte müßten in stärkerem Ausmaß als bisher in der Budgetstruktur ihren Niederschlag finden. Damit könnten der Wirtschaft wichtige Orientierungshinweise für ihre Investitionsentscheidungen gegeben und zugleich vermieden werden, daß sich der Staat Ausgaben auflastet, für die die Bedeckung fehlt. Was in nächster Zeit zählen muß, ist ausschließlich das wirtschaftlich Notwendige. Nur unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, das wirtschaftliche Wachstum zu erhöhen, die noch auf uns zukommenden Budgetprobleme zu lösen und der gesamten Bevölkerung ein besseres Leben zu gewährleisten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach Ansicht von uns Freiheitlichen ist der Bundesvoranschlag für 1969 nicht geeignet, die Wettbewerbsbedingungen der österreichischen Wirtschaft entscheidend zu verbessern.

Wir Freiheitlichen sind ebenso der Meinung, daß die von der ÖVP praktizierte Finanz- und Steuerpolitik der österreichischen Wirtschaft bezüglich der Eigenkapitalbildung sehr zum Nachteil gereicht. Aus diesen drakonischen steuergesetzlichen Maßnahmen der ÖVP ergab sich ein eklatantes Mißverhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital in der Struktur der österreichischen Wirtschaft. Dadurch wurde die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stark beeinträchtigt.

Wie es um die Finanzpolitik dieser Bundesregierung und damit um die Finanzpolitik der Österreichischen Volkspartei bestellt ist, wurde in den letzten Tagen durch jene drakonischen Maßnahmen eindringlich vor Augen geführt, zu denen sich das Finanzamt Linz entschlossen hat. Beamte des Finanzamtes

10370

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Peter

Linz begaben sich zu Linzer Reisebüros, um dort herumzuschnüffeln, welcher Staatsbürger welche Urlaubsreise gebucht hat.

Wenn es so schlecht um die Finanzpolitik der Bundesregierung bestellt ist, daß man bereits in den privaten Bereichen des Staatsbürgers herumschnüffeln muß, um noch etliche Schillinge zusammenzukratzen, dann möge sich die Österreichische Volkspartei nicht wundern, daß sie mit derartigen Maßnahmen in Mißkredit geraten ist.

Wir Freiheitlichen erwarten vom Herrn Finanzminister noch während der Budgetberatungen Aufschluß, ob diese Schnüffelaktionen des Finanzamtes Linz mit seiner Ansicht im Einklang stehen. Sollten die Schnüffelaktionen des Finanzamtes Linz nicht mit der Auffassung des Finanzministers Dr. Koren im Einklang stehen, dann verlangen wir, daß er die verantwortlichen Beamten des Finanzamtes Linz zur Rechenschaft zieht. Deckt aber der Herr Finanzminister dieses Vorgehen, dann werden wir Freiheitlichen noch darauf zurückkommen. Mit dieser Maßnahme wird eindeutig unterstrichen, wie sehr die Österreichische Volkspartei für die Förderung der Wirtschaft redet, wie wenig sie aber in ihrer praktischen Politik zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beiträgt.

Die Steuer- und Finanzpolitik der Österreichischen Volkspartei hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß die Investitionsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft eingeengt und nicht vergrößert werden konnten. Das ist nicht zuletzt auch darin begründet, daß der Staat immer mehr den Kapitalmarkt blockiert hat. Daher konnte die Wirtschaft den Kapitalmarkt nicht in jenem Maß in Anspruch nehmen, wie es notwendig gewesen wäre. Je weniger Investitionen aber vorgenommen werden, umso mehr leidet die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, umso mehr werden die Absatzchancen auf den einzelnen Märkten beeinträchtigt.

Herr Präsident Sallinger hat vorhin von jener Diskriminierung der Wirtschaft gesprochen, die durch die Nichtteilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entstanden ist. Man müßte diese Feststellung mit dem ergänzenden Hinweis versehen, daß für die Ursachen und Versäumnisse in erster Linie österreichische Bundesregierungen verantwortlich sind. Nicht zuletzt ist darin auch begründet, warum heute weite Bereiche unserer Wirtschaft unermeßlich ungünstigen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt sind.

Auf der einen Seite hören wir in diesem Hohen Hause von der Österreichischen Volkspartei seit zehn Jahren, wie notwendig und dringend die Teilnahme Österreichs an der EWG wäre, und andererseits wissen wir, daß die Integrationspolitik von der österreichischen Bundesregierung nicht immer in überzeugender Form praktiziert wurde. Viele Jahre hindurch war die Integrationslinie der österreichischen Bundesregierungen unklar, ohne Linie und ohne Konzept. Die österreichische Außenpolitik hat leider auch nicht das Ihre dazu beigetragen, um vom Abschluß der Römer Verträge an durch eine klare Linie festgefügten Zielen zuzustreben.

So stehen wir nun vor einer Politik der kleinen Schritte. Die Bundesregierung hält es aber nicht für notwendig, das Parlament über das Konzept dieser kleinen Schritte zu informieren. Darum sind wir Abgeordneten immer wieder auf das angewiesen, was uns auf Grund von Ministerreden außerhalb des Nationalrates über die Tageszeitungen zur Kenntnis gebracht wird.

Wir Freiheitlichen vermerken, daß die Politik der kleinen Schritte so lange problematisch sein wird, solange diese nicht vor diesem Hohen Hause durch die Bundesregierung präzisiert wird.

Ich pflichte dem Herrn Minister Mitterer in der Forderung bei, daß es eine Alternative: alles oder nichts, in der Integrationsfrage nicht geben kann. Aber wir müssen von der Bundesregierung verlangen, daß sie sich ehestens zu ihrer Politik der kleinen Schritte gegenüber dem Nationalrat äußert.

Ich kann Ihnen, Herr Minister, nicht beipflichten, wenn Sie in jüngster Zeit mehrmals betont haben, daß sich die EWG in Brüssel äußern muß, wie unser Integrationskonzept aussehen soll. Die österreichische Bundesregierung kann nicht der Verpflichtung enthoben werden, von sich aus das österreichische Integrationsziel klar zu definieren. Wir müssen wissen, wie das Ziel, das Österreich auf Grund seiner neutralitätspolitischen Verpflichtungen anstreben kann, aussieht und welche Wege zu beschreiten sind, um dieses Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen.

Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 23. November 1968 besagte: „Wir brauchen keine EFTA- und keine EWG-Partisanen, sondern sachliche und mutige Vertreter der Interessen unseres Landes und seiner Bevölkerung, um die Integrationsfrage zu lösen.“

Dem Herrn Bundeskanzler ist unter der Voraussetzung beizupflichten, daß die ÖVP-

Peter

Alleinregierung ihr Integrationskonzept dem Nationalrat zur Kenntnis bringt.

In einem weiteren Punkt vermissen wir Freiheitlichen ebenso eine klare Aussage der Bundesregierung. Die Mitglieder der Bundesregierung reden immer von der notwendigen Vorbereitung auf die Integration. Diese Forderung ist im besonderen aus dem Vortrag des Herrn Handelsministers zur 21. Betriebswirtschaftlichen Woche hervorgegangen. Herr Minister, sind wirklich von der Bundesregierung alle Maßnahmen für ein EWG-gerechtes Verhalten Österreichs veranlaßt und getroffen worden? Nach meiner Überzeugung müßten alle die Integration betreffenden Maßnahmen so gesetzt werden, als würde Österreich bereits an der EWG teilnehmen. Nach Ansicht von uns Freiheitlichen sollten wir unser Verhalten so EWG-gerecht wie nur möglich gestalten. Zu diesem EWG-gerechten Verhalten der österreichischen Integrationspolitik gehört eine Reihe von Maßnahmen, die bis zur Stunde von der Bundesregierung noch nicht getroffen worden sind.

Ein weiterer Vorwurf an die Bundesregierung besteht darin, daß die österreichische Zollgesetzgebung zuwenig flexibel und zuwenig anpassungsfähig ist. Ich bin der Meinung, daß dieser Vorwurf zu Recht besteht und daß die Bundesregierung rasch Abhilfe schaffen sollte.

Eine weitere Voraussetzung für das EWG-gerechte Verhalten Österreichs sehen wir Freiheitlichen in der Einführung der Mehrwertsteuer nach Auswertung der bis jetzt zur Verfügung stehenden Erfahrungswerte.

Ein EWG-gerechtes Verhalten wird auch nicht um die Lockerung der österreichischen Monopole herumkommen. Meines Erachtens hat es keinen Sinn, einer Diskussion dieser überaus schwierigen und problematischen Dinge aus dem Weg zu gehen. Aber auch die Erleichterung der Freizügigkeit des Auslandskapitals und die große Beweglichkeit des Binnenkapitals gehören zu einem EWG-gerechten Verhalten Österreichs.

Ebenso wird es uns nicht erspart bleiben, die den Landwirtschaftsbereich betreffenden Gesetze an die Grundsätze der Römer Verträge anzupassen. Alles in allem ist durch die Bundesregierung mehr als bisher zu tun, um Österreich auf die EWG-Teilnahme umsichtig vorzubereiten.

Der Nationalrat hat heute ein Arbeitsmarktförderungsgesetz beschlossen. Prüft man, welche Maßnahmen zur Schaffung eines mobilen Arbeitsmarktes dieses Arbeitsmarktförderungsgesetz enthält, so kann man keinesfalls von einem EWG- und integrationsgerechten Ver-

halten sprechen. Die Maßnahmen zur Förderung des mobilen Arbeitsmarktes sind theoretisch verankert. Die für die Durchführung erforderlichen Mittel fehlen aber. Es liegt — wie dieses Beispiel beweist — kein EWG-gerechtes Verhalten der Regierungspartei vor.

Die Errichtung eines Investitionsfonds wird allmählich in die Wege geleitet. Aber auch hier sind entscheidendere Impulse der Regierungspolitik notwendig. Eine der elementarsten Voraussetzungen für ein EWG-gerechtes Verhalten Österreichs sehen wir Freiheitlichen in der Schaffung billiger Energiequellen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der mittelständischen Wirtschaft unseres Landes. Auch auf diesem Gebiet liegen Versäumnisse der ÖVP-Alleinregierung vor.

In jüngster Zeit war es Außenminister Dr. Waldheim, der von einer wiedererwachten Hoffnung hinsichtlich der Integrationsmöglichkeiten Österreichs gesprochen hat. Da verschiedene Ministerien mit der Behandlung der EWG-Materie beschäftigt sind, bitte ich auch den zuständigen Ressortchef Mitterer, sich zu dieser Auffassung des Herrn Außenministers zu äußern: Wie sehen diese EWG-Hoffnungen Dr. Waldheims konkret aus?

Ich entnehme den Tageszeitungen weiter, daß eine Reihe von Arbeitssitzungen mit unseren Missionschefs in den Hauptstädten der EGW-Länder durchgeführt worden ist. Als Abgeordnete dieses Hohen Hauses wurden wir lediglich über die Tageszeitungen informiert. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, über das Ergebnis dieser Arbeitssitzungen mit den österreichischen Botschaftern in den Hauptstädten der EWG-Staaten durch die Bundesregierung informiert zu werden.

Ich möchte hier überhaupt einen Mangel in der Schnelligkeit solcher Informationen vermerken: Es dauert in der Regel ein halbes Jahr, bis der Nationalrat über die einzelnen Maßnahmen der Bundesregierung in EWG-Belangen informiert wird. Uns Freiheitlichen liegt aber an einer zügigeren, an einer rascheren Information des Parlaments.

Am 9. November dieses Jahres las man in den Zeitungen von einem erneuten Agrargespräch mit Vertretern der EWG. Wir wissen aber nicht, zu welchem konkreten Ergebnis dieses österreichische Agrargespräch geführt hat. Daher müssen wir der Bundesregierung den Vorwurf einer mangelnden Koordination, aber auch einer mangelnden Information des Nationalrates machen.

„Österreich will ein Arrangement mit der EWG“ — sagte Außenminister Waldheim am 15. November 1968. Waldheim hält die

10372

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Peter

Europa-Pläne Frankreichs für eine günstige Chance Österreichs. Aber wie sehen die derzeit zur Diskussion stehenden Arrangement-Ab-sichten Österreichs mit der EWG wirklich aus? — Darauf ist uns Abgeordneten von der Bundesregierung bis zur Stunde leider keine Antwort zuteil geworden.

Ich muß in der Integrationsfrage dem Herrn Außenminister den Vorwurf machen, daß er außerhalb des Nationalrates zuviel und im Nationalrat zuwenig über diese bedeutungsvolle Materie redet und geredet hat. Wir erwarten ein dem Nationalrat besser entsprechendes Verhalten des Herrn Außenministers und bitten zugleich den Herrn Bundesminister Mitterer, seinen Einfluß für den Integrationsbereich dahin geltend zu machen, daß der Herr Außenminister seine Ansichten über die Integrations- und EWG-Möglichkeiten Österreichs mehr diesem Hohen Hause als der Öffentlichkeit — ohne vorherige Information des Nationalrates — zur Kenntnis bringt.

Gerade der Herr Außenminister war es, der sich am 6. Dezember dieses Jahres wieder mit der „Politik der kleinen Schritte“ beschäftigte. Seit der jüngsten Auseinandersetzung mit Dr. Waldheim bin ich nicht mehr auf die Berichte der Tageszeitungen angewiesen, sondern kann mich auf den Text seiner Rede beziehen. Er sagte: „Die von Österreich seit einiger Zeit verfolgte Politik der kleinen Schritte“ wurde daher auch von der EFTA als ein möglicher Weg zur Erzielung von Handelserleichterungen anerkannt.“

Wie sehen die „anderen Wege“ dieser Erleichterungen und der Annäherung Österreichs an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus? Darauf erwarten wir Freiheitlichen eine Antwort von der Bundesregierung.

Im Zusammenhang mit der Integrations-debatte, die in dieser Haushaltsgruppe abzuführen ist, möchten wir Freiheitlichen mit allem Nachdruck auf die historische Schuld österreichischer Regierungspolitiker verweisen, die für das bisherige Mißlingen der EWG-Teilnahme Österreichs ausschlaggebend ist. ÖVP- und SPÖ-Politiker behaupten immer mehr, daß vor allem die EWG schuld daran wäre, wenn Österreich hinsichtlich seiner Teilnahme an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht ans Ziel gekommen sei. Es läßt sich aber — um der historischen Wahrheit willen — nicht weddiskutieren, daß österreichische Bundesregierungen vom Jahre 1957 an in der EWG-Frage eine Fehlbeurteilung vorgenommen und einen falschen Weg eingeschlagen haben.

Ich erinnere an jene Erklärung des seinerzeitigen Bundesministers Dr. Bock vom

27. März 1957, in der er zum Ausdruck brachte: „Für Österreich ergibt sich aus der Unterzeichnung der Verträge von Rom keine neue Situation.“ Das war die Beurteilung der österreichischen Bundesregierung in der Geburtsstunde der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Noch ablehnender war das Verhalten des seinerzeitigen Staatssekretärs Dr. Kreisky, der zum selben Zeitpunkt unter anderem ausführte: „Wenngleich am 1. Jänner 1958 eine Reihe von Maßnahmen für die EWG-Staaten in Kraft treten wird und wenngleich die Zugeständnisse der EWG an die Außenseiter nur sehr wenig befriedigen können, soll man daraus doch nicht ableiten, daß für die österreichische Wirtschaft aus der Nichtteilnahme an der EWG katastrophale Folgen zu erwarten sind.“

Und „Die Presse“ erachtete es zu diesem Zeitpunkt bereits für notwendig, Herrn Dr. Kreisky daran zu erinnern, „daß niemand den Beitritt zu einem Anti-EWG-Block verantworten könne, wenn die Hälfte des österreichischen Exportes dadurch aufs Spiel gesetzt wird“.

Aber Dr. Kreisky präsentierte zwei Jahre später noch härtere Anti-EWG-Erklärungen. Am 13. November 1959 erklärte er: „Österreich hat im Artikel 4 des Staatsvertrages die ausdrückliche Verpflichtung übernommen, keine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland einzugehen oder eine solche zu fördern, und jeder Beitritt Österreichs zur EWG würde uns also in Widerspruch mit dem Staatsvertrag bringen.“ (Abg. Dr. Gorbach: *Das stimmt!*) Das stimmt, was die Vereinigung mit Deutschland betrifft. Daß aber österreichische Regierungspolitiker, Herr Altbundeskanzler, schon zu diesem Zeitpunkt ohne jede Notwendigkeit mit ihren Erklärungen übers Ziel geschossen haben, steht nicht in Einklang mit jenen Feststellungen, die ein Julius Raab und ein Oskar Helmer, um nur zwei Mahner zu zitieren, zu diesem Gegenstand abgegeben haben.

Herr Chruschtschow benützte seinen Österreichbesuch im Jahre 1960, um auf diese übereilten und unnötigen Erklärungen österreichischer Regierungspolitiker zurückzukommen und um daraus das entsprechende Ceterum censeo des Kreml abzuleiten.

Wieder war es Kreisky, der eine weitere ablehnende und sehr polemische Haltung gegenüber der EWG einnahm. Er sagte wenige Monate später: „Die Gefahren, die Österreich daraus erwachsen, daß es nicht der EWG beigetreten ist, werden übertrieben.“

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10373

Peter

Herr Kreisky, das steht heute außer Zweifel, hat damals eine eklatante Fehlbeurteilung der Situation vorgenommen. Er wurde nur noch übertroffen durch die „Arbeiter-Zeitung“, die am 1. Jänner 1960 schrieb: „Dieser Vertrag schafft über nationale Einrichtungen, die nicht mehr nach demokratischen Grundsätzen organisiert sind.“ Das war die Lesart der „Arbeiter-Zeitung“ über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1960.

Sie schrieb dann weiter: „Europa 1945 — das war die ideale Welt von morgen. Europäismus heute ... das ist die Mär von der notwendigen Kraftentfaltung zur Abwehr des Kommunismus und gleichzeitig die Schwächung des Kontrollrechtes der heimischen Parlamente und vor allem die Ausschaltung der demokratischen Arbeiterorganisationen.“

So lautete die EWG-Beurteilung durch die Sozialistische Partei im Jahre 1960. Obwohl die Tatsachen in Brüssel damals ganz anders gelagert waren und obwohl im Jahre 1960 nicht nur eine Geneigtheit, sondern eine große Bereitschaft bestanden hat, der Sonderlage und dem neutralitätspolitischen Status Österreichs besonders zu entsprechen.

Hiezu erklärte Professor Hallstein am 8. Jänner 1960 ausdrücklich:

„Österreich darf bei der EWG auf größtes Entgegenkommen für alle Sonderwünsche rechnen. Durch Sonderbedingungen seien unter anderem auch mögliche Gefahren für den Osthandel ausgeschaltet. Der heikle Neutralitätsstatus Österreichs würde durch eine Assoziation nicht betroffen werden — Österreich würde als freier Partner in allen Fragen, die das Neutralitätsproblem auch nur streifen könnten, nicht dem Kommando der EWG-Oberbehörden unterliegen.“ — Daraus geht die große Bereitschaft der EWG hervor, der Sonderlage Österreichs zu entsprechen.

Diese EWG-Bereitschaft quittierte die österreichische Bundesregierung am 21. Jänner 1960, also wenige Tage später, mit folgender Erklärung Dr. Bocks, abgegeben in Bonn: „Präsident Hallstein übersah bei Abgabe seiner Erklärung, daß zu einem Beitritt immer zwei gehören.“ Das heißt, die österreichische Bundesregierung wollte dieses Entgegenkommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gar nicht in Anspruch nehmen. Man dachte nicht daran, dieses Entgegenkommen, das in jeder Weise unserer neutralitätspolitischen Situation Rechnung getragen hat, in Anspruch zu nehmen, um für Österreich den Weg in eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft zu eröffnen. (Abg. Dkfm. Androsch: Was ist mit dem Hallstein passiert? Ist er nicht liquidiert?) Daß jeder Politiker einmal abtreten kann oder muß, Herr Abgeordneter Androsch, steht

außer Zweifel. (Abg. Meißl: Eine solche Frage hat damit nichts zu tun!)

Zu diesem Zeitpunkt 8. Jänner 1960 war Hallstein der befugte Sprecher der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. (Abg. Dkfm. Androsch: Nein, der Kommission und nicht der Gemeinschaft, das ist ein Unterschied!) Aber zweifelsohne — und das können Sie nicht in Abrede stellen, Herr Abgeordneter Androsch — war zu diesem Zeitpunkt im Bereich der EWG eine wohlwollende Gesinnung vorhanden, Österreich kraft seiner Sonderstellung als neutraler Staat den Weg zu ebnen.

Dieser Chance hat sich die damalige Bundesregierung nicht bedient. Die entscheidende Bremse hat die Sozialistische Partei angezogen. Die Österreichische Volkspartei trifft der Vorwurf, daß sie nicht dynamisch und entschlußfreudig genug war, den Schritt zur EWG trotzdem zu setzen.

Wie war es denn bei der Abstimmung über den EFTA-Beitritt in diesem Hohen Hause? Als es zur entscheidenden Abstimmung über den österreichischen EFTA-Beitritt kam, fehlten 30 Abgeordnete der ÖVP und 25 Abgeordnete der SPÖ im Saale! 55 Abgeordnete waren also nicht anwesend.

Daraus läßt sich ableiten, daß ein gar nicht kleiner Prozentsatz der österreichischen Abgeordneten zum damaligen Zeitpunkt in dieser Frage bereits anderer Meinung war. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Das ist nur eine Vermutung!) Das ist keine Vermutung, sondern das ist zweifelsohne eine durch viele Gespräche erhärtete Tatsache, die vor allem, Herr Abgeordneter Kranzlmayr, für den Bereich Ihrer Fraktion zutrifft. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Ja freilich!) Oder stimmt nicht, Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr, was uns dort draußen in den Couloirs von Ihren Fraktionskollegen über das Thema EWG und EFTA Jahre hindurch erzählt wurde?

In der weiteren Folge kam es zu einer Gegensätzlichkeit zwischen zwei sozialistischen Zeitungen, der „Arbeiter-Zeitung“ auf der einen Seite und der „Neuen Zeit“ in Graz auf der anderen Seite.

Die „Neue Zeit“, das SPÖ-Organ der Steiermark, schrieb:

„Das Verbot des Anschlusses an Deutschland wird durch die extensive Interpretation zu einem Verbot des Anschlusses an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in der Deutschland ein maßgebliches Mitglied ist. Die fünf Jahre seit Abschluß des Staatsvertrages waren ein Atemzug Freiheit, der uns gut getan hat. Nun wollen wir die noch freiere Luft des Vereinten Europa atmen. Und nun bekommen wir Atembeschwerden.“

10374

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Peter

Das war im Jahre 1960, als die Kreisky-Erklärung der Stellungnahme der „Neuen Zeit“ gegenüberstand. Im Juli 1960 begrüßte Österreich Nikita Chruschtschow, der sich für Erklärungen, wie sie neben anderen Regierungspolitikern auch Herr Kreisky abgab, mit folgender Feststellung bedankte:

„Österreichische Staatsmänner bezeichneten die EWG mit Recht als eine mit der NATO verbundene politische Organisation, an der teilzunehmen mit der österreichischen Neutralität unvereinbar ist und einen Verstoß gegen den Staatsvertrag bedeuten würde. Eine solche nüchterne Art des Herangehens an diese Frage wird von uns“ — den Sowjetrussen — „mit Verständnis aufgenommen und hoch geschätzt.“

Das waren jene unnötigen neutralitätspolitischen Fleißaufgaben österreichischer Regierungspolitiker, die den Weg nach Brüssel so außerordentlich erschwert und, wie es derzeit scheint, unmöglich gemacht haben. Das ist eine historische Schuld, die gar nicht wenige Regierungspolitiker früherer österreichischer Bundesregierungen auf sich geladen haben. Ich darf noch an einen Beitrag erinnern, den Dr. Helmuth Strasser unter dem Titel „Staatspolitische Aspekte der europäischen Wirtschaft“ veröffentlichte. Ich zitiere daraus:

„Denn die Grenzen in Europa sind — wirtschaftlich — falsch. Seit mehr als 30 Jahren, seit nämlich im Ersten Weltkrieg und in der Weltwirtschaftskrise die alte Welthandelsordnung unterging, leistet sich Europa den kostspieligen Luxus, Staatsgrenzen zu Wirtschaftsgrenzen zu machen.“

Gerade davor möchte ich eindringlich warnen. Begrenzen wir die Möglichkeiten unseres Handels nicht auf einen Teil Europas. Es würde Österreichs Wirtschaft auf weite Sicht gesehen zum Nachteil gereichen.

Wir Freiheitlichen bekennen uns zu den übernommenen Neutralitätsverpflichtungen. Diese Verpflichtungen erfordern von Österreich zweifelsohne Opfer. Trotzdem dürfen wir nicht außer acht lassen, daß Österreich der Teilnahme an größeren Wirtschaftsräumen, im besonderen der EWG, dringend bedarf.

Wenn wir abschließend die Außenpolitik der Koalitionszeit mit der Außenpolitik der Einparteienregierung in der Integrationsfrage gegenüberstellen, muß ich — das Außenministerium und nicht Ihr Ressort betreffend, Herr Minister — feststellen, daß sich die Integrationspolitik eines Dr. Tončić sowie eines Dr. Waldheim kaum von jener Integrationspolitik unterscheidet, die ein Dr. Bruno Kreisky jahrelang als Außenminister der schwarz-roten Koalition betrieben hat. Es

ist der Geist der alten Koalitionspolitik, der heute noch hemmend wirkt, der jene Initiativen beeinträchtigt, die Österreich unbedingt setzen müßte, um die kleinen Schritte in Richtung Brüssel energisch voranzutreiben.

Da aber von der Bundesregierung auf dem Integrationsgebiet nicht jene Dynamik entwickelt wurde, nicht jene umfassenden Maßnahmen getroffen wurden, nicht jenes umfassende Konzept dem Nationalrat vorgelegt wurde, das notwendig wäre, um das Ziel zu erreichen, sind wir nicht in der Lage, dieser Haushaltsguppe die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kulhanek das Wort.

Abgeordneter Kulhanek (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Darf ich nun wieder vom hohen Podest der EWG-Politik heruntersteigen in den Alltag des kleinen Mannes und wie immer für den gewerblichen Mittelstand eine Lanze brechen, für die kleinen und mittleren Betriebe, für die Familienbetriebe, denen wahrlich in nächster Zukunft harte Zeiten bevorstehen.

In der Budgetrede des Finanzministers lautete ein Satz: „In der gesellschaftlichen und politischen Realität zählen nicht nur die Wachstumsprozente einer Wirtschaft, sondern ebenso die Lasten und Härten, welche die Menschen im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß treffen.“

Ich muß feststellen, daß es nach der Landwirtschaft der gewerbliche Mittelstand ist, der am härtesten von den kommenden, notwendigen Umstellungen betroffen sein wird, Umstellungen die ihn schon allein treffen aus dem Umfang des Beitrages, den er heute zum Nationalprodukt leistet — der zweithöchste Beitrag nach der Industrie. Ein Umstand macht es noch schwerer, man hat nämlich das Gefühl, daß gewisse Teile des Volkes schon darauf warten, daß diese mittelständischen Betriebe verschwinden. So kann ich nicht umhin, einen sozialistischen Wirtschaftsexperten zu zitieren, der es als ein Unglück ansieht, daß Österreich vorwiegend durch Kleinbetriebe gezeichnet ist, der sich nicht hergeben würde — wie er sagt — für eine Mittelstandsromantik und der niemals seine Hand zu Maßnahmen zur Versteinerung der Wirtschaftsstruktur geben würde.

Es war vielleicht interessant, in der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß hat Dr. Staribacher die Meinung des Professors Veselsky insofern vertreten, als er meinte: Was wir heute brauchen, um die Wirtschaft anzukurbeln um das Wachstum zu erhöhen, höhere Löhne

Kulhanek

oder niedrigere Preise, jedenfalls einen besseren Lebensstandard zu erreichen, sind vor allem größere Betriebe. Er meint nicht einen Riesenkonzerne, dafür wäre Österreich zu klein, aber jedenfalls eine, wie er sagte, maßgeschneiderte österreichische Industrie. Das Gewerbe wurde mit keinem Wort erwähnt.

Es war dann eine Liebenswürdigkeit des Herrn Abgeordneten Androsch, daß er ein bißchen vermittelnd eingegriffen hat und meinte, die SPÖ wäre nicht gegen die Kleinen, aber es müßten eben mehr größere Betriebe existent sein. Das veranlaßte wieder den Abgeordneten Scheibengraf zur Frage, ob das heißt, daß sich gewisse Teile gesundschrumpfen sollen, und er der Ansicht wäre, daß das auch kein Allheilmittel sein könnte, denn das hieße ja, daß ein Teil zuviel ist, der verschwinden muß, damit der andere Teil leben kann. Er wäre der Meinung, daß die gute Werksarbeit in Österreich immer ihren Absatz finden wird. Es hat dann noch der Herr Minister darüber gesprochen und insofern der Debatte zwei Glanzlichter aufgesetzt, als er seine Meinung dahin gehend geäußert hat, es wäre die Industrie zurückgeblieben, sie müßte also jetzt bevorzugt gefördert werden, aber man würde die Leistungen, die der gewerbliche Mittelstand im Jahre Null, 1945, erbracht hat, nicht vergessen.

Ein buntes Mosaik von Meinungen, hingebreitet vor der großen, breiten Kulisse des Koren-Planes, von dem wir wissen, daß er eine wesentliche Verschärfung des Konkurrenzkampfes bringt, eine Verschärfung, die wir auf uns nehmen wollen, nur wollen wir uns dagegen verwahren, daß dieser Mittelstand gleichsam als unnötig angesehen wird.

Wir wissen sehr gut, die Welt ist kugelrund, und sie dreht sich. Jede Drehung bringt eine Veränderung und fordert eine Umstellung. Wir werden dieser Umstellung Rechnung tragen, weil wir heute sehen, daß jene Welt, in die wir eingebettet sind, einmal zur Konzentration ... (*Zwischenruf des Abg. Probst.*) Wollen Sie eine Ergänzung bringen? (*Abg. Probst: Nein! Ich meine, wenn etwas rund ist und sich dreht, kommt immer dasselbe!*) Das ist nicht wahr! Es kann die Schrägachse sein, sodaß immer ein Segment quer kommt. (*Zwischenruf des Abg. Probst. — Abg. Dr. Withalm: Da kann man ausrutschen auch dabei!*) Das ist also eine Möglichkeit, die sollten Sie bei ihren Vertragsabschlüssen berücksichtigen.

Wir werden uns also nicht dagegen wehren, daß wir eine Umstellung durchführen müssen, und wir haben auch erkannt, daß nach diesen Zeiten in den nächsten Jahren, die für uns schwer werden, doch auch wieder ein lichter

Himmel steht, und zwar ist es das Gebiet der Dienstleistungen, der tertiäre Sektor, der nicht zur Konzentration treibt, sondern der für den Familienbetrieb geeignet ist, ja prädestiniert ist dafür. Wir werden versuchen, dorthin unsere Umstellung durchzudringen.

Nur gegen eines wehren wir uns — ich glaube, das müssen Sie einsehen —: Wir wollen nicht als fünftes Rad betrachtet werden, das man irgendwann abstoßt, oder, wie der Herr Kollege Androsch gesagt hat, nur im Windschatten der großen Industrie könnte der gewerbliche Mittelstand gesichert sein. (*Abg. Dkfm. Androsch: Der Präsident der Wirtschaftskammer hat das heute auch vertreten!*) Er hat Bemerkungen dazu gemacht, wie man dem Mittelstand helfen muß, die habe ich bei Ihnen vermißt. (*Abg. Dkfm. Androsch: Ist die Mietenerhöhung am 1. Jänner eine solche Hilfe, wie Sie es sich vorstellen?*) Sie wissen sehr gut, daß das keine Hilfe ist, daß aber hier ein anderes Programm verfolgt wird, einen Ausgleich auf dem ganzen Sektor der Mieten zu schaffen. Das wissen Sie sehr gut. (*Abg. Probst: Das liegt auf der Schrägachse!*) Ich erwarte mir von einem Nationalökonom gewichtigere Argumente als die billigen Argumente der Zinserhöhung. Das werden Sie mir zubilligen.

Meine Damen und Herren! Etwas muß man sich fragen, denn etwas bleibt dissonant bei der Tatsache, daß wir das Gewerbe als „ferner liegen“, als zweitrangig, als fünftes Rad in unserer Wirtschaft betrachten. Wenn wir heute um uns sehen, ist es tatsächlich so, daß sich der westliche Teil der Welt bemüht, in einem rascheren Wachstum einen höheren Lebensstandard zu erreichen, daß man dort mit allen Mitteln zur Konzentration strebt, um dieses Mittel zu erreichen, und deshalb eben glaubt, es könnte mit diesen Maßnahmen sowieso auch das Gewerbe mitkommen; es würde dann später ebenso seine Berechtigung, seine Sonne in diesem neuen Zeitabschnitt finden.

Es ist nur eigenartig, daß man im Osten, wo man die Konzentration in Perfektion durchgeführt hat, weil man ja auf keinen Konsumenten, auf keinen Vertrieb, auf keine individuellen Wünsche Rücksicht nehmen mußte, heute hergeht und dieses Gewerbe wieder hervorholt und es geradezu aufpäppelt, daß man ihm Steuererleichterungen gibt, daß man es anspornen will, damit es Konkurrenzimpulse gibt für die großen Betriebe, daß es individuelle Wünsche befriedigt, quasi als ein Ventil, das notwendig ist, und daß man von ihm auch einen maßgeblichen Beitrag zum Nationalprodukt erwartet.

10376

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Kulhanek

Es ist interessant, daß letzthin ein Artikel in einer Zeitung erschienen ist unter dem Titel: „In Polen gibt es wieder Zloty-Millionäre.“ Der Artikelschreiber meint — es ist nur ein Detail, wenn ich das mit Bewilligung des Herrn Präsidenten vorbringen darf —: „Daß das Handwerk auch im kommunistischen Polen noch einen goldenen Boden hat, ist nicht zu bestreiten.“ — Es heißt dann: „Die winzigen Läden der privaten Schneider, Schuster, Kürschner und Hutmacher nehmen sich neben den großen staatlichen Warenhäusern und Läden recht kümmerlich aus, aber sie sind eine Goldgrube.“

Aber es ist interessant, daß Rußland und seine Satellitenstaaten die Bedeutung des Gewerbes, die Kraft einer persönlichen Initiative, die Summe solcher Initiativen, anerkennen und quasi darin den notwendigen Sauerstoff für eine gesunde Wirtschaft erblicken.

In Österreich sagt man, dieser gewerbliche Mittelstand sei nur im Windschatten der Industrie gesichert.

Ich darf dabei, Hohes Haus, daran erinnern — und ich möchte es mit Ernst tun —, daß der gewerbliche Mittelstand nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet seine Vorteile und Leistungen erbringt, sondern vor allem auch auf dem Gebiet der Gesellschaft und einer Gesellschaftsordnung. Denn ein Stand, der mit soviel Fleiß an seiner Aufgabe hängt und der soviel Bescheidenheit unter Beweis stellt hat und der in seiner Arbeit — täglich aufs neue — Befriedigung und Freude findet, ein solcher Stand verdient, daß man ihn beachtet.

Hohes Haus! Es war letzthin eine Sendung über die 40-Stunden-Woche. Man hat hier einmal einen Blick in die verschiedenen Bars und Vergnügungsstätten getan und die Gäste dort gefragt, ob sie mehr Freizeit wollen und ob es ihnen etwas ausmacht, wenn die Arbeitszeit verringert wird. Die Antwort von vielen, die dort ihren Vergnügen nachgegangen sind, war direkt erschütternd. Sie haben gesagt: An der Arbeit haben wir keine Freude, wir suchen die Freude und den Sinn des Lebens in der Freizeit, im Vergnügen.

Ich muß sagen: Mit solchen Menschen hätten wir nach 1945 nicht aufbauen können! (*Abg. Ing. Häuser: Aber das ist doch immerhin nur ein geringer Prozentsatz!*) Sie haben einen Test gezogen — ich wollte damals nicht dazwischenrufen, weil es im Haus schon zu laut war —, der nicht ganz stimmt. Denn wenn Sie heute jemanden fragen, ob er sich in seiner Freizeit irgendinem Vergnügen hingibt oder — wie sagt man? — pfuscht, dann wird er immer das erstere sagen, weil er Angst hat, daß er angezeigt wird. Aber gehen Sie hinaus auf das Land

und schauen Sie! Es geschieht ja viel, aber es wird gepfuscht. Wenn der Betreffende mehr Zeit hat, dann wird er mehr pfuschen, weil er früher fertig sein will mit seinem Haus und mit dem Haus des Nachbarn. Eine Nachbarschaftshilfe, wenn Sie wollen.

Und nehmen wir noch Frankreich her, wo wir im vergangenen Mai und Juni den Streik gehabt haben; wo alle Großbetriebe gestreikt haben. Trotzdem ist die Versorgung einer ganzen Nation von den kleinen Betrieben, von den Familienbetrieben durchgeführt worden. (*Abg. Dr. Gorbach: Greifler!*) Ich glaube schon, daß man da eigentlich einem solchen Stand seine Achtung schenken sollte.

Aber wir haben bei uns herinnen leider Gottes dafür nichts übrig, weder für die Achtung noch für die Beachtung noch für eine Anerkennung. Es geht sogar weiter. Es ist vielleicht — wenn ich das noch kurz sagen darf — interessant, daß bis in die Geschichte zurück eine gewisse Diskriminierung des gewerblichen Mittelstandes reicht. Da hat fast jedes Jahrhundert seine eigene Perfektion errungen.

Ich darf erinnern: Aus den ganzen geschichtlichen Erzählungen über das Strafrecht ist das Bäckerschupfen bekannt. Warum hat man gerade Handwerker genommen, die man hier quasi nicht nur straft, sondern auch noch diskriminiert? Ich darf Ihnen aus dem nächsten Jahrhundert ... (*Zwischenruf des Abg. Probst. — Ruf bei der SPÖ: Weil die Semmeln zu leicht waren!*) Es wird verschiedene gegeben haben. Ich will jetzt nicht andere Straßen und Plätze von Wien anführen, die wieder in die andere Richtung führen. (*Zwischenruf des Abg. Probst.*)

Aber ich darf das 19. Jahrhundert nehmen, das Zeitalter, das Schnitzler so wunderbar gezeichnet hat. Ich weiß nicht, ob Sie die Novelle vom Leutnant Gustl kennen. In einer Vorhalle eines Hotels oder im Theater vor der Garderobe ist eine Rauferei entstanden; es gab zuerst ein Anrempeln; dann gab es einen Wortwechsel; zum Schluß hat ein Gewerbetreibender einem Leutnant eine Ohrfeige gegeben. Und nun kommt das Tragische und Unvorstellbare. Dieser Leutnant sagte sich: Ja ein Gewerbetreibender kann mir ja keine Satisfaktion geben, er ist ja nicht satisfaktionsfähig. Nun konnte der Leutnant diesen Schimpf nicht abwaschen, und nach einer drangvollen, schweren Nacht hat er in der Früh Selbstmord verübt. Damals hat also eine gewisse Gesellschaftsschicht den Gewerbetreibenden die Ehre abgesprochen.

Wie ist es heute? Im 20. Jahrhundert, das materieller geworden ist, spricht man diesem Gewerbe einfach die Existenz ab. Es ist ja traurig, daß ein Wirtschaftsjournalist sich dazu

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10377

Kulhanek

hergibt — oder sich vergißt, muß ich sagen —, daß er von diesen kleinen, fleißigen Betrieben als den Mauerblümchen des Unternehmertums spricht, als einer mittelständischen Kümmerelexistenz und von Betrieben von wirtschaftlichem Krüppelwuchs.

Ich glaube, hier sollte man ein bißchen mehr hineinschauen, wie in jedem dieser kleinen Betriebe neben der Arbeit, neben dem Fleiß auch das persönliche Glück wohnt. Ich glaube, auch das müßte für uns alle, die wir in einem Staatswesen die Verantwortung tragen, immer mit ein Grund bei der Entscheidung sein.

Man hat einmal Stalin gefragt — das war in den fünfziger Jahren —, was er denn heute von der Kirche hält. Er hat mit der Gegenfrage geantwortet: Wie viele Divisionen hat der Papst? — Genauso falsch würde man heute das Gewerbe beurteilen, würde man die Frage: Welche Bedeutung hat heute der gewerbliche Mittelstand?, mit der Gegenfrage beantworten: Wie billig kann das Gewerbe heute erzeugen? Damit erschöpft man nicht die Bedeutung des Gewerbes.

Ich glaube, in einer Zeit, die als erstes die Humanität, die Toleranz, den Imperativ, daß jeweils der Mensch im Mittelpunkt des Geschehens und der Handlungen zu stehen hat, auf ihr Transparent geschrieben hat, kann man dem gewerblichen Mittelstand nicht genug dafür danken, daß er die Voraussetzungen für glückliche Existzenzen gibt.

Hohes Haus! Ich darf abschließend vielleicht eines sagen: Gerade bei diesem Gedanken-gang gibt es ein wunderbares Gedicht, das mit den Worten beginnt:

Es könnte sein, daß eines Tages dir der Nebenfluß viel wichtiger erschiene als der Strom,
es könnte sein, daß du an seinem Lauf, der keine Lasten widerspiegelt, Brücken trägt,
daß du an seiner dünnen Quelle Lauf für einen Sommer glücklich warst.

Ich möchte es variieren und sagen:

Es könnte sein, daß eines Tages du dem kleinen Mann viel mehr Bedeutung schenkst als jeder großen Industrie! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Adam Pichler das Wort.

Abgeordneter Adam Pichler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Beinahe bin ich versucht, ein bissel zu replizieren und auf das einzugehen, was uns der Herr Kollege Kulhanek beschert hat. Aber wir haben ja selbst gesehen, daß er die

Welt anders sieht als wir. Er hat sie ganz rund gesehen — wir haben in der Schule gelernt, daß sie ganz anders aussieht.

Er hat uns dann auch etwas vom Koren-Plan erzählt, und wenn man das, wie er die Welt ansieht, mit dem vergleicht, wie er den Koren-Plan sieht, ist es besser, wir gehen auf eine Unterhaltung nicht ein, weil wir dann zu sehr geneigt sind, zu korrigieren.

Ich habe mir heute eine ganz andere Aufgabe gestellt. Das Problem, über das zu sprechen ich heute beabsichtige, wurde heute schon von einigen Rednern gestreift. Aber nicht nur wir im Hohen Hause können feststellen, sondern auch die Bevölkerung in Österreich und besonders die in diesem Erwerbszweig beschäftigte Bevölkerung hat schon gemerkt, daß man Fremdenverkehr und Fremdenverkehrswirtschaft wohl draußen sehr gut verkauft und daß man überall geneigt ist, von der Wichtigkeit zu sprechen, aber hier im Hohen Haus wird dieses Thema sehr oberflächlich behandelt, wenn auch der Herr Präsident Sallinger so liebenswürdig war, einiges dazu zu sagen. Hier freue ich mich einmal — und da sollten Sie nicht überrascht sein —, mich restlos und vorbehaltlos seiner Meinung anschließen zu können, weil er in einem seiner Sätze, die am meisten auszusagen vermochten, gesagt hat, daß der Fremdenverkehr und die Fremdenverkehrswirtschaft sehr viel für Österreich bedeuten, daß sie einer der wichtigsten Wirtschaftszweige ist und nicht nur für die im Fremdenverkehr Beschäftigten, sondern für den gesamten Staatshaushalt sehr wichtig sind und daß eine Förderung notwendig ist.

Darf ich nach dieser kurzen Einleitung heute gleich sagen, daß ich auf die Förderung des Fremdenverkehrs besonderen Wert lege.

Wenn wir von der Fremdenverkehrswirtschaft sprechen, können wir einfach nicht anders, als mit der Frage anzufangen: Wie können wir unserer Fremdenverkehrswirtschaft am besten helfen? Da ist nach wie vor die Antwort: Indem wir sie entsprechend fördern. Damit mir nicht wieder unterstellt werden kann, daß ich nicht mit dem Brustton der Überzeugung zu einem Problem Stellung nehme — so wie es mir gesagt wurde im Verlauf der Behandlung der Frage der Wildbachverbauung —, darf ich heute dazu sagen, daß ich keine Politik daraus zu machen wünsche.

Ich nehme mir den Ausschnitt aus einer Zeitung, die uns nicht sehr gut gesinnt ist. Die Aufschrift allein gibt mir Anlaß dazu, das Problem von der entsprechenden Seite her anzufassen: „Noch immer kein Konzept für Fremdenverkehr.“ „Weiterwurschteln heißt die Devise. Wozu gibt es 75 Fonds?“ — All

10378

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Adam Pichler

das wurde nicht von uns erfunden. Auf einer Tagung wurden diese Themen behandelt.

Ich möchte mit dieser Herausforderung, so möchte ich es nennen, gleich beginnen. Wissen Sie, warum? Weil die dafür zuständigen Ministerien gar nicht darauf reagiert haben. Irgend etwas müßte doch geschehen sein. Man hätte doch in der gleichen Weise dazu Stellung nehmen können. Denn wenn Sie in Verlegenheit kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und glauben, daß das nur ein einziger Artikel in der unparteiischen Presse wäre, so muß ich sagen: ich könnte Ihnen noch mit einigen Ausschnitten dieser Tonart dienen.

Ich will damit anfangen, vom wichtigsten, vom Fremdenverkehr zu sprechen. Lassen Sie mich abweichen von der bisherigen Übung, daß nämlich jemand, der einen Antrag einbringt, ihn zuerst begründet und nachher versucht, ihn zu behandeln. Darf ich mir heute erlauben, meinen mit einigen meiner Kollegen verfaßten Antrag einzubringen. Ich möchte Ihnen diesen Antrag erst gerne einmal zur Kenntnis bringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Adam Pichler, Wielandner und Genossen betreffend Vereinheitlichung der Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs und der Fremdenverkehrsbetriebe.

Der österreichische Fremdenverkehr ist jener Faktor in unserem Wirtschaftsleben, welcher alljährlich durch seine Deviseneingänge entscheidend dazu beiträgt, die österreichische Zahlungsbilanz auszugleichen. Die in dieser Branche tätigen selbständigen Betriebsinhaber, aber auch die in diesem Berufszweig tätigen Arbeitnehmer müssen größte Leistungen erbringen, um gegen die ausländische Konkurrenz bestehen zu können, die durch staatliche Förderungsmaßnahmen zu gewaltigen Investitionen befähigt wird (zum Beispiel in Italien, der Schweiz, Frankreich, auch Jugoslawien, in letzter Zeit verschiedene Ostblockstaaten und so weiter).

In Österreich befassen sich 57 Stellen mit diesen Förderungsmaßnahmen. Eine dringende Vereinheitlichung der unzulänglich bestehenden Förderungsmöglichkeiten und eine Verstärkung der Förderung ist ein Gebot der Stunde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung beziehungsweise der Bundesminister für Handel, Gewerbe und

Industrie wird beauftragt, bis 30. September 1969 ein umfassendes Konzept für die Förderung des Fremdenverkehrs in Österreich auszuarbeiten und dem Parlament zuzuleiten, durch welches insbesondere eine Koordinierung der Förderungsmaßnahmen herbeigeführt wird.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag zur Kenntnis nehmen und ihn der Behandlung zuführen zu wollen. (*Abg. Doktor Fiedler: Da müssen Sie auch die Frage beantworten, ob Sie für eine Verfassungsänderung sind, Herr Kollege!*) Herr Kollege Fiedler! Wenn wir die Notwendigkeit erkennen und wenn wir davon überzeugt sind, der Wirtschaft damit helfen zu können, können Sie damit rechnen, daß wir einem solchen Gesetzesantrag die Zustimmung geben werden. (*Abg. Dr. Fiedler: Aber von 1954 bis 1966 hat man bei den SPÖ-Ressorts dafür nichts übrig gehabt!*) Herr Abgeordneter Fiedler! Ich habe mich doch schon im Budgetausschuß mit Ihnen gerade über diese Terminologie unterhalten.

Ich möchte hier auf den Herrn Kollegen Staudinger zurückkommen. Herr Kollege Staudinger! Sie sind nicht der einzige, der immer wieder glaubt, nur die Herren des Wirtschaftsbundes wären berechtigt, die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Sie haben mir neulich nicht zugestanden, daß ich zum Problem der Landwirtschaft und der Wildbachverbauung spreche, aber heute spreche ich als praktizierender Kaufmann, Wirtschaftstreiber, und wenn Sie wollen, können Sie ruhig sagen: als kloaner Greißler. (*Ruf bei der ÖVP: Na, gar so klein!*) Ich habe mit „Schwarzen“ angefangen, ich war Kohlenhändler. (*Heiterkeit.*) Herr Altbundeskanzler, mit irgend etwas muß ja der Mensch anfangen. Damals war der Absatz noch gesichert. Heute habe ich das Geschäft aufgegeben. Es ist nichts mehr dran. Das wird nicht mehr gekauft. Man ist auf Öl umgestiegen. Nicht, daß ich jetzt boshafte werden will. Das wollte ich nicht; gerade Ihnen gegenüber nicht, Herr Altbundeskanzler.

Hier spreche ich aus Erfahrung. Herr Abgeordneter Dr. Fiedler! Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis: Wenn Sie draußen, ganz gleich wo, zu den Problemen der Gewerbetreibenden Stellung nehmen, betrachten Sie sich vom Wirtschaftsbund allein als die berechtigten Vertreter der Gewerbetreibenden, der Wirtschaftstreibenden. Das stimmt wirklich nicht. Wenn Sie sich einmal dazu entschließen könnten, zu uns hinauszukommen, kann ich Ihnen eine ganze Menge Menschen zeigen, die aus kleinsten Anfängen heraus ihre neue Existenz aufgebaut haben und die das, was Ihnen die Erziehung in all den Jahren,

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10379

Adam Pichler

in denen sie jung gewesen sind und erst groß werden mußten, mitgegeben hat, nicht vergessen haben. Es war für sie ein harter Kampf, um selbstständig zu werden. Nachher, nach 1945! Denn vor dem Krieg — und darf ich auf etwas zurückkommen, was heute arg besprochen wurde und, fast möchte ich sagen, zu einer parlamentarischen Krise Anlaß gegeben hat —, Herr Dr. Fiedler, in der Zeit zwischen 1933 und 1938 war es einem normalen sterblichen Österreicher, wenn er nicht die Empfehlung vom Herrn Pfarrer und noch ein paar andere gehabt hat, nicht möglich, selbstständig zu werden. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung erzählen. Nach 1945 haben viele Menschen angefangen, sich eine eigene Existenz aufzubauen. Sie haben nicht vergessen, woher sie kamen. Daher dürfen Sie auch nicht annehmen, daß Sie allein berechtigt wären, diese Leute zu vertreten.

Dazu kommt ja noch, Herr Kollege, daß auch wir etwas dazugelernt haben. Sie selbst haben mir ja einmal zur Antwort gegeben: Es ist niemals zu spät, etwas dazuzulernen. In wirtschaftlichen Fragen, sehr verehrter Herr Kollege, kann ich sagen: Wenn uns auch Welten trennen mögen, wenn wir etwas für richtig befinden und wenn wir glauben, damit der österreichischen Wirtschaft dienen zu können, dann werden Sie immer mit uns und mit unserer Unterstützung rechnen können.

Warum bin gerade ich Sprecher für den Fremdenverkehr? Weil ich die Dinge zu genau kenne. Meine Herren, noch einmal: Sie sprechen immer dafür. Gerade Sie, Herr Abgeordneter Dr. Fiedler, haben doch bei den Besprechungen in den Budgetberatungen immer wieder versucht, das so hinzustellen, als ob wir weiß Gott was versäumt hätten, als ob sich hier die Sozialistische Partei so gegen den Fremdenverkehr ausgesprochen hätte.

Sie dürfen auch nicht vergessen, welche Bedeutung der Fremdenverkehr vor 20 Jahren hatte und welche Bedeutung er heute hat. Darum geht es doch! Uns liegt so sehr daran, die Dinge so hinzubringen, daß sie jenen Menschen, die seit Generationen diesem Fremdenverkehr dienen, nützen. Vielleicht merken Sie das in den Städten nicht so sehr wie wir draußen auf dem Lande. Wir kennen die Häuser genau, und viele Häuser haben sich gerade aus dem Grund, daß sie sich vor zwei, drei Generationen für den Fremdenverkehr interessiert haben, einen eigenen Namen geschaffen. Die Existenz dieser Leute zu festigen, gerade darum geht es.

Ich darf es Ihnen nochmals wiederholen: Wenn Sie mir heute wieder sagten, wir sollten uns nicht um diese Leute kümmern, weil sie

uns sowieso nicht wählen, wie Sie es mir schon einmal gesagt haben — nicht Sie, Herr Abgeordneter Fiedler, sondern anderswo wurde es von einem Herrn hier im Hause gesagt —, dann sage ich: Darum geht es uns auch nicht. Uns geht es um das Prinzip. Hier soll nicht nur der Wirtschaft, sondern hier soll den Wirtschaftstreibenden in der vom Staate aufgetragenen und verlangten Form geholfen werden.

Soll ich Ihnen einen Vortrag halten über Dinge, die Sie eigentlich genau kennen müßten? Lassen Sie mich ganz kurz diese Dinge aufzeigen, die Sie wahrscheinlich auch schon gesehen haben, die Sie aber nicht zur Kenntnis genommen oder so ignoriert haben, daß es beinahe sträflich und nachlässig ist. Denn von den Pressewarnrufen müssen Sie doch genauso Kenntnis genommen haben wie wir. Dort heißt es: „Fremdenverkehrswerbung in anderer Form“, „Das Budget zu rigorosen Einschränkungen gezwungen“ und so weiter. „Das nennt man in Österreich Werbung“, „Von 42 Seiten bleiben ganze drei Seiten für unser Land“, „Verschuldung der Hotellerie ist sehr stark gestiegen“. — Alle diese Dinge, meine Damen und Herren, sollten Ihnen doch Grund genug gewesen sein, hier nach dem Rechten zu sehen.

Wenn wir heute von dem Berichterstatter hörten, daß die Aufwendungen für den Fremdenverkehr gestiegen sind, dann, meine Herren, verstehe ich das nicht. Ich habe in der Ausschusssitzung den Herrn Bundesminister gefragt, ob ihm der Mut gefehlt hat, sein Budget zu verteidigen. Heute erlaube ich mir eine andere Frage nicht mehr an Sie, Herr Bundesminister, sondern an den Herrn Berichterstatter zu stellen, nämlich mit welchem Mut er das gesagt hat. Er hat ja nicht davon Kenntnis genommen, daß das nicht stimmen kann. Nicht nur mein Herr Kollege Präsident Kostroun hat gesagt, daß die Mittel gekürzt wurden, nein, auch in der Liste, in der die Abstriche unseres Budgets oder, wie Sie es nennen wollen, die Einsparungsmaßnahmen festgehalten sind, stelle ich fest, daß unter 63106: Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen), Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“, 4,400.000 S gestrichen wurden. Unter 63116: Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen), Fremdenverkehrsförderungsausgaben, wurden 9,150.000 S gestrichen. Unter 63118: Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen), Fremdenverkehrs-aufwandskredite, wurden 2,050.000 S gestrichen. Zusammen wurden also 15,600.000 S gestrichen. Ich weiß nicht, wie man dann sagen kann, daß die notwendige Aufmerksamkeit vorhanden war, als man im Budget

10380

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Adam Pichler

die Mittel für den Fremdenverkehr eingesetzt hat.

Das gibt uns natürlich Grund, daß wir uns mit diesem Budget und mit dem, was Sie unter Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft verstehen, einfach nicht einverstanden erklären können.

Ich glaube, es wäre verfehlt, Ihnen nun einen langen Vortrag über die Notwendigkeiten zu halten. Denn ich bin davon überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Sie insgeheim selbst genau abzuschätzen und einzuschätzen wissen, was die Fremdenverkehrswirtschaft bei uns bedeutet. Aber ebenso genau vermögen Sie einzuschätzen, in welch gefährlicher Situation wir uns befinden, wenn wir nicht Sofortmaßnahmen setzen, um unserem Fremdenverkehr die notwendige Förderung angedeihen zu lassen. Ich darf und muß das wiederholen, was zu sagen ich mich seit einigen Jahren immer gezwungen sah: Wir dürfen nicht zuwarten! Ein längeres Zuwarten und Nichtbeachten der Situation, in der sich der Fremdenverkehr in Österreich befindet, wäre nicht nur Nachlässigkeit, sondern das wäre nicht mehr aufzuholen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehen Sie sich doch in der Welt um! Was geschieht rings um uns in den Ländern, die sich ebenfalls mit Fremdenverkehr beschäftigen?

Wenn sich der Herr Präsident der Bundeshandelskammer veranlaßt sah, zu sagen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft eine der tragenden Säulen der Wirtschaft ist, dann könnte ich Ihnen hier noch etwas anderes sagen.

Da es nicht lange ist, Herr Präsident, darf ich das verlesen: „Die jährlichen Deviseneingänge lagen in Österreich in den letzten Jahren bei 11 bis 14 Milliarden Schilling. Die...mittelbare Umsatzwirkung“ kann demnach für die österreichische Wirtschaft mit einem jährlichen Umfang von rund 40 Milliarden Schilling angenommen werden.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollten Sie doch — und ich nehme an, daß es so ist — wissen. Bei 40 Milliarden Schilling Umsatz in Österreich sollte man doch bereit sein, Maßnahmen zu treffen, um diese Wirtschaft abzusichern. Denn es dürfte Ihnen auch nicht unbekannt sein, daß das Ausland sehr besorgt ist. Und wenn Sie sich zu nichts anderem entschließen könnten, müßten Sie wenigstens die gleichen Kreditbedingungen schaffen, die das Ausland dem Fremdenverkehr zur Verfügung stellt.

Ich möchte mich beim Herrn Bundesminister dafür bedanken, daß er meinem Kollegen, Herrn Präsidenten Kostroun, auf

Grund dessen Anfrage einen Brief geschrieben hat, woraus die neuen Maßnahmen, die getroffen wurden und die fremdenverkehrsfördernd wirken sollen, zu entnehmen sind. Die Unterlage ist im Augenblick nicht greifbar, aber ich glaube mich erinnern zu können, daß auch Sie, Herr Bundesminister, Gelegenheit hatten, mit den Leuten draußen zu sprechen, die von diesen Förderungsmaßnahmen Gebrauch machen wollen. Hier wurde von 57 Stellen gesprochen. Ich weiß noch nicht, ob ich recht habe, denn ich erfuhr diese Dinge erst aus der Zeitung, und dort ist von 75 Stellen und in der Rubrik von 57 zu lesen. Ich bin nicht in der Lage, das zu überprüfen. Wie dem auch sei, ich glaube, hier wären, wenn es 57 sind, um 56 zuviel. Hier könnte sich der Herr Kollege Machunze Sporen verdienen und seinen Staubsauger zur Einsparung wirken lassen. Ich bin der Meinung, daß man in der Lage wäre, das so zu koordinieren, eine Stelle zu schaffen, von der man weiß, daß man, wenn man hingehört, seine Belange vorbringen und erfahren kann, wer wo was von wem kriegen kann. Das — glaube ich — wäre ein großer Dienst und wäre gar nicht sehr viel teurer, wenn ich so sagen darf, gar nicht viel kostspieliger und wäre für die praktizierenden Gewerbetreibenden viel einfacher und erreichbarer.

Ich kann mir gut vorstellen, Herr Bundesminister, daß Sie mir sagen: Ja, ihr Sozialisten seid immer sofort beim Verlangen da, könnt aber nicht sagen, so wie man es von jedem Staatsbürger verlangt, wenn er Forderungen stellt, woher wir das nehmen sollen. Ich bin einige Jahre Abgeordneter und Bürgermeister. Auch meinem Kollegen in der Gemeinde muß ich sagen, wenn er mit dem Budget nicht zufrieden ist und ich auch keine Wunder wirken kann: Wenn du etwas von mir willst, dann sage mir, von wo ich das wegtun soll! Dafür habe ich allzuviel Verständnis, Herr Bundesminister.

Jetzt werde ich etwas sagen. Ich kann mir vorstellen, daß das zwar keine Revolte, wohl aber ein trauriges oder bedauerndes Kopfschütteln bei einigen von Ihnen auslösen wird. Ich habe nämlich den Mut, Ihnen vorzuschlagen, einmal umzudenken zu versuchen. Von den vielen Milliarden, die wir Jahr für Jahr für die Landwirtschaft aufwenden, sollte eine Milliarde zur Zinsstützung — nicht zu Subventionen; die Fremdenverkehrswirtschaft braucht keine Subventionen, die Fremdenverkehrswirtschaft braucht nur Zinsstützungen — verwendet werden, damit sie dieselben Bedingungen bekommt, die dieser Betriebszweig im Ausland

Adam Pichler

hat. Ich sage das nicht deswegen, damit man der Landwirtschaft diesen Betrag wegnimmt, sondern ich erlaube mir zu behaupten, daß das die Landwirtschaft vervielfacht wieder zurückbekommt. Wenn es uns gelingt, durch verbesserte Anlagen, wenn es uns gelingt, durch eine ordentliche Qualitätsförderung im Fremdenverkehr mehr Gäste hereinzubringen — und das ist drinnen in unserem Lande, das sage nicht ich Ihnen, sondern das sagen Verkehrs fachleute, die das wissen müssen; und schauen Sie sich die Entwicklung in den letzten 10 oder 20 Jahren an —, wenn wir dadurch den Fremdenverkehr um soviel zu steigern vermögen, dann kommt das der Landwirtschaft in irgendeiner Form wieder zugute. Meine Herren! Das wäre doch die beste Stützung für die Landwirtschaft, wenn wir die Produkte unserer Landwirtschaft nicht mehr zu Schleuderpreisen ins Ausland verkauft müßten, sondern wenn unsere Produkte aus der Landwirtschaft zu den Preisen, die der Normalösterreicher zahlen muß, in Österreich verkauft werden könnten. Glauben Sie nicht, daß das eine wirtschaftliche Überlegung ist, die wert wäre, von Ihnen einmal bedacht zu werden?

Ich glaube daher, meine Herren: So ist das nicht, daß man nur immer wieder über diese Dinge hinweggeht, draußen sehr viel redet und dann, wenn es darum geht, Maßnahmen zu setzen, vergißt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Lassen Sie sich von mir sagen, daß die Leute, die draußen auf diesem Gebiet und von diesen Betrieben leben, sehr viel hinzunehmen bereit sind. Nur eines ohne Klagen hinzunehmen waren sie nicht bereit: das ist das „Geschenk“, das ihnen der Herr Finanzminister verpaßt hat.

Als ich damals zu der Alkoholsteuer gesprochen habe, habe ich eigentlich gehofft, daß wenigstens noch einer von Ihnen, von den Gewerbetreibenden, auch in der gleichen Form dazu Stellung nehmen würde. Ich habe mich umsonst gefreut. Ich weiß nicht: Hat er nicht dürfen, oder waren alle so damit einverstanden, oder war keiner dabei, der diese Schwierigkeiten abzuschätzen vermochte? (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: O doch!) Wenn Sie dafür gestimmt haben, obwohl Sie es abzuschätzen vermochten, dann wundere ich mich sehr, gerade wieder aus der Überlegung heraus, daß Sie sich doch immer für die Vertretung der im Gewerbe Tätigen zuständig fühlen. Gerade da wundere ich mich sehr. Ich habe damals gesagt: Auch von den Herren der Bundeshandelskammer verstehe ich es nicht. Denn überall, wo die Bundeshandelskammer gewollt hat, daß ihre Überlegungen, ihre Version angenommen werden, hat sie sich

mächtig genug gezeigt. Nur bei der Aufstellung einer neuen Steuer hat sie nicht überlegt, ob das nicht anders möglich wäre, und der Fluch, den damals die Gastwirte und die Hotellerie ausgestoßen haben, schwebt noch immer über Ihrem Scheitel, meine Herren, auch wenn Sie in den abgelaufenen Monaten wiederholt erklärt haben, Sie hätten nun Mittel und Wege gefunden, das in einer vernünftigen Form zu lösen. Herr Bundesminister, auch wenn Sie das nichts angeht, ich muß es trotzdem sagen.

Also, meine Herren, überlegen Sie sich auch die anderen Dinge, von denen wir glauben, sie zum Kapitel Fremdenverkehr sagen zu müssen. Ich glaube, wenn wir wollten, wir würden es gemeinsam schaffen. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Jetzt hätte ich beinahe vergessen, zu erklären, warum ich den Antrag zuerst eingebracht und dann dazu gesprochen habe. Das war auch eine Absicht, nachdem uns der Herr Kollege Staudinger — den ich leider vermisste — einmal oder schon des öfteren den Vorwurf gemacht hat, daß die Sozialisten nur reden, aber nichts an Initiativen zeigen und keine Anträge einzubringen haben.

Vielleicht hatten Sie Gelegenheit, in der Zeit, in der ich versucht habe, unseren Antrag zu begründen, zu überlegen, ob Sie diesem Antrag beitreten können. (*Abg. Dr. Gruber: Es steht ja auch nichts drinnen!*) Ich würde mich sehr darüber freuen. Ich würde mich aber noch mehr freuen, wenn es mir mit meiner heutigen Stellungnahme zu dem, was wir unter Fremdenverkehrsförderung verstehen, gelungen wäre, zu bewirken, daß Sie etwas davon aufgenommen haben und sich in der nächsten Zeit bemühen, wenigstens diesen wichtigsten Erwerbszweig in der Form zu fördern, wie es die Situation und wie es der Staat verdient.

Weil Sie das bis jetzt nicht getan haben, können wir Ihrem Budget nicht zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Marberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß in dem Kapitel, das heute zur Beratung steht, der Fremdenverkehr eine besondere Rolle spielt und daß ihm in den Beratungen die Bedeutung zukommt, die ihm eigentlich gebührt. Nur kann ich mich mit meinem Herrn Vorredner Pichler hinsichtlich des Antrages, den er hier eingebracht hat, nicht identisch erklären.

10382

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Marberger

Der Fremdenverkehr, meine Damen und Herren, ist nach Artikel 15 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes Landessache. Es haben die Länder, die Gemeinden und auch die Fremdenverkehrsverbände eine große Aufgabe zu erfüllen. Eine Begründung dafür, daß die Verfassung diese Kompetenz den Ländern zuweist, besteht wohl auch darin, daß die Fremdenverkehrsentwicklung in den Bundesländern völlig unterschiedlich ist. Diese Tatsache bedarf in diesem Hause keiner besonderen Erwähnung.

Es ist aber auch bekannt, daß es trotzdem eine Reihe von Bundeskompetenzen gibt, die die Entwicklung des Fremdenverkehrs maßgeblich zu beeinflussen vermögen. Ich denke dabei zum Beispiel an das Gewerberecht, an das Arbeitsrecht, an das Berufsschulwesen, an die Kredit- und Steuerpolitik. Ein gut ausgebautes Verkehrs- und Straßennetz ist für einen erfolgreichen Tourismus eine ebenso wichtige Voraussetzung wie eine stabile Währung.

Auf diesen und einigen anderen Gebieten kann der Bund also gestaltend und fördernd in den Fremdenverkehr und in die Fremdenverkehrswirtschaft eingreifen. Er kann es nicht nur, er soll und muß es sogar. Er ist dazu umso mehr berufen, als dieser Wirtschaftszweig für die gesamte Volkswirtschaft ständig an Bedeutung gewinnt und die weltweite Fremdenverkehrsentwicklung eine großräumige, überregionale Vorgangsweise immer dringender nahelegt.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs steht nicht erst heute zur Debatte. Einer Publikation des österreichischen Finanzministeriums zur österreichisch-ungarischen Zahlungsbilanz des Jahres 1902 ist folgende Aussage zu entnehmen:

„Der Fremdenverkehr bildet eine reich fließende Quelle des Erwerbes und Wohlstandes, nicht bloß für die an der Beförderung und Beherbergung der Reisenden unmittelbar beteiligten Unternehmungen, sondern auch für breitere Schichten der Bevölkerung, denen der Fremdenverkehr lohnende Beschäftigung oder einen vorteilhaften Absatz ihrer landwirtschaftlichen oder gewerblichen Erzeugnisse verbürgt.“

Auch heuer wird der Devisenertrag des Fremdenverkehrs die österreichische Zahlungsbilanz wieder maßgeblich beeinflussen; aber nicht nur die Zahlungsbilanz wird maßgeblich beeinflußt, sondern es ist auch der Anteil des Fremdenverkehrs am Volkseinkommen in Österreich beachtlich. Aus einer Veröffentlichung des „OECD-Observers“ vom Oktober 1968 über die Bedeutung des Fremdenverkehrs in den europäischen OECD-Ländern geht hervor, daß

der Fremdenverkehr im Jahre 1966 am Volksinkommen Österreichs mit 9,5 Prozent beteiligt war.

Ich darf den vorliegenden Budgetentwurf also zum Anlaß nehmen, um die gegenwärtige Situation und auch die Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft darzulegen.

Es steht zu hoffen, daß der österreichische Fremdenverkehr die Stagnation des Jahres 1967 überwunden hat. Das Nächtigungs- und Devisenergebnis weist heuer im Vergleich zum Vorjahr wieder Zuwachsraten auf. Die Zunahme beträgt bei den Fremdenübernachtungen vom November 1967 bis einschließlich Oktober 1968 rund 4 Prozent. Die Deviseneinnahmen stiegen im gleichen Zeitraum um rund 13 Prozent auf insgesamt 17.633 Millionen Schilling.

Diese Erholung vom Rückschlag des Vorjahres ist auf zwei Tatbestände zurückzuführen: erstens auf die Belebung der internationalen Konjunktur und zweitens auf die verstärkten Anstrengungen und Bemühungen von Fremdenverkehrswirtschaft und öffentlicher Hand, also Bund, Länder, Gemeinden und Verkehrsverbände.

Zu einem guten Teil „importiert“ also auch der Fremdenverkehr wie die übrige Wirtschaft seine Konjunktur aus dem Ausland. Auf Grund des 70prozentigen Ausländer-Nächtigungsanteils liegt dies auf der Hand. Die Abhängigkeit von der internationalen, insbesondere von der westdeutschen Konjunktur darf Österreich aber nicht der Notwendigkeit eigener verstärkter Anstrengungen zur Intensivierung der touristischen Konjunktur und zur Verbesserung der Struktur der Fremdenverkehrswirtschaft entheben.

Eine Vorausschau auf die kommende Entwicklung des Tourismus zeigt die sich abzeichnenden internationalen Tendenzen. Die Tatsache, daß die Entwicklung in den siebziger Jahren im Fremdenverkehr durch gewaltige Veränderungen bei Angebot und Nachfrage gekennzeichnet sein wird, ist aus verschiedenen Werken und Berichten der internationalen Fremdenverkehrswirtschaft zu entnehmen. Ich erwähne hier nur schlagwortartig: Verstärkung des Flugreiseverkehrs, Hotel- und Restaurantketten, Konzentration im Reisebürogewerbe, Entwicklung und Ausweitung neuer Beherbergungsformen, Ferienhäuser und -wohnungen, Camping und so weiter. Die Fluggesellschaften werden sich mehr und mehr im Hotellerie- und Reisebürogewerbe engagieren. Ferienclubs, Ferntourismus und geänderte Ferienerwartungen werden die Reiseströme beeinflussen.

Der Wettbewerb im Tourismus wird sich jedenfalls — darüber sind sich alle Fachleute einig — enorm verschärfen. Wir müssen in

Marberger

Österreich daher alles tun, um unsere Stellung und zu steigern. Auf die Qualitätssteigerung muß die Fremdenverkehrsförderung und die Fremdenverkehrspolitik der kommenden Jahre auf allen Ebenen hinarbeiten: auf der Ebene der Länder und Gemeinden, auf der Ebene der Verbände, insbesondere der Kammern, und auf der Ebene des Bundes.

Auch Österreich macht keine Ausnahme. Seit drei Jahren halten wir bei 60 bis 64 Millionen Fremdennächtigungen. Wir werden uns in Zukunft also auf ein geringeres quantitatives Wachstum einrichten müssen. Demzufolge wird aber auch die Bettenzunahme, die in diesem Zeitraum fast unvermindert angehalten hat, gebremst werden müssen. Schließlich sind 800.000 bis 900.000 Fremdenbetten für ein kleines Land wie Österreich eine ansehnliche Zahl. Fast die Hälfte sind Betten in Privathäusern. Der Ausnützungsgrad der Fremdenbetten beträgt im Jahresdurchschnitt derzeit nur noch rund 22 Prozent, und zwar bei gewerblichen Betten 27 Prozent und bei Privatbetten 16 Prozent. Die Auslastung ist leider weiterhin fallend, unseres Erachtens ein untrügliches Zeichen für die schwierige betriebswirtschaftliche Lage der Hotellerie.

Ohne hier darauf im Detail einzugehen, darf ich nur ganz kurz festhalten: Die weithin unbefriedigende Ertragslage der Hotellerie und des Gastgewerbes wird durch eine vor kurzem vom Institut für Fremdenverkehrs-forschung fertiggestellte Reihenuntersuchung bestätigt. Dieser Untersuchung zufolge sind die Handels- beziehungsweise Steuerbilanzen noch einigermaßen positiv, doch werden Umsatzrentabilitäten von durchschnittlich nur 3 bis 5 Prozent erreicht.

Der Tatbestand der auch für die kommenden Jahre zu erwartenden geringeren Mengen-expansion im Fremdenverkehr wird durch eine Vorschau des Institutes für Wirtschaftsforschung gestützt. Trotzdem, meine Damen und Herren, ist Pessimismus grundsätzlich nicht am Platze. Beispielsweise konnte die englische Reisedevisenbewirtschaftung im Jahre 1967 im österreichischen Fremdenverkehr aufgefangen werden. Die Erlöse, und diese sind letztlich entscheidend, brauchen wegen des geringeren Mengenwachstums nicht geschränkt zu werden, wenn es gelingt, die Qualität des gesamten touristischen Angebotes zu heben

Auf der Ebene des Bundes kann und muß — wie ich einleitend betont habe — viel an fremdenverkehrspolitischer Aktivität geschehen; dies trotz der schwierigen Budget-situation, für die wir volles Verständnis haben. Unserer Meinung nach hat der Bund den Fremdenverkehr, der eine mittelständische Branche par excellence ist, auf folgenden Gebieten zu fördern und zu unterstützen: bei der Fremdenverkehrswerbung im In- und Ausland, auf dem Kreditsektor, auf steuerlichem Sektor, auf gewerberechtlichem Gebiet, bei der Verkehrserschließung und dem Ausbau der Infrastruktur, beim Landschafts-, Natur- und Gewässerschutz und schließlich auch bei der Nachwuchsausbildung.

Wenn ich mir nun den Voranschlag für 1969 in bezug auf die Förderung des Fremdenverkehrs durch den Bund ansehe, so muß ich folgendes feststellen: Die Ansätze für die österreichische Fremdenverkehrswerbung wurden — im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Kollegen Pichler — um 1,6 Millionen Schilling erhöht. Schon im Jahre 1968 wurden aber auch die Beiträge der Länder und der Bundeskammer für diesen Zweck aufgestockt. Dafür haben wir zu danken.

Die Werbearbeit auch der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft im Ausland ist unerhört schwierig. Unser Land muß im Ausland mit Ländern konkurrieren, die Budgets in doppelter und dreifacher Höhe zur Verfügung stellen. Es sind dies wieder die Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland und sogar Irland. Die Fremdenverkehrswerbung muß sich aber auch im Rahmen der Wirtschaftswerbung schlechthin, also in bezug auf den frei verfügbaren Teil der Einkommen, durchzusetzen versuchen. Was dies bei der heute herrschenden Werbeintensität auf vielen Märkten heißt, brauche ich hier nicht darzulegen.

So gesehen nimmt sich die Aufstockung des Werbebudgets um 1,6 Millionen Schilling sehr bescheiden aus und reicht kaum zur Abdeckung der eingetretenen Kostenerhöhungen. Das Budget der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung wird in Zukunft also unbedingt weiter erhöht werden müssen.

Es wäre auch einer Prüfung wert, wie man die Österreichische Fremdenverkehrswerbung auf eine breitere Basis stellen könnte, etwa unter Einbeziehung von Verkehrswerbung, AUA und

10384

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Marberger

Verkehrsbüro. Der Gedanke der horizontalen Werbekooperation wird ja zum Beispiel in der Schweiz schon seit langem praktiziert.

Im Zusammenhang mit der Werbung muß ich auch darauf verweisen, daß die Inlandswerbung, also die Werbung um den inländischen Gast, auf die Dauer nicht von der Bundeskammer allein finanziert werden kann. Die seit Jahren stark zunehmenden Devisenausgänge — für die übrigens die Geschäftsreisen ebenso verantwortlich sind wie Vergnügungsreisen — können im Hinblick auf unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur durch stärkere Propagierung für Urlaub und Erholung im eigenen Land, in Österreich gebremst werden. In einem auf den Freiheits- und Freizügigkeitsgrundsatz bedachten Land wie Österreich kann Fremdenverkehr keine Einbahnstraße sein. Außerdem würde jede Beschränkung der Auslandsreisen — an die bei uns niemand denkt — Retorsionsmaßnahmen des Auslandes zur Folge haben. Dabei muß man mit großer Sorge an die Devisenbewirtschaftung denken, die in Frankreich neu in Kraft getreten ist. Im kommenden Jahr werden sich die Besuchsziffern der französischen Gäste bestimmt verringern.

Der Budgetansatz für Förderungsausgaben für den Fremdenverkehr — Position 63116 — wurde leider um 450.000 S gekürzt. Im Interesse der Bergbauern sowie der Grenzland-, Erschließungs- und Notstandsgebiete wäre meines Erachtens aber eine Erhöhung notwendig gewesen, denn gerade diese Gebiete sind ohne Förderung ernstlich von einer Entstädigung bedroht. (*Abg. Probst: Herr Kollege, Sie opponieren ja gegen Ihre eigene Regierung! Alles ist zuwenig und alles ist falsch! Warum erzählen Sie das?*) Wir bemühen uns, den Ansatz für unsere Wirtschaftssparte im Budget zu erhöhen, und wir tragen dies auch in Vorschlägen unserem Herrn Minister vor. Aber leider sind alle Wünsche, die wir in dieser Beziehung berechtigerweise haben, nicht erfüllbar.

Die Aufwandskredite — Position 63118 — sind um 2.050.000 S niedriger angesetzt. Dies bedeutet, daß verschiedene Förderungsmaßnahmen des Handelsministeriums, wie Film- und Rundfunkwerbung, Zuschüsse zu diversen Fremdenverkehrsvorhaben und so weiter, nicht mehr durchgeführt werden können. Auch dies ist natürlich bedauerlich und schwächt die allgemeine Position des Fremdenverkehrs nicht unerheblich.

Vor allem muß noch ein Wort zur Kreditsituation gesagt werden. Es ist richtig, daß in Österreich bereits rund 40 Prozent des Kreditvolumens vom Staat subventioniert wird; das ist zweifellos sehr viel. Wir ver-

stehen daher auch, daß der Herr Finanzminister angesichts der Budgetlage auch diesbezüglich Einschränkungen vornehmen muß. Aber gerade im Hinblick auf die Qualitätssteigerung im Fremdenverkehr müssen wir auch in den nächsten Jahren eine stärkere Differenzierung der Zinsenzuschüsseaktionen und eine Aufstockung der ERP-Tranche verlangen.

Ich darf hier auf eine Aussage verweisen, die das Tiroler Landesverkehrsamt in seinem diesjährigen Bericht ausgesendet hat und aus der hervorgeht, wie wertvoll sich diese Zinsenzuschüsseaktion auf die Fremdenverkehrsinvestitionen auswirkt.

Was das Besicherungsproblem der Kredite anlangt, so sind wir für die Einbeziehung des Fremdenverkehrs in den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds dankbar. Der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds wird unter anderem die Möglichkeit bieten, Hoffnungsgebiete des Fremdenverkehrs zu erschließen und auszubauen. Damit kann der Fremdenverkehr in Gebieten mit derzeit noch hoher Agrarquote einen wichtigen Beitrag zu Besitzfestigung und Einkommensausgleich leisten.

Auf steuerlichem Gebiet fühlt sich die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft besonders benachteiligt. Hier gehe ich auch mit Herrn Kollegen Pichler einig, da auch er den Aussagen unseres Herrn Präsidenten Sallinger zugestimmt hat. Dies ist kein Wunder, sind doch einige unserer ausländischen Konkurrenzländer im Vergleich zu Österreich die reinsten Steuerparadiese!

Ohne jetzt auf die vier- bis fünfmal so hohe Gesamtsteuerbelastung der österreichischen Betriebe einzugehen, muß ich in diesem Zusammenhang die Forderung nach Novellierung des Alkoholsteuergesetzes anmelden. Diese Steuer wird vor allem wegen der damit verbundenen, an sich vermeidbaren Verwaltungsarbeit von allen Gastwirten und Hoteliers heftig abgelehnt. Die Notwendigkeit neuer Steuereinnahmen nimmt man zur Kenntnis, aber die komplizierte Art der Erfassung und Verrechnung verbittert die Steuerpflichtigen geradezu. Hier muß auf alle Fälle im Interesse der Aufrechterhaltung des Leistungswillens durch eine Novellierung eine Erleichterung geschaffen werden.

Ein weiteres Anliegen der Fremdenverkehrswirtschaft ist die Gewerbeordnung. Hier sind wir der Meinung, daß die Liberalisierung auch dem Fremdenverkehr zugute kommen muß. Wenn schon Liberalisierung der gewerberechtlichen Antritts- und Ausführungsbestimmungen, dann nicht einseitig zugunsten einzelner Wirtschaftssparten. Ein einigermaßen gleichgewichtiger Abtausch der soge-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10385

Marberger

nannten Nebenrechte stellt meines Erachtens eine legitime Forderung des Hotel- und Gastgewerbes dar.

Meine Damen und Herren! Auf alle Fälle muß das Gast-, Schank- und Beherbergungsgewerbe die Forderung nach Abschaffung des Lokalbedarfes ablehnen. Diese Forderung findet sich auch im Kapitel Wettbewerbspolitik im Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei. (*Abg. Thalhammer: Auch im Koren-Plan!*) Es findet sich ganz besonders in diesem Programm der Wirtschaft, das allerdings dem Fremdenverkehr nur eine ganz kurze Seite widmet. (*Abg. Wielandner: Überhaupt nichts! Keine Zeile im Koren-Plan!*) Im Koren-Plan? (*Abg. Wielandner: Im Koren-Plan!*) Meine Damen und Herren! Darf ich doch darauf verweisen, daß eben die Tatsache, daß der Fremdenverkehr Landessache ist, vielleicht auch unseren Finanzminister Dr. Koren veranlaßt hat ... (*Abg. Ing. Häuser: Dann nicht sagen: eine Seite! Gar nichts steht drinnen!* — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren! Es steht im Koren-Plan nichts drinnen, das gebe ich Ihnen zu. Aber es ist immerhin noch besser, wenn im Koren-Plan nichts drinnen steht, als wenn im Wirtschaftsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs Wünsche und Meinungen enthalten sind, die wir auf keinen Fall akzeptieren können, meine Damen und Herren! (*Abg. Pay: Gestern wurde das Gegenteil gesagt!*)

Ich bin bei der Gewerbeordnung! Das ist ein Kapitel, das sehr bedeutend ist, das eigentlich den Hauptteil Ihres Programms darstellt. (*Abg. Wielandner: Der Fremdenverkehr ist gut für den Ausgleich in der Zahlungsbilanz!*) Ja, das stimmt! Das haben wir ja auch. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Doch, wir wollen das. (*Abg. Probst: Sie kritisieren Ihre eigene Fremdenverkehrspolitik!*) Herr Kollege Probst! (*Abg. Probst: Natürlich! Sie kritisieren dauernd Ihre eigene Fremdenverkehrspolitik!*) Sie wissen, daß die Wirtschaftssparten natürlich ihre eigenen Wünsche, Beschwerden und Meinungen anbringen sollen. (*Abg. Probst: Als ob wir dafür verantwortlich sind!*) Wir machen in den einzelnen Ressorts auch ganz konkrete Vorschläge (*Rufe bei der SPÖ: Wir auch!*), aber es ist natürlich Tatsache, daß der Fremdenverkehr eben Landessache ist und daß hier vielleicht nicht allzuviel von Bundesebene her geschehen kann; das muß man festhalten! (*Abg. Probst: Dann braucht man so nicht zu reden, wenn es Landessache ist!*)

Ich darf einige Argumente für die Ablehnung der Aufhebung des Lokalbedarfes anführen: die Gefahr einer Überbesetzung des Gastgewerbes, wie sie in einzelnen Fällen

jetzt schon besteht, mit den damit verbundenen Fehlinvestitionen; die nachteiligen Auswirkungen auf den Qualitätsstandard und damit die Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs; die volks- und betriebswirtschaftliche Notwendigkeit des Schutzes des im Gastgewerbe investierten Kapitals, insbesondere auch des Fremdkapitals. Nicht zuletzt darf ich das Interesse des Konsumenten erwähnen, für den die Bedarfsprüfung in Verbindung mit einem Fähigkeitsnachweis die Garantie einer einwandfreien Leistung und einen gewissen Schutz darstellt.

Ebenso entschieden lehnt das Hotel- und Gastgewerbe die im SPÖ-Programm geforderte Berechtigung der Privatzimmervermieter zur Verpflegungsabgabe in unbeschränktem Ausmaße ab. Dies wäre wohl der denkbar schlechteste Weg, die nur mehr vereinzelt auftretenden Verpflegungsengpässe zu beseitigen. Erstens wird die Engpaßsituation im Verpflegungsbereich zweifellos übertrieben, und zweitens besteht — eingehenden Untersuchungen zu folge — eher ein qualitativer als ein quantitativer Engpaß. Daß durch die geforderte Berechtigung der Privatzimmervermieter zum „Ausköchen“ die Qualität des Verpflegungsangebotes generell nicht zu heben ist, liegt auf der Hand. Durch Erfüllung dieser Forderungen würde man dem Fremdenverkehr also einen schlechten Dienst erweisen.

Im übrigen darf zur Privatzimmerfrage auch sonst noch ein Wort gesagt werden. Der neue Entwurf zur Gewerbeordnung hält weiterhin am Kriterium der häuslichen Nebenbeschäftigung fest. Dies ist kein genau abgrenzbares und überprüfbares Kriterium. Notwendig wäre vielmehr die Festlegung einer bundeseinheitlichen Bettengrenze, über der eben der gewerbliche Betrieb gegeben ist. Eine genau fixierte Untergrenze für das Beherbergungsgewerbe wäre also im Interesse der Rechtsicherheit und des Fremdenverkehrs anzustreben.

Darf ich noch eine Tiroler Spezialität anfügen. Einen Sonderfall stellt die Regelung des Bergführergewerbes in der neuen Gewerbeordnung dar. Das Land Tirol, die Tiroler Handelskammer und die Bergführer haben dazu größte Bedenken. In Tirol besteht seit 1949 eine Bergführeroberordnung, LGBI. Nr. 25/1949, und dazu die Durchführungsverordnung der Landesregierung, LGBI. Nr. 55/1949. Sie regelt die nicht gewerbsmäßig ausgeübte Tätigkeit der Bergführer und Anwärter. Die Autorisation erteilt die Bezirksverwaltungsbehörde. Derzeit ist kein Bergführer Tirols nur wegen der Bergführung Gewerbeinhaber und Kammermitglied, obwohl die Führungen entgeltlich betrieben werden. Das Bergführergewerbe ist

10386

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Marberger

durch diese Bergführerordnung einwandfrei geregelt, und es bedarf von Tiroler Sicht her keiner Aufnahme dieser Bestimmung in die neue Gewerbeordnung. Man würde nur einen an und für sich sehr freien Betrieb wieder in eine Zwangsjacke stecken.

Auch in der Sozialpolitik hat der Bund Fremdenverkehrsbelange wahrzunehmen. Auf diesem Gebiete wurde bisher in wichtigen Fragen kaum nennenswert zwischen den einzelnen Wirtschaftssparten differenziert. Dies trifft insbesondere bezüglich der Arbeitszeitbestimmungen zu. Man schaltet seit Jahren alle Branchen gleich. Man versucht, den Fremdenverkehrsbetrieb in eine Zwangsjacke von arbeitsrechtlichen Regelungen und Bestimmungen zu stecken, in die er auf Grund seiner Leistungsstruktur nie passen kann, auf der ganzen Welt nicht, nicht nur in Österreich nicht. Alle Wirtschaftswissenschaftler und Fachleute bestätigen, daß eine solche Gleichschaltung nicht möglich ist. Man kann natürlich im Fremdenverkehrsbetrieb bekanntlich nicht annähernd so viel mechanisieren und rationalisieren wie in Produktionsbetrieben.

Die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund geforderte Arbeitszeitverkürzung würde die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft daher vor ungleich schwierigere Probleme stellen als andere Sparten. Verschließen wir doch nicht die Augen vor den Tatsachen: vor dem Bestehen eines großen Personalmangels, vor der schlechten allgemeinen Ertragslage und der viel größeren Freizügigkeit in unseren Nachbarländern. Auf Grund dieser Arteigenschaften und des Exportcharakters der Fremdenverkehrsbetriebe würde bei Realisierung der geforderten Arbeitszeitverkürzung die internationale Wettbewerbsfähigkeit ernstlich gefährdet sein. Diese Tatsache müssen wir der SPÖ besonders nachdrücklich ins Gedächtnis rufen. (Abg. Ing. Häuser: Glauben Sie selbst daran?) Ich glaube daran. Denn mit dem Hinweis in Ihrem Wirtschaftsprogramm — ich zitiere wörtlich, meine Damen und Herren —: „Bei der Preisgestaltung sollte man mehr, als es bisher der Fall war, auf die Konkurrenzfähigkeit der Fremdenverkehrsbetriebe gegenüber dem Ausland Rücksicht nehmen“, ist es nicht getan. (Abg. Dr. Staribacher: Da steht aber noch mehr drinnen!) Man muß zu dieser preismäßigen Rücksichtnahme kosten- und ertragmäßig auch in der Lage sein beziehungsweise in die Lage versetzt werden. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung wäre dazu jedenfalls kein Weg.

Schließlich muß ich an den Bund appellieren, in verstärktem Ausmaß für die Nachwuchsbildung zu sorgen. (Abg. Weikart: Es ver-

geht kein Tag in der Budgetdebatte, wo nicht unser Wirtschaftsprogramm im Mittelpunkt der Diskussion steht!) Herr Kollege Weikart, es muß gut sein. (Abg. Weikart: Wir freuen uns darüber! Das ist ein Zeichen, daß es gar nicht so schlecht ist! — Zwischenruf des Abg. Machunze. — Abg. A. Schlager: Gestern haben Sie uns Vorwürfe gemacht!) Lesen müssen wir es ja, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Staribacher: Sie haben nur wieder zuwenig daraus gelesen!) Das wissen Sie, Herr Kollege Dr. Staribacher, daß wir natürlich jetzt nicht Ihr ganzes Programm zitieren können. Ihre Ausführungen sind für den Fremdenverkehr nicht allzu gut! (Abg. Dr. Staribacher: Sie sehen: Regional-, Gesamtkonzept und so weiter!) Ja, das ist der erste Teil. Aber über die Arbeitszeitverkürzung habe ich wörtlich zitiert. Sie wissen selbst, wie schwer uns diese Arbeitszeitverkürzung zumindest in der heutigen Situation treffen würde. (Abg. Ing. Häuser: Vor zehn Jahren haben Sie genau dasselbe gesagt!) Das ist Ihr Argument. (Abg. Weikart: Und vor 50 Jahren war es auch das gleiche, wie wir die 48-Stunden-Woche eingeführt haben!) Sie sagen auch zu jeder unserer Anwürfe: Ihr habt es verdaut! (Abg. Machunze: Da haben wir nicht soviel Nebel gehabt, jetzt haben wir mehr!) Wir haben sie nicht verdaut, sie kostet mehr.

Schließlich muß ich an den Bund appellieren, in verstärktem Ausmaß für die Nachwuchsbildung Sorge zu tragen. Auch im Fremdenverkehr wird das zukünftige Wachstum von den Investitionen im geistigen Kapital entscheidend mitbestimmt werden. Besser geschulter Nachwuchs bringt höhere Produktivitätsfortschritte, und nicht zuletzt bedeutet aber besser geschulter Nachwuchs besseres Service und mehr Gastlichkeit, einen der stärksten Trümpfe Österreichs im internationalen Wettbewerb.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, im Rahmen meiner Ausführungen einige Gebiete anzuführen, auf denen der Bund Fremdenverkehrskompetenzen hat. Kompetenzen haben bedeutet aber auch, diese Kompetenzen wirtschaftspflegerisch wahrzunehmen. Ich habe auch die diesbezüglichen Notwendigkeiten kurz aufgezeigt.

Die skizzierten fremdenverkehrspolitischen Anliegen sind besonders auch mittelstandspolitische Anliegen. Ihre Realisierung ist notwendig zur Selbsthilfe und zur Herstellung der Wettbewerbsgleichheit. Einer Industriepolitik, die wir in Österreich zweifellos dringend brauchen, muß eine sachgerechte Mittelstandspolitik an die Seite gestellt werden.

Sicherlich können nicht alle Wünsche und Forderungen sofort und gleichzeitig einer

Marberger

Lösung zugeführt werden, aber Zug um Zug müssen die aufgezeigten Fremdenverkehrsanliegen im Sinne einer erfolgreichen Fremdenverkehrspolitik gelöst werden.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich noch einige Feststellungen zur Fremdenverkehrssituation für das Jahr 1969 deponieren. Die wichtigsten Voraussetzungen für die Erfolge im Fremdenverkehr sind Ruhe, Ordnung und Sicherheit im eigenen Lande. Eine stabile frei konvertierbare Währung, gut funktionierende Leistungen der öffentlichen Hand sind ebenso notwendig wie ein gut ausgebautes Verkehrs- und Straßennetz. Schöne Gegend und gutes Klima allein genügen schon lange nicht mehr. Ein leistungsfähiges Gastgewerbe und eine konkurrenzfähige Hotellerie sind genauso unerlässliche Grundlagen für den Tourismus. (Abg. Wielandner: Siehe Antrag!) Herr Kollege, der Fremdenverkehr ist eben kein besonders ergiebiges politisches Thema! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weih: O ja!)

Alle diese Voraussetzungen treffen in Österreich auch für das Jahr 1969 zu. Die Anstrengungen der Gemeinden — ich betone das extra —, der Länder und auch des Bundes sowie der gesamten privaten Fremdenverkehrs-wirtschaft werden auch im Jahre 1969 nicht geringer sein als in den vergangenen Jahren.

Mit diesen gemeinsamen Anstrengungen sind alle Vorkehrungen getroffen, dem österreichischen Fremdenverkehr auch im kommenden Jahr zu weiteren Erfolgen zu verhelfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Der vorhin von den Abgeordneten Adam Pichler, Wielandner und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Mitterer. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Mitterer: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zu einigen der aufgeworfenen Fragen kurz Stellung nehme und Ihnen auch hiezu meine Meinung mitteile. Ich möchte versuchen, mich sehr kurz zu halten und nur auf die wesentlichen Punkte einzugehen.

Ich habe im Laufe meiner parlamentarischen Tätigkeit die Gelegenheit gehabt, in drei verschiedenen Ländern, nämlich in der Schweiz, in der Bundesrepublik und in Frankreich, bei Budgetdebatten einmal anwesend zu sein. Ich habe in keinem einzigen dieser Länder — und ich glaube, es wird woanders auch nicht anders sein — je gehört, daß — und das ist sehr begreiflich — die Abgeordneten mit den

Ansätzen zufrieden sind. Alle haben mehr gefordert, und die Forderungen waren durchaus im einzelnen an sich berechtigt, man mußte sie aber auch in diesen Ländern in Übereinstimmung mit den gegebenen Möglichkeiten bringen.

Ich möchte das vorwegnehmen, um darzutun, daß mir natürlich klar ist, daß es eine Reihe von Dingen gibt, die höher dotiert werden sollten, wenn die Mittel hiezu da sind. Man muß sich aber die Struktur eines Budgets ansehen, um sich klarzuwerden, daß man nach der einen oder anderen Richtung stärker vorwärtsgehen kann, daß aber das eine respektive das andere dann ein Zurückbleiben in den anderen Richtungen bedingt.

Ich glaube also, daß man über diese rein mathematischen Notwendigkeiten einfach nicht hinwegkommt und daß es ja nicht darum geht, nicht einzusehen, was dies- und jenseits der verschiedenen Gruppen gefordert wird, sondern daß es dazu kommen muß, eine für alle Teile einigermaßen befriedigende Lösung zu finden.

Die Ansätze in dem Budget, das ich zu vertreten habe, also in meinem Ressort, sind in den wesentlichen Positionen sogar etwas höher als im Vorjahr. Man kann natürlich Vergleiche mit vor vielen Jahren anstellen, wo wir in einer wesentlich günstigeren Budgetsituation waren. Sie sind aber jedenfalls für 1969 günstiger als im Jahre 1968.

Zum Beispiel sind sie günstiger in der Position der Forschungsförderung, und zwar von 15,5 Milliarden (Abg. Dr. Staribacher: Millionen!) — Millionen — auf 29 Millionen. Wenn es Milliarden wären, Herr Kollege, dann, glaube ich, müßte unser Budget in toto anders aussehen! Man kann kaum annehmen, daß bei einem 80 Milliarden-Budget die Forschungsförderung 30 Milliarden ausmachen würde.

Wenn man außerdem die Positionen der Fremdenverkehrsförderung ansieht, nämlich des Vereins für die Fremdenverkehrsförderung, so sieht man, daß eine Steigerungsrate enthalten ist.

Sieht man die ERP-Kredite an, die erstmalig von 125 Millionen auf 150 Millionen im Rahmen des Fremdenverkehrs gesteigert werden konnten, so wird man feststellen können, daß hier schon Positionen erhöht worden sind.

Sicherlich sind auch 30 Millionen oder 29 Millionen für die Forschungsförderung kein befriedigender Betrag. Wir haben jetzt damit angefangen, es ist das zweite Jahr, und in keinem Land der Erde wurde von Anfang an ein gigantischer Betrag eingesetzt, sondern man hat früher begonnen, und wir haben vor zwei

10388

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer

Jahren begonnen. Ich möchte das auch deutlich sagen. Früher hat es Budgets gegeben, bei denen die Sozialistische Partei mitgewirkt hat, und wir haben in dieser Position diesmal doch einen nennenswerten Fortschritt erzielt. Sicherlich sind 15 Millionen keine gigantische Summe, aber es ist immerhin eine Verdoppelung des früheren Betrages.

Es sind einige Angelegenheiten zur Sprache gebracht worden. Die Herren Kollegen haben gemeint, man sollte das tolerieren. Ich bin sehr für diese Toleranz, und ich kann es sehr gut verstehen, daß sie diese Fragen, wenn sie auch nicht genau zu diesem Ressort gehören, anbringen.

Der Abgeordnete Kostroun hat unter anderem die Frage der Abschreibungsmöglichkeit für Portale erwähnt. Ich habe, wie gesagt, dieses Ressort nicht zu vertreten, aber ich möchte Ihnen dazu doch eines sagen: Ich bitte, niemals zu vergessen, daß in solchen Portalen, gleich welcher Höhe, immerhin nennenswerte Arbeitskostenanteile der Lieferantenfirma enthalten sind, sodaß das, was bei dem einen abgesetzt wird, bei dem anderen immerhin einen Eingang, einen Zuwachs und daher eine Förderung der Wirtschaft bedeutet. Wenn Sie solche Dinge ins Spiel bringen, dann muß man doch überlegen, daß sie wirtschaftlich nach beiden Richtungen hin wirken. Im übrigen ist das ja nur eine Vorziehung der Abschreibung. Sie hat ja zur Folge, daß dann später jene Mengen nicht abgeschrieben werden können, die normalerweise etwa bei einer anderen Anschaffung abgesetzt werden können.

Was nun die Auslandsverschuldung anlangt — Sie haben auch das erwähnt, ich glaube, Herr Kollege Kostroun, Sie haben das kurz gestreift —, so darf ich sagen, daß Österreich hinsichtlich seiner Verschuldung gegenüber dem Ausland weit, weit hinter anderen Ländern rangiert. Ich möchte Extrembeispiele, wie etwa England, gar nicht erwähnen, sondern auf die Durchschnittsverschuldung vieler anderer Länder hinweisen.

Dann haben Sie gesagt: unsere Finanzpolitik bedeutet, die einen belasten und wenigen dienen. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß die große Einkommen- und Lohnsteuerreform — sie ist auch dann noch eine wesentliche Senkung, wenn Sie die inzwischen eingetretenen Erhöhungen in Rechnung stellen, also saldieren — etwas ist, was nur einigen wenigen dient und die anderen belastet. Ich glaube vielmehr, daß das allen gedient hat. Letztlich ist der Beweis ja schon dadurch zu erbringen, daß die Gewerkschaft diese Lohnsteuersenkungen sehr massiv verlangt hat. Ich nehme also an, daß es damit allen dienen konnte.

Was die Investitionsschwäche anlangt, bin ich mit Ihnen der Meinung, daß sie richtig noch vorhanden ist. Aber ich bin der Überzeugung, und nächstes Jahr werden wir ja die Richtigkeit oder die Falschheit der Feststellungen überprüfen können, daß das Wirtschaftswachstum, die wachsende Entwicklung unserer Wirtschaft, die wir heuer konstatieren konnten, entgegen allen pessimistischen Propheteiungen im nächsten Jahr zu einer nennenswerten Steigerung der Investitionen führen wird. Was wir erwarten, sind Steigerungen der privaten Investitionen. Diese kommen nicht von heute auf morgen, sondern erst dann, wenn die Betriebe sehen, daß man sich wieder in einer Periode der Aufwärtsbewegung befindet, werden sie auch bereit sein, größere Investitionen vorzunehmen, und zwar auch auf dem Produktionssektor der Investitionen, weil ja hier immer wieder gesagt wird, es sei gar nicht so schlecht mit den Investitionen, nur erfolgten sie gewissermaßen nicht in den gewünschten Sektoren.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß man sehr schwer heute schon feststellen kann, wie weit die Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung wirksam werden. Man kann nur feststellen, daß sie wirksam geworden sind. Denn auch hier, meine Damen und Herren, muß ich Ihnen etwas ganz deutlich sagen. Ich habe allen Rednern sehr genau und aufmerksam zugehört; bitte gestatten Sie mir, daß ich auch dazu etwas feststelle.

Wenn man sagt, wir hätten eine falsche Finanz-, eine falsche Wirtschaftspolitik, eine falsche Politik in jeder Richtung geführt, dann frage ich mich: Wie ist es möglich, daß in einem Land, in dem alles falsch gemacht worden ist, eine noch nie dagewesene Entwicklung der Nettoeinkommen, eine bessere Entwicklung stattgefunden hat als je zuvor und daß in den letzten Jahren der Wohlstand sicherlich eindeutig gewachsen ist. Es gibt ein paar sehr gute Indikationszahlen dazu: Sehen Sie sich die Zahl der angemeldeten Pkw an, sehen Sie sich die Zahl der angemeldeten Fernsehapparate an. Auch andere Indikationszahlen weisen eindeutig auf die wirtschaftliche Entwicklung hin, und auch die Nettoeinkommen in diesem Land sind bedeutend gestiegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie einerseits an die Preissteigerungen und andererseits an die Bruttosteigerungen der Einkommen denken und das in Saldierung bringen, so werden Sie bemerken, daß die Nettosteigerung in den letzten Jahren sehr erheblich war. Das können Sie jederzeit überprüfen und nachlesen.

Der Herr Abgeordnete Kostroun hat auf das gute Weihnachtsgeschäft hingewiesen, das

Bundesminister Mitterer

nicht über andere Dinge, über die schlechtere wirtschaftliche Entwicklung hinwegtäuschen dürfe. Ja was denn sind Indikatoren, was denn sind Tatsachen, die für eine Belebung der Wirtschaft sprechen? Selbstverständlich täuscht es nicht darüber hinweg, daß noch vieles zu machen ist, aber ich glaube, ein gutgehendes Weihnachtsgeschäft war noch nie eine Indikation dafür, daß alles andere schlechter wird, sondern ist im Gegenteil eine Indikation dafür, daß die Konsumkraft steigt und die wirtschaftliche Entwicklung aufwärtsgeht.

Wenn Sie nun andere Länder ins Spiel gebracht und erwähnt haben, wie es in anderen Ländern aussieht, dann überlegen Sie, meine Damen und Herren, doch bitte eines: Uns sind alle jene Dinge erspart geblieben, die auch sehr konsolidierten Ländern, Ländern, die zumindest einen konsolidierten Eindruck gemacht haben, in den letzten zwei Jahren nicht erspart wurden. Wenn Sie sich heute unsere Währung und unsere Außenhandels-situation ansehen, wenn Sie unseren Devisen-bestand, unseren Goldbestand und den Geld-umlauf in eine Relation bringen, dann werden Sie sagen müssen, daß der Schilling zu einer der besten Währungen der Welt gehört.

Meine Damen und Herren! Das alles kann doch kein Zufall sein, sondern muß doch den Grund darin haben, daß wir offenbar eine richtige Wirtschaftspolitik betrieben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben von den Unwägbarkeiten gesprochen. Natürlich sind in allen diesen wirtschaftlichen Annahmen gewisse Hypothesen enthalten. Das sind sie in der einen und in der anderen Richtung. Das kann man leider nicht ändern, weil es ja eine Vorschau und kein Rückblick ist. Aber ich glaube, wenn man feststellt, wie wir geplant haben und wie wir unsere heurigen Budgetansätze erstellt haben, dann kann man nicht sagen, daß sie illusionistisch sind.

Herr Abgeordneter Kostroun! Sie haben dann noch meinen Ansatz für die Öffentlichkeitsarbeit kritisiert. Erstens haben wir ihn heuer gar nicht ausgeschöpft, darüber wird Ihnen ja eine Auskunft das nötige Bild übermitteln. Und zweitens muß ich sagen: Wenn ich in meinem Ressort einen Ansatz von 1,5 Millionen Schilling für die Öffentlichkeitsarbeit habe, dann ist das gemessen an der Gemeinde Wien, die hiefür 30 Millionen Schilling vorgesehen hat, sicher ein vertretbarer Betrag.

Über die Krisen, die sich in den letzten Monaten und im letzten Halbjahr rund um uns abgespielt haben — Sie haben auch darauf hingewiesen —, möchte ich nur eines sagen, meine Damen und Herren: Ich bitte nicht zu vergessen, daß wir einige sehr kritische

Stunden und Tage in unserem Land hatten. Es war der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus, der die erste Erklärung sämtlicher regierungsmaßgebender Stellen in der Welt abgegeben hat. Sie war maßvoll und sehr gut überlegt. Und wenn einige gesagt haben, sie war zu schwach: Heute wissen wir, daß andere Länder, die noch viel schwächer argumentiert haben, den Nutzen aus allen möglichen Entwicklungen, die eventuell hätten kommen können, gezogen hätten. Ich glaube, wir waren gut beraten, hier ruhig Blut zu bewahren, jenen zu helfen, die in Not gekommen sind, aber auf der anderen Seite nichts für dieses Land zu riskieren, was nicht vertretbar ist. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Libal:* Das gehört nicht zu Ihrem Ressort! — *Abg. Probst:* Reden Sie zu Ihrem Ressort!)

Wenn Sie auf der anderen Seite kritisieren haben ... (*Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ: Zum Ressort antworten!* — *Abg. Dr. Pittermann:* Gehen Sie zum Rednerpult, wenn Sie polemisieren! — *Anhaltende heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Weikhart:* Herunter mit Ihnen, wenn Sie polemisieren, auf das Podium!)

Präsident Wallner: Ich bitte, Herr Minister, bei der Sache zu bleiben!

Bundesminister Mitterer (fortsetzend): Sie haben dann im weiteren Verlauf Ihrer Kritik über die Frage ... (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! (*Abg. Probst: Herr Präsident! Der soll heruntergehen!* — *Abg. Weikhart: Herr Präsident! Walten Sie Ihres Amtes!*) Ich bitte Sie, sich zu beruhigen; ich habe ihn schon gebeten, bei der Sache zu bleiben. (*Anhaltende heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Konir: Halten Sie die Geschäftsordnung ein!* — *Abg. Weikhart: Die Geschäftsordnung müssen Sie einhalten, Herr Präsident!* — *Abg. Libal: Sorgen Sie dafür, daß der Herr Minister unten polemisiert!* — *Herunter mit ihm!* — *Präsident Wallner gibt erneut das Glockenzeichen.* — *Abg. Weikhart: Da oben sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß!*)

Bundesminister Mitterer (fortsetzend): Im weiteren Verlauf ... (*Neuerliche heftige anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.* — *Abg. Weikhart: Nur zum Ressort können Sie von oben reden!*)

Präsident Wallner (erneut das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Bundesminister Mitterer (fortsetzend): Im weiteren Verlauf der Debatte haben Sie über die Frage der Mietenerhöhung gesprochen.

10390

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer

Ein Zwischenrufer hat gefragt, ob das eine Förderung der Kleingewerbebetriebe sei. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir hier gegenüber dem Westen weit zurück sind und daß im Westen völlig andere Verhältnisse bei den Mieten herrschen. Wir haben ja einen sehr vorsichtigen Schritt getan, und ich glaube, daß es sich inzwischen gezeigt hat, daß diese Maßnahme für die gewerblichen Betriebe durchaus keine Schwierigkeit geschaffen hat, weil die Nettozinse, die Grundzinse, gemessen an allen anderen Regieposten, heute eine sehr untergeordnete Bedeutung in der Kalkulation spielen.

Was nun die Frage der Durchschnittssätze anlangt, die Sie angeschnitten haben, ob hier die Belastungen höher sind als in anderen Ländern, so ist ja schon gesagt worden, daß wir zweifellos eine hohe Durchschnittsbelastung auf dem steuerlichen Sektor haben, daß wir aber durchaus nicht in der ersten Reihe rangieren. Ich gebe zu, daß diese Frage sehr schwierig ist, weil die steuerliche Belastung die einzelnen Firmen selbstverständlich hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit in Schwierigkeiten bringt.

Nun zu der Frage der EWG, die der Herr Abgeordnete Peter angeschnitten hat, und zu den verschiedenen Fragen, die sich im Zusammenhang mit EWG, EFTA und anderen Integrationsproblemen ergeben.

Wir haben in der EWG heute die Situation zu registrieren, daß innerhalb der EWG kaum mehr ein Fortschritt erzielt werden kann, weil die Meinungsverschiedenheiten innerhalb dieses Wirtschaftsraumes sehr stark geworden sind und weil in diesem Wirtschaftsraum leider heute sehr wenig Möglichkeiten zu konstruktiven Lösungen festzustellen sind. Das ist eine sehr bedauerliche Tatsache, die wir leider nicht ändern können. Es ist auch tatsächlich so, daß der EFTA-Handel gestiegen und der EWG-Handel zurückgegangen ist — ein typisches Zeichen für die diskriminativen Konsequenzen, die sich daraus ergeben haben.

Aber ich glaube, man muß anerkennen, daß wir ununterbrochen versuchen, alles zu tun, um mit den einzelnen Ländern weiter im Gespräch zu bleiben. Nur ist es leider so, daß alle Maßnahmen, die mit einem einzelnen Land der EWG vereinbart werden, der Zustimmung der Behörde beziehungsweise des EWG-Ministerrates bedürfen und daß es derzeit so zu sein scheint, daß das, was die einen zugestehen, die anderen nicht wünschen, und das, was die anderen zugestehen, wieder die ersteren nicht wünschen.

Wir haben jetzt einen solchen Fall zu registrieren im Rahmen der EWG-Diskussionen über einerseits den Harmel-Plan und andererseits die Vorschläge, die Minister Debré gemacht hat. Hier können wir konstatieren, daß auf der einen Seite die Harmel- und andere Pläne zumindest zuerst zurückgewiesen worden sind, während auf der anderen Seite die Vorschläge des Ministers Debré nicht sehr gut innerhalb der EWG aufgenommen worden sind. (*Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Wir sind dabei, ununterbrochen mit den einzelnen Ländern und mit der Behörde im Kontakt zu bleiben, um zu versuchen, eine tragbare Lösung zu erzielen. Die tragbare Lösung kann heute nur so aussehen, daß wir Stück für Stück immer wieder kleine Erleichterungen fordern, weil eine generelle Lösung nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Länder einfach heute nicht denkbar erscheint.

Ich möchte darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß wir in einer Reihe von Fällen versucht haben, da und dort mildernde Bestimmungen zu erzielen, daß uns das aber leider nur zu einem geringen Teil gelungen ist.

Wenn Sie daher gefragt haben: Was sollen die kleinen Schritte bedeuten ?, so kann das nichts anderes bedeuten, als immer wieder bei jeder Gelegenheit zu versuchen, die besonders diskriminierenden Positionen abzubauen. Leider bedarf es, wie gesagt, der Zustimmung der Behörde, die in der gegenwärtigen Situation der EWG nur sehr schwer zu erzielen ist. Es wird Ihnen ja klargeworden sein, daß in den letzten Monaten überhaupt keine einigenden Möglichkeiten mehr gegeben waren.

Auch anderen Ländern, die sich sehr um eine konstruktive Lösung bemüht haben, wie etwa der Schweiz, die sehr vorsichtig argumentiert und sehr vorsichtig vorgegangen ist, ist es nicht gelungen, zu den gewünschten Arrangements zu kommen. Die Schweiz ist in vielen Dingen mit Österreich vergleichbar, und sie war sehr bemüht, fühlbare Erleichterungen zu erzielen.

Was nun die Erklärung des Herrn Ministers Dr. Waldheim anlangt, so hat er bei seiner Erklärung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle diese Vorschläge, auch diejenigen, die vom Herrn Minister Debré gekommen sind, deshalb mit großer Reserve aufzunehmen sein werden, weil wir nicht wissen, wieweit sie realisierbar sind. Dort aber, wo wir eine Möglichkeit sehen, realisierbare Vorschläge zu ergreifen, haben wir noch keine einzige Gelegenheit versäumt, dies zu tun. (*Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Bundesminister Mitterer

Ich glaube aber, daß sowohl mein Kollege Dr. Waldheim als auch ich uns davon haben leiten lassen, die Dinge weder mit Optimismus noch mit Pessimismus, sondern mit sehr nüchternem Realismus zu sehen. Ich glaube, daß das der einzige mögliche Weg ist, um hier — wenn auch langsam — vorwärtszukommen.

Zu der Frage der Konzentration, die einige Male angeschnitten worden ist, und zu der Frage der entsprechenden Bedienung der Konsumenten darf ich folgendes sagen (*Unruhe — Präsident Wallner gibt neuerlich das Glockenzeichen*): Selbstverständlich, meine Damen und Herren, leben wir in einer Zeit notwendiger Konzentrationen. Aber bei dieser Entwicklung muß man — es wurde heute schon darauf hingewiesen — natürlich auch auf die Wünsche der Konsumenten Rücksicht nehmen, indem nämlich auf der einen Seite die großen Erzeugungsbetriebe einer ständigen Konzentration unterworfen werden, auf der anderen Seite aber die kleinen Betriebe, die dem Konsumentendienst und die konsumentennah sind, auch eine entsprechende Berücksichtigung finden. Man kann also auch hier nicht das Entweder-Oder sagen, sondern nur das Sowohl-Als-auch.

Was die Gewerbeordnung anlangt, so darf ich nur darauf hinweisen, daß wir hier weder einen avantgardistischen Weg ... (*Anhaltende Unruhe*.)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Bundesminister Mitterer (*fortsetzend*): ... noch einen zünftlerischen Weg gehen, sondern daß wir versuchen wollen und werden, alles zu tun, um bei der Gewerbeordnung den neuen Bedingungen und neuen Forderungen der modernen Entwicklung entgegenzukommen und auf der anderen Seite aber die überholten Bestimmungen abzubauen. Es ist ja nicht so, meine Damen und Herren, daß Tausende und Abertausende auf neue Gewerbescheine warten, sondern es ist vielmehr so, daß wir Mühe haben, mehr junge Leute für die einzelnen Gewerbe zu bekommen.

Zur Frage der Botschafterkonferenz — Herr Abgeordneter Peter, Sie haben darauf hingewiesen — darf ich sagen, daß wir die Botschafter der EWG-Länder bei uns hatten, um mit ihnen ein Gespräch zu führen, wie sie die Möglichkeiten auch kleiner Schritte und anderer Maßnahmen sehen. Wir konnten uns davon überzeugen, daß auch sie uns bestätigen mußten — die gerade heute eingelangten Kabel zeigen das wieder —, daß derzeit in der EWG keine größeren Lösungen, zumindest in den nächsten Monaten, absehbar sind.

Außerdem — und das möchte ich auf die Frage antworten, die Sie gestellt haben, nämlich wie wir uns in der Vergangenheit verhalten haben und wie es in der Zukunft weitergehen soll — konnte niemand voraussehen, daß auf der einen Seite England eine 180-Grad-Kehrtwendung machen und den Vollbeitritt wünschen wird. Dadurch ist natürlich eine geänderte Situation entstanden. Auf der anderen Seite der Entwicklung ist festzustellen, daß nicht nur die Engländer eine solche Kehrtwendung vorgenommen haben, sondern daß sich inzwischen auch innerhalb der EWG die Fronten nicht gerade aufgelockert haben.

Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß die Mehrwertsteuer zweifellos ein wichtiges Postulat ist. Sie ist in einem anderen Land inzwischen eingeführt worden und hat dazu geführt, daß es die Schwierigkeiten, die wir in anderen Ländern konstatieren können, nicht mehr gibt. Aber auch die Einführung der Mehrwertsteuer wird selbstverständlich in einem Land mit einem sehr starken Dienstleistungsbereich entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen. (*Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen*.) Während in der Bundesrepublik der Dienstleistungsbereich nur einen sehr geringen Anteil hat, ist in Österreich der Dienstleistungsbereich schon durch den Fremdenverkehr in wesentlich größerem Ausmaß vorhanden. Daher wird auch die Einführung der Mehrwertsteuer, die zweifellos kommen muß und kommen wird, selbstverständlich andere Probleme auslösen und durchaus nicht leicht zu verkraften sein.

Was nun die Frage anlangt, in welche Richtung wir unseren Außenhandel entwickeln sollen, habe ich schon zum wiederholten Male zum Ausdruck gebracht: Wir haben uns bemüht, nach Ost und West, nach Nord und Süd die Verbindungen auszubauen, unseren Handel auszuweiten. Ich darf mit aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß es uns doch im wesentlichen gelungen ist, unseren Außenhandel in erklecklicher Höhe zu halten — und dies trotz der diskriminierenden Bestimmungen innerhalb der EWG und trotz der Schwierigkeiten, denen gegenüber wir täglich präsent sein müssen. Denken Sie bitte nur an die heute erwähnten neuen Importbeschränkungen Englands. Denken Sie auf der anderen Seite an die Maßnahmen, die Frankreich nun getroffen hat und die zweifellos unsere Position sowohl im Fremdenverkehr als auch im Außenhandel nicht erleichtern werden.

Nun zum Fremdenverkehr, auf den einige Redner hingewiesen haben. Ich möchte nochmals betonen: Der Fremdenverkehr ist nicht nur laut Verfassung eine Landesangelegenheit, sondern darüber hinaus glaube ich, daß die

10392

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer

Bundesländer durchaus nicht begeistert wären, wenn wir heute nur die Idee ventilieren würden, den Fremdenverkehr durch eine verfassungsändernde Bestimmung als eine Bundesaufgabe darzustellen, weil es in den Bundesländern sehr viele kleine und kleinste, aber auch größere Organisationen gibt, die sich sehr intensiv und sehr erfolgreich mit dem Fremdenverkehr befassen und die durchaus nicht damit einverstanden wären, wenn wir einen solchen Weg gehen würden.

Um aber diese Schwierigkeiten zu überbrücken, haben wir die gemeinsame Fremdenverkehrswerbung geschaffen, die sich mit der Werbung für den Fremdenverkehr im Ausland befaßt. Dieser Verein für Fremdenverkehrs werbung ist in der Lage, durch seine Büros, die er im Ausland unterhält, den einzelnen Bundesländern die Positionen zur Verfügung zu stellen, um die entsprechenden Werbemaßnahmen auch gut und ordentlich zu verkaufen.

Weiter ist die Frage gestellt worden, was wir noch auf dem Fremdenverkehrssektor tun können. Dazu möchte ich sagen: Wir haben die Fremdenverkehrswerbung, die gemeinsame Aktion. Wir haben die ERP-Kredite aufgestockt. Wir haben eine Zinsenzuschußaktion. Wir haben in der BÜRGES eine Möglichkeit, bei kleineren Vorhaben wirksam zu werden. Sicherlich wäre es notwendig, zumindest mit der Zeit dahin zu kommen, daß wir eine größere Zinsenzuschußaktion starten. Ein Nochmehr sehe ich im Augenblick nicht, weil es ja nicht darauf ankommt, die einzelnen Maßnahmen — ob nun bundesmäßig oder ländermäßig — darzustellen, die notwendig wären, sondern darauf, die Finanzierungen zu sichern, die hiefür sicherlich in sehr großem Ausmaße notwendig wären.

Es ist aber immerhin gelungen, meine Damen und Herren, daß heute der Fremdenverkehr floriert. Durch die Leistungen der Fremdenverkehrs betriebe — sei es durch die Unternehmer, sei es durch die Angestellten und Arbeiter dieser Betriebe — hat der Fremdenverkehr einen gewaltigen Aufschwung genommen, sodaß wir heute an führender Stelle im Fremdenverkehr rangieren. Ich glaube, auch das ist ein Beweis dafür, daß wir eine gute, richtige Politik gemacht haben.

Sie sagen, daß die Gefahr besteht, daß der Fremdenverkehr, der eine sehr allergische Branche ist, Schwierigkeiten hat. Ich darf doch erfreulicherweise mitteilen, daß der Fremdenverkehr heuer nicht nur eine sehr starke Entwicklung genommen hat, sondern daß auch die Anmeldungen für das Frühjahr- und für das Sommergeschäft sehr stark gewachsen sind, sodaß zumindest im Augenblick keine Gefahr besteht, daß wir im Fremdenverkehr einen Rückschlag erleiden werden.

Allerdings muß man zugeben, daß durch die starke Vorherrschaft der Fremdenverkehrs ausrichtung nach der Bundesrepublik immer die Gefahr bestünde, wenn dort ein Konjunktur rückgang käme, daß wir ihn zu spüren bekommen. Aber das ist eine Strukturfrage, die man nicht von heute auf morgen ändern kann. Das ist eine Tatsache, die man zu registrieren hat. Man kann den Fremdenstrom eines großen Nachbarlandes, das die gleiche Sprache spricht, nicht einfach von heute auf morgen ändern. Wir sind sehr froh, daß wir mit der Bundesrepublik, wenn wir schon in der Handelsbilanz ein arges Passivum haben, wenigstens in der Zahlungsbilanz durch einen sehr starken Fremdenverkehr einen Ausgleich finden.

Selbstverständlich muß uns klar sein, daß das, was Ostländer für den Fremdenverkehr zur Verfügung stellen können, nicht kalkulierte Beträge sind, sondern daß es, so wie bei all diesen Fragen, die der Osten löst, auf andere Überlegungen ankommt. Wenn der Osten heute Devisenhunger hat, so wird er mit Unteranboten arbeiten, weil es ihm nicht darauf ankommt, daß die Betriebe etwas abwerfen und etwas tragen, sondern darauf, daß er Devisen einnimmt. Bei solchen Methoden ist natürlich eine Konkurrenz äußerst schwierig, und wir haben sie ja in den letzten Jahren sehr arg zu spüren bekommen. Dennoch war die Entwicklung des Fremdenverkehrs steigend, was man nicht übersehen darf.

Ich habe diese Fragen nicht vom Grünen Tisch aus beleuchtet oder vom Grünen Tisch aus besehen, ich war in allen Bundesländern und habe mich mit allen Beteiligten, sowohl mit den Vertretern der Industrien als auch mit denen der Fremdenverkehrs betriebe, zusammengesetzt und über alle Sorgen und Fragen genau gesprochen und sie genau kennengelernt. Natürlich kann man ein Problem nicht von heute auf morgen lösen, aber, ich glaube, es ist uns gelungen, sowohl was die Strukturpolitik anlangt als auch in der Handelsbilanz, als auch im Fremdenverkehr, als auch in einer inneren, langsam vor sich gegangenen Strukturbereinigung zu erreichen, daß wir neben einer Vollbeschäftigung, neben aufwärts zeigenden Indikationsziffern, neben einer stark florierenden Hotellerie und Fremdenverkehrs wirtschaft sicherlich allen Grund haben anzunehmen, daß die wirtschaftliche Entwicklung aufwärts geht und sich damit die Situation der gesamten österreichischen Wirtschaft zweifellos in einer Besserung befindet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10393

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, daß man zuerst einige Feststellungen zu den Ausführungen des Herrn Ministers macht.

Herr Minister! Die Resonanz, die Ihnen vom Haus entgegengebracht wurde, haben Sie sich selbst zuzuschreiben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) — *Abg. Kern:* Von der linken Seite, nicht vom Haus!) Sie haben vor wenigen Tagen hier selbst erklärt, wenn Sie einmal polemisieren wollen, dann gehen Sie ans Rednerpult. Das hätten Sie tun sollen. (*Neuerlicher Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Aber in dieser Art kann man hier nicht sprechen.

Ich möchte weiters sagen, daß wir kein Verständnis dafür haben, daß bei Argumentationen, die Entschuldigungen vorbringen sollen für Dinge, die nicht gemacht worden sind, für Tariferhöhungen oder auch andere Dinge immer Vergleiche mit der Gemeinde Wien herangezogen werden. Das hat damit nichts zu tun. Im übrigen steht die Volkspartei mit der Sozialistischen Partei in Wien in Koalition. (*Abg. Dr. Haider:* Machen wir die Augen davor zu!) Diese Argumentation werden wir nicht anerkennen und werden wir auch nie teilen. (*Abg. Staudinger:* Stimmen die Vergleiche oder nicht?) Herr Abgeordneter Staudinger! Entscheidend ist, daß die Volkspartei mit der Sozialistischen Partei in Wien in einer Koalition steht. Sie können doch nicht immer mit dem Finger zeigen. Hier regieren Sie allein, hier haben Sie allein die Verantwortung. Sie sind in keiner Koalition. Ich bin nicht der Verteidiger dieser Seite, das können Sie mir glauben. (*Abg. Dr. Withalm:* Der Antrittsapplaus von links war Ihnen sicher!) Herr Vizekanzler! Wir haben uns gestern schon unterhalten, diesen Applaus vertrage ich leicht, keine Sorge. Sie brauchen sich keine Sorge zu machen, daß wir diesen Applaus nicht vertragen können. Das sind unsere Sorgen. (*Abg. Dr. Withalm:* Den Applaus von der linken Seite meine ich!) Ja, ich habe auch den gemeint, ich habe ja den gemeint, Herr Vizekanzler. (*Abg. Dr. Pittermann:* Er sagt die Wahrheit, zum Unterschied vom Mitterer!) — *Abg. Dr. Haider:* Meißl, ein kleines Ruckerl, und ihr seid ganz links!) Ja, ja, wir kennen die Argumentation schon, keine Sorge. Wir werden unseren Standpunkt schon selbst bestimmen. Er paßt nur euch auch nicht immer, meine Herrschaften. (*Abg. Weikhart:* Der Haider braucht ein Alkotestströhrl!)

Meine Damen und Herren! Es wurde heute so viel gesprochen über dieses Ressort, über das Handelsbudget. Der Herr Minister hat sich ja veranlaßt gesehen, zwischendurch zu einer großen Verteidigungsrede der Bundes-

regierung anzutreten, er hat im Grunde genommen etwas versucht, was man nicht tun soll. Herr Minister! Sie haben für jemanden anderen gesprochen, Sie haben für die Bundesregierung gesprochen. Da ist es momentan gar nicht so günstig, wenn man sich zum Generalverteidiger aufspielt. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Dieses Budget — das möchte ich vorausschicken — ist groß in seinen Aufgaben. Da ist gar kein Zweifel. Mein Parteifreund Peter hat ja schon einen Teil dieses Ressorts, und zwar vor allem die Integrationsfrage, behandelt. Dieses Ressort ist auch in seinen übrigen Belangen und Kompetenzen nicht unbedeutend. Wir Freiheitlichen glauben sogar, daß es eines der bedeutendsten Ressorts überhaupt ist. Aber wenn man gegenüberstellt die großen Aufgaben, die dieses Ressort zu verwalten hat, so muß man eben leider zu der Feststellung kommen: Klein sind die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen.

Wenn man sich dann noch die Ziffern ansieht und weiß, daß der Anteil des Handelsbudgets von 4,12 Promille in der Gesamtrelation zum Budget gesehen auf 3,96 Promille abgesunken ist, dann muß man sagen, Herr Bundesminister: Hier müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, den wir auch im Ausschuß schon erhoben haben, daß Sie mit Ihren Wünschen, mit Ihren Anliegen unter die Räder geraten sind. (*Abg. Kulhanek:* Kollege Meißl! Haben Sie schon einmal addiert? Bei jedem Ressort sagen Sie dasselbe: es ist zuwenig! Haben Sie schon einmal addiert, wohin das führen würde?) Aber, Kollege Kulhanek! Dies ist doch eindeutig erwiesen: Andere Ressorts sind ja noch etwas angestiegen, der Handel ist in der Relation zurückgeblieben! Hier ist ein effektiver Rückgang. Das möchte ich Ihnen dazu sagen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich vielleicht mit ein paar Sätzen umreiße, was dieses Ressort zu verwalten hat, welche Aufgaben es zu erfüllen hat, so steht wohl an der Spitze eine große Aufgabe, die genauso der Landwirtschaft gestellt ist. Wir haben uns vor einigen Tagen über die Probleme der Landwirtschaft unterhalten und sind, glaube ich, alle miteinander zur Erkenntnis gekommen — das heißt, wir waren es ja schon —, daß gewaltige Probleme zu bewältigen sind, gewaltige Probleme, die vor allem in der Strukturveränderung dieser Berufsgruppen bestehen. Das gilt genauso für die Landwirtschaft. Wir haben das, ich glaube, alle miteinander festgestellt. Das gilt aber auch für den Bereich der kleinen und mittleren Wirtschaftstreibern und hier vielleicht manchmal in einer direkt tragischen Form.

10394

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Meißl

Kollege Kulhanek hat ja eigentlich das Hohe Lied der kleinen Wirtschaftstreibenden heute schon gesungen. Er macht das immer in seiner besonderen Art. Ich möchte sagen: Es stimmt, diese Gruppe steht in einem Abwehrkampf, weil sie die Hilfe des Staates nicht in diesem Ausmaß findet, wie sie notwendig wäre. (*Abg. Kulhanek: Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich keinen Zwischenruf gemacht!*)

Ja, das war eben zu früh. Ich darf weiter sagen, daß aber dieser Staat kein Verständnis hat für diese Sorgen, was sich vor allem dokumentiert in einer Steuerpolitik, die wir immer als leistungsfeindlich hingestellt haben und die auch heute nicht besser geworden ist. Ich werde dann versuchen, es mit einigen Zahlen noch zu beweisen und darauf zu erwideren, was der Herr Minister gesagt hat, daß nämlich durch die Steuerreform für diese Gruppen etwas getan wurde. Die Relationen haben sich verschoben, die Abwertung ist noch immer weitergegangen. Deshalb kann man nicht sagen, daß ein Gewinn entstanden ist. Ich werde an einem Beispiel beweisen, daß sich effektiv die Verhältnisse, auch steuerlich gesehen, verschlechtert haben.

Ich sprach schon von den Budgetzwergen in den Ansätzen des Handelsbudgets und möchte vielleicht nur mit einigen Sätzen einmal die Fragen aufgreifen, die dieses Ressort zu verwalten hat. Es ist, was ich schon gesagt habe, das Gesundwachsen oder Gesundschumpfen; hier gehen die Meinungen immer auseinander. Es sind die Probleme der Umstrukturierung, die diesem Berufsstand — ich spreche von Handel und Gewerbe — im besonderen gestellt sind. Natürlich genauso der Industrie, das wissen wir alle; aber hier soll im besonderen von diesen Gruppen gesprochen werden.

Große Probleme haben — das möchte ich mit allem Nachdruck sagen — das Gastgewerbe und die Fremdenverkehrswirtschaft. Es haben einige meiner Vorredner heute schon dazu Stellung genommen. Ich muß sagen: Ich verstehe eigentlich nicht, wie man, wie der Kollege Marberger, zu einer positiven Schluf-folgerung kommt, wenn man zuerst feststellt, was alles fehlt und daß die Agenden dieser Berufsgruppe nicht entsprechend durch das Ressort wahrgenommen wurden.

Es ist die Industrieförderung genauso selbstverständlich, wir wissen das. Es sind — um den Katalog weiterzuführen — Fragen der Obersten Bergbehörde, die Fragen der Gewerbebehörde.

Wir begrüßen es durchaus, daß der Herr Bundesminister endlich nach einem Jahrzehnt initiativ geworden ist und in der Frage der Gewerberechtsreform die Dinge weitergetrieben hat. Wir müssen aber feststellen, daß

schon wieder verschiedene Bremsen da sind. Ich komme noch darauf, Herr Bundesminister. Wir sind der Meinung, daß es höchste Zeit ist — ein Teil ist im Begutachtungsverfahren, wir wissen das alle —, daß zumindest ein Teil einmal zum legitimen Abschluß kommt mit all der Problematik — das wissen wir genauso —, mit all den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Die Straßenverkehrsordnung erfordert eine ständige legitime Tätigkeit. Über die Exportförderung wurde ebenfalls viel gesprochen, sicher eines der wesentlichsten und wichtigsten Gebiete, wo sich das Ressort zurzeit zu bewähren hat. Von der Forschungsförderung wurde schon etwas ausführlicher gesprochen.

Herr Minister! Es ist uns Freiheitlichen halt einfach zuwenig, wenn es dann nur heißt: „Es tut mir leid“, „Zuwenig“, „Bedaure“, „Ich hätte selbst gerne mehr gehabt“. Wir glauben, daß Sie die Dinge in der Bundesregierung, die Sie heute so vehement verteidigt haben, nicht so vertreten haben, daß Sie, der Bedeutung des Ressorts entsprechend — ich nenne vor allem den Fremdenverkehr —, die Wünsche so vorgebracht haben, daß eine bessere Dotierung erreicht worden wäre.

Zur Gewerberechtsreform erlaube ich mir, Herr Bundesminister, doch einige Fragen zu stellen. Sie werden es wahrscheinlich selbst wissen. Die Presse diskutiert seit einiger Zeit darüber. Ich habe in den letzten Tagen eine Schrift — und das ist doch recht interessant — des Steirischen Wirtschaftsbundes mit dem Titel „steirische wirtschaft“ in die Hand bekommen. Herr Kollege Dr. Mussil! Sie werden das sicherlich schon kennen, das nehme ich als sicher an. (*Abg. Dr. Mussil: Immer die Steirer!*) Immer die Steirer. Ich werde Ihre gute Meinung über sie den Steirern übermitteln. Es ist nicht uninteressant, Herr Bundesminister, daß hier steht:

„Das Präsidium faßte dann den einstimmigen Beschuß, den Entwurf der neuen Gewerbeordnung in der gegenwärtigen Form abzulehnen und den Handelsminister zu ersuchen, einen neu erarbeiteten Entwurf zur Begutachtung auszusenden. Ein solches für die Wirtschaft entscheidendes Gesetzeswerk dürfe keineswegs unter Zeitdruck verabschiedet werden. In dieser Frage müßten die Interessen der Bundesländer bei den Wiener Stellen Verständnis finden.“

Herr Bundesminister! Hier wäre doch interessant, wenn Sie zu dieser Einstellung — denn das ist ja immerhin eine Institution, die, so hoffe ich wenigstens, nicht unbedeutend ist — in der Österreichischen Volkspartei Stellung nehmen würden. (*Abg. Robert Graf: Das täte Ihnen so passen, Herr Meißl!*)

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10395

Meißl

Herr Kollege! Ich möchte Ihnen schon eines sagen: Wenn ein Abgeordneter einen Bundesminister um etwas ersucht, dann könnte man füglich annehmen, daß der Minister darauf eine Antwort gibt. Vielleicht macht es der Herr Minister nicht, aber ich hoffe, daß er es macht. (Abg. Konir: Aber ein Ton ist das: „Das täte Ihnen so passen“!)

Da schon die Wirtschaftsbundgewaltigen so friedlich vereint hier sitzen, möchte ich doch ein Problem zur Diskussion stellen. Sie werden es wissen: es ist die unbefriedigende Situation in der Auseinandersetzung um die landwirtschaftlichen Genossenschaften. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Endlich!) Ich habe schon auf Zwischenrufe gewartet. Ich hätte wahrscheinlich schon beim Kapitel Landwirtschaft darüber sprechen sollen. Aber wir greifen dieses Problem ja nicht auf, um hier zu polemisieren, sondern wir sind überzeugt — und das ist wirklich unsere ehrliche Überzeugung —, daß es nicht darum geht, ob Genossenschaft ja oder Genossenschaft nein. Ich glaube, es ist ganz klar, daß diese Frage nur beantwortet werden kann mit: Genossenschaft ja! Aber wie? Darum geht es, und darum geht es letzten Endes auch in der Auseinandersetzung der beiden beteiligten Bünde in der ÖVP.

Es ist doch sehr, sehr interessant, daß der Herr Präsident Sallinger vor mir die Erklärung abgegeben hat: Ja, wir werden die Frage lösen; wir sind dabei, wir haben verhandelt, wir haben unterbrochen. Aber nehmen Sie zur Kenntnis: Wir werden dieses leidige Problem — ich glaube, die beteiligten Gruppen empfinden es zumindest als kein angenehmes Problem — immer wieder anschneiden. Wir können uns aber damit nicht zufrieden geben, daß der Herr Präsident Sallinger nur Erklärungen abgibt wie vor einem Jahr:

„Der Herr Abgeordnete Meißl hat mich heute einige Male zitiert, und zwar hat er besonders auf die Verhandlungen in der Genossenschaftsfrage Bezug genommen. Ich möchte dazu nur sagen, daß jetzt wirklich sehr ernstlich verhandelt wird. Wir glauben, daß im Laufe des ersten Halbjahres 1968 eine vernünftige Lösung erarbeitet werden wird.“

Dann waren eine Menge Zwischenrufe, und ich habe dazu nur gesagt: „Herr Präsident! Hoffentlich müssen wir Sie im Herbst nicht wieder daran erinnern!“ Ich muß dieser Aufruforderung nachkommen. (Abg. Dr. Mussil: Schon zur Kenntnis genommen, jawohl!) Ich hoffe, daß Sie dafür Verständnis haben.

Wir glauben nämlich folgendes, Herr Generalsekretär: Es wird so weitergespielt werden wie bisher. Da sitzt der Bauernbund und faßt seine Resolutionen mit dem Genossenschaftsverband, dann der Wirtschaftsbund.

Sie werden die beiden Hefterln kennen (der Redner zeigt zwei Broschüren); bei dem einen werden Sie sicherlich wesentliche Urheberrechte haben. Man setzt sich zusammen, läßt die Leute im kleinen Rahmen schimpfen, öffnet das Ventil, Herr Präsident Graf! Sie kennen das doch ganz genau. (Abg. Robert Graf: Nein! Nein!) Da schimpft der Wirtschaftsbund, da schimpft der Bauernbund, da werden Resolutionen gefaßt, es wird dann versprochen. Ich möchte es Ihnen heute schon prophezeien ... (Abg. Peter: Am meisten schimpft der Mussil, und draußen fällt er dann um! — Heiterkeit. — Abg. Kulhanek: Das ist nur eine Wunschvorstellung von Ihnen!)

Meine Herren Präsidenten und Generalsekretäre — es ist jetzt nur einer da —, was wird geschehen? Das kann ich Ihnen heute prophezeien: Sie werden wieder eine Erklärung abgeben, ein Stillhalteabkommen wird geschlossen, daß sich beide Teile verpflichten, diese Fragen einvernehmlich zu lösen, und mit dieser Erklärung wird man in die Wahl marschieren. Dann wird wieder nichts geschehen. (Abg. Dr. Mussil: Was würden Sie machen, Herr Meißl? Würden Sie einen Vorschlag machen?) Herr Generalsekretär! Ich kann Ihnen schon sagen, was ich machen würde, wenn ich an Ihrer Stelle wäre. (Abg. Robert Graf: Das beruhigt mich, daß Sie nicht an seiner Stelle sind! Aber sagen Sie es uns trotzdem!) Herr Kollege Graf! Das ist immer ein bißchen überheblich von Ihnen. Das kennen wir, und der Mussil schaut schon etwas böse hinüber. Er hat das nicht gern. (Abg. Robert Graf: Auf Sie!) Nein, auf Sie!

Herr Generalsekretär! Ich beantwortete Ihnen die Frage. Beide Gruppen sind noch mit einer dritten Gruppe in der gleichen Partei und sprechen sehr, sehr viel — Herr Generalsekretär Dr. Withalm verwendet ja oft diesen Ausdruck — von der Disziplin dieser Partei. Mit einem Appell an die Einigkeit, an die Disziplin dieser Partei müßten die beiden Bünde in der Partei doch endlich zu einer Einigung kommen. (Abg. Kern: Das bringen Sie nicht einmal bei Ihren sechs Leuten zusammen!) Das sind Ihre Sorgen, das können wir Ihnen nicht abnehmen. (Abg. Dr. Mussil: Es ist mir nicht um die Prozedur gegangen, sondern um den Inhalt!) Das ist üblich. Sie wollen von uns hören, was Sie machen sollen. Darüber zerbrechen wir uns nicht den Kopf, Herr Generalsekretär, das ist ein bisserl zu einfach. (Abg. Dr. Mussil: Sie sollten sich wirklich um einen Vorschlag bemühen! — Ruf bei der SPÖ: Was Sie für Vorschläge haben, wäre interessant!) Vorschläge müssen auf etwas hinauslaufen. Beide Berufsgruppen sollten erkennen — ich glaube, es ist auch

10396

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Meißl

viel Verständnis dafür vorhanden —, daß die Konkurrenz erhalten bleiben muß. Der Herr Minister Schleinzer hat auf eine diesbezügliche Frage von mir im Landwirtschaftsausschuß erklärkt, er teile diese Meinung ebenfalls. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wer will sie ausschalten?*) Es geht ja darum: Hier steht Meinung gegen Meinung. Ich habe sie Ihnen ja gerade zitiert mit den beiden Hefterln. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Glauben Sie nicht, daß ein Supermarket eine größere Konkurrenz für die kleinen Geschäftleute ist?*) Das müssen Sie untereinander austragen, aber wir sind der Meinung, daß beide Teile erhalten bleiben müssen. Und wenn die Wettbewerbsbedingungen nicht die gleichen sind, so muß man das, ich möchte fast sagen, wissenschaftlich feststellen lassen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Was ist mit den Supermarkets? Was macht Ihr auf dem Land draußen, wenn einer einen Supermarket aufmacht?*) Und Ihr? Ich habe es nicht mitgenommen, aber mein Parteifreund Dr. Scrinzi hat die Preisliste der Niederösterreichischen Molkerei vorgelegt, die nur Spirituosen enthält und ausländische Erzeugnisse. (*Ruf bei der ÖVP: Weil sie von den Milchspannen nicht leben können!*) Ja ist das Aufgabe einer Molkereigenossenschaft?, frage ich Sie. (*Abg. Peter: Die niederösterreichische landwirtschaftliche Genossenschaft hat ein Angebot vom niederösterreichischen Lodenrock bis zum Büstenhalter!*) In dem Fall waren es „Black and White“ und „Sixty-nine“. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Wallner: Ich bitte um Ruhe! Es kann sich dann jeder zum Wort melden. (*Abg. Weikhart: Der Zittmayr braucht einen Büstenhalter!* — *Abg. Dr. Haider: Der Weikhart braucht keinen mehr!*)

Abgeordneter **Meißl** (fortsetzend): Darf ich etwas dazu sagen? Die Art der Unterhaltung, wie Sie jetzt hier geführt wird, zeigt ja ganz deutlich, daß Sie im Grund genommen dieses Problem vielleicht gar nicht lösen wollen. (*Abg. Dr. Mussil: Der erste, der die Frage nicht ernst genommen hat, war der Kollege Peter! Wir nehmen die Frage unendlich ernst! Er hat den lächerlichen Ton hereingebracht!*) Diese Streitfrage möchte ich nicht aufwerfen, wer hier immer diesen genüßlichen Ton hereinbringt, Herr Generalsekretär Dr. Mussil. (*Abg. Peter: Der Ton von Mussil ist unglaublich widerdig, wenn er dort draußen steht!* — *Abg. Robert Graf: Jetzt haben Sie ihn aber gekränkt!*)

Herr Bundesminister! Nicht nur Kritik, sondern auch die sachliche Feststellung in Bereichen, wo etwas weitergegangen ist, wo Sie Probleme doch zumindest teilweise gelöst haben, soll nicht fehlen. Es ging schon lang die Diskussion über den Entwurf zu einem

neuen Lebensmittelgesetz. Wir sind der Meinung, daß zumindest mit dem letzten Antrag Kulhanek, der hier zu einer Beschlusfassung geführt hat, in der Frage der Lebensmittelkennzeichnung auch etwas geschehen ist, was in diesem Hause auch immer versprochen wurde. Wenn ich Sie beim Wort nehmen darf, was Sie im Ausschuß gesagt haben, dann wird diese Verordnung wirklich hart sein, aber dann ist wenigstens etwas geschehen, was die Freiheitlichen schon seit Jahren gefordert haben. Wir werden uns die Verordnung noch etwas genauer ansehen müssen, aber zumindest ist hier wenigstens ein Fortschritt zu verzeichnen.

Herr Generalsekretär! Ich bin schon wieder bei Ihnen. (*Abg. Dr. Mussil: Wir haben gerade einen Terminplan besprochen wegen der Genossenschaften!* — *Abg. Robert Graf: Wir haben gerade einen genossenschaftlichen Termin fixiert!*) Sehr gut, im Frühjahr werden wir darüber Näheres hören. (*Abg. Dr. Mussil: Ich nenne nie Termine!*) Wirklich? (*Abg. Dr. Mussil: Sagen Sie, woher haben Sie diese Broschüren?*) Ja das ist immer das Geheimnis, wo wir die herkriegen. Aber ich nehme an, daß Sie sogar daran interessiert waren, daß wir zumindest die eine Broschüre auch in die Hand bekommen.

Aber, Herr Generalsekretär, es nützt nichts: Von der Genossenschaftsfrage zur Kammerwahlordnung. (*Abg. Robert Graf: O je!*) Es wird hier auch wieder versucht, das auf die humorvolle Tour abzutun. Dazu möchte ich im Namen meiner Fraktion etwas sagen: Jahrelang wurde in dem Haus die Meinung vertreten: Amtlicher Stimmzettel — Arbeiterkammer, dann sind wir auch bereit, oder umgekehrt. Es kam dann noch die Feststellung dazu: Aber bei uns ist es sehr schwierig. (*Abg. Dr. Mussil: Nein, nicht richtig!* — *Abg. Peter: Jawohl, so war es!*) Daran kann ich mich genau erinnern. (*Abg. Dr. Mussil: Ich werde die Protokolle nachlesen!*) Es war auch hier ein Junktim. Das Junktim ist von der einen Seite eingelöst worden, der amtliche Stimmzettel bei der Arbeiterkammerwahl ist Realität. (*Abg. Robert Graf: Wer sagt Ihnen, daß wir das junktimiert haben, bis die Arbeiterkammer einen amtlichen Stimmzettel einführt?*) Herr Kollege, ich bin doch ein bissel länger herinnen als Sie beide, und ich weiß, was immer darüber gesprochen worden ist. Es hat immer geheißen: Schön, wenn die — dann wir auch! Oder: Wenn wir — müssen dann die anderen auch. Jedenfalls ging es immer auf das gleiche hinaus. (*Abg. Robert Graf: Aber Sie können ja für uns keine Erklärungen abgeben!* — *Abg. Peter: Das ist in den stenographischen Protokollen nachzulesen!*) Herr

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10397

Meißl

Generalsekretär! Ich vermerke ohne weiteres, Sie und auch der Präsident Sallinger haben im vorigen Jahr erklärt, Sie machen darauf aufmerksam: Das geht gar nicht, das ist so schwierig. Das letzte Mal haben Sie gesagt, der amtliche Stimmzettel ist ein kleines Büchel. (*Abg. Dr. Mussil: Ein Stimmbuch müßte man einführen!*) Ich muß Ihnen aber etwas zum Vorwurf machen: Sie haben sich überhaupt nie die Mühe gemacht, das Problem näher zu überlegen. (*Abg. Dr. (Mussil): Ja wieso wissen Sie denn das? — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Generalsekretär! Sie sind ja in anderen Dingen so findig, ich weiß das aus den Ausschußberatungen, da haben Sie doch immer Vorschläge zur Hand und sind bereit, zu überprüfen. Nur hier nicht. Ich mache Ihnen allen Ernstes den Vorwurf: Sie haben gar nie überlegt, ob das allenfalls möglich wäre, sondern Sie haben sich einfach hinter der Feststellung verschanzt: Es geht nicht! Das muß man Ihnen leider auch sagen. (*Ruf bei der ÖVP: Ihr seid die einzigen, die Gespräche führen!* — *Abg. Peter: Der Bauernbund hört das schon gar nicht mehr, er ist das schon gewöhnt!*)

Meine Damen und Herren! Und nun gestatten Sie mir, daß ich mich auch mit den Problemen des Fremdenverkehrs etwas beschäftige. Er wurde ja schon von Rednern beider Seiten sehr ausführlich behandelt. Es ist eines der wichtigsten Probleme, das dieses Ressort, zwar möchte ich sagen, nicht mit allen Kompetenzen — darüber wurde schon gesprochen —, aber doch in der Endverantwortlichkeit mitzuverwalten hat. Ich brauche nicht neuerlich zu erzählen, es wurden ja Statistiken angeführt von der Bedeutung des Fremdenverkehrs nicht nur als Wirtschaftszweig, sondern als der entscheidende Devisenbringer, um unser Handelspassivum einigermaßen — fast bis zu 80 Prozent — auszugleichen.

Aber was geschieht mit diesem Fremdenverkehr? Ich möchte nicht Dinge wiederholen, die bereits gesagt worden sind. Dem Fremdenverkehr wurden immer neue Belastungen auferlegt, jahrelange Forderungen wurden nicht erfüllt, wie zum Beispiel Ermäßigung der Umsatzsteuer für die Küchenbetriebe. (*Abg. Peter: Beim Mussil ist jeder Groschen ein Erfolg!* — *Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Das ist ja keine Ermäßigung, Herr Generalsekretär, das kann man nicht einmal in Prozenten, sondern das muß man in Zehntelprozenten ausdrücken, was man da gemacht hat. Hier ist noch keine Entlastung eingetreten.

Ich möchte nicht alle Belastungen aufzählen, die dem Fremdenverkehr auferlegt wurden, nur die letzte Belastung möchte ich doch noch

erwähnen: es ist die Alkoholsteuer mit der ganzen Problematik der Einhebung. Hier muß man auch wieder den zuständigen Stellen, der Bundeshandelskammer den Vorwurf machen: sie war bisher nicht in der Lage, einen wirklich konkreten, vernünftigen Vorschlag zu machen, wie man diese Einhebung vernünftiger durchführt. Ich weiß, es ist nicht einfach, aber nur zu erklären: Es geht eben nicht!, ist keine Lösung des Problems.

Der Herr Minister hat gesagt: Der Finanzminister verlangt das gleiche Ergebnis, das müssen wir ihm mehr oder weniger garantieren, und da sehen wir zurzeit kaum eine Möglichkeit. Es sind so viele Vorschläge von den verschiedenen Fachgruppen präsentiert worden . . . (*Abg. Dr. Mussil: Diese Vorschläge widersprechen einander, das ist ja das Problem!*) Herr Generalsekretär! Den ersten Vorschlag, die Einhebung beim Produzenten beziehungsweise beim Großhandel, hätte man ernsthafter diskutieren sollen. Aber was glauben Sie, was die Leute von der Finanzverwaltung jetzt schon sagen, die das einmal kontrollieren müssen? (*Abg. Dr. Mussil: Ich könnte Ihnen sagen, was das für Schwierigkeiten nach sich zieht!*) Mir wurde in meinem Finanzamt sofort gesagt: Die Kontrolle dieser Alkoholsteuer wird natürlich einen beachtlichen neuen Verwaltungsaufwand erfordern. Darüber besteht gar kein Zweifel. Die Abgabe hätte ja keinen Sinn, wenn sie nicht kontrolliert würde, darüber werden Sie sich auch im klaren sein. Hier hat man gesetzlich etwas gemacht, was nicht durchführbar ist. Ich weiß, auch die Bundeshandelskammer hat sich dagegen ausgesprochen, aber es fehlt der konkrete Vorschlag: Wie könnte man es besser machen? (*Abg. Robert Graf: Machen Sie einen!*) Das kann man heute nicht mehr machen, das hätte man damals machen müssen, die Abgabe beim Produzenten einzuhaben. Nehmen wir nur die Bierproduzenten: 80 Partner hätte das Finanzamt gehabt! (*Abg. Robert Graf: Eine konkrete Frage: Wissen Sie eine bessere Einhebungsmöglichkeit? Können Sie einen anderen Vorschlag machen?*) Das ist immer Ihre Methode. Es sind genügend Vorschläge erstattet worden bis zu den Fixierungen. (*Abg. Dr. Mussil: Aber keiner war brauchbar!*) Sie stellen nur fest, daß alle diese Institutionen keine brauchbaren Vorschläge erstattet haben. (*Abg. Robert Graf: Bis jetzt gab es keinen brauchbaren Vorschlag!*) Haben Sie sich schon selbst einmal die Mühe gemacht, darüber nachzudenken, ob Sie nicht mit diesen Unterlagen, die Sie alle bekommen haben, vielleicht doch einen zielführenden Vorschlag machen können? (*Abg. Dr. Mussil: Ich könnte Ihnen einen stundenlangen Vortrag über eine Reihe von*

10398

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Meißl

Varianten halten, und bei jeder Variante hat es einen Haken! — Ruf bei der SPÖ: Um Gottes willen, da geh ich aber vorher! Ich bin gerne bereit, mich von Ihnen noch einmal darüber informieren zu lassen. (Abg. Dr. Haider: Das werden wir den Produzenten erzählen, was Sie hier machen!) Aber schauen Sie, der Produzent zahlt das doch gar nicht. (Abg. Dr. Haider: Sie haben gerade gesagt, der Produzent soll das zahlen!) Das wäre sehr einfach! Sie wissen ganz genau, die Weinsteuer muß bezahlt werden, und mit der Weinsteuer hätte man das andere mitmachen können, aber natürlich nicht in diesem Ausmaß, wie von oben die 10 Prozent gerechnet wurden, weil man sich damit die ganze Verwaltungsarbeit erspart hätte. Das sind die Vorschläge, die von allen Seiten kommen und die auch für die Weinbauern keine Verschlechterung bedeutet hätten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Jeder schlägt vor, daß der andere das machen soll! Das ist eine alte Geschichte! — Abg. Steiner: Hauptsache ist: Der Produzent soll zahlen! — Ruf bei der ÖVP: Jockele, geh du voran!)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen zu dieser Problematik vielleicht doch noch einige Dinge vor Augen führen, die uns Freiheitlichen nicht unwesentlich erscheinen. Ich möchte nicht, wie ich es mir vorgenommen habe, hier verschiedene Statistiken noch einmal als Beweise anführen, das ist bereits geschehen. Daß sich die Presse damit ausführlich beschäftigt hat, habe ich bereits gesagt. Ich möchte nur noch sagen, daß es bedauerlich ist, daß für den Fremdenverkehr nicht entsprechend vorgesorgt wurde. Ich weiß, es ist in manchen Dingen eine leichte Erhöhung eingetreten, aber per Saldo hätte hier in einer ganz anderen Art vorgesorgt werden müssen.

Ich darf wiederholen: 38 Millionen Schilling für Werbung, 25 Millionen für Förderung und Aufwandskredite. Diese Posten sind im Jahre 1967 noch mit 78,7 Millionen präliminiert. Das sieht ja geradezu unbedeutend aus. Ich möchte aber daran erinnern, daß 1967 einem Handelspassivum von 14,1 Milliarden Schilling ein Reiseaktivum von 10,2 Milliarden Schilling gegenüberstand. Das bleibt in den gleichen Relationen, es wurde heute bereits darüber gesprochen. Diese Fremdenverkehrs-wirtschaft hat man durch die Sonderabgabe mit 720 Millionen Schilling belastet.

Wir sind daher der Meinung, und das möchte ich doch sagen, daß der Herr Bundesminister — es kam heute schon ein Initiativ-antrag von der SPÖ — sich doch ernstlich überlegen sollte, ob hier vom Bund nicht doch mehr in einer zentralen Leitung getan werden müßte.

Vielleicht lassen sich die verfassungsmäßigen Schwierigkeiten auch beseitigen. Es kam von dieser Seite hier heute der Vorschlag, man könnte mit ihnen auch darüber reden. Das soll natürlich nicht bedeuten, daß man die sehr zielführenden Länderinitiativen einschränken muß. Ich darf darauf verweisen, daß es in den anderen Ländern schon Koordinierungsstellen gibt. Vielleicht könnte man ein Bundesamt im Ministerium schaffen. Es wurde einmal von einem Staatssekretär für das Fremdenverkehrswesen gesprochen, vielleicht könnte man andere Staatssekretäre in der Bundesregierung, die vielleicht nicht ganz ausgelastet sind, dafür verwenden. Ich weiß nicht: Soll das heißen, die sind nicht brauchbar oder die sind dort nicht ganz ausgelastet? (Abg. Robert Graf: Ich glaube nicht, daß dem Fremdenverkehr damit gedient ist, wenn man einen Staatssekretär macht!) Nein, nicht wegen des Staatssekretärs, sondern das müßte ein zentrales Amt sein.

Es kamen doch hier heute ständig Vorschläge und Wünsche, die alle ausdrücken: Was das für ein Amt ist, wer das führt, ist nicht wesentlich. Sicherlich soll es im Rahmen dieses Ministeriums geschehen, aber es sollte eine Zentrale sein, die all diese Fragen zu bearbeiten hätte.

Ich darf Ihnen sagen: Es gibt beispielsweise in Belgien, in Frankreich, in Portugal solche Generalkommissariate. Italien hat ein Ministerium für öffentliche Dienste und Fremdenverkehr. Dieser Vorschlag hat sicherlich etwas für sich.

Ich möchte noch auf den Entschließungs-antrag der Sozialisten zu sprechen kommen, der besagt, daß man sich hier etwas überlegen müßte. Ich darf namens meiner Fraktion sagen, daß wir diesem Entschließungsantrag beitreten werden, nicht weil wir überzeugt sind, daß vielleicht in seinen Formulierungen alles richtig und zielführend ist, aber weil wir glauben, daß damit eine Initiative geschaffen wird, die die beteiligten Stellen und vor allem das Ministerium und den Herrn Bundes-minister doch veranlassen wird, die Dinge in Fluß zu bringen. Es muß ja dann nicht das herauskommen, was sich die eine oder andere oder eine dritte Seite genau vorgestellt hat, aber man wird darüber reden müssen. Dafür ist eine genügend lange Zeitspanne gesetzt, und ich darf namens meiner Fraktion sagen, daß wir ohne weiteres bereit sind, hier zuzustimmen, weil wir glauben, daß man hier doch initiativ werden müßte.

Als letztes darf ich vielleicht doch noch zum Fremdenverkehr hier ein paar Meinungen zitieren, die nicht unwesentlich sind, weil sie wieder aus Ihrem Kreis kommen. Der Herr

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10399

Meißl

Minister geht bei verschiedenen Tagungen auf die Ertragslage der Fremdenverkehrsbetriebe ein. Ich zitiere ganz kurz, er erklärte dann: „Riesige Umsätze hätten aber wenig Zweck, wenn sie in den roten Zahlen enden.“ Das hat er ja schon öfter gesagt. Gerade in den Hotel- und Gastbetrieben sei wegen der geringen Umschlaghäufigkeit des Kapitals die Situation sehr schlecht. Die Ertragslage in den Fremdenverkehrsbetrieben stelle daher eine der schwierigsten Fragen dar, daher komme hier der Steuer- und Kreditpolitik eine ganz besondere Bedeutung zu. Natürlich reagieren kapitalintensive Unternehmen sehr empfindlich auf Konjunkturschwankungen, stellte Minister Mitterer fest.

Ich darf noch ganz kurz zitieren, was Herr Kommerzialrat Dr. Fink auch in Graz und in Salzburg gesagt hat: „Die Fanfaren der Statistik zaubern für den Uneingeweihten goldene Zeiten ins Bild. Aber das Bild ist unecht, die Ertragslage des Gastgewerbes verschlechtert sich. Von gezielter Fremdenverkehrspolitik ist in Österreich leider wenig zu spüren. Zugegeben, daß die Verfassung eine klare, einheitliche Ausrichtung erschwert. Die in der Schweiz längst zum Allgemeingut gewordene Fremdenverkehrsgesinnung ist in Österreich weitgehend noch ein Wunschtraum.“

Dann kommen noch verschiedene Ausführungen, die auch in ähnlicher Form gehalten sind und auf die Schwierigkeiten hinweisen.

Es wurde schon davon gesprochen, daß die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr zufriedenstellend sind. Das sagt aber nicht, daß die Ertragslage dieser Betriebe zufriedenstellend ist, das sagt nicht, daß die Kapazität ausgenützt ist. Das werden Sie ebenfalls aus den entsprechenden Statistiken wissen. Deshalb glauben wir Freiheitlichen, daß man hier wirklich etwas mehr tun müßte.

Sehr geehrter Herr Minister! Der Energieplan ist auch eine alte Forderung von uns Freiheitlichen, man kann es in den Protokollen nachlesen. Wir haben in einer Anfrage bereits diese Frage aufgeworfen. Auch hier sind wir der Meinung, die Dinge sind viel zu langsam in Fluß gekommen. Für die Kohle — das ist Ihr Bereich, zugegeben — wurde eine Art Plan erstellt, aber der Kohlenplan kann nur ein Teil sein, es fehlt der gesamte Energieplan.

Sie werden vielleicht sagen, das falle in die Kompetenz anderer Ministerien, aber wir glauben, innerhalb der Bundesregierung müßte nun einmal die Verständigung möglich sein, wer federführend ist und wer für die Erstellung eines Energieplanes im großen zuständig wäre.

Ich darf noch einmal auf eine spezielle Frage zurückkommen, Herr Bundesminister, ich habe sie heute in der Fragestunde aufgeworfen; sie betrifft die Liberalisierung der Holzimporte aus dem Osten. Sie haben meine Frage beantwortet, ich habe eine Zusatzfrage gestellt. Ich möchte hier nur etwas sagen: Alle beteiligten Stellen glauben, daß hier der Gleichheitsgrundsatz nicht vorhanden ist, daß wir unter weit schlechteren Bedingungen exportieren müssen, als wir dieses Holz liberalisiert in das Land hereinlassen. Das möchte ich Sie bitten, bei Ihren Betrachtungen auch mit einzubeziehen. Sie haben ja gesagt, daß hier Besprechungen und Verhandlungen im Gange sind.

Es ist nicht einzusehen, daß auf der einen Seite unsere Exporte durch sehr strenge Bestimmungen erschwert sind, wie es nun einmal in der Staatswirtschaft im Osten nicht anders möglich ist, aber auf der anderen Seite völlig frei das Holz hereinkommen kann. Wie ich weiß, wurde heuer schon das übliche Kontingent weit überschritten.

Zur Mehrwertsteuer möchte ich nichts mehr sagen, das wurde schon angeschnitten.

Ich möchte nur noch auf ein Problem kommen, denn das erscheint mir nicht unwesentlich — es wurde heute schon wiederholt kurz angezogen —: es ist das Problem der Steuererleichterung, der Steuerreform und der Steuersenkung.

Meine Damen und Herren! Das ist kein echtes Bild, das ist ein Nachziehverfahren gewesen. Darf ich vielleicht zuerst noch sagen, daß Österreich laut Steuerstatistik an dritter Stelle liegt. Und immer kommen Sie mit dem Märchen von Steuersenkungen. Die Wahrheit ist nämlich — ich möchte Ihnen das mit einem Beispiel beweisen —, daß die Steuersenkungen der vergangenen Jahre niemals auch nur einigermaßen mit der schlechenden Geldentwertung Schritt gehalten haben. Es ist in Wirklichkeit so — ich sage Ihnen jetzt das Beispiel —, daß wir den Realwert der Jahre 1958 und 1968 oder 1969 vergleichen müssen. Von einem versteuerbaren Einkommen von 60.000 S zahlt man 1969 19 Prozent Steuer. Die Verminderung, die durch die Inflation, durch die Geldentwertung eingetreten ist, beträgt seit 1958 rund 30 Prozent, ein Einkommen von 60.000 S heute hätte also einem damaligen von 42.000 S entsprochen, und für dieses hätte man 1958 nur 14,5 Prozent Steuer gezahlt. Stellen wir die Realwerte gegenüber, dann kommen wir also zur Erkenntnis, daß trotz der Steuersenkungen keine Verbesserung, sondern per Saldo eine Verschlechterung eingetreten ist.

10400

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Meißl

Ich möchte vielleicht nur mit ein paar Sätzen noch erwähnen, was uns diese Bundesregierung in diesen letzten zwei Jahren an neuen Belastungen beschert hat, die in erster Linie die Wirtschaft getroffen haben. Ich möchte das ausdrücklich betonen. Nehmen Sie zum Beispiel die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer 1966, das 1. Abgabenänderungsgesetz; es geht weiter mit der Erhöhung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren; Erhöhung der Verwaltungsabgaben. Im Jahre 1968: 2. Abgabenänderungsgesetz — ich will das nicht alles wiederholen —, Einkommensteuer, Vermögensteuer, Sondersteuer auf alkoholische Getränke und so weiter. Wir haben das jetzt ... (Abg. Grundemann-Falkenberg: Zum Kapitel „Ermäßigungen“ müssen Sie auch reden!) Ich weiß schon, die Ermäßigungen! Da kommen Sie mit den Freibeträgen für die Kinder. Das ist doch genauso nur ein Nachziehverfahren gewesen, Herr Abgeordneter Grundemann! Per Saldo schaut die Rechnung sehr, sehr schlecht aus.

Ich wollte das nur sagen, weil man hier Berufsgruppen, dem Handel, dem Gewerbe und der Industrie, neue Belastungen auferlegt hat, ohne für sie auch in der entsprechenden Form zu sorgen. Wir wissen genau, daß sie sich in einem Umstellungsprozeß befinden. Wir wissen genau, daß sich der Handel spezialisiert, wir wissen, daß das Gewerbe vielfach schon Zulieferer für Industriebetriebe geworden ist. Wir wissen auch sehr wohl, daß der Mittelstand, die kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden, eine Zukunft haben. Sie haben es vielfach aus eigener Kraft geschafft. Aber sie brauchen bei diesem Umstellungsprozeß auch die Mithilfe des Staates.

Weil diese Dinge — das kommt nun einmal in den Ziffern zum Ausdruck — hier nicht entsprechend berücksichtigt wurden und — ich muß es noch einmal sagen — weil in den Budgetansätzen für das Handelsressort effektiv eine Verschlechterung eingetreten ist, können wir Freiheitlichen uns nicht bereit erklären, dieser Gruppe unsere Zustimmung zu geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Staribacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe heute vormittag hier unter dem Gelächter der Österreichischen Volkspartei erklärt, daß ich normalerweise nicht mit Ministern auf der Ministerbank polemisieren will — der Herr Handelsminister ist als Abgeordneter dagesessen —, aber das setzt voraus, daß auch der Minister von der Ministerbank nicht

herunterpolemisiert. Das haben Sie leider nicht gemacht! (Zustimmung bei der SPÖ.) Ich möchte deshalb doch einige Sachen, die Sie angeführt haben, jetzt analysieren.

Herr Handelsminister! Sie erklären, daß es in Österreich so rasant aufwärts geht. Dann frage ich Sie, wieso es möglich war, daß wir — wie Sie genau wissen — 1967 das schlechteste Wirtschaftswachstum gehabt haben, das jemals in der Zweiten Republik aufgescheinen ist, und das unter einer Alleinregierung, unter den Voraussetzungen, die Sie sich 1966 geschaffen haben. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Tun Sie nicht alles verdrehen!) Ich verdrehe gar nichts!

Sie kommen jetzt und erklären, die Wirtschaftswachstumsgesetze 1966 werden 1969 wirken. Das ist richtig! Sie werden 1969 unverhältnismäßig geringe Steuern bezahlen und werden dadurch ein verhältnismäßig großes Einkommen haben. Wir wissen das ganz genau! (Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Wir werden uns beim Kapitel Finanzen darüber noch sehr, sehr genau unterhalten. Der Herr Handelsminister hat hier erklärt, daß wir in Österreich jetzt eine rasante Aufwärtsentwicklung haben. Wir werden uns mit den einzelnen Punkten noch auseinandersetzen. (Abg. Dr. Mussil: Sie verhindern sie doch durch die Arbeitszeitverkürzung!) Ah, das hat jetzt gerade noch gefehlt, Herr Abgeordneter Mussil! Sie haben nämlich heute vormittag schon durch einen Zwischenruf erklärt, daß wir damit eine politisch gezielte Antikonjunkturmaßnahme betreiben. (Abg. Dr. Mussil: Jawohl!)

Ich würde gern zitieren, was Sie 1959 zur Arbeitszeitverkürzung gesagt haben, das heißt, nicht Sie persönlich; damals waren Sie noch nicht Generalsekretär, damals war noch Herr Dr. Korinek Generalsekretär. Das könnte ich Ihnen vorlesen. Die Zeit ist nur schon sehr weit vorgesritten. (Abg. Dr. Mussil: Hundertprozentig recht hat er gehabt, weil nachher der Konjunkturknick eingetreten ist!) Den Konjunkturknick müssen Sie mir zeigen. Sie haben hier (eine graphische Darstellung vorweisend) die Industrieproduktion je Beschäftigten. (Abg. Dr. Mussil: Die Investitionen sind von 26 auf 13 Prozent zurückgegangen! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.) Herr Generalsekretär! Hier war die Arbeitszeitverkürzung. Die Industrieproduktion je Beschäftigten ist steil aufwärtsgegangen. Sie haben gesagt, die Industrieproduktion ... (Abg. Kern: Die Preise auch!) Die Preise? Da irren Sie ganz gewaltig, da müssen Sie vorsichtig sein! Ich werde Ihnen gleich die Preisentwicklung sagen: Wir haben 1958

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

10401

Dr. Staribacher

eine Preissteigerung von 2,3 Prozent gehabt. Wir haben 1959 — wie die Arbeitszeitverkürzung gekommen ist — eine Preissteigerung von 1,1 Prozent gehabt, und wir haben 1960 eine Preissteigerung von 1,9 Prozent gehabt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Wie sind die Investitionen zurückgegangen?) Ah, die Investitionen! Das können wir Ihnen gleich nachweisen. Hier (eine graphische Darstellung zeigend) haben Sie das reale Bruttonationalprodukt. (Heftige Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und SPÖ.)

Präsident Wallner: Ich bitte um Ruhe! Es kann sich jeder zum Wort melden.

Abgeordneter Dr. Staribacher (fortsetzend): Ein Wachstum, wie es noch nie dagewesen ist! Das wissen Sie ganz genau! (Zwischenruf des Abg. Kulhanek.) Was wollen Sie wissen? (Abg. Kulhanek: Die Löhne!) Die Löhne? Die Löhne haben wir auch. Die Löhne sind nämlich damals gestiegen und sind dank des Gewerkschaftsbundes — fragen Sie den Kollegen Altenburger — auch nachher gestiegen und ich versichere Ihnen, sie werden auch nächstes Jahr wieder steigen! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann Ihnen nur eines sagen, meine Herren von der Wirtschaft: Bemühen Sie sich nicht wieder, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund die Schuld in die Schuhe zu schieben, wenn wir nächstes Jahr unsere zurückhaltende Lohnpolitik aufgeben werden. Sie wissen, daß das kommen wird! (Abg. Dr. Mussil: Keine Drohungen, Herr Dr. Staribacher!) Das sind keine Drohungen, das sind sachliche Feststellungen! Sie werden uns nicht daran hindern, diese Politik zu machen.

Jetzt zu Ihrer Argumentation, daß wir gesagt hätten: Wir werden die Arbeitszeitverkürzung durchsetzen! Ja, Herr Generalsekretär Dr. Mussil! Werden Sie sie uns auf dem Servierbrett bringen, oder werden wir mit Ihnen ... (Abg. Dr. Mussil: Wozu ist der Beirat eingesetzt worden, Herr Dr. Staribacher?) Das werde ich Ihnen genau sagen. Ich bin sogar Vorsitzender des Beirates, und ich habe sogar in Pressekonferenzen objektiv berichtet! (Abg. Dr. Mussil: Aha! Sie sind der Vorsitzende des Beirates und deklassieren den Beirat!) Nein, ich deklassiere ihn gar nicht! Der Beirat hat mit Ihrer Zustimmung die Aufgabe bekommen (Abg. Dr. Mussil: Von Ihnen ist er deklassiert worden!) — nein, nicht deklassiert worden —, die wirtschaftlichen Auswirkungen zu untersuchen. Wir sind überzeugt, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen so sein werden wie bei der ersten Arbeitszeitverkürzung, die der Gewerkschafts-

bund auch hat durchsetzen müssen. (Abg. Dr. Mussil: Da sind die Investitionen so zurückgegangen!)

Wir werden daher im Beirat die auch von Ihnen geforderte Arbeit leisten und werden die Ergebnisse vorlegen. Dann wird die Regierung zu entscheiden haben, ob sie ein Arbeitszeitgesetz macht, das schon längst fällig wäre. Wenn sie es macht, dann werden Sie kommen und sagen: Die Frau Sozialminister hat das endlich durchgesetzt! (Abg. Dr. Mussil: Alles, was im Koren-Plan steht, wird Punkt für Punkt verwirklicht!) Ein sozialistischer Minister hat es sozusagen nicht durchgebracht, und Sie haben das jetzt vollbracht. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber ich kann Ihnen noch etwas sagen: Wenn Sie glauben, daß der Gewerkschaftsbund, wenn die Beiratsergebnisse dann vorliegen — das wird ungefähr Ende Februar der Fall sein —, mit Ihnen nicht in Verhandlungen eintreten wird, dann irren Sie. Das hat Ihnen Präsident Benya ganz klar und deutlich gesagt. (Abg. Dr. Mussil: Davon war nie die Rede!) Eben. Dann müssen wir es auch durchsetzen. Denn freiwillig, Herr Generalsekretär, werden Sie es uns nicht geben. Davon sind wir überzeugt! (Abg. Dr. Mussil: Sie haben im Fernsehen gesagt: Wir werden es durchsetzen, ohne Rücksicht auf Verluste! Und dagegen wehren wir uns!) Nein, Sie können sich gar nicht dagegen wehren, wenn wir als Gewerkschafter erklären, daß wir es durchsetzen werden. Wir werden das auch durchsetzen!

Dann kam die große Entschuldigungsrede des Herrn Handelsministers bezüglich der Haltung der Bundesregierung. Das gehört meiner Meinung nach zum Kapitel Äußeres, dazu will ich mich nicht äußern, denn ich bin auf diesem Gebiet viel zuwenig Fachmann, um dazu etwas zu sagen. Ich habe schon Verständnis dafür, daß man als Handelsminister den Bundeskanzler unterstützt, wenn er so stark angeschlagen aus dieser Periode herausgegangen ist, wie das der Fall gewesen ist. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Aber eines, Herr Minister, muß ich Ihnen sagen, weil Sie die Integration angeschnitten haben: Sie sagen selbst, daß kein Fortschritt innerhalb der EWG zu verzeichnen ist. Sie meinen, wir müssen uns Stück für Stück hinarbeiten. Herr Handelsminister — damals sind Sie noch Abgeordneter gewesen —, was haben Sie gemacht, als die Sozialisten den Stufenplan Minister Kreiskys vorgeschlagen haben? Sie haben erklärt: Kommt nicht in Frage, das können wir nicht machen! Wir müssen in die EWG hinein! Damals war es noch Minister Dr. Bock mit der großen Linie: Hinein in die EWG — wir sind

10402

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. Dezember 1968

Dr. Staribacher

schon im Vorzimmer, wir sind schon im Verhandlungszimmer! — Ich habe einmal gesagt: Momentan sind wir schon beim Portier, und in kürzester Zeit werden wir auf der Straße sein. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Hätten Sie damals, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei ... (*Abg. Doktor Mussil: Das freut Sie halt!*) Nein! Ich kann nur noch einmal sagen: Es freut uns gar nicht, wenn es der österreichischen Wirtschaft schlecht geht, denn wir wissen ganz genau, daß man eine Kuh nicht melken kann, die immer magerer wird. Das wissen wir ganz genau. Aber Sie dürfen nicht immer verlangen, daß wir der Kuh das Futter geben, und wenn es dann zum Melken kommt, schreien Sie: *Das ist eine antikunjunkturpolitische Maßnahme!* So geht es nicht, Herr Generalsekretär! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Uns freut es nicht — das möchte ich ausdrücklich festhalten —, daß Ihre EWG-Politik so Schiffbruch erlitten hat. Aber kaschieren Sie es jetzt doch nicht, sondern geben Sie es jetzt endlich zu und versuchen Sie, eine realistischere Politik zu betreiben. Dann werden die Herren von der Landwirtschaft endlich einmal zu einem besseren Ergebnis kommen, als sie es momentan erreicht haben. Jetzt kommt ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Jetzt ist er schon wieder bei der Landwirtschaft!*) Immer, immer. Sie wissen, Herr Ackerbauminister, die Agrarwirtschaft ist meine Spezialität.

Dann kam der große Hinweis: Noch nie so viele PKW wie jetzt! Fragen Sie die Autohändler, wie das Geschäft im Oktober, November und Dezember gegangen ist. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Kranzlmaier: Die haben zuerst schon das Geschäft gemacht!* — *Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Fragen Sie die Autohändler! (*Ruf bei der ÖVP: Um 20.000 mehr als 1967!*) Natürlich! Sie müssen mich nur ausreden lassen. Natürlich wird die Autowelle weitergehen. Das weiß doch jedes Kind! Das haben wir Ihnen doch die ganze Zeit ... (*Ruf bei der ÖVP: Im 54er Jahr auch schon!*) Freilich! Auch im 54er Jahr haben wir gewußt, daß die Autowelle Platz greifen wird und daß sich der Individualverkehr verdichten wird. Das ist doch überhaupt nichts Neues! Sie könnten nur triumphieren, wenn Sie diesen auch ökonometrisch festgelegten Trend überbieten. Davon ist leider keine Rede. Sie werden natürlich immer ... (*Abg. Dr. Kranzlmaier: Um 20.000 Fahrzeuge sind mehr angemeldet worden!*) Das ist doch ganz selbstverständlich, Herr Staatssekretär Kranzlmaier. Die Entwicklung muß doch nach aufwärts gehen, wenn diese Autowelle kommt. Dann können Sie ... (*Demonstrativer Beifall bei*

der ÖVP. — *Abg. Dr. Mussil: Dank der ÖVP!* — *Weitere lebhafte Zwischenrufe.*) Aber Sie können doch nicht sagen: Dank der ÖVP! Sie könnten nur dann „Dank der ÖVP!“ sagen, wenn der Trend höher wird, als es normal angenommen wird. Sie können sich doch, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei ... (*Anhaltende lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte um Ruhe!

Abgeordneter Dr. Staribacher (*fortsetzend*): Sie machen doch nichts anderes, als zu erklären: Wie sind wir gut! Über die Zeit bis 1967 reden wir nichts, da war die Koalition schuld, da sind wir auf 2½ Prozent Wachstum gesunken, jetzt geht es aufwärts, denn jetzt haben wir die Alleinregierung. Ja, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Das können Sie doch niemandem mehr verkaufen! Die normale Entwicklung müssen Sie extrapolieren, und was Sie darüber hinaus geleistet haben, das können Sie auf Ihr Konto schreiben. Sie haben es ohnehin schon versucht, der Pisa hat ohnehin schon angefangen: Es geht uns besser, weil 87 Prozent der Weltbevölkerung schlechter leben als wir in Österreich. — Jetzt werden Sie sagen: Schauen Sie sich nur an, wie das aufwärts geht, den Schwarzen in Afrika geht es gut, wie gut geht es erst euch unter den Schwarzen in Österreich! Das ist doch kein Vergleich, meine Herren. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Kranzlmaier: Jetzt ist es aber Zeit!* — *Abg. Mayr: Da lachen die Hühner!*)

Ich glaube daher, und das möchte ich zum Schluß feststellen ... (*Abg. Dr. Hauser: Mitternachtskabarett!*) Ja, ja, ich weiß, Herr Abgeordneter Hauser, Sie sagen immer „Mitternachtskabarett“, wenn man Ihnen nachweist, daß Sie Ihre Theorien nicht verkaufen können. (*Abg. Dr. Hauser: Sie verlangen von uns, daß wir zaubern können!*) Eines möchte ich daher zum Schluß feststellen. Über die große Lohn- und Einkommensteuerreform werden wir uns noch beim Kapitel Finanzen unterhalten. Wir haben ja immer gesagt: Das ist die Reform für die Großen! In der Zwischenzeit hat sich das auch bewahrheitet. Mein Kollege Häuser wird Ihnen das noch genau nachweisen.

Wir wollen feststellen: Wenn Sie jetzt bereits beginnen, Herr Abgeordneter Mussil und meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, dem Gewerkschaftsbund polemisch in der Diskussion zu sagen, alles, was er 1969 machen wird, sei wirtschaftsschädigend, konjunkturhemmend und so weiter, dann machen wir Sie heute schon darauf aufmerksam, daß Ihnen das nicht gelingen wird.

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 12. und 13. Dezember 1968

10403

Dr. Staribacher

Wir haben die Arbeitzeitverkürzung — ich habe Ihnen das an Hand der Ziffern genau be-wiesen — in einer Zeit durchgeführt, zu der Sie auch gesagt haben: Das ist konjunkturpolitisch falsch, verfrüht, und so weiter. (Abg. Dr. Mussil: *Die Investitionen sind heruntergefallen!*) Gar nichts ist heruntergefallen. Das wissen Sie ganz genau. Ich habe es Ihnen ja hier gezeigt.

Wir werden daher 1969 diese verantwortungs-volle Politik weiter durchführen. Sie werden dann 1970 sagen: Die Österreichische Volks-partei hat diesen Erfolg gebracht! Aber das Volk wird Ihnen das nicht glauben! (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Ich unterbreche nun die 123. Sitzung bis morgen, Freitag, den 13. Dezember, um 9 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die 123. Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahre-ten. Nach Beendigung der Tagesordnung wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere Sitzung mit der Beratungsgruppe V abgehalten werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 21 Uhr unterbrochen und am Freitag, den 13. Dezember 1968, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 13. Dezember 1968

Präsident: Ich nehme die gestern unter-brochene Sitzung wieder auf. Bevor ich in die Verhandlung eingehe, möchte ich zu einem Vorfall der gestrigen Sitzung eine kurze Erklärung abgeben.

Als Präsident Waldbrunner gestern am Vor-sitz mitteilte, daß der Bericht zum Arbeits-marktförderungsgesetz vom Berichterstatter und von der Frau Ausschußobmann ordnungs-gemäß — mit 5. 12. datiert — unterfertigt sei, erfolgte dies auf Grund einer unzulänglichen Information. Als ihm der Originalausschuß-bericht zur Einsicht übergeben wurde, wurde er vom zuständigen Ausschußbeamten nicht darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterferti-gung des Berichtes erst nach der Drucklegung erfolgte. Auch ich hätte bei dieser Sachlage in gleicher Weise wie Präsident Waldbrunner entschieden.

Das verfassungsmäßige Zustandekommen des Gesetzesbeschlusses selbst ist durch diesen Vorfall nicht in Frage gestellt, umso mehr, als es sich um einen einstimmigen Beschuß des Hauses gehandelt hat.

Was die Unterfertigung von Ausschuß-berichten anbelangt, so wurde Vorsorge ge-troffen, daß in Zukunft Ausschußberichte aus-nahmslos von den zuständigen Beamten erst dann der Drucklegung zugeleitet werden, wenn der Bericht vom Ausschußobmann und vom Berichterstatter unterfertigt worden ist, selbst dann, wenn der Berichterstatter eine nach-trägliche Unterzeichnung des Berichtes in Aussicht stellt.

Abschließend bringe ich in Erinnerung, daß das Geschäftsordnungsgesetz im § 43 Abs. 1 nicht nur die vorherige Unterschrift des Ausschußob-mannes und des Berichterstatters vorsieht, sondern im § 34 Abs. 9 den Berichterstatter selbst mit der Erstellung des Berichtes beauf-

tragt, was voraussetzt, daß dieser noch bevor der Bericht in Druck gelegt wird, dessen Inhalt unterfertigt.

Wir fahren in den Verhandlungen fort. Zur Beratung steht die Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Müller. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Müller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte bei der heutigen Beratungsgruppe Handel zu regionalpolitischen Fragen Stellung nehmen.

Wir haben in Österreich bekanntlich das viel-genannte und vielzitierte wirtschaftliche West-Ost-Gefälle, wir haben weiters regionale Ein-kommensunterschiede und eine regional unter-schiedliche wirtschaftliche Dynamik. Größere Unterschiede der Wirtschaftskraft beeinträchtigen jedoch die Volkswirtschaft und haben nachteilige soziale Folgen.

Diese Verschiedenheiten gehen hauptsäch-lich — im Telegrammstil zitiert — auf die regionalen Unterschiede der natürlichen und geschaffenen Standortvoraussetzungen zurück. Insbesondere setzte nach dem zweiten Welt-krieg ein beschleunigter wirtschaftlicher Strukturwandelungsprozeß ein, und zwar von einer überwiegend agrarischen zu einer industriellen Gesellschaft. Aber auch die Be-satzungszonen nach 1945 haben das regional-wirtschaftliche Bild beeinflußt, sodaß das wirt-schaftliche West-Ost-Gefälle wesentlich ver-stärkt wurde. Die Einkommensunterschiede zwischen den fünf reichsten und den fünf ärmsten Gemeinden Österreichs betragen bekanntlich 1 zu 3.

10404

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Müller

In der vielgelästerten Koalitionszeit gab es echte regionalpolitische Ansätze. Am Ende der fünfziger Jahre kam es erstmals zur Förderung der österreichischen Entwicklungsgebiete durch Widmung von Bundesmitteln in der Höhe von zunächst 100 Millionen Schilling, später etwa 50 Millionen Schilling jährlich. Die regionalpolitische Diskussion wurde lebhaft, wenn sie sich auch primär mit der Technik, der Verteilung und dem Einsatz dieser Mittel befaßte.

Es waren aber auch die Länder und Gemeinden, die sich um die Hebung der Wirtschaftskraft bemühten. Als Abgeordneter des Burgenlandes kann ich besonders vom Burgenland sprechen. Bei Betriebsneugründungen übernahm das Land die Landeshaftung für Investitionskredite, weiters Zinsendienstzuschüsse und andere Hilfen. Die Gemeinden gewährten Kredite durch die Kommunalkreditbank. Sie nahmen auch Schenkungen von Grundstücken vor und verzichteten sehr oft als Gegenleistung auf die Gemeindesteuern in der Höhe der auf die Gemeinden entfallenden Steueranteile von Grundsteuer, Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer.

Trotz dieser Anstrengungen konnten die regionalen Unterschiede in bezug auf die Wirtschaftskraft und das Einkommen nicht wesentlich ausgeglichen werden. Ohne eine echte Hilfe des Bundes kann das regionalwirtschaftliche Problem nicht zufriedenstellend gelöst werden. Mit der Konjunkturdämpfung und dem Abflauen der Investitionstätigkeit lassen auch die Betriebsneugründungen nach. Eine konzeptive Regionalpolitik ist mehr denn je notwendig und erforderlich, wenn sich die wirtschaftlichen Unterschiede nicht weiter verstärken sollen.

Die Entwicklungsgebiete Österreichs liegen überwiegend an der Staatsgrenze, vor allem an der östlichen Staatsgrenze, und es ist staatspolitisch außerordentlich wichtig, die Substanz dieser Bevölkerung zu erhalten und zu festigen und ihr in ihrem Streben nach Stärkung ihrer Wirtschaftskraft beizustehen. Auch diese Staatsbürger haben ein Anrecht auf gleiche Einkommenschancen. Wenn nichts getan wird, besteht die Gefahr, daß die Entwicklungsgebiete noch stärker hinter dem österreichischen Durchschnitt zurückbleiben als bisher.

Die ÖVP-Alleinregierung ging mit großen Versprechungen an ihre Arbeit. (*Abg. Anton Schlager: Versprochen — gehalten! — Abg. Czettel: Das glauben Sie selber nicht, Schlager! — Abg. Moser: 40 Millionen für die Ringwasserleitung!*) Das glauben Sie selber nicht, Herr Kollege. Aber das tut Ihnen sehr weh, und es ist Aufgabe eines oppositionellen Abgeordneten, immer wieder die Tätigkeit der

Regierung unter die Lupe zu nehmen, vor allem zu prüfen, ob die Versprechen der Regierung eingehalten werden.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 20. April 1966 unter anderem erklärt:

„Sie“ — die Bundesregierung — „erachtet es aber als ihre besondere Aufgabe, die nachstehenden Probleme einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten.“ Dann werden die wichtigsten Probleme aufgezählt, und unter Punkt 7 erscheint das Problem — ich zitiere wörtlich —: „Maßnahmen für eine regionale Strukturpolitik unter Bedachtnahme auf die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete.“

Wie in den meisten anderen Bereichen, so blieb es auch bei den regionalpolitischen Maßnahmen nur beim Versprechen. Die Tatsachen stellen unter Beweis, daß nicht die geringsten Ansätze einer echten regionalen Strukturpolitik zu sehen sind. Diese Tatsachen wirken sich aber für die Entwicklungsgebiete sehr nachteilig aus.

Die Widmung des Bundes für die Entwicklungsgebiete, die in den fünfziger Jahren, also in der Koalitionszeit, 100 Millionen Schilling betrug, wurde im Budget 1969 neuerlich einer Kürzung unterzogen. Sie beträgt derzeit nur 28 Millionen Schilling. Angesichts der gewaltigen Aufgaben kann man diesen Betrag wahrlich nur als eine Erinnerungs post bezeichnen.

Für die regionalwirtschaftliche Standortforschung ist im Budget 1969 nur ein Betrag von 1000 S präliminiert. Die vom Herrn Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung versprochenen „notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte“, die raschest und ehestens dem Parlament vorgelegt werden sollten, blieben aus.

Weiters ist ein Ansteigen der Arbeitslosenrate im Jahre 1967 in den Entwicklungsgebieten festzustellen.

Auch aus der Steuerstatistik kann man feststellen, daß sich kein Fortschritt in der regionalen Strukturpolitik der monocoloren Regierung abzeichnet. Die Umsatzsteuer ist ein Gradmesser der Kaufkraft in den einzelnen Gebieten Österreichs, da überall der gleiche Prozentsatz eingehoben wird. Aber auch hier wird deutlich, daß sich der wirtschaftliche Abstand zwischen den einzelnen Gebieten nicht verringert. Weiters verweise ich auf das schwächste wirtschaftliche Wachstum im Jahre 1967.

Wie echte regionalwirtschaftliche Belange von der Bundesregierung behandelt werden,

Müller

zeigt uns die Nichtförderung der Ringwasserleitung Nördliches Burgenland. Die Entwicklung der Industrie konzentriert sich immer mehr auf das Wasser. Wo es kein Wasser gibt, stagniert die Industrie. Aber auch für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wohnkultur, des Fremdenverkehrs und so weiter ist das Wasser ein wesentlicher Bestandteil, eine sehr wichtige Grundvoraussetzung.

Also wenigstens hier hätte die monocolore Regierung ihr Versprechen einlösen können, indem sie durch eine echte regionalwirtschaftliche Hilfe die in der Koalitionszeit eingesetzte Förderung fortgesetzt hätte. Aber von einer regionalwirtschaftlichen Hilfe ist keine Spur. Mit der Bildung einer ÖVP-Alleinregierung wurde der in der Koalitionszeit außerhalb der Zuweisung des Wasserwirtschaftsfonds budgetierte Zuschuß für den Ausbau der Anlagen des Wasserleitungsverbandes Nord im ordentlichen Budget gestrichen. Ich werde auf diese Frage noch eingehend zurückkommen.

Der Entwurf des Raumplanungsgesetzes befindet sich laut Mitteilung des Herrn Bundesministers derzeit im Bundeskanzleramt. Aber für die regionalwirtschaftliche Standortforschung ist im Budget 1969 ein Betrag von 1000 S präliminiert. Ob man mit 1000 S weite Sprünge machen kann, dies zu prüfen, überlasse ich dem Hohen Haus.

Aber auch sonst gibt es keine echten Ansätze im Budget 1969 für regionalwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen. Der Koren-Plan zum Beispiel hat für die regionale Entwicklungsförderung ganze sieben Halbzeilen übrig. Wo aber bleiben die großen Kanzlerworte? Wo sind die Regierungsvorlagen, die „raschest und ehestens“ dem Parlament vorgelegt werden sollten? Sind von diesen großen Worten nur sieben Halbzeilen im Koren-Plan übriggeblieben? Die Entwicklungsgebiete können daher wahrlich nur noch auf die Verwirklichung des Entwicklungskonzeptes der Sozialisten warten.

An Stelle der Durchführung der Versprechungen wird aber die Bevölkerung mit sehr viel Propagandapapier gefüttert. Ich habe hier die ÖVP-Propagandaschrift „Heute und Morgen“, zugeschnitten auf das Burgenland. Auch hier heißt es: „kraftvoll und sicher in die 70er Jahre“. Vorn befindet sich das Bild eines jungen Mannes mit einem Sturzhelm. Offenbar soll dieser Sturzhelm im Jahre 1970 den Sturz abbremsen helfen.

Bevor ich auf diese Propagandaschrift eingehe, möchte ich darauf verweisen, daß als Eigentümer, Herausgeber und Verleger die Österreichische Volkspartei — Parlamentsklub der Abgeordneten der ÖVP aufscheint. Auf der letzten Seite dieser Propagandaschrift

heißt es (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida betritt den Saal*) — Herr Kollege Tschida, bitte nur zuzuhören! (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Studiere es nur genau!*) — „Die ÖVP für das Burgenland“. „In den letzten drei Jahren der ÖVP-Alleinregierung wurde der Aufbau des Burgenlandes mit beträchtlichen Geldzuwendungen des Bundes vorangetrieben.“ (*Abg. Czettel: Schrecklich!* — *Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Stimmt es vielleicht nicht?* — *Abg. Robak: Wir haben die Mehrheit!* — *Zwischenrufe der Abgeordneten Peter und Melter.* — *Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Stimmt es vielleicht nicht?*) Moment, nur zulosen, nur Geduld, Herr Kollege!

Dann wird angeführt: Erstens Beihilfen für Mittelschulen und andere Bundesgebäude, für Landesschulen, Wohnbauförderung. Ich weiß nicht, ob man bei der Wohnbauförderung den schlechten Verteilungsschlüssel meint. Das Burgenland hat bekanntlich einen Bevölkerungsanteil von 3,85 Prozent. Die Förderungsquote beträgt jedoch nur 2,37 Prozent. (*Abg. Dr. Gruber: Den Wählern müssen Sie das sagen!* — *Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das mußt du den Wienern und dem Herrn Landeshauptmann sagen!*) Sodann: Bundesstraßen, Jugend- und Sportförderung, Wasserwirtschaft, Landwirtschaftsförderung, und so weiter, und so weiter.

Bevor ich auf die Zahlen selbst eingehe, möchte ich einmal feststellen, daß das Burgenland, besser gesagt die Bevölkerung des Burgenlandes Beiträge zur Wohnbauförderung leistet, Beiträge zu den Bundesstraßen in Form ihrer PKW-Steuer, der Mineralölsteuer, und so weiter, daß also praktisch der Bund nur das Geld kassiert hat und er daher verpflichtet ist, das Geld dem Burgenland wieder zurückzugeben. Das ist gar keine Hilfe. Darauf besteht ein Rechtsanspruch. (*Ruf bei der ÖVP: Das wäre ja überall!* — *Abg. Pay: Nicht reizen, heute ist der 13.!*)

Nun möchte ich die zitierten Summen selbst behandeln. Ich habe hier das „Burgenländische Volksblatt“ — das ist das ÖVP-Organ des Burgenlandes —, und auch dieses Blatt schreibt in der Nummer vom 30. November 1968: „ÖVP-Regierung hilft dem Burgenland“. In den Jahren 1966 bis 1968 wurde aus Bundesmitteln — wie hier genau angeführt — diese oder jene Hilfe erbracht. — Nur ist da etwas zusammengebastelt worden, und die Zahlen stimmen auf keinen Fall mit den Zahlen in der Propagandaschrift überein.

Das „Burgenländische Volksblatt“ schreibt zum Beispiel: Für Bundesschulen und andere Bundesgebäude wurden 165 Millionen Schilling aufgewendet — das Propagandablatt spricht von 91 Millionen Schilling. Bei der Wohnbau-

10406

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Müller

förderung schreibt das „Burgenländische Volksblatt“ 148 Millionen Schilling — das Propagandablatt schreibt 387 Millionen Schilling. (*Zwischenruf der Abg. Herta Winkler.*) Das Propagandablatt schreibt hinsichtlich der Kredite für die Wasserwirtschaft 106 Millionen Schilling — das „Burgenländische Volksblatt“ schreibt 90 Millionen Schilling.

Man sieht daher, wie fragwürdig diese Propagandaschrift an und für sich ist, da nicht einmal die beiden Summen übereinstimmen; man konnte sich nicht einmal über die beiden Summen einigen. (*Abg. Dr. Gruber: Du mußt die Artikelschreiber fragen, für welchen Zeitraum!*)

Ich konnte die Zahlen ja nicht überprüfen, die Zeit war zu kurz. (*Abg. Dr. Gruber: Eben, dann rede nicht darüber!*)

Moment, Herr Abgeordneter Gruber! Jetzt kommt etwas Besonderes, die Frage der Ringwasserleitung Nördliches Burgenland. (*Abg. Dr. Gruber: Das haben wir schon gehört!*) Es wird gut sein, wenn Sie es noch einmal hören: Es wird sehr gut sein. (*Abg. Dr. Gruber: Das hat der Robak schon gesagt!*) — *Abg. Weikhart: Nein, das haben Sie noch nicht gehört!*

Hier steht im Propagandablatt, daß der Ringwasserleitungsverband Nördliches Burgenland 40,6 Millionen Schilling erhalten hat. Tatsache ist, daß der Ringwasserleitungsverband Nördliches Burgenland seit der monocoloren Regierung nichts erhalten hat. Ich habe von der Buchhaltung des Ringwasserleitungsverbandes Nördliches Burgenland — mein Fraktionskollege Abgeordneter Robak ist ja der Obmann dieses Verbandes — einen Auszug hier. Daraus ergibt sich klar und eindeutig, daß der Ringwasserleitungsverband Nördliches Burgenland in den Jahren 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965 und auch 1966 — im Jahre 1966 deshalb, weil ja in diesem Jahr ein halbjähriges Budgetprovisorium war; es galten damals die gleichen Ansätze wie im Budget 1965 linear gekürzt; daher auch noch im Jahre 1966 Zuwendungen —, also in allen diesen Jahren von 1959 bis zum Jahre 1967 insgesamt 40,957 Millionen Schilling erhielt. Das war also in der Koalitionszeit. In der Zeit der monocoloren Regierung erhielt der Ringwasserleitungsverband Nördliches Burgenland keinen Groschen! (*Abg.*

Deutschmann: Kollege Müller! Sie stehen neben Ihrem Schuh! Die Wasserleitung gehört zum Kapitel Bauten und nicht zum Kapitel Handel! — *Zwischenruf der Abg. Peter und Melter.* — *Abg. Moser: Wo sind die 40 Millionen?* — *Abg. Deutschmann: Ordnungshalber wollte ich das sagen!*) Lieber Herr Kollege! Nichts ordnungshalber! Wenn Sie

aufgepaßt hätten: Zur Förderung der Wirtschaft gehört das Wasser! Ohne Wasser gibt es keine Industrie, ohne Wasser gibt es keinen Fremdenverkehr, daher gehört das hierher, wenn Sie es wissen wollen! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* — *Zwischenruf des Abg. Guggenberger.*)

Sie sehen, meine sehr geehrten Herren von der rechten Seite: Hier ist die Lüge (*der Redner zeigt die Propagandaschrift vor*), und da ist die Wahrheit. Das wollen Sie nicht hören. (*Abg. Dr. Gruber: Beim richtigen Kapitel!*) Das tut Ihnen weh. (*Abg. Dr. Gruber: Wir sind nicht so!*) Wir werden es Ihnen aber immer wieder zur Kenntnis bringen: Hier die Lüge, hier die Wahrheit!

Es ist überdies sehr bedauerlich, daß für diese Lüge der Parlamentsklub der Abgeordneten der ÖVP als Herausgeber aufscheint. (*Abg. Ing. Häuser: Ihr müßt erst eurem Minister sagen, daß er bei der Wahrheit und beim Gegenstand bleibt!* — *Gegenruf des Abg. Dr. Gruber.* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich möchte abschließend sagen, daß den Entwicklungsgebieten nicht mit schönen Sonntagsreden und mit großen Kanzlerworten, sondern nur mit zielführenden Taten gedient ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Krempel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Krempel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die rasch fortschreitende Technisierung in unserem Zeitalter und die damit zusammenhängenden Rationalisierungsmaßnahmen haben auch vor unserem österreichischen Bergbau nicht haltgemacht. Wir haben uns in diesem Zusammenhang hier im Hohen Haus des öfteren mit den wirtschaftlichen Problemen des Bergbaues und auch mit den sozialen, mit den menschlichen Problemen befassen müssen. Wir haben immer wieder betont und darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, doch zuerst der Mensch im Vordergrund steht und daß darauf zu achten ist, daß die menschlichen, die sozialen Probleme einer guten und anständigen Lösung zugeführt werden, daß vor allen Dingen die Arbeitsplätze erhalten werden.

Nun können wir feststellen, daß auf dem ganzen Sektor des österreichischen Bergbaues eine gewisse Beruhigung eingetreten ist. Freilich, Schwierigkeiten wird es immer geben, aber dazu sind wir ja hier im Parlament, um die Probleme zu besprechen und die Schwierigkeiten aufzuzeigen, aber auch um diese Schwierigkeiten zu meistern. Es ist selbstverständ-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10407

Krempl

lich — und ich bin genug Realist, wenn ich das sage —, daß die Opposition diese Schwierigkeiten aufputzt. Es ist ja ihre einzige Daseinsberechtigung in dieser Zeit, wenn sie die Probleme mehr aufputzt und mehr kritisiert, als es den Realitäten entspricht. (*Abg. Pay: Das ist unverschämt, was Sie sagen! Das sind unsere Sorgen, und Sie sagen, wir putzen es auf!*)

Ich möchte sogar sagen: Würde die Opposition nicht kritisieren, dann wäre doch das alles falsch, dann würden Sie ja hier falsch am Platze sein, wenn Sie nicht kritisieren würden.

Meine Damen und Herren! Aber es gibt keine Unterschiede in der Kritik. Wenn einer zum Beispiel hier am Rednerpult steht und der Regierung vorwirft, wie schlecht alles ist und wie unmöglich alles gemacht wird, und wenn man dann die Frage an ihn richtet, wie man es denn besser machen könnte (*Ruf bei der SPÖ: Neuwahlen!*), dann bleiben die Antworten meistens dürfzig und sehr schüchtert. Ich glaube, eine solche Kritik ist nicht gut. Sie kommt nicht aus einem guten Gefühl heraus und wird auch nicht von einem guten Herzen geleitet (*Abg. Skritek: Wie soll man bei dieser Regierung ein gutes Gefühl haben?*); eine solche Kritik ist destruktiv. Wenn man Kritik übt, dann sollte man auch die Wege aufzeigen, die notwendig sind, aus gewissen Schwierigkeiten herauszukommen.

Meine Damen und Herren in der Opposition! Sie erweisen unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben draußen keinen guten Dienst, wenn Sie alles negieren, wenn Sie alles verkritisieren. Wenn alle Werte, die wir uns erarbeitet haben, und alles, was wir ungeschaffen haben, verkritisiert werden, dann wird uns zum Schluß nichts mehr übrigbleiben. Ich glaube, wir von der Regierungspartei und wir von der Österreichischen Volkspartei müssen sehr, sehr aufpassen, daß Ihre destruktive Kritik, die Sie betreiben, nicht letzten Endes zu einer Katastrophe führt. (*Abg. Skritek: Das ist schon ein bissel arg!*)

Es ist sehr, sehr viel geschehen. Besonders auf dem Gebiet des österreichischen Bergbaues ist sehr viel geschehen. Hier darf ich im besonderen darauf hinweisen, daß es uns gelungen ist, zum Beispiel in den steirischen Kohlenrevieren die Arbeitsplätze zu sichern, weil es feststeht (*Abg. Pay: Von 6000 sind sie auf 3500 gesunken! Sie sagen: „sichern“!*), daß diese Kohlenreviere nicht geschlossen werden (*Abg. Pay: Was ist mit der Steinkohle?*), sondern daß die Variante II, die die ÖIG im Zusammenhang mit dem Kohlenplan ausgearbeitet hat, durchgezogen und der Kohlenplan auch im wesentlichen eingehalten werden wird. (*Abg. Moser: Wie schaut es bei der LAKOG aus?*)

Ich komme auf die LAKOG schon noch zu sprechen. (*Abg. Moser: Sie sagen, die Arbeitsplätze wurden gesichert!*) Einen Moment, Herr Kollege! Wir haben in Fohnsdorf zum Beispiel noch ein ausgerichtetes Kohlenvermögen im Ausmaß von 4 Millionen Tonnen (*Abg. Josef Schlager: Das stimmt doch nicht! Keine Ahnung!*), sodaß bei der derzeitigen Ausbringung eine Aufrechterhaltung des Bergbaubetriebes für sechs Jahre erreicht werden kann. Wir haben in Pölfing-Bergla noch ein Aufkommen von 2,6 Millionen Tonnen, und die Auskohlung dieses Bergbaues wird in etwa zehn Jahren erreicht sein.

Der Kohlenabsatz hat sich in den letzten zwei Jahren günstiger entwickelt, als wir angenommen hatten. (*Ruf bei der SPÖ: Erzberg!*)

Schließlich hat sich die Reorganisationsmaßnahme, nämlich Fohnsdorf zur GKB dazuzulegen, zu übertragen, sehr günstig ausgewirkt. In Fohnsdorf wurde die Produktion erheblich gesteigert, sodaß die Verluste heuer nicht so hoch in der erwarteten Höhe sein werden wie in den vergangenen Jahren. Man rechnet für 1968 mit einem Gesamtverlust der GKB mit Fohnsdorf zusammen von 25 bis 30 Millionen Schilling. Ursprünglich hat man für Fohnsdorf allein einen Verlust von 90 Millionen Schilling gehabt (*Abg. Pay: Sie wissen ja, was in diesen Zahlen drinnen war! Unmögliche Dinge! Die Bilanz hat nie gestimmt!*) und für die GKB ohne Fohnsdorf einen Gewinn von 20 Millionen Schilling. Sicherlich ist der Gesamtverlust auch trotzdem noch hoch, aber wenn wir diese Reorganisationsmaßnahme getroffen haben, so ist es uns darum gegangen, die Arbeitsplätze zu erhalten. Und das ist ja schließlich und endlich der Sinn und Zweck jeder Organisationsmaßnahme, zuerst den Arbeitsplatz zu sichern, auch wenn dort und da Schwierigkeiten auftreten, und dann erst die anderen Probleme zu bewältigen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Lippenbekennen!*)

Schließlich und endlich wird in Köflach der Karlschacht 2 im weststeirischen Kohlenrevier eröffnet werden, und zwar mit einem Aufschließungs- und Investitionsaufkommen von 28 Millionen Schilling, nicht eingerechnet die Straßenverlegung und die Bahnverlegung und die sonstigen infrastrukturellen Maßnahmen, die getroffen werden müssen. Ich glaube hier feststellen zu können, daß das Problem des weststeirischen Kohlenbergbaues und überhaupt des Kohlenbergbaues im gesamten deswegen so günstig gelöst werden konnte, weil sich eben die zuständigen Herren eingesetzt haben, weil sich die verantwortlichen Persönlichkeiten bemüht haben und bestrebt waren, den Bergknappen den Arbeitsplatz zu

10408

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Krempl

erhalten. Wir danken für die Steiermark im besonderen dem nimmermüden und hartnäckigen Einsatz unseres steirischen Landeshauptmannes Krainer, auch dem Herrn Bundesminister, und wir danken es aber auch dem realistischen und dem verantwortungsbewußten Verhalten unserer Kolleginnen und Kollegen im Bergbau. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und nun einige Worte zur LAKOG. In der jüngsten Aussendung der Arbeiterkammer wurde ein Bericht gegeben, der nicht ganz den Tatsachen entspricht und den ich gern richtigstellen möchte. Es heißt dort in der Aussendung, daß noch immer 350 Arbeiter und Angestellte Arbeit suchen, und weiter unten sind 356 vermerkt. Ich habe mir einen offiziellen Bericht, eine Information vom Sozialministerium geben lassen, der besagt, daß mit 31. Oktober 1968 insgesamt 328 Kollegen noch ohne Arbeit sind. Und wenn man von diesen 328 Kolleginnen und Kollegen jene abzählt, die über 55 Jahre alt sind, die also auf ihre Pension, auf ihre Frühpension warten, wenn man jene Kolleginnen und Kollegen abzieht, die Sonderunterstützungsbezieher sind, und jene Personen, die erst später Arbeit aufnehmen wollen, dann bleiben insgesamt 227 Personen. Bei diesen 227 Personen handelt es sich vielfach um jene, die derzeit gar keine Arbeit aufnehmen wollen oder die außerhalb von Wolfsberg nicht arbeiten gehen wollen. (*Abg. Pansi: Aber wer erzählt Ihnen denn das?*) Das Sozialministerium, eine offizielle Aussendung. (*Abg. Pansi: Aha! Die wissen das so genau!*) Die wissen das genau, weil sie es vom Arbeitsamt Wolfsberg haben, und im Arbeitsamt Wolfsberg sitzt ja einer der Ihren. (*Zwischenrufe der Abg. Pay und Pansi.*) Die Voraussetzungen, meine Damen und Herren, sind geschaffen, aber man muß sich natürlich auch in solch einer Situation helfen lassen wollen. Wenn sich einer nicht helfen lassen will, dann kann man ihm den schönsten Arbeitsplatz anbieten, wenn er ihn nicht annimmt, dann ist es eben seine eigene Sache. (*Abg. Pansi: Das ist eine glatte Verleumdung!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Mühe genommen — weil Sie sagen, das stimme nicht, und weil Sie sagen, man würde den Arbeitern und Angestellten zuviel zumuten, außerhalb ihres Wohnortes arbeiten zu müssen, vielleicht 10, 15 km fahren zu müssen —, Ihren Minderheitsbericht zu lesen. Was steht in Ihrem Minderheitsbericht zum Bundesfinanzgesetz auf Seite 15? Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen. Es stehen hier folgende Sätze:

,Als Folge einer neuen Industrialisierungswelle werden viele Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz wechseln müssen. Diese Umstellung ist

für den Betroffenen in vielen Fällen zunächst unangenehm, obwohl sie häufig auch die Chancen zu beruflichem Aufstieg bietet. Sie ist aber auf jeden Fall leichter zu ertragen als Arbeitslosigkeit und Rückschläge, die sich für viele Arbeitnehmer einstellen müssen, würde die derzeitige Politik ... fortgesetzt. Die notwendigen wirtschaftlichen Operationen werden in manchen Fällen schmerzhafte Folgen haben, aber die Schmerzen werden geringer sein als bei einem chronischen Leiden der Wirtschaft. Und es wird möglich sein, sie durch planvolle Hilfsmaßnahmen sofort zu lindern und den Betroffenen neue Chancen zu eröffnen.“

Meine Damen und Herren! Das steht in Ihrem Minderheitsbericht, und hier beschweren Sie sich im Hohen Haus, obwohl Sie selber geschrieben haben, daß es für die LAKOG-Arbeiter keine unmögliche Zumutung wäre, einige Kilometer außerhalb von Wolfsberg einen Arbeitsplatz anzunehmen. (*Abg. Eberhard: Einige Kilometer? Sie haben eine Ahnung! Ich werde dazu noch reden!*) 15 km! Studieren Sie Ihren Minderheitsbericht, Kollege Eberhard, genau durch, dann werden Sie Ihre theatralischen Redewendungen hier ein bissel zurückschrauben. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Eberhard: Ich werde es Ihnen schon beweisen! Das ist ja Demagogie, die Sie da betreiben!*)

Noch eine Richtigstellung im Zusammenhang mit der LAKOG. In einer Aussendung der Arbeiterkammer heißt es:

„Ferner stellte das Sozialministerium fest, daß von der Arbeitsmarktverwaltung eine halbe Million Schilling zur Erleichterung der Mobilität der LAKOG-Arbeiter ausgegeben wurde.“

Der Wahrheit entspricht es, daß zur Förderung der Arbeitsaufnahme der ehemaligen LAKOG-Arbeiter vom Sozialministerium für Kurskosten, Beihilfen an Schulungsteilnehmer, Prämien an die Ausbildungsbetriebe und Umstellungsbeihilfen an die Bergarbeiter 800.000 S ausgegeben worden sind, nicht eingerechnet die 4 Millionen Schilling, die für die Schließung dieses Bergbaues bereitgestellt wurden.

Das sind die Tatsachen, meine Damen und Herren! Wenn man daher kritisiert, dann sollte man doch bei der Wahrheit bleiben. (*Abg. Pansi: Das wäre viel besser: bei der Wahrheit bleiben!*) Das ist doch das mindeste, was man an Fairneß von der Gegenseite erwarten dürfte.

Ich habe mir die Zeit genommen, in Ihrem Minderheitsbericht zu lesen, was Sie über die Kohle überhaupt im großen und ganzen geschrieben haben. Es steht zum Beispiel auf Seite 12 Ihres Minderheitsberichtes: „Die Weiterführung abbaufähiger Braunkohlengruben ist zur Sicherung einer von Importen

Krempl

unabhängigen Energiereserve sowie zur Unterstützung der Neutralitätspolitik notwendig.“

Aus! Nicht mehr und nicht weniger als: Der Braunkohlenbergbau muß fortgesetzt werden.

Was sagen Sie, meine Damen und Herren, nun zum Kohlenbergbau in Ihrem Wirtschaftsprogramm „Reform der österreichischen Wirtschaft“, „Leistung, Aufstieg, Sicherheit“ und so weiter und so weiter? Dort schreiben Sie: „Industrialisierung durch Industriepolitik“. Ich habe mich gefragt: Ja womit denn überhaupt industrialisieren, wenn nicht mit Industriepolitik? Dort steht:

„Mit Beginn des Jahres 1968 erfolgte bereits eine Trennung der Kohle vom Eisen- und Stahlsektor innerhalb der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft. Diese Maßnahme hat die Konzentration des Kohlenbergbaues weiter vorangetrieben.“

Aus. Nicht mehr und nicht weniger. Minimale, lapidare Sätze, mit denen man überhaupt nichts anfangen kann. (*Ruf bei der SPÖ: Lesen Sie die Seiten 47, 48 und 49! Nicht nur ein bissel!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir, als ich diesen Bericht studierte, gedacht: Bei der Opposition sitzen doch sehr gescheite Leute: Dr. Pittermann, Dr. Kreisky, viele Betriebsräte, die aus der Praxis kommen. Diese werden doch zum Kohlenbergbau oder überhaupt zu den gesamten Problemen etwas zu sagen haben. Sie werden doch hier Vorschläge unterbreiten können, in denen es heißt: Das, was jetzt geschieht, ist falsch und dumm und unrichtig; aber wir legen hier ein Programm vor, weil wir die Spezialisten sind, weil wir die Wirtschaftsexperten sind; wir können konkrete Vorschläge unterbreiten, wie man es besser macht.

Meine Damen und Herren! Was glauben Sie, in welche Schwierigkeiten Sie uns gebracht hätten, wenn Sie hier wirklich konkrete Vorschläge hineingeschrieben hätten, wie man es besser macht, wenn Sie hineingeschrieben hätten, wie man vor allem die Vollbeschäftigung in den Bergbauen aufrechterhalten kann. Aber die lapidare, die einfache, die simple Feststellung, der Kohlenbergbau müsse aufrechterhalten werden, ist doch keine Lösung, das sind doch keine Vorschläge, das ist doch nicht etwas, mit dem man etwas anfangen kann. Da bleiben wir, meine Damen und Herren, bei unserem Koren-Plan (*Ruf bei der SPÖ: Das müssen Sie verlesen, was im Koren-Plan steht!*), er bietet uns handfeste Griffe, wie wir aus diesen wirtschaftspolitischen Problemen herauskommen. (*Ruf bei der SPÖ: Lesen Sie einmal vor, was im Koren-Plan über die Kohle steht!*)

Nun einige Sätze über die Bleiberger Bergwerks-Union. Auch hier wurde wichtige und positive Arbeit geleistet. Vor kurzem wurde von der Bundesregierung ein Sonderinvestitionsprogramm genehmigt, womit in den Jahren 1968 bis 1973 eine Ausweitung der ganzen Produktion möglich ist, eine Aufschließung wurde durchgeführt, wodurch mit einem zusätzlichen Erzaufkommen von acht Millionen Tonnen gerechnet werden kann und dem Bergbau somit eine Lebensdauer von zirka 40 Jahren gesichert ist.

Der gesamte Finanzierungsbedarf beträgt 58 Millionen Schilling, wovon der Bund 38 Millionen bereits im Wege der Kapitalerhöhung zur Verfügung gestellt hat und 20 Millionen bereits ausgeschüttet worden sind.

Das Sonderinvestitionsprogramm auch im Kupferbergbau Mitterberg konnte bewilligt werden, womit die Möglichkeit gegeben ist, das Westfeld des Kupferbergbaues Mitterberg aufzuschließen, und wodurch auch dort die Arbeitsplätze auf Jahrzehnte hinaus gesichert sind.

Festgestellt darf auch werden, daß diese schwierigen Aufschließungsarbeiten von einer österreichischen Firma durchgeführt wurden. Auch da glaube ich feststellen zu können, daß für diesen Bergbau etwas Positives geleistet wurde und daß sich für die Erhaltung der Arbeitsplätze die Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei eingesetzt hat.

Und nun, meine Damen und Herren, auch einige Worte zum Silberbergbau.

Wir haben in der Steiermark seit Jahren ein stillgelegtes Silberbergwerk in Oberzeiring. Man weiß heute nicht mehr, warum es stillgelegt wurde, aber man sagt nach der Überlieferung, daß ein großes Grubenunglück durch einen Wassereinbruch entstanden ist, weshalb die Grube stillgelegt werden mußte. In dieser Grube wurde nicht nur Silber, sondern auch Schwerspat abgebaut. Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie wissen, daß wir in Österreich den ganzen Silberbedarf im Ausland decken müssen und daß der Silberbedarf in allen zivilisierten Ländern stark im Steigen begriffen ist. (*Abg. Peter: Herr Krempl, was kostet dieses Krainer-Experiment den Bund?*) Wenn wir wissen, daß das Silber nicht nur für Münzgeld, sondern auch für die Schmuck- und Besteckindustrie, für die Photo- und Filmindustrie, für die Elektro- und Elektronenindustrie, für die Thermoindustrie und so weiter gebraucht wird, dann kann man ersehen, welcher Bedarf an Silber besteht.

Schwerspat wird für die gesamte Gießerei-industrie benötigt. Auch er muß in Österreich eingeführt werden. Es erscheint daher schon

10410

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Krempl

aus rein wirtschaftlichen Erwägungen wertvoll zu sein, zu untersuchen, ob es nicht möglich wäre, dieses Bergwerk wieder instandzusetzen und aufzuschließen, aus wirtschaftlichen Gründen deswegen, weil hier nicht nur im Bergwerk in Oberzeiring Arbeitsplätze beschafft werden könnten, sondern auch deswegen, weil damit im Zusammenhang ja auch Arbeitsplätze in der Finalindustrie gesichert werden könnten.

Es haben daher die steirischen Landtagsabgeordneten der Österreichischen Volkspartei die Landesregierung aufgefordert, Untersuchungen anzustellen, wieweit es möglich ist und wieweit es überhaupt ertragreich wäre, diesen Silberbergbau wieder in Gang zu setzen. Ich berichte dies dem Hohen Hause deswegen, weil sich die Bundesregierung, wenn diese Untersuchungen positiv verlaufen, sicherlich auch mit diesem Problem wird befassen müssen. Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Minister, schon heute bitten, uns dann, wenn dieses Problem an Sie herangetragen wird, zu helfen, dieses Silberbergwerk wieder aufzuschließen und in Gang zu setzen.

Und nun zum Abschluß, meine Damen und Herren, einige grundsätzliche Ausführungen über den Erzbergbau. Ich möchte heute nur in Stichworten die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Erzbergbaues, im gesamten gesehen, und im besonderen die des steirischen Erzberges aufwerfen.

Man nennt die Steiermark nicht nur deswegen die Grüne Mark, weil Wälder die Berge bedecken, sondern auch deswegen, weil sich die Wiesen bis zu den Almen hinaufziehen. Man nennt die Steiermark aber auch die Eherne Mark, deswegen, weil sich im Mürz- und Murtal die Hammerwerke befinden, aber auch deswegen (*Abg. Peter: Müssen wir jetzt den Erzherzog Johann-Jodler singen?*), weil sich das wuchtige Gebirgsmassiv des steirischen Erzberges hier befindet. Dieser Erzberg hat viele Jahrhunderte hindurch der wirtschaftlichen Entwicklung der Steiermark und auch Österreichs den Weg gewiesen. Er gilt als Fundament der gesamten heimischen Eisen- und Stahlindustrie und bietet Generation um Generation Arbeit und Brot.

Meine Damen und Herren! Man kann dieses Problem auch lächerlich machen, aber Erzherzog Johann war gar nicht so ein ... (*Abg. Peter: Also doch der Erzherzog Johann!*) Er war ein sehr gescheiter Mensch. Er hat die Probleme damals in seiner Zeit schon richtig erkannt. Das Problem Erzberg und Steiermark damit abzutun, indem man sagt: Herr Kollege, singen Sie den Erzherzog Johann-Jodler!, ist doch ein bißchen zu billig. Erstens einmal kann ich nicht jodeln (*Abg. Peter:*

*Sie wollen ein Steirer sein?), und zweitens würde es mir, wenn ich es täte, sicher der Herr Präsident verbieten (*Abg. Peter: Nein, der Herr Präsident hat sehr viel Verständnis für Humor!*), hier zu singen.*

Schon in den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt wurden Erz und Eisen vom steirischen Erzberg gewonnen. Im 11. Jahrhundert hat man in unserem Bereich, also im Eisenerzer Bereich, das Erz geschmolzen. Seit dieser Zeit haben unsere Produkte als Eisen- und Edelstahl über die Handelsstädte Steyr und Leoben den Weg durch ganz Europa genommen, und zwar bis in den Vorderen Orient. Seit dieser Zeit sind dieses Eisen und dieser Stahl aus der Steiermark in der ganzen Welt dank ihrer Qualität bekannt. Bis herauf in unser Zeitalter war dieses Land, unsere Heimat, in Krieg und Frieden eng verbunden mit dem Schicksal dieses Berges und war dieser Berg eng verbunden mit dem Schicksal seiner Heimat.

Als wir nach dem ersten Weltkrieg von einer Weltmacht zu einem kleinen Land geworden sind und keine Bedeutung mehr gehabt haben, hat man uns doch wegen der guten Qualität des steirischen Stahles und des steirischen Eisens diese Produkte immer und immer wieder gerne abgekauft.

Es sind aber auch die Industrialisierung und die wirtschaftliche Entwicklung an diesem größten Eisenerztagbau mit einer Tagesproduktion von 50.000 t nicht spurlos vorübergegangen. Die Technisierung hatte auch ihre Folgen für die Belegschaft. In der letzten Zeit hatten wir einen Rückgang bei den Arbeitnehmern von ungefähr 1500 Mann. In diesem geographisch so ungünstig gelegenen Talkessel ist es sehr schwer, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Deswegen ist es auch klar und verständlich, daß die jungen Menschen aus diesem Talkessel abwandern.

Aber es macht uns auch die VÖEST Schwierigkeiten bei der Erzabnahme; dadurch sind auch die Arbeitsplätze am Erzberg gefährdet. Die Konkurrenz des billigen Erzes aus dem Ausland, aus Übersee, bedingt nicht durch die Qualität des steirischen Erzes, das möchte ich hier eindeutig feststellen, sondern bedingt durch die billigeren Arbeitskräfte in Übersee, bedingt auch durch die niedrigen Frachtkosten für das Erz aus Übersee, hat nun die VÖEST veranlaßt, mehr Erz aus Übersee herüberzunehmen, weil die Frachtkosten von Eisenerz nach Donawitz um die Hälfte billiger sind als von Eisenerz nach Linz. Aber das hat mit der Qualität des Erzes nichts zu tun. Man betont immer wieder, das steirische Erz wäre minderwertig. Aber das stimmt nicht, das hat mit der Qualität

Krempel

nichts zu tun, sondern lediglich mit dem Preis. Die Preisgestaltung ist eben ungünstiger, dies auch deswegen, weil die Erzbergbaue in Übersee zu drei Viertel eisenhältiges Gestein haben, während das eisenhaltige Gestein am Erzberg nur ein Drittel beträgt. Entscheidend ist, wie ich glaube, daß der Preis des steirischen Erzes höher ist als der Preis des überseeischen Erzes.

Was für den steirischen Erzberg gilt, gilt genauso für den Erzbergbau in Hüttenberg und für den Erzbergbau in Radmer.

Ich wollte nur mit einigen Sätzen die Sorgen unserer Erzbergbaue aufzeigen und hier vor allem an unsere Kollegen in der VÖEST und an deren solidarische Gesinnung appellieren. Wir haben doch in den harten Zeiten des Wiederaufbaues nach dem zweiten Weltkrieg zusammengehalten; sie haben uns das steirische Erz abgenommen und haben auch hochwertige Qualitätsstähle und Roheisen erzeugt. Es dürfte daher jetzt im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, in denen sich unsere Kolleginnen und Kollegen am steirischen Erzberg befinden, jetzt, nachdem sich die VÖEST so gut entwickelt hat und so gut dasteht, nicht der Satz fallen: Was geht uns die Steiermark an!, oder: Was geht uns der Erzberg an, das ist ein Problem der Bundesstraße 17! Ich glaube, so sollte man dieses Problem nicht abtun, weil doch dabei die Arbeitsplätze von Tausenden und Abertausenden Menschen in Gefahr sind. Ich glaube, daß wir bei einem guten Willen, wenn wir alle zusammenhalten, auch dieses Problem werden lösen und zu einem guten Ende werden führen können.

An Sie, Herr Minister, darf ich auch die Bitte richten, den Erzberg nicht zu vergessen.

Und nun, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, die Sie dem österreichischen Bergbau durch Ihr Zuhören gewidmet haben, herzlich danken; ich darf Sie mit dem alten Bergmannsgruß „Glück auf“ begrüßen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Minister! Ich möchte einige Worte zur Forschungsförderung sagen. Ich glaube, das ist in diesem Jahr angebracht, in dem ja erstmalig nach Inkrafttreten des Forschungsförderungsgesetzes ein Budget gelegt wird. Dieses Budget ist sozusagen ein erster Rechenschaftsbericht für die Forschungsförderung.

Nach den Worten des Herrn Ministers Mitterer von gestern scheint er mir kein besonders impressiver Anwalt der Forschung zu sein. Wenn ihm das Minibudget, das vorliegt, solche Freude bereitet, daß er diese Post stolz als die erste aufweist, die besser dotiert ist, dann ist diese Sprache eine ganz andere als seinerzeit bei der Verabschiedung des Gesetzes. Sie ist viel bescheidener geworden als damals, als auf der rechten Seite an dem Tag, an dem wir das Forschungsförderungsgesetz verabschiedet haben, fast eine Euphorie, eine Begeisterung darüber war, was alles hier geschehen ist.

Herr Dr. Hauser hat damals erklärt, daß der Weg über die Verpflichtung des Staates für diese Zwecke Budgetmittel freizumachen, nur so ausschaut, als ob er eine mangelhafte Finanzierung wäre. Ich wage gar nicht an ihn die Frage zu stellen — er ist ohnehin nicht da, aber ich würde mich auch dann, wenn er hier wäre, nicht trauen, ihn zu fragen —, ob er tatsächlich der Auffassung ist, daß dieses Minibudget keine mangelhafte Finanzierung ist. Ich fürchte, ich würde noch ein Ja von der rechten Seite hören.

Ich habe übrigens den Eindruck, daß der Herr Minister den Bericht des Forschungsförderungsfonds und den Regierungsbericht an das Parlament eigentlich nicht gelesen hat. Es ist sehr zu bedauern, daß der Regierungsbericht über die Forschungsförderung, über die Lage der Forschung dem Parlament noch nicht zur Diskussion vorgelegt wurde. Das ist nicht die Schuld der Regierung; das will ich betonen. Aber es wäre sehr nützlich gewesen, wenn wir vor der Budgetdebatte diesen Bericht hätten diskutieren, besprechen und bearbeiten können. Wahrscheinlich wäre die Beurteilung der Forschungsförderungsansätze im Budget etwas anders ausgefallen. Aber das hindert uns nicht — auch wenn dieser Bericht nicht der parlamentarischen Bearbeitung unterzogen wurde —, doch die wichtigsten Ergebnisse dieses Berichtes hier zu berücksichtigen.

Da ist erstens die Feststellung — und ich bitte das zu beachten, meine Damen und Herren — des Regierungsberichtes: „Österreich gibt derzeit rund 0,5 Prozent seines Bruttonationalprodukts für Forschung und Entwicklung aus, wesentlich weniger als die vergleichbaren kleineren Industriestaaten.“

Meine Damen und Herren! Ich betone: das sagt der Regierungsbericht und nicht die sozialistische Opposition. Mit anderen Worten: Österreich ist auf dem Gebiete der Forschung ein unterentwickeltes Land. Das ist eine Tatsache, die wir immer wieder betont haben.

10412

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dr. Hertha Firnberg

Wir geben nur einen Bruchteil der Forschungsausgaben anderer Länder aus. Das können wir sehr leicht nachweisen, ganz gleichgültig, ob wir als Kennziffer den Anteil der Forschung am Bruttonationalprodukt oder die Pro-Kopf-Quoten heranziehen. Der internationale Vergleich — und der liegt ja auch im Regierungsbericht vor — zeigt uns das sehr deutlich. Die Kritik an der Situation der Forschung und der Forschungsförderung in Österreich möchte ich nicht selbst formulieren, sondern sie wieder dem Regierungsbericht entnehmen. Wir lesen hier:

„Der Tiefstand der österreichischen Forschung spiegelt sich auch in der Anzahl der in Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 10.000 Einwohner.“ — Und nun werden Zahlen angeführt: In Österreich sind je 10.000 Einwohner nur 9 in Wissenschaft und Forschung tätig; in den Niederlanden 35,6! Noch ungünstiger ist das Verhältnis, wenn wir nur die Wissenschaftler und Techniker in Rechnung stellen: da entfallen in Österreich auf je 10.000 Einwohner 4,5, in Kanada 12,6 und in den Niederlanden 25,8.

Der Bericht setzt fort — ich betone: der Regierungsbericht setzt fort —:

„Österreich wurde gemeinsam mit Italien zu den nichtforschungsorientierten Staaten gerechnet.“ Und er setzt weiter fort:

„Österreich lag mit den Ausgaben in den sogenannten forschungsintensiven Industrien von elf untersuchten Staaten an vorletzter Stelle.“ — Und weiter heißt es: „Diese Untersuchung zeigt deutlich, daß die Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Österreich nicht nur der Höhe, sondern auch der Struktur nach unter denen der vergleichbaren Industriestaaten liegen.“

Ich entnehme dem Regierungsbericht Zahlen, die für sich selbst sprechen. Forschungsausgabenanteil pro Kopf der Bevölkerung in Schilling umgerechnet: in Schweden 871, in den Niederlanden 707, in Belgien 382, in Norwegen 299 und in Österreich 1966 185 S.

Der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttonationalprodukt: in Schweden 1,5 Prozent, in den Niederlanden und in der Schweiz 1,9 Prozent, in Belgien 1 Prozent, in Norwegen 0,7 Prozent und in Österreich — wie der Regierungsbericht ausführt — 0,5 Prozent!

Ich nenne diesmal nicht Ghana, um den Herrn Kollegen Harwalik nicht wieder aufzurütteln; ich nenne auch nicht Irland, denn auch das wurde letztes Mal als störend empfunden. Ich nenne Zahlen, die im Regierungsbericht enthalten sind. Meine Damen und Herren! Ich glaube, bei einer objektiven

Beurteilung müßten doch alle zu diesem Ergebnis kommen: die Lage unserer Forschung in Österreich ist trist. Und das ist auch das Ergebnis des Berichtes des Forschungsrates!

Unser Fraktionsfreund Broda hat letztes Mal das Schreiben zitiert, das der Forschungsrat am 17. Oktober an den Nationalrat gerichtet hat. Nur zwei Stellen seien in Erinnerung gerufen und nochmals zitiert. In diesem Schreiben an den Nationalrat — und das ist etwas, das uns unmittelbar angeht, meine Damen und Herren, denn es ist an uns, an unsere Verantwortung gerichtet — heißt es:

„Trotzdem besteht aber gegenwärtig noch ein krasses, für die Entwicklung Österreichs höchst gefährliches Mißverhältnis zwischen den Förderungsmitteln und dem echten, im Regierungsbericht anerkannten Forschungsbedarf von Wissenschaft und Wirtschaft.“

Es heißt weiter: „Diese Unterschiede zu anderen Ländern würden sich für Österreich in katastrophaler Weise vergrößern, wenn es nicht gelänge, durch progressive Steigerung der Förderungsausgaben den Rückstand aufzuholen und den Anschluß an die Zukunft herzustellen.“

Meine Damen und Herren! Das ist eine ernste Mahnung aus dem Munde von Experten und ist von den durch das Gesetz zur Berichterstattung bestellten Experten doppelt ernst zu nehmen.

Ich darf noch ein paar Worte zu dem uns unmittelbar in diesem Kapitel berührenden Bereich Forschung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, zu unserem heutigen Kapitel, sagen. Nach dem Regierungsbericht wurden im Jahre 1966 insgesamt 782 Millionen Schilling für gewerbliche Forschung in Österreich ausgegeben; das sind 0,28 Prozent des Bruttonationalprodukts.

Der Herr Präsident des Forschungsförderungsfonds hat nach Abschluß des ersten Berichtes auf einer Pressekonferenz im Februar dieses Jahres sehr unzweideutig seine Meinung kundgetan, indem er nämlich sagte, daß diese Größenordnung in Österreich nicht ausreicht — bei weitem nicht ausreicht — und daß eine sehr kräftige Zuwachsrate notwendig ist, wenn wir nur den Abstand gegenüber den anderen entwickelten Industrieländern halten wollen, denn ihre Forschungsförderung wächst ja auch. Er sagte weiters, daß es aber in Wirklichkeit dringend nötig wäre, die Forschungslücke zu schließen, den Gap zu verkleinern.

Meine Damen und Herren! Nähere Analysen zeigen uns noch andere sehr unerquickliche Entwicklungen: unter anderem, daß der Anteil der ohnedies sehr schwachen Forschungs-

Dr. Hertha Firnberg

finanzierung durch den Staat außerdem noch zurückbleibt. In den Jahren 1963 und 1964 finanzierte der Staat 13,5 Prozent der Forschungsmittel für den gewerblich-industriellen Bereich. Im Jahre 1966 ist der staatliche Anteil auf 8,4 Prozent gesunken.

Es gibt noch andere ungünstige Vorzeichen — auch nach dem Regierungsbericht! —: Die Lizenzbilanz hat sich weiterhin verschlechtert. Der Passivsaldo, der im Jahre 1961 174 Millionen betrug, war 1966 auf 340 Millionen und 1967 auf 417 Millionen Schilling angewachsen. Ein ähnlich unerfreuliches Bild zeigen die Patentanmeldungen und -erteilungen in einer deutlichen Verschiebung zu den Ausländern hin. Während die Zahl der Patentanmeldungen und -erteilungen für Inländer fast unverändert, eher sinkend war, ist die Zahl der an Ausländer erteilten und angemeldeten Patente um 26 beziehungsweise um fast 40 Prozent gestiegen. Die ungünstige Entwicklung, die wir seit Jahren feststellen können, ist nicht gebremst worden, sondern hat sich im Gegenteil noch verstärkt. Ich weiß nicht, ob das alles für den Herrn Minister, in dessen Kompetenz die Forschungsförderung fällt, so ohne Belang ist, daß er gestern seiner Zufriedenheit über die bessere Dotierung der Forschungsförderung Ausdruck geben konnte. Den Bericht des Forschungsförderungsfonds kann der Minister nicht studiert haben. Herr Minister! Sie können ihn nicht eingesehen haben, denn der Bedarf 1969 — und das wird als Minimalbedarf dargelegt — wurde mit 338 Millionen beziffert, 224 Millionen mehr als 1968! In Anbetracht der tristen Budgetlage wurde fest mit mindestens 100 Millionen Dotierung als erster Impuls für die Forschung gerechnet. Anzupeilen ist — nach diesem Bericht — 1 Prozent des Brutto-nationalprodukts für Forschungsförderungsausgaben auf diesem Sektor bis 1975. Staat und Wirtschaft sollen sich nach dem Urteil dieser Experten an der Finanzierung im Verhältnis von 1 : 2 beteiligen.

Dieser Dotierungsvorschlag — 100 Millionen Schilling — ist sehr wohl begründet. Eine genaue Analyse: jede Ziffer sitzt, alle Details sind vorhanden. Er läßt sich auch sehr leicht aus dem Ergebnis ableiten, das bisher vorliegt. In den ersten acht Monaten wurden an den Fonds Projekte um 71,5 Millionen Schilling herangetragen. Das ist ein Anfang, denn es haben viele Firmen darauf verzichtet, überhaupt einzureichen, weil sie die geringe Dotierung kannten; das ist etwas, das erst anlaufen wird. Ich kann dem Herrn Minister versichern — ich hoffe, er hat sich davon selbst überzeugt —, daß diese Vorhaben einer sehr strengen und genauen Prüfung unterzogen werden, ehe sie dotiert werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wohl die Gelegenheit und der Ort, hier und heute den Organen des Fonds, und zwar sowohl dem wissenschaftlichen wie auch dem gewerblichen Forschungsförderungsfonds, den Präsidien, den Kuratorien und dem Forschungsrat selbst für die ganz exzellente, umfassende und rasche Arbeit den Dank abzustatten (*Beifall bei der SPÖ*), den Dank, den ich mindestens im Namen meiner Fraktion diesen Herren hier aussprechen kann.

Es ist uns eine Genugtuung, daß die bestellten Organe so ausgezeichnet funktionieren, und, ich glaube, wir sollten auch ausdrücklich sagen, daß ihnen von unserer Seite aus jede denkbare und mögliche Unterstützung bei ihren Bestrebungen zugesichert ist und daß wir mit außerordentlich großem Interesse ihre Arbeit und die Ergebnisse ihrer Arbeit verfolgen. (*Beifall bei der SPÖ*) Wir sind ihnen sehr zu Dank verpflichtet, weil sie uns dazu verholfen haben, aus dem Glauben und Meinen und den Schätzungen, auf die wir uns bisher verlassen mußten, in die sichere Sphäre des Wissens und der gesicherten Information einzutreten.

Im ersten Bericht der Fonds wie auch im Bericht der Bundesregierung wird der Bedeutung der Forschung, insbesondere der industriell-gewerblichen Forschung für die wirtschaftlichen Fortschritte großes Gewicht beigemessen. Ich will darauf nicht näher eingehen, wir werden in der Diskussion, in der Debatte bei der Behandlung des Regierungsberichtes ja dazu Gelegenheit haben. Ich möchte nur darauf verweisen, daß ökonometrische Untersuchungen der OECD ergeben haben, daß in den Industrieländern zwei Drittel des Wirtschaftswachstums dem technischen Fortschritt zuzuschreiben sind, daß also die Forschung der Motor der Wirtschaft und daß die Forschungsförderung ein sehr wesentlicher Bestandteil jeder modernen Wirtschaftspolitik und vor allem der Wachstumspolitik ist. Gerade die Verbindung von Wissenschaft und Technik, sozusagen die Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die technisch verwertbare Form garantiert ja die Entwicklung der Wachstumsindustrien, und das ist letzten Endes auch das Resultat der Untersuchungen über den technological gap zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

Wir Sozialisten haben diesen Standpunkt immer vertreten, und es wurde uns durch die Experten bestätigt, daß die Strukturschwäche der österreichischen Wirtschaft, die jetzt ja auch von der rechten Seite nicht mehr bestritten wird, unter anderem und nicht im kleinsten Maße darauf zurückzuführen ist, daß die Forschung bei uns vernachlässigt

10414

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dr. Hertha Firnberg

wurde, daß sie Jahre und Jahrzehnte lang vernachlässigt wurde.

So hat unser Wirtschaftsprogramm, das Programm der Sozialisten zur Reform der österreichischen Wirtschaft, das sich im wesentlichen mit der Strukturreform unserer Wirtschaft beschäftigt, einen sehr starken Akzent gerade auf die Fragen Forschung und Forschungsförderung gesetzt. Sehr umfassend haben wir uns mit den Fragen der Forschung und der Zusammenhänge zwischen Forschung und Wirtschaftswachstum beschäftigt.

Schon in der Einleitung gibt unser Wirtschaftsprogramm sozusagen die programmatischen Grundsätze. Es heißt dort:

„Die neuzeitliche Gestaltung und Finanzierung unserer wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung stellen eines der dringendsten Anliegen unserer Wirtschaftspolitik dar.“

Uns wird der Vorwurf nicht treffen, der den Koren-Plan getroffen hat, daß er nämlich in neun Zeilen die Landwirtschaft abgetan hat. Wir widmen diesem wichtigen Punkt Forschung sehr ausführlich und sehr eingehend unsere Aufmerksamkeit.

Wir haben im Kapitel Industriepolitik weitgehende Ausführungen über das Thema Forschung und Forschungsförderung. Das Kapitel 7, „Technischer Fortschritt“, beschäftigt sich speziell mit den Fragen der Forschung im gewerblich-industriellen Bereich, mit den Ursachen des Forschungsrückstandes, mit Maßnahmen zur Schaffung der Voraussetzungen für die Verbesserung, mit der Novellierung des Forschungsförderungsgesetzes, mit Maßnahmen der Schaffung von Anreizen und so weiter.

Darüber hinaus befaßt sich auch das Kapitel über Investitionspolitik sehr eingehend mit diesen Fragen. Wir stellen in unserem Programm fest, daß besonders förderungswürdige Investitionen jene sind, die für Forschungs-zwecke erforderlich sind.

Schließlich und endlich wird im Kapitel Infrastruktur über die Dotierung, über die notwendige Finanzierung der Forschung in Österreich gesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen mit Bewilligung des Präsidenten diesen kleinen Passus zitieren. Es heißt hier im Kapitel Forschung: es wurde als Bundesbeitrag ein auf 500 Millionen Schilling erhöhter Betrag aufgenommen. Die öffentliche Hand hat ihre Forschungsförderung auf einen konstanten Zuwachs der Forschungsaufgaben, gemessen am Bruttonationalprodukt, hin abzustellen und ihre entsprechende Budgetierung dem Grundsatz unterzuordnen, daß gesamtwirtschaftlich wichtige Forschungsprojekte, insbe-

sondere solche, die einer progressiven Strukturpolitik dienen, nicht an der Finanzierung scheitern dürfen.

Das ist unsere Auffassung von der Förderung der Forschung.

Wie Sie zugeben müssen, meine Damen und Herren von der rechten Seite, setzen wir schon einen etwas größeren Ansatz ein, als im Budget der monocoloren Regierung diesmal — im ersten Jahr nach Inkrafttreten des groß angepriesenen Forschungsförderungsgesetzes — eingesetzt ist.

Ich darf im Zusammenhang mit der Forschungsförderung speziell im industriell-gewerblichen Bereich auch die starken Rückwirkungen nicht unerwähnt lassen, die von der Forschungsförderung auf das Problem brain drain ausgehen. Wie Sie alle wissen, ist für die Vereinigten Staaten gerade das ein sehr wichtiges Element im Gesamtbild ihrer Überlegenheit. 2500 bis 3000 junge Wissenschaftler gehen jährlich von Europa nach den Vereinigten Staaten, und es ist die Elite, es ist der beste Teil der Jungen, die abwandern. Maßgeblich zu der technisch-wissenschaftlichen Überlegenheit der Vereinigten Staaten hat zweifellos diese Zuwanderung beigetragen, von der keine oder fast keine Gegenbewegung nach Europa zurück erfolgt. Es ist kein Zufall, daß es der Schweiz durch eine sehr gezielte Forschungsförderung vor allem auf diesem Gebiet der industriell-gewerblichen Forschung gelungen ist, fast keinen Passivsaldo in der Wanderungsbilanz ihrer Wissenschaftler zu haben; im Gegensatz zu Österreich!

Ich entnehme die Schilderung der Situation wieder den Erläuternden Bemerkungen, die der Forschungsrat in seinen Vorschlägen an das Parlament angefügt hat. Der Forschungsrat schreibt, daß die oft beklagte Abwanderung schöpferischer Kräfte ins Ausland durch die Hebung des Forschungsvolumens in Gemeinschaftsforschungsinstituten in anderen Städten stark gemildert werden könnte. Die steigende Einsatzmöglichkeit schöpferischer Menschen im eigenen Land würde die bisherige „Entwicklungshilfe“ Österreichs für hochentwickelte Staaten wirksam bremsen und die Nutzung dieser entscheidenden Leistungskräfte für die eigene Volkswirtschaft ermöglichen.

Wir sollten uns, meine Damen und Herren, diese Angaben, diese Aussagen sehr überlegen und nicht darüber hinweggehen. Ich habe, eingedenk der Bedeutung der Forschungsförderung und der Verpflichtung, die wir mit dem Forschungsförderungsgesetz übernommen haben, sofort nach dem Vorliegen des Berichtes des Forschungsförderungsfonds, alarmiert durch die Resultate, eine Anfrage an den Herrn Finanzminister gestellt,

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10415

Dr. Hertha Firnberg

und zwar in der Fragestunde vom 19. April. Die Antwort war, wie die Antworten unserer Herren Minister gewöhnlich bei unangenehmen Anfragen sind, recht ausweichend und damit nichts Gutes verheißend. Herr Minister Koren hat auf meine Frage, ob er die vom Forschungsförderungsfonds geforderten Mittel im kommenden Budget einzusetzen beabsichtige, zuerst erklärt, daß man vor Beginn der Budgetverhandlungen nicht über konkrete Zahlen reden könne. Als ich ihn nochmals etwas energerischer darüber befragte, erklärte er, daß er zwar den Bericht kenne, daß solche Berichte außerordentlich nützlich und wertvoll seien, daß es aber zweifellos ebenso notwendig sei, alle durchaus gerechtfertigten Wünsche der gesamten Gesellschaft in eine Rangordnung zu bringen und sie entsprechend dieser Rangordnung nach Maßgabe der Möglichkeit zu erfüllen.

Der eingesetzte Betrag von 29 Millionen Schilling ist kein sehr durchschlagender Beweis, kein Nachweis für den Vorrang der Forschung in der Rangordnung der Wünsche, weder beim Herrn Finanzminister noch bei dem für diese Frage kompetenten Herrn Minister Mitterer.

Ich möchte, meine Damen und Herren, doch an die Verpflichtungen erinnern, die wir übernommen haben: das Parlament durch das Forschungsförderungsgesetz und die Entschließung, die Regierung durch die Regierungs'erklärung: „Vorrang für Wissenschaft und Forschung“, schließlich auch durch den Regierungsbericht über die Lage der Forschung. Es kann doch nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprechen, sozusagen als „Fleißaufgabe“ die Herren des Fonds umfassende Berichte erstatten zu lassen und dann daraus keine Konsequenzen zu ziehen. Es kann doch auch nicht der Sinn und der Zweck eines Regierungsberichtes sein, Aussagen wie die folgende zu treffen — ich entnehme das wieder dem Regierungsbericht an das Parlament —: „Um den Rückstand“ — an Forschung — „abzubauen, strebt die Bundesregierung eine Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben mittelfristig auf 1 Prozent und längerfristig von 1,5 bis 2 Prozent des Bruttonationalproduktes an. Wenn dieses Ziel innerhalb der nächsten zehn Jahre erreicht werden soll“ — bitte zuhören! —, „so müssen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben jährlich um durchschnittlich 15 Prozent stärker wachsen als das nominelle Bruttonationalprodukt.“

Und dann sagt der für die Forschungsförderung zuständige Minister: Es war niemand mit den Budgetansätzen zufrieden, man muß sie eben mit den Möglichkeiten in Einklang bringen, und er erklärt dazu befriedigt, daß

die Forschung ohnehin besser dotiert sei: 29 ganze Millionen, also gegenüber dem Vorjahr das Doppelte. Ich möchte dem Herrn Minister sagen, wie man das nennt: Jubiläumsstatistik! Wenn man einen sehr kleinen Betrag in einer Relativzahl darstellt und diese als einen Zuwachs bezeichnet, dann kommt sehr wohl ein sehr hohes Wachstum heraus — eine Technik, die die Oststaaten noch vor einigen Jahren sehr gut beherrscht haben. Aber Aussagekraft haben solche Rechenkunststücke nicht. Die Forschungsförderung, sagte der Herr Minister, ist in anderen Ländern deshalb höher, weil sie früher damit begonnen haben. Diese Erklärung steht in einem krassen Widerspruch zu dem, was im Regierungsbericht steht.

Aber auch zu seinen eigenen Erklärungen muß ich dem Herrn Minister etwas sagen. Er hat am 20. Mai bei einer Konferenz, die gemeinsam von der Europabewegung und dem Komitee für internationale und europäische Zusammenarbeit veranstaltet wurde, erklärt: Mehr Mittel für die Forschung! Er hat alle diese Zahlen angeführt, die hier im Bericht standen. Wem soll man also glauben? Dem Herrn Minister hier im Haus oder dem Herrn Minister auf der europäischen Konferenz?

Es scheint wirklich notwendig zu sein, dem Herrn Minister einmal zu sagen, daß hier das Maß doch nicht sein kann: 29 Millionen zu 15,5 Millionen, also eine Verdoppelung, sondern daß wir messen müssen an dem, was uns die Experten des Forschungsförderungsfonds gesagt haben, nämlich messen an den mindestens 100 Millionen Schilling, und da ist es nicht das Doppelte, sondern höchstens ein Viertel.

Die Lage ist nämlich so — auch das muß das Hohe Haus wissen, um die Situation richtig beurteilen zu können —: Es sind von diesen 29 im Budget genehmigten Millionen 25 Millionen bereits für mehrjährige Vorhaben gebunden; ein Problem, das wir bei der Diskussion über das Gesetz ausführlich besprochen haben. Es ist ein wesentliches Element der Forschungsförderung, daß man die Kontinuität der einzelnen Projekte festhalten muß. Man kann nicht in einem Jahr fördern und im nächsten Jahr sagen: Wir können nichts fördern, es ist kein Geld da! — Die Kontinuität muß gewahrt bleiben.

Was soll also mit dem kleinen Rest von 4 Millionen Schilling neu initiiert werden? Will wirklich irgend jemand sagen, daß das ein Impuls für die Forschung sein kann?

Bereits für das Jahr 1969 liegen schon jetzt neue Anträge für 15 Millionen Schilling vor, und das ist erst der Anfang. Ich möchte nicht gestatten, daß diese Anträge abgewertet wer-

10416

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dr. Hertha Firnberg

den, denn alles, was wir bisher von den Projekten sahen, zeigt, daß sie eine absolut richtige und zielführende Tendenz aufweisen: Strukturverbesserung der Wirtschaft, Wettbewerbsförderung. Es ist eine breite Streuung der Projekte auf die Wachstumsbranchen; sie sind keineswegs nur auf die großen Unternehmen beschränkt, sondern auf viele mittlere und kleine Betriebe verteilt, für die dieser Forschungsförderungsbeitrag wirklich eine Initialzündung ist. Es sind Projekte vielfältigster Art.

Wir müssen mit tiefem Bedauern sagen, daß bei dieser Dotierung eine Fülle von Begabung, von Initiative, von Ideenreichtum und Chancen brach liegenbleiben muß, weil die Regierung und die Regierungspartei, wie wir das aus anderen Kapiteln schon wissen, große Worte sprechen, aber keine Taten setzen.

Gerade diese Regierung hätte eine ganz besondere Verpflichtung zur Forschungsförderung. Ich möchte das auch heute hier sagen. Wir stehen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sozusagen vor dem ersten Budget, das die Auswirkung hinsichtlich dieses Gesetzes aufzeigt. Die Legislaturperiode ist bald zu Ende. Ich will jetzt nicht den Streit eröffnen, ob das — wie wir das für die österreichische Bevölkerung hoffen und wünschen — schon 1969 sein wird oder erst im März 1970; die Legislaturperiode geht bald zu Ende. Es ist gerade diese Regierung, die sich im Forschungsbericht die Steigerung auf 1,5 Prozent bis 2 Prozent des Bruttonationalprodukts zum Ziele setzt. Es ist daher ihre Verpflichtung, spätestens bei ihrer letzten oder vorletzten Chance, weil es das letzte oder vorletzte Amtsjahr ist, doch Beiträge in bemerkenswerter Höhe zu geben und nicht Bagatellbeträge.

Diese Verpflichtung besteht vor allem gerade im Hinblick auf das kommende Budget, weil die Budgetprognosen doch erkennen lassen, daß die Finanzlage keineswegs bessere Aussichten für eine bessere Dotierung der Forschung erwarten läßt. Schließlich ist es eine besondere Verpflichtung dieser Regierung, weil der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung, und seither immer wieder, und alle Minister immer wieder, einen Vorrang für Wissenschaft, für Forschung statuiert haben.

Ich sage ohne Schadenfreude — ohne Schadenfreude! —, sondern mit tiefem Bedauern, daß sich die pessimistischen Prognosen erfüllt haben, die wir sozialistischen Abgeordneten auf der Forschungsratenquete vom 18. Oktober des vorigen Jahres und bei den Verhandlungen sowie bei der Debatte über das Forschungsförderungsgesetz gestellt haben. Wir haben damals Bedenken angemeldet, weil wir sagten, daß die Finanzierung, der harte Kern

jeder Forschungsförderung, nicht gelöst sei. Ich weiß nicht: War es eine bewußte Täuschung oder war es ein wirklich unrealistischer Kinderglaube, der beziehungsweise die damals die rechte Seite des Hauses zu behaupten veranlaßte, daß eine echte Forschungsförderung aus den Budgetmitteln allein gespeist werden könne?

Wir haben damals Vorschläge konstruktiver Art erstattet. Wir haben darüber hinaus immer wieder erklärt: Man kann mit uns über alles reden, aber vom Budget allein her werden wir die Mittel für das, was die Forschung dringend nötig hat, nicht aufbringen können.

Wir haben damals dem Gesetz zugestimmt, aus Respekt vor den Wünschen der Wissenschaft und aus der Überzeugung heraus, daß die innere Dynamik der Forschungsinstitution nach jenen Lösungen drängen wird, die wir gleich von Anfang an vorgeschlagen hatten. Wir sind schon heute soweit: Der „ÖVP-Vorrang für Forschung“ hat sich wie so vieles, was von dieser Regierung, von der monocoloren Regierung deklamiert wurde, als eine hohle Phrase erwiesen, ohne ernste Absicht, etwas zu realisieren.

Ich habe damals bei der Debatte über das Forschungsförderungsgesetz mit den Worten geschlossen, die nahe Zukunft werde beweisen, daß der von den Sozialisten geforderte Weg der Forschungsförderung und -finanzierung richtig ist. Es hat sich rascher gezeigt, als selbst wir es geglaubt haben: 29 Millionen Schilling statt 100 Millionen Schilling! Das ist wohl der schlagendste Beweis und der Ausdruck des Versagens dieser Regierung und dieser Regierungspartei auch auf diesem für uns, für Österreich so lebenswichtigen Gebiet der Forschung.

Wir können, meine Damen und Herren, aus diesen Gründen selbstverständlich auch diesem Budgetkapitel unsere Zustimmung nicht geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Thalhammer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Thalhammer** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Obwohl gestern im Zuge der Debatte schon sehr viel über den Fremdenverkehr gesprochen wurde, darf ich doch noch einige Sätze zu diesem Kapitel sagen, nämlich zum österreichischen Fremdenverkehr, der von „Extremisten“ beherrscht zu sein scheint. So schreibt zumindest im Februar dieses Jahres ein Journalist in einer angesehenen Tageszeitung, der sich mit den Problemen des Fremdenverkehrs schon öfters befaßt hat. Er kommt zu der Ansicht, daß dieser Fremdenverkehr von Extremisten beherrscht sei, auf Grund von Äußerungen, die Fachleute und

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10417

Thalhammer

solche Leute, die es sein wollen, auf Grund der Ergebnisse des Fremdenverkehrsjahres 1966/67 gemacht haben, die sehr pessimistisch waren und zu der Meinung geführt haben, daß auch im kommenden Jahr wie im Jahre 1966/67 ein Rückgang sowohl in den Besucherzahlen wie auch in den Nächtigungszahlen vor sich gehen werde.

Seither sind einige Monate vergangen. Diese pessimistischen Voraussagen sind nicht eingetroffen, und wir befinden uns sozusagen wieder in einer Hochstimmung auf diesem Gebiet. Es ist wieder alles eitel Wonne, und auch der Herr Minister hat ja gestern in seiner Antwort darauf hingewiesen, daß die steigenden Zahlen, die besseren Ergebnisse im heurigen Jahr ein Gradmesser für den Fortschritt, für den Wohlstand wären, also alles wieder in Ordnung sei.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Auffassung sollte man nicht allzusehr Rechnung tragen, weil sie einen sehr gefährlichen Weg öffnen würde. Bei dem Versuch, eine Definition des Begriffes Fremdenverkehr überhaupt vorzunehmen, würde man ja auf sehr große Schwierigkeiten stoßen: Sind es nur die Gasthäuser, sind es die Hotels, sind es die Seilbahnen? — Keinesfalls, glaube ich. Da gehört ja noch viel mehr dazu: die gesamte Infrastruktur unseres Landes, Straßen, Bahnen und so weiter. Gerade vor einigen Tagen hat wieder die alljährlich vom Verkehrsministerium abgehaltene Verkehrstagung stattgefunden, die in Wirklichkeit nur eine Fremdenverkehrstagung ist, die sich mit den Problemen der Schiene beschäftigt, ich möchte sagen, eine bessere, eine intensivere Fahrplankonferenz der Fremdenverkehrsdirektoren und der Menschen, die sich draußen mit dem Fremdenverkehr beschäftigen und dafür verantwortlich sind. Also auch das gehört natürlich dazu.

Vor allem möchte ich nicht verschweigen und zum wiederholten Male meiner Meinung hier Ausdruck geben, daß ja die Träger des Fremdenverkehrs vor allem die Gemeinden draußen sind, kleine Gemeinden, große Gemeinden. Sie tun sehr viel, sie tun Erhebliches für diesen Fremdenverkehr. Ohne Gemeinden gäbe es keinen Fremdenverkehr. Auch das muß einmal festgestellt werden. Es ist also nicht nur die Hotellerie, es sind nicht nur die Gasthäuser, nicht nur die Beherbungsbetriebe, sondern es ist ein sehr großer Kreis von Komponenten, die diesen Fremdenverkehr ausmachen.

Nicht nur gestern, sondern auch schon in früheren Jahren wurde von meinem Kollegen Pichler verlangt, endlich ein Generalkonzept für diesen Fremdenverkehr zu erstellen. Hier

kamen dann von Ihrer Seite, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Einwände, daß ja das nicht ginge, weil der Fremdenverkehr kompetenzmäßig Landessache wäre und man einer Verfassungsänderung zustimmen müßte. Ich möchte dazu sehr deutlich sagen — Kollege Pichler hat das schon erwähnt —: Auch hiefür bekäme man die Zustimmung von uns. Aber ist es denn unbedingt notwendig, sofort Verfassungsänderungen in die Wege zu leiten? Meine Damen und Herren! Lesen Sie denn nicht die Ausführungen und Forderungen Ihrer Experten? Ich darf nur erinnern an den Herrn Dr. Zedek, den Syndikus der Bundeswirtschaftskammer, der diese Forderung in einer Broschüre aufgestellt hat, die im Februar 1967 herausgekommen ist — die also schon bald zwei Jahre alt ist —, in der er dasselbe verlangt, nämlich ein generelles Fremdenverkehrskonzept. Er schreibt dann auch im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Charakter dieses ganzen Problems, daß ja ein solches Konzept vorläufig auch nur Empfehlungscharakter haben könnte oder sollte und man nicht deswegen gleich eine Verfassungsänderung in die Wege leiten müsse.

Wir haben ja genug Beispiele in unserem öffentlichen Leben, daß Institutionen geschaffen wurden, die sich sehr segensreich für die Wirtschaft und für den ganzen Ablauf der Wirtschaft und die Behandlung der Probleme ausgewirkt haben. Ich denke nur an den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, der absolut nicht verfassungsrechtlich so gedeckt ist. Daran hat Herr Dr. Zedek, meine ich, auch gedacht, wenn er verlangt, ein Konzept in die Wege zu leiten oder zu erstellen, das unter Umständen auch nur einen Empfehlungscharakter hat. Aber ein Konzept soll kommen, meine Damen und Herren.

In einem Zwischenruf, der gestern gekommen ist, wurde gesagt, daß die Sozialisten bisher nichts gemacht hätten für diesen Fremdenverkehr. Ich möchte sehr deutlich sagen, meine Damen und Herren — abgesehen davon, daß das nicht stimmt; wir haben jedes Jahr hier zu diesem Problem gesprochen und auch Vorschläge erstattet —: Ich darf doch in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß ja seit 1945 das Handelsministerium und damit also die zuständige Kompetenz hier auf Bundesebene immer von Ihren Ministern verwaltet worden ist. Daher ist doch unseren Forderungen und unserer Kritik wegen zuwenig oder verfehlten Ansätzen von Ihren Ministern nicht Rechnung getragen worden. Das möchte ich auch sagen. Aber dort, wo Sozialisten die Möglichkeit gehabt haben, für diesen Fremdenverkehr etwas zu tun, dort

10418

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Thalhammer

ist sehr viel geschehen. Ich darf nur an die Aufschließung unserer Bergwelt, vor allen Dingen im Westen unseres Landes, erinnern, die von einem sozialistischen Verkehrsminister durch Seilbahnen vorgenommen worden ist, wo der Impuls gegeben worden ist für die Aufschließung, an die In-die-Wege-Leitung von Bauten und Seilbahnen, damit die Touristen, die Gäste sich hier bei uns wohlfühlen und ihnen Attraktionen geboten werden. Das möchte ich auch in aller Bescheidenheit hier feststellen, um einer falschen Legendenbildung vorzubauen, daß nämlich wir als Sozialisten für diesen Fremdenverkehr nichts übrig gehabt hätten.

Meine Damen und Herren! Die derzeitigen Kompetenzen — das ist richtig — sind einigermaßen zersplittert. Es ist unmöglich, den Bereich, den Komplex Fremdenverkehr aus der Sicht dieser paar Millionen, der 65 Millionen, die im Budget veranschlagt sind, hier irgendwie zu besprechen. Das ist nicht möglich.

Ich darf nur daran erinnern — auch das wurde gestern erwähnt —, daß auch aus dem Bereich der Gewerbeordnung heraus maßgebliche Kompetenzen auch im Bund für den Fremdenverkehr vorhanden sind, zum Beispiel ob Konzessionen erteilt werden oder nicht. Der Bund kann sich also keinesfalls absentieren und sagen: Wir haben 65 Millionen Schilling veranschlagt, und damit hat es sein Bewenden, und wir können nichts machen! — Das ist das, was wir — und nicht nur wir, ich komme gleich darauf zu sprechen — kritisieren, daß eben mit diesem Zustand offensichtlich sehr viele Stellen zufrieden sind. Wir sind es nicht, und daher diese Forderung nach einem Generalplan, nach einem Generalkonzept.

Schon 1966, also vor nun zwei Jahren, anlässlich der Debatte zum Kapitel Handel habe ich — nicht nur ich, auch andere Redner — dieses Problem schon angeschnitten, und wir wurden damals vertröstet auf einen großen Fremdenverkehrstag, der im Jahre 1967 stattfinden wird und auf Grund dessen dann ein Plan — er wurde ja schon zugesagt — erstellt werden sollte. Es war der damalige Handelsminister, Herr Dr. Bock, der mir das in seiner Antwort gesagt hat.

Dieser Fremdenverkehrstag hat tatsächlich stattgefunden, und das Ergebnis dieses Tages, meine Damen und Herren, ist ein ziemlich umfangreiches Werk mit knapp 450 Seiten. Es sind sehr interessante Beiträge drinnen. Es sind sogar Beiträge von Mitgliedern des Hohen Hauses drinnen. Aber wenn ich nun die Frage stelle, was in dieser Zeit von über einem Jahr, seit dieser Fremdenverkehrstag

abgehalten worden ist, geschehen ist, dann muß ich sagen: Nichts!, denn sonst wäre es nicht möglich, daß der Herr Dr. Graenz, der Geschäftsführer der Österreichischen Hoteltreuhand, vor einem kürzlich abgehaltenen Salzburger Fremdenverkehrstag wieder gesagt hat, der österreichische Fremdenverkehr sei verurteilt zum „Weiterwursteln“. Auch das wurde ja gestern schon vom Kollegen Pichler erwähnt. Wir müssen also feststellen, daß in dieser Richtung nichts geschehen ist, daß nichts dazu beigetragen wurde, um der Forderung nach einem Konzept, nach einem Fremdenverkehrskonzept zu entsprechen.

Natürlich, wenn die Frage auftaucht: Wer soll das machen?, so kann — ich habe das schon erwähnt — der Bund sich nicht absentieren, sondern er muß hier in die Bresche springen und muß verschiedene Vorschläge erstatten, damit der Bund, die Länder und die Gemeinden, wie ich gesagt habe, doch zu einer möglichst abgestimmten Vorgangsweise kommen. Denn es ist doch draußen so — und auf dem oberösterreichischen Fremdenverkehrstag wurde das auch erwähnt —, daß es sehr viele Gemeinden gibt — ich werde mich bei den Bürgermeistern, die das erreicht haben, nicht angenehm bemerkbar machen —, die — und das wird zugegebenermaßen von sehr kompetenten Fachleuten kritisiert — überall und jederzeit versuchen, eine Fremdenverkehrsgemeinde zu werden, gleich, ob sie die Voraussetzungen mitbringen oder nicht. Und dann beginnt die Zersplitterung der Mittel, der Subventionen, der Unterstützungen. Später stellt man fest, daß in einer solchen Gemeinde tausend oder zweitausend Nächtigungen im ganzen Jahr stattgefunden haben. Daher sollten einmal in einer Diskussion zwischen Bund, Ländern und Gemeinden Richtlinien aufgestellt werden, was denn überhaupt die echten Voraussetzungen für eine Fremdenverkehrsgemeinde oder überhaupt für den Fremdenverkehr sind.

Eine Koordination, ein Konzept, ein Plan wäre deshalb schon notwendig, meine Damen und Herren, weil ja neben den 65 Millionen Schilling, die vom Bund für Fremdenverkehr in jeder möglichen Form ausgegeben werden, auch die Länder erhebliche Mittel ausgeben. Ich möchte nur die Endsumme aller Mittel, die von den Ländern unter dem Titel Fremdenverkehr ausgegeben werden, hier bekanntgeben. Es sind immerhin fast 164 Millionen Schilling, die — man kann darüber streiten, ob das eine oder das andere zum Fremdenverkehr gehört — für den Fremdenverkehr verwendet werden. Also hier 164, dort 65; das sind schon fast 230 Millionen Schilling, die es doch, glaube ich, wert wären, zweck-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10419

Thalhammer

mäßig und vor allen Dingen mit dem bestmöglichen Effekt verwendet zu werden. In der derzeitigen Situation kann man nur feststellen, daß bisher eine unkontrollierte Förderung, eine planlose Entwicklung vor sich gegangen ist, vor allen Dingen eine sehr interventionistische Entwicklung. Es war ein Kampf aller gegen alle, möchte ich sagen. Und derjenige, der das größte Standvermögen hatte und die stärksten Ellbogen, der ist dann auch besser zum Zug gekommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon erwähnt, daß das absolut keine Behauptung der Opposition ist, sondern daß sehr maßgebliche Fremdenverkehrsleute diese Forderung erhoben und auch diesen Zustand sehr stark kritisiert haben. Ich habe den Salzburger Fremdenverkehrstag, den oberösterreichischen Fremdenverkehrstag erwähnt, wo alle diese Probleme besprochen worden sind. Die Diskussion gipfelte in der Forderung nach einem Konzept für diesen österreichischen Fremdenverkehr.

In dieses Konzept des österreichischen Fremdenverkehrs müßte auf alle Fälle auch eine Koordination auf dem Bettensektor einzbezogen werden. Es ist gestern auch erwähnt worden, daß es sehr schwer ist bei der Menge von Betten, die wir haben, daß diese immer ausgelastet sind. Das ist richtig. Es wurde auch das Verhältnis zwischen gewerblichen Betten, die zur Verfügung stehen, und den Privatzimmern erwähnt. Nach Meinung sehr vieler wäre der Anteil der Privatzimmer ein zu großer. Ich darf bei dieser Gelegenheit nur erwähnen, daß die Privatzimmervermietung schon sehr früh, vor Jahrzehnten, begonnen hat, schon immer dagewesen ist. Die kann man nicht abschaffen. Das ist vielleicht auch nicht geplant. Man sollte aber nicht immer die Schuld nur auf die Privatzimmervermieter schieben. Wenn wir nämlich den Zuwachs an Betten von 1966 auf 1967 bei den Privatzimmervermietern — die richtigerweise in der Statistik mit 44 Prozent aufscheinen — mit dem der gewerblichen Betten vergleichen, so müssen wir feststellen, daß die gewerblichen Betten sich um 4 Prozent vermehrt haben, die privaten Betten hingegen nur um 2 Prozent. Also beide Kategorien stellen eine Notwendigkeit für den österreichischen Fremdenverkehr dar, weil es — auch das habe ich schon zu wiederholten Malen hier festgestellt — einen gewissen Kreis von Menschen gibt, die eben aus verschiedenen Erwägungen das Privatzimmer bevorzugen. Es spielt nicht zuletzt auch der Preis eine Rolle.

Bei den Überlegungen über ein Konzept und über Maßnahmen, die auf dem Bettens-

sektor getroffen werden sollen, kommt man immer wieder auf die Qualitätsverbesserung, die natürlich in die Wege geleitet werden muß, meine Damen und Herren. Aber es sollte nicht so sein, daß dann nur teure Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Ich bedaure es außerordentlich, möchte ich sagen, daß zum Beispiel die Kapazität der Betten für den Sozialtourismus stagniert, daß sie sich nicht entwickelt, daß sie gleich bleibt, wogegen die Betten in anderen Kategorien immer mehr werden; daß die Jugendunterkünfte sowohl in der Häuser- als auch in der Bettenkapazität stagnieren. Das ist unerfreulich deswegen, meine Damen und Herren, weil ja die Jugendlichen, die heute noch nicht das nötige Geld haben, um sich teure Unterkünfte zu leisten, die Gäste von morgen sind, aber jetzt schon schlecht behandelt werden.

Ich möchte auch vor einer Illusion warnen, die man immer wieder aus den Diskussionen um Qualitätsverbesserungen heraußört, daß man sich nur Gäste mit der dicken Brieftasche wünscht, die das Geld hierlassen, ohne auf entsprechende Gegenleistungen Wert zu legen. Das ist eine Illusion, meine Damen und Herren, die sich nie erfüllen wird. Es ist richtig, daß wir am Gesamtfremdenverkehr der OECD einen Anteil von 16,5 Prozent haben, daß wir hingegen bei den Deviseneinnahmen nur 6,3 Prozent verzeichnen können und daß die Ausgaben pro Gast und Tag bei uns niedriger sind — ich verzichte darauf, hier Zahlen zu nennen — als in anderen Ländern. Das hat sicherlich seine Gründe. Ich glaube nur, daß es falsch ist, die Verhältnisse umzudrehen und nun zu fordern, der Gast müßte mehr ausgeben und man müßte die Qualität so ausbauen, daß nur noch A-Häuser da stehen.

Betrachten wir doch die Struktur der Gäste, die zu uns kommen. Im Bundesdurchschnitt sind es fast 75,5 Prozent an Gästen, die aus der Bundesrepublik kommen. Ich erwähne hier nur einen Beitrag, den ein maßgeblicher Fachmann in der Bundesrepublik gegeben hat, eigentlich für uns gegeben hat, den Familienurlaub betreffend, von dem wir noch allerhand erwarten können. Es ist unmöglich, diesen Familienurlaub zu propagieren, ihm einen größeren Anteil am Fremdenverkehr zu verschaffen, wenn man nur teure Unterkünfte zur Verfügung stellt. Es gibt Gebiete — dazu zählt auch mein Gebiet, das Salzkammergut —, wo der Anteil an deutschen Gästen über 83 Prozent beträgt. Darauf haben wir Rücksicht zu nehmen.

Eine wichtige Angelegenheit ist auch das Problem der Reisebüros, weil sich die Gäste

10420

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Thalhammer

immer mehr auf Reisebüros verlegen; ihr Anteil steigt an, weil man dort sehr gut fährt und es sehr bequem hat, weil für einen praktisch gesorgt wird. Ich bin auch der Meinung, daß die Maßnahmen, die in Linz getroffen wurden, wo das Finanzamt die Reisebüros nun kontrolliert, ein Schlag gegen die Entwicklung des Reisebüro-Fremdenverkehrs ist. Es wäre sehr wichtig, diese Angelegenheit aufzuklären, damit nicht von dieser Seite dem österreichischen Fremdenverkehr ein Schaden zugefügt wird.

Nun darf ich noch, meine Damen und Herren — ich habe das schon erwähnt —, etwas zu den Gemeinden sagen. Beim Suchen der Wege, um den Fremdenverkehr irgendwie zu sanieren, um ihn florieren zu lassen, wenn wieder ein Tief entstanden ist, kommt man immer wieder auf die Gemeinden, die ja die wirklichen Träger des Fremdenverkehrs sind und für diesen Wirtschaftszweig große Opfer bringen, und sagt: Da gibt es eine Steuer, die uns belastet, das ist eine „Strafsteuer“, nämlich die Getränkesteuern. Meine Damen und Herren! Ich möchte als Gemeindevertreter auch hier keinen Zweifel daran offenlassen, daß dem Fremdenverkehr ein sehr schlechter Dienst erwiesen würde, wenn man den Gemeinden die Möglichkeit nähme, für den Fremdenverkehr etwas zu tun. Es ist ja nicht so, daß diese Steuer nur 2 oder 3 Prozent, wie ein „Fachmann“ geschrieben hat, ausmacht, sondern ich darf für meine Gemeinde — und die steht sicherlich nicht am höchsten, sondern es gibt andere — sagen: Diese Steuer beträgt doch zwischen 12 und 15 und mehr Prozent. Das würde praktisch den Zusammenbruch der Gemeinden bedeuten, beziehungsweise es würde überhaupt nicht mehr möglich sein, daß die Gemeinden auch für den Fremdenverkehr investieren. Das muß mit aller Deutlichkeit denjenigen gesagt werden, die immer der Meinung sind, daß diese Steuer fallen soll. Ich schließe mich den Meinungen — ich befinden mich da in sehr guter Gesellschaft — des Generalsekretärs des Österreichischen Gemeindebundes und auch des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes an, die beide — der Herr Generalsekretär Dr. Hammer schon vor einiger Zeit und der Herr Generalsekretär Schweda am Städtetag in Sankt Pölten — sehr deutlich auf dieses Problem hingewiesen haben und es abgelehnt haben, daß die Gemeinden von dieser Seite irgendwie zu Schaden kommen. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner übernimmt den Vorsitz.*)

Die Gemeinden sind sowieso schon benachteiligt, meine Damen und Herren, weil sie von der Inanspruchnahme von ERP-Krediten

ausgeschlossen sind. Sie dürfen keine ERP-Kredite aufnehmen. Das war seinerzeit eine Forderung, die Sie erhoben haben. Sie sind dadurch schon benachteiligt, man kann sie nicht noch mehr benachteiligen.

Ich gebe gerne zu, daß auf dem steuerlichen Sektor und auf dem Kreditsektor so manches zu machen wäre. Ich verweise zum Beispiel auf eine sehr ernstzunehmende Ausarbeitung eines sehr maßgeblichen Fremdenverkehrsmannes, eines Hotelbesitzers, der uns nicht politisch nahesteht — ganz im Gegenteil —, der mir das aber dennoch zur Verfügung gestellt hat, wonach allein aus bestimmten Konditionen heraus den Fremdenverkehrsbetrieben erhebliche Belastungen erwachsen; allein aus den Konditionen bezüglich einer ganz geringfügigen Sache, die sonst gar nicht beachtet wird, nämlich zum Beispiel bei den Krediten mit steigender oder mit gleichbleibender Tilgung. Kredite mit steigender Tilgung belasten Fremdenverkehrsbetriebe mehr als solche mit gleichbleibender Tilgung. Es gibt aber nur diese Kredite mit steigender Tilgung. In der Halbzeit des Laufens dieser Kredite kommen dann diese Betriebe in außerordentliche Schwierigkeiten, sodaß es natürlich auch wünschenswert wäre, die Laufdauer zu erhöhen. Das wären sicherlich Überlegungen, die sehr wichtig sind. Daraüber müßte man reden, um für diese Fremdenverkehrsbetriebe auch von dieser Seite her eine Erleichterung in die Wege zu leiten.

Nun darf ich auch noch einige Worte zu den Ansätzen sagen, die gestern schon alle hier besprochen worden sind. Ich möchte mich nicht mit den Zahlen beschäftigen, ich möchte nur auf folgende Ungereimtheiten in diesen Ansätzen aufmerksam machen.

Wir können für das Jahr 1969 zur Aufteilung dieser Förderungsausgaben noch nichts sagen. Wir können auch für 1968 noch nichts sagen, weil die Abrechnungsergebnisse noch nicht vorliegen. Aber wenn wir uns die Zahlen für 1967 ansehen, dann müssen wir doch sagen, daß zum Beispiel zwischen der Förderung des Jugendherbergswerkes und des Österreichischen Jugendherbergsverbandes sehr große Differenzen sind. Das Jugendherbergswerk bekommt dreimal soviel wie der Jugendherbergsverband. Ich frage den Herrn Minister, womit das begründet wird; ob das Jugendherbergswerk um soviel größer ist, oder ob es etwas anderes gemacht hat. Das ist eine Post, die, glaube ich, sehr aufklärungsbedürftig ist.

Aber noch etwas anderes: Daß die spärlichen Mittel, die wir auf Grund dieses Ansatzes zur Verfügung haben, außerdem nicht zweckmäßig verwendet werden, ist, glaube ich, in einem

Thalhammer

Augenblick, in dem die Geschäftsführung der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung einen Hilferuf an die Öffentlichkeit richtet und meint, sie müßte ihre Werbungsmaßnahmen um 40 Prozent einschränken, doch einigermaßen erstaunlich. Ich darf hier sagen, ich habe gar nichts gegen die Pfarrämter. Aber wenn ich hier sehe, daß im Jahre 1967 eine Reihe von Pfarrätern aus dem Fremdenverkehrsfoonds unterstützt worden ist, so drängt sich mir persönlich zumindest doch die Frage auf, was diese Pfarrämter mit dem Fremdenverkehr zu tun haben. Ich möchte das sehr gerne wissen. Wenn wir schon so wenig Mittel in diesem Ansatz haben, so müßten diese doch zweckmäßig verwendet und denen gegeben werden, die wirklich mit dem Fremdenverkehr etwas zu tun haben. Für den Fremdenverkehr so wichtige Institutionen wie zum Beispiel die Ischler Operette, die Jahr für Jahr eine Menge Touristen, eine Menge Fremde anzieht und hervorragende Aufführungen mit erstklassigen Spitzenträgerinnen in Bad Ischl macht, vermisste ich, obwohl der Verein Ischler Operette um eine Subvention oder eine Unterstützung angesucht hat. Ich glaube, hier ist doch das Gewicht nicht recht verteilt. Auch das möchte ich bei dieser Gelegenheit gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorgeholt, hier noch einiges vorzubringen. Ich werde mir das ersparen. Ich möchte nur mit einem Satz erwähnen, daß wir natürlich bei aller Notwendigkeit der Werbung um den Ausländerfremdenverkehr, um den ausländischen Gast, unsern treuen inländischen Gast nicht vergessen dürfen. Wir waren im Fremdenverkehrsjaahr 1966/67 sehr froh, daß der Inländer unsere Stütze war und den Rückgang einigermaßen aufgefangen hat. Wir waren sehr froh und sollten alles daransetzen, ihn uns auch in Zukunft zu erhalten. Er soll wie jeder andere Gast behandelt werden und nicht als Gast zweiter Güte oder als minderwertiger Gast.

Meine Damen und Herren! Ein Problem, das auch den Fremdenverkehr berührt, ist die gestern bereits angeführte Arbeitszeitverkürzung für das Personal in dieser Sparte. Ich war einigermaßen angenehm, möchte ich sagen, überrascht, als Herr Präsident Sallinger das Problem berührt hat und hier in absolut diskussionsfähiger Form vorgetragen hat und daß nicht von vornherein — so wie man es in sehr vielen Zeitungen lesen konnte — eine ablehnende Stellung oder ein Nein-Standpunkt eingenommen wurde. Auch der Herr Abgeordnete Marberger hat dieses Problem erwähnt und gesagt, es wird dem Fremdenverkehr große Belastungen bringen. Er hat aber auch nicht

von vornherein gesagt, daß man das nicht wird machen können. Mein Kollege Dr. Staribacher hat daran keinen Zweifel gelassen, daß diese Arbeitszeitverkürzung kommen wird.

Ich möchte die Gelegenheit meiner Wortmeldung wahrnehmen, um über eine Sendung, die, ich glaube, am Samstag oder Sonntag im Fernsehen über dieses Problem ausgestrahlt wurde, einige Worte zu sagen. Ich glaube, diese Sendung war das Musterbeispiel einer Manipulation, denn zumindest in einem Fall ist erwiesen, daß einem Fragesteller acht Fragen gestellt worden sind, daß er sechs Fragen positiv für die Erledigung dieses Problems beantwortet hat, und zwar sehr klar beantwortet hat. Die zwei Fragen aber, bei denen er etwas nachdenken hat müssen, sind dann in das Fernsehen gekommen, um bei der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken: Die wollen das ja gar nicht! Ich glaube, für so kindisch darf man unsere Bediensteten im Fremdenverkehrssektor, in diesem Dienstleistungssektor, nicht halten, daß sie von vornherein sagen: Nein, wir wollen die kürzere Arbeitszeit nicht!

Zu dem Hotelbesitzer aus dem Ausland, der gefragt worden ist, ob er sich vorstellen kann, daß auf diesem Gebiet eine 40stündige Arbeitszeit eintritt, und der nein gesagt hat, möchte ich sagen: Der gute Herr hat mir so ausgesehen, als ob er, ich weiß nicht, vielleicht 60 oder 70 Stunden Arbeitszeit in seinem Hotel hat; der könnte sich auch eine 45stündige Arbeitszeit nicht vorstellen.

Zu diesem Problem möchte ich abschließend sagen, daß es nicht mit einem Nein-Standpunkt bereinigt werden kann, sondern ganz im Gegen teil, man muß diesen Beruf attraktiver gestalten, so ähnlich wie bei den Sozialberufen, wo nun schon ein gewisser Aufschwung zu verzeichnen ist, und darf die Berufsangehörigen nicht als Menschen zweiter Güte behandeln und sagen: für die einen gilt eine bestimmte Arbeitszeit, aber bei den anderen geht es eben nicht. Ich glaube nicht, daß man das so machen kann, noch dazu, wo ja festgestellt ist, daß nur 0,3 Prozent der gesamten Fremdenverkehrsbetriebe Österreichs eine Beschäftigtenzahl von über 50 und nur 3 Prozent der Betriebe über 10 Beschäftigte haben. Diese Betriebe sind meistens in Städten, wo wir eine sehr gute Belagszahl haben, in Städten, wo 216 Vollbelagstage sind und Jahresbetriebe mit 170 Vollbelagtagen, sodaß sich das einigermaßen ausgleichen wird. (Abg. Dipl.-Ing. Hämmerle: Was sollen die Bediensteten machen, die um 5 Uhr das Frühstück machen und um 2 Uhr fertig sind? Und in den Nachmittags- und Abendstunden, wenn die großen Trinkgeldgäste kommen, dann haben sie Zimmerstunde!)

10422

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Thalhammer

Sie wollen das ja nicht!) Daß sie das nicht wollen, Herr Kollege, ist ja nicht richtig. Wir wollen auch nicht, daß sie um das Trinkgeld kommen. Aber darum geht es ja gar nicht. Sie können doch das nicht von der Trinkgeldseite aus sehen. Darum geht es ja nicht. Sie sollen auch nicht um die Zimmerstunde gebracht werden. Es geht darum, eine einwandfreie und saubere Lösung herbeizuführen, wobei darüber geredet werden soll und darüber geredet werden muß. Es geht darum, daß nicht die Bediensteten in diesem wichtigen Zweig als Menschen zweiter Güte, für die keine oder andere Gesetze gelten, hingestellt werden. Darum geht es in erster Linie.

Aber Sie haben mir gerade ein Stichwort gegeben. Eines möchte ich, meine Damen und Herren, noch erwähnen, und zwar das Essen. Es gibt zugegebenermaßen eine Schere zwischen den Beherbergungs- und Verköstigungsbetrieben, die auch irgendwie bereinigt werden muß. Aber das ist vor allen Dingen auch eine Sache der Gewerbeordnung, meine Damen und Herren. Ich habe gestern schon in einem Zwischenruf aufgezeigt, daß wir nun den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung vorliegen haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Hämerle: Machen Sie eine Umfrage bei der Belegschaft, wenn Sie den Mut dazu haben!*) Natürlich, wir sind doch nicht so feige oder so kleinlich. Natürlich wird das gemacht werden. Aber diese Umfragen müssen dann so gemacht werden, daß sie nicht so manipuliert werden können, wie das kürzlich geschehen ist. (*Abg. Gratz: Die beste Umfrage ist eine Neuwahl! Haben Sie den Mut dazu? — Abg. Pay: Die beste Umfrage, jawohl! Je früher, desto besser!*)

Meine Damen und Herren! Es liegt nun ein Entwurf einer Gewerbeordnung vor. In dieser Gewerbeordnung ist von der Freizügigkeit und der Möglichkeit, Betriebe zu schaffen und zu gründen — auch auf dem Verköstigungssektor —, nichts zu sehen. Das wird aber wichtig sein, denn wie will man einen Teil der Landwirtschaftsprobleme bereinigen, wenn man den Leuten, die gewillt sind, aus der Landwirtschaft auszuscheiden, um in den Fremdenverkehrs-, Beherbergungs- und Verköstigungssektor zu gehen, durch die Gewerbeordnung von vornherein irgendwelche Hindernisse entgegenstellt?

Es ist sehr interessant, meine Damen und Herren, daß auch in diesem Buch, ich glaube, die Referentin für die Gemeindeordnung eine Feststellung trifft. Ich möchte diese Feststellung dem Hohen Hause nicht vorenthalten, nämlich daß mit diesem Entwurf der Gewerbeordnung die Zustände von 1907 wiederhergestellt werden. Meine Damen und Herren! Wenn das ein Fortschritt ist, dann weiß ich

nicht, was wirklicher Fortschritt bedeutet. In den dreißiger Jahren sind ja bekanntlich sehr strenge und scharfe Maßnahmen eingeleitet worden, und nun ist man wieder Gott sei Dank bei 1907; aber ich glaube nicht, daß das ein Fortschritt ist, vor allen Dingen kein Fortschritt für den Fremdenverkehr. (*Abg. Doktor Mussil: Herr Kollege! Im Jahre 1859 war vollkommene Gewerbefreiheit! Sie dürfen das mit der Zeit nicht so rechnen, wie Sie das tun! Damit Sie wissen, wie die Dinge geschichtlich liegen! — Abg. Mayr: Keine Ahnung!*)

Herr Dr. Mussil! Ich möchte nur auf den Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Mayr eingehen, der gesagt hat, daß ich keine Ahnung habe. Herr Kollege Mayr! Daß man zum Beispiel in Ihrem Beruf eine vollkommene Starre hat, daß in diesem Beruf überhaupt niemand dran kommt, daß er vererbbar ist, dieser Zustand paßt Ihnen schon. (*Befall bei der SPÖ.*) Man nimmt die Gemeinden als Vorwand, um eine Tarifregulierung vorzunehmen. (*Abg. Mayr: Sie haben überhaupt keine Ahnung vom Gewerberecht! Sie sollten nicht von etwas reden, von dem Sie keine Ahnung haben! Das ist gefährlich!*) Soviel Ahnung wie Sie haben wir schon noch. Aber Sie werden es nicht bestreiten, daß in Ihrem Beruf — den ich übrigens sehr schätze — solche Zustände herrschen. (*Abg. Mayr: Keine Ahnung vom Gewerberecht!*) Ja natürlich! Sie sind der einzige, der eine Ahnung hat, natürlich! (*Abg. Libal: Der Thalhammer hat die schlechtesten Ahnungen über euch, das genügt vollkommen! — Abg. Mayr: Wir keine besseren! — Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich komme auf das zurück, was der Herr Dr. Mussil mit der Zeit gemeint hat. Ich stehe nicht allein mit dieser Meinung. Der Herr Tautscher schreibt auch hier wieder: Der Fremdenverkehr hat zu seiner Entfaltung die Liberalisierung im gesamten Wirtschaftsverkehr zur Voraussetzung. — Da gehört natürlich auch der Fremdenverkehr selbst dazu. Man soll nicht sagen, die anderen sollen liberalisieren, und wir liberalisieren nicht. Ich glaube, das geht nicht. (*Abg. Dr. Mussil: Der Handelsbefähigungsnachweis ist seinerzeit nicht unter Druck der Handelskammer eingeführt worden, sondern unter Druck der Handelsangestellten, wenn Sie das geschichtlich nachlesen! Und jetzt wollen Sie im Gutachten des Arbeiterkammertages haben, daß der Handelsbefähigungsnachweis abgeschafft wird!*)

Herr Doktor! Ich habe nicht gesagt, unter wessen Druck das abgeschafft wurde oder eingeführt worden ist, ich habe nur festgestellt, daß der derzeitige Entwurf der Gewerbe-

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10423

Thalhammer

ordnung dem Zustand von 1907 entspricht. Das steht auch hier drinnen, das ist keine Erfindung von mir. (*Abg. Konir: Wann war denn das, Dr. Mussil? Bitte um Aufklärung!* — *Abg. Dr. Mussil: Der Handelsbefähigungsnachweis ist unter dem Druck der Handelsangestellten eingeführt worden!* — *Abg. Ing. Häuser: Die haben nicht einmal das Pensionsrecht im Jahre 1907 durchsetzen können!* — *Abg. Konir: Weil die Handelsangestellten damals was zu reden gehabt haben!*) Da steht es doch.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Lassen Sie bitte wieder den Redner zum Wort kommen. (*Abg. Ofenböck: Er braucht eine Atempause!* — *Abg. Libal: Er hat Luft genug!*)

Abgeordneter **Thalhammer** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Zum Schlusse kommend, möchte ich noch einige Widersprüche aufzeigen. Im Zusammenhang mit der Forderung — es ist nicht nur unsere Forderung; ich habe versucht, das darzulegen, aber vielleicht haben Sie das nicht so aufgefaßt, wie ich das wollte — nach einem Konzept für den Fremdenverkehr ist gestern darüber diskutiert worden. Gestern wurde schon erwähnt, daß im Koren-Plan nichts steht. Ich möchte das ein bißchen abschwächen, es steht nämlich schon etwas drinnen, und zwar ein Hinweis auf die Einbringung einer Regierungsvorlage für den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds. Das steht auf Seite 52. Auf Seite 53 ist der Zweck dieses Fonds beschrieben. Dort steht, daß der Fonds mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet ist und Zinsenzuschüsse und Hafungen übernehmen soll.

Die Regierungsvorlage 1066 liegt schon hier, meine Damen und Herren. Von Zinsenzuschüssen aber ist keine Rede, es scheinen nur Haftungsübernahmen auf. Richtig ist, daß ein Betrag von 500 Millionen Schilling an Haftungen für den Fremdenverkehr ausgewiesen ist. Die Zinsenzuschüsse, die der Herr Professor Koren angekündigt hat, hat man natürlich wieder gespart. Herr Professor Koren hat auch in seiner Budgeteinleitungsrede nur genau denselben Hinweis auf diesen Entwicklungs- und Erneuerungsfonds gemacht.

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht nur an einer Stelle unseres Programms zur Reform der österreichischen Wirtschaft auf den Fremdenverkehr Bezug genommen. Ich möchte hier nicht zu zitieren beginnen. Ich kann sagen, daß sowohl dem Straßensektor wie auch dem Fremdenverkehr ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Auch hier wird vor allen Dingen die Erstellung eines Generalplanes, eines Generalkonzeptes im Hinblick darauf gefordert, daß ja schon in manchen Regionen solche

Konzepte bestehen. Es wird auf die Kärntner Situation Bezug genommen.

Wenn wir — und wenn Sie vor allen Dingen — die Möglichkeit haben, dieses Programm und diese Forderungen zur Grundlage zu nehmen, um ein solches Konzept zu erstellen, dann braucht in Zukunft ein Journalist nicht wieder zu schreiben, daß der österreichische Fremdenverkehr von Extremisten beherrscht ist. Dann ersparen wir diesem Wirtschaftszweig, einmal himmelhoch jauchzend und einmal zu Tode betrübt zu sein. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pay das Wort.

Abgeordneter **Pay** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Bevor ich mich den eigentlichen Ausführungen, nämlich den Problemen des österreichischen Kohlenbergbaues widme, möchte ich doch nicht verabsäumen, dem Kollegen Krempel einiges zu antworten. Herr Kollege Krempel hat hier an dieser Stelle ausgeführt, daß es im Kohlenbergbau zu einer gewissen Beruhigung gekommen sei und daß dies ein Verdienst der ÖVP-Alleinregierung wäre. (*Rufe bei der ÖVP: Etwa nicht?*)

Darf ich dazu feststellen daß eine gewisse Beruhigung durch mehrere Fakten entstanden ist. Zuerst haben wir die tragischen Ereignisse bei der LAKOG im vorigen Jahr in Betracht zu ziehen, bei denen fünf Bergarbeiter den Bergmannstod gefunden haben. Vor allem haben wir in Betracht zu ziehen, daß sich die sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die sozialistischen Betriebsräte und der Zentralbetriebsrat immer und immer gegen eine weitere Einschränkung des Kohlenbergbaues gewehrt haben. Es ist eigentlich ein Verdienst der sozialistischen Gewerkschafter, wenn die „Zusperrer“ in dieser Frage etwas zurückgebremst wurden. Ich möchte daher von dieser Stelle aus unseren Gewerkschaftsfunktionären und den Betriebsräten in den Kohlengebieten Dank sagen, weil sie durch ihre Initiative, durch ihre Aktivität mitgeholfen haben, daß gewisse Schwierigkeiten etwas vermindert wurden. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Sie haben weiter erklärt, Kollege Krempel, daß die Arbeitsplätze gesichert sind. Ich will nicht noch besonders erwähnen, daß im Köflacher Revier die Zahl der im Bergbau Beschäftigten von rund 6500 auf 3600 zurückgegangen ist, aber ich möchte darauf verweisen: Als die ersten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Rückgang der Kohlenförderung und des Kohlenabsatzes aufge-

10424

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Pay

treten sind, waren es die sozialistischen Gemeinden, die diese Gefahr erkannt und vorgebaut haben, indem sie versucht haben, entweder bestehende Betriebe zu erweitern oder neue Betriebe anzusiedeln. (*Abg. Krempl: Wer hat das gemacht?*) Es war die Stadtgemeinde Voitsberg, die zuerst damit begonnen hat.

Ich darf Ihnen gleich eine Antwort geben, wie Ihre Mithilfe ausgesehen hat. Es war der Stadtgemeinde Voitsberg, der sozialistischen Gemeindeverwaltung möglich, eine sehr interessante Firma aus Deutschland hereinzubekommen, eine Maschinenbaufirma. Es war vor dem Abschluß, daß diese Firma in Voitsberg ein Zweigwerk errichtet, und dann hat der Firmenchef ein Schreiben vom Österreichischen Wirtschaftsbund, Bezirksleitung Voitsberg, bekommen. Es tut mir leid, daß ich das heute nicht mithabe; mein Kollege Eberhard wird das beim Kapitel Verstaatlichte Unternehmungen bringen und zeigen. In diesem Schreiben wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Firmenchef eigentlich schlecht beraten wäre, wenn er im Bezirk Voitsberg einen Betrieb errichtet. Er wurde ersucht, diesen Betrieb in einem anderen Teil der Steiermark zu errichten. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist die ÖVP!*) Das ist ein offizielles Schreiben des Wirtschaftsbundes der Österreichischen Volkspartei.

Vor einigen Monaten haben wir uns bemüht, einen Wiener Betrieb auch nach Voitsberg zu bekommen. Daß nichts daraus geworden ist, das liegt daran, daß dieser Betrieb leider finanziell sehr schwach war, und wir haben dann eingesehen, daß es sinnlos wäre, für diese Aktion Steuergelder zu verwenden. Aber wir haben uns für diese Frage interessiert. Wissen Sie, was dann geschehen ist, Kollege Krempl? Der Firmeninhaber hat ein Schreiben der Handelskammer Graz bekommen, in dem ihm der Vorwurf gemacht wurde, warum er sich als Firmenchef an einen sozialistischen Abgeordneten um Hilfe und Beratung wendet. Das ist die Hilfe, die ihr auch in dieser Frage geleistet habt! (*Abg. Krempl: Das Schreiben haben Sie auch nicht mit?* — *Abg. Wodica: Ich kann Ihnen auch so ein Schreiben zeigen, wenn es Sie interessiert!*)

Mehr wollte ich nicht sagen, Kollege Krempl. Ich möchte nur noch ausführen, daß Ihre sogenannte Arbeitsplatzsicherung auch darin besteht, daß viele früher im Bergbau Beschäftigte nun weiter fortfahren müssen und als Pendler unterwegs sind. Diese Pendler werden wieder am 1. Jänner des nächsten Jahres eine Wohltat von Ihnen zu spüren bekommen: sie werden höhere Bahntarife zahlen müssen als bisher. Dafür werden sie sich auch bei

Ihnen bedanken im März 1970! (*Abg. Krempl: Lesen Sie Ihren Minderheitsbericht, was darinnensteht!* — *Abg. Wodica: Sind Sie gegen die Bahntarif erhöhung? Da sind Sie zu feig dazu!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor einigen Tagen haben wir in ganz Österreich das Fest der Barbara gefeiert. Wir waren bei den Barbarafeiern eingeladen und haben die Jubilarehrungen mitgemacht. Es wurden Hunderte Bergarbeiter geehrt, die für die österreichischen Bergunternehmungen und für die österreichische Volkswirtschaft in teils 45jähriger, 35jähriger und 25jähriger Dienstzeit ihre Arbeitskraft gegeben haben, um für ihre Firma und für die Volkswirtschaft zu arbeiten. Wir haben diesmal bei der Barbarafeier beim Marsch zur Kirche wieder etwas feststellen können: die Anzahl war geringer. Das ist ein Zeichen dafür, daß schon wieder weniger im Kohlenbergbau beschäftigt sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun eine Verpflichtung erfüllen, nämlich hier zu erklären, daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem gesamten Energiekomplex und vor allem auch mit dem Kohlenbergbau Versprechungen abgegeben hat. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung am 20. April 1966 — Sie können es im stenographischen Protokoll nachlesen — folgendes gesagt:

„Nachstehende Probleme sind einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten“. — Unter diesen Punkten, die konkret angeführt wurden, heißt es im Punkt 8 der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers:

„Koordinierungsmaßnahmen durch ein Konzept zur Sicherung einer langfristig ausreichenden Versorgung mit Energie durch einen Energieplan unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und menschlichen Probleme des Kohlenbergbaues“.

In der 8. Sitzung der XI. Gesetzgebungsperiode haben wir hier in diesem Haus über einen Antrag, den ich im Namen meiner Fraktion eingebracht habe, eine Entschließung gefaßt, der dann alle Parteien beigetreten sind, worin es geheißen hat:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, in möglichst kurzer Frist einen Energieplan vorzulegen.“

Wir haben diesen versprochenen Energieplan schon mehrmals hier im Hohen Haus urgierter, in der Fragestunde mein Parteifreund Zingler und ich, und jedesmal vom

Pay

zuständigen Minister die Antwort erhalten, daß er ja nicht für alles zuständig sei, sondern daß sich auch andere Ministerien mit dieser Frage beschäftigen müssen. Es wurde gesagt, daß die Minister Teilpläne erstellt haben; aber auch darüber wurde an sich noch wenig Deziertes erklärt.

In der „Halbzeiterklärung“ der Bundesregierung, wenn man das so bezeichnen kann, hat der Herr Bundeskanzler in der 88. Sitzung am 23. Jänner dieses Jahres kein Wort mehr über den Energieplan gesagt.

Wenn man sich den Koren-Plan ansieht — wir beschäftigen uns mit dem Koren-Plan wahrscheinlich auch so intensiv wie Sie mit dem Wirtschaftsprogramm unserer Partei —, findet man auf Seite 56, „Energieplan“, nur einmal die lakonische Feststellung, daß sich drei Ministerien mit dieser Frage beschäftigen müssen, und unter Punkt a heißt es dann:

„a) Die Arbeiten am Energieplan sind abzuschließen. Er ist die Voraussetzung für eine Koordinierung der gesamten österreichischen Energiepolitik.“

Das steht im Koren-Plan. Geschehen ist auf diesem Gebiet noch nichts, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei.

Wie sieht es nun im heimischen Kohlenbergbau aus? Franz Rauscher hat in einer sehr interessanten Studie, die vor kurzem herausgekommen ist: „Blick in die österreichische Wirtschaft“, eine Aufstellung erarbeitet, aus der hervorgeht, daß im Rohenergie-Aufkommen die Kohle im Jahre 1937 mit 62,2 Prozent, im Jahre 1967 nur mehr mit 14,7 Prozent beteiligt war; daß die Wasserkraft von 36,1 Prozent im Jahre 1937 auf 44,8 Prozent im Jahre 1967 gestiegen ist; daß der Anteil des Erdöls von 1,7 Prozent im Jahre 1937 auf 25,4 Prozent im Jahre 1967 gestiegen ist; daß das Erdgas gegenüber 0 Prozent im Jahre 1937 mit 15,1 Prozent im Jahre 1967 im Aufkommen der gesamten Inlandenergie aufscheint.

Im Rohenergie-Verbrauch schaut die Sache noch etwas anders aus. Die Kohle war 1937 mit 79 Prozent beteiligt und ist jetzt noch mit 29,8 Prozent beteiligt; die Wasserkraft ist von 12,7 Prozent auf 23,4 Prozent, das Erdöl von 8,3 Prozent auf 37,5 Prozent und das Erdgas von 0 auf 9,3 Prozent angestiegen.

Das ist — ich möchte es noch einmal erwähnen — die Rohenergie und der Verbrauch dieser Rohenergie in unserem Land.

Diese Zahlen sagen eigentlich sehr viel aus. Sie können meiner Meinung nach trotzdem nicht als Argument gegen die Kohle

verwendet werden, weil schon die Zeit und schon bestimmte Ereignisse gezeigt haben, daß Hausbrand und auch Industriekohle wie auch Stromkohle immer noch notwendig sind.

Ich lehne es auch ab, summarisch von der Kohlenkrise an sich zu sprechen. Ich betone vielmehr, daß das Problem des österreichischen Kohlenbergbaues mehr in der Feinkohle liegt, daß hier die echten Schwierigkeiten auftreten und daß hier bestimmte Analysen und bestimmte Abhilfen geschaffen werden müssen.

Im Gesamtenergieplan müßte die Kohle mit enthalten sein. Wir haben errechnet — das haben bei uns im Bezirk die Gewerkschaftsfreunde gemacht —, daß die Basis der Kohle in einem Gesamtenergieplan mit ungefähr 14 bis 15 Prozent noch immer in Erscheinung treten müßte, und das würde auch ungefähr mit der Zahl, die ich vorher verlesen habe, übereinstimmen.

Wir müssen außerdem sagen, daß in der Frage der Feinkohle doch endlich einmal über die Verstromung dieser Feinkohle gesprochen wird. Ich habe in einer großen deutschen Zeitung ein Werbeinserat gefunden (*Redner weist es vor*), ein großes Werbeinserat über die Braunkohle. Da heißt es: „Wo immer in Deutschland Strom verbraucht wird — ist Braunkohlenstrom dabei.“ Und weiter heißt es, daß die Braunkohlen-Kraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland ungefähr 40 Prozent der Stromerzeugung liefern.

Jetzt bin ich der Meinung: Wenn das in der Bundesrepublik möglich ist, dann müßte das im verkleinerten Maßstabe auch bei uns in Österreich möglich sein, daß wir diesem Problem der Feinkohle mit der Verstromung der Braunkohle nähertreten. Über diese Gesamtfrage des Energieplanes, über die Notwendigkeit der vermehrten Verstromung der Braunkohle haben meine Parteifreunde, habe ich und haben vor allem auch die Gewerkschafter gesprochen, und wir haben hier im Hause schon zum Budget 1967 und zum Budget 1968 diese Fragen konkretisiert.

Es gibt eine Frage, die damit natürlich in Zusammenhang steht. Das ist die Frage der kalorischen Kraftwerke auf Ölbasis. Auch da sind wir nicht so vermessen, zu bestreiten, daß die kalorischen Kraftwerke auf Ölbasis kostenmäßig leichter zu errichten sind als kalorische Kraftwerke auf Kohlenbasis. Aber auf der anderen Seite müssen wir feststellen, daß auch unsere Erdölreserven, die wir für die Wärmekraftwerke brauchen, nicht unerschöpflich sind. Es wird in der Studie, die ich vorher genannt habe, festgestellt, daß die Erdölreserven in Österreich noch

10426

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Pay

30,2 Millionen Tonnen betragen, daß wir eine Eigenförderung von jährlich 2,9 Millionen Tonnen aufweisen, daß aber der Bedarf schon bei ungefähr 5,6 bis 5,7 Millionen Jahrestonnen liegt.

Wir haben im vergangenen Jahr für die kalorische Stromerzeugung 51.000 t Rohöl importiert und haben 217.000 t Rohöl aus der Eigenförderung für die Verstromung auf kalorischer Ölbasis verbraucht.

Wir müssen also einerseits Erdöl einführen, und auf der anderen Seite wachsen bei uns in den Kohlengebieten die Feinkohlenberge immer mehr und mehr an. Man kann bei uns in der Weststeiermark, wo die meisten Feinkohlenberge liegen, — das haben ein paar Freunde getan — von den mazedonischen Bergen sprechen, vom „Land der schwarzen Berge“. Das klingt vielleicht etwas heiter, aber das ist für uns nicht heiter, das ist für uns eine sehr ernste Frage, und deshalb bringe ich sie auch hier vor.

Die Gesamtkohlenförderung in Österreich ist von 7 Millionen Jahrestonnen im Jahre 1957 auf 4,6 Millionen Tonnen 1967 zurückgegangen. Es gibt in unserem Lande keine Steinkohlenerzeugung mehr.

Die Zahl der Beschäftigten im Kohlenbergbau betrug im Jahre 1957 noch 18.226, sie ist auf 8400 im Jahre 1967 zurückgegangen. Sie sehen also, welche Entwicklung der Kohlenbergbau und die gesamte Kohle im letzten Jahrzehnt genommen hat.

Ich möchte auch mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine weitere Drosselung und eine weitere Herabsetzung der Jahrestonnenförderung nicht mehr vertretbar ist. Auch wenn es in der Variante II des ÖIG-Vorschlags in Erscheinung tritt, sage ich: Es ist nicht mehr vertretbar, wenn es in der Variante II heißt, daß die Gesamtkohlenförderung im Jahre 1971 auf 3,6 Millionen Tonnen zurückgehen soll. Wir haben durch Fachleute errechnen lassen, daß die notwendige Förderung doch noch immer bei 4 bis 4,5 Millionen Tonnen liegt, weil es nicht nur einen Winterbedarf gibt, sondern auch — meine sehr verehrten Damen und Herren — weil außenpolitische Ereignisse uns dazu zwingen müssen, mit den Ölrroräten, die wir haben, und mit der Öliefuhr irgendwie gleichzukommen. Wir können die Frage der Olimporte nicht außer Betracht lassen, wenn wir gleichzeitig an die Förderungsmöglichkeiten der heimischen Braunkohle denken. Wir wissen alle, was in den letzten Monaten passiert ist. Wir wissen alle, daß im Nahen Osten noch immer die große Spannung nicht beseitigt ist, daß das ein Spannungsherd erster Ordnung ist und daß, wenn es zu kriegerischen Ereignissen

wiederum kommt, schon wieder die Frage des Ölbedarfes sehr problematisch und sehr fraglich wird.

Die Auskohlungen, die im Jahre 1970 ebenfalls eintreten werden — Franzschacht in Piberstein und Tagbau Karlschacht in Köflach —, stellen auch wieder eine natürliche Verengung der Förderungsmöglichkeiten dar, sodaß eine künstliche Herabsetzung, wie es in der Variante II vorgesehen ist, nicht richtig ist. Sie kommt meiner Meinung nach bereits an die Grenze der Möglichkeiten. Wir sind froh, daß der Absatz der Braunkohle beispielsweise jetzt so gut ist, daß abgedeckte Braunkohlengebiete wieder aufgefahrt werden, wie man das in unserer Sprache bezeichnet, daß eine abgelagerte Kohle jetzt bereits wieder zum Verbrauch kommt.

Es wird nun — der Kollege Krempl hat es erwähnt — im Tagbau Karlschacht der Tagbau II aufgeschlossen werden. Nur, Kollege Krempl, glaube ich, haben Sie sich in der Summe der Aufschließungskosten geirrt, denn mir wurde hier in Wien und bei der Bergdirektion berichtet, daß die Gesamtaufschließung des Tagbaus II doch an die 50 Millionen Schilling erfordern wird und daß wir also mehr Mittel brauchen, als Sie angedeutet haben. (*Abg. Krempl: Da sind aber die Straßen und so weiter dabei!*) Alles zusammen! (*Abg. Krempl: Das habe ich ausgeschlossen!*) Wenn wir das nicht verlegen, wenn wir die Straße nicht verlegen, wenn wir den Kraterbach nicht verlegen, gibt es keine Aufschließung; das wäre nur eine halbe Aufschließung. Man kann also sagen, daß die Gesamtaufschließungskosten bei 50 Millionen Schilling liegen. (*Abg. Krempl: Na gut, das habe ich ausgeschlossen!*) Die Gesamtaufschließung des Karlschachtes II wird dazu beitragen, daß die Grubenförderung dadurch gehalten werden kann, weil ja bekanntlich die Tagbauförderung kostenmäßig bedeutend einfacher und bedeutend billiger ist.

Wir müssen aber auch darüber reden, daß die Untersuchung des Unterflözes im Bergbau Zangtal noch mehr vorgenommen wird und daß unter Umständen auch an die Erschließung des Unterflözes im Zangtal gedacht werden muß.

Wenn ich diese Probleme erwähnt habe, dann kann ich gleich sagen, daß für diese Fragen: Aufschließung von Bergbauen, Sicherung der bestehenden Bergbaue letzten Endes im Jahre 1953 in diesem Hohen Hause das Bergbauförderungsgesetz beschlossen wurde.

Welche Mittel hat nun die Bundesregierung für die Bergbauförderung im Budget 1969 vorgesehen? Im Teilheft können Sie lesen: für den Kohlenbergbau 66 Millionen Schilling

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10427

Pay

und 11,2 Millionen Schilling für den Buntmetall-Erzabbau. Das sind zusammen 77,2 Millionen Schilling. Das sind gegenüber 1967 um ungefähr 36 Millionen Schilling weniger. Es waren im Jahre 1967 111 Millionen Schilling notwendig, und im Jahre 1968 wurden 80 Millionen Schilling eingesetzt und zusätzlich noch 34 Millionen Schilling in Form des Budgetüberschreitungsgesetzes bewilligt. Das heißt, daß wir auch im Jahre 1968 einen größeren Bedarf an Bergbauförderungsmitteln gehabt haben, als er nun im Budget 1969 vorgesehen ist. Die Fachleute haben für 1969 auch einen Betrag von ungefähr 115 Millionen Schilling errechnet. Das setzt sich zusammen aus den notwendigen Mitteln für die Aufschließung des Tagbaues II, für die Abdeckung des Abgangs im Bergbau Fohnsdorf; darüber wird mein Kollege Schlager beim Kapitel Verkehr und Verstaatlichte Unternehmungen etwas zu sagen haben. Aber für diese notwendigen Arbeiten brauchen wir mehr als 66 Millionen Schilling, wie sie im Budget vorgesehen sind.

Nun taucht naturgemäß bei diesem Budget der sogenannten Einsparung, der Abstriche in allen Kapiteln des Voranschlages, die Frage auf: Wo könnte man diese fehlenden 38 Millionen Schilling oder 40 Millionen Schilling hernehmen? Gibt es irgendwo Möglichkeiten innerhalb des Bundesbudgets, daß man die Bergbauförderung aufstockt, und zwar so aufstockt, wie es notwendig wäre?

Sie wissen alle, daß die Menschen draußen auf dem Land — auch bei uns in der Weststeiermark und überall im Lande — den Rundfunk hören, Zeitungen lesen und auch vor dem Fernsehapparat sitzen; da wird davon gesprochen, daß die Bundesregierung auf manchen anderen Gebieten nicht so engherzig ist bei der Bereitstellung von Mitteln. Es wird beispielsweise davon gesprochen, daß der Abgang bei den Bundestheatern rund 340 Millionen Schilling beträgt. Das wissen auch die Leute bei uns draußen, und sie diskutieren mit uns. Aber ich bin nicht einer, der den Leuten in dieser Frage recht gibt und sagt: Wir müssen einfach die Bundestheater zusperren und so weiter. Ich bin überzeugt davon, daß die Bundestheater eine große Funktion erfüllen, daß sie eine echte Werbung für unser Land darstellen, daß sie Kunst bringen und daß sie für unser Land viel im Ausland wirken. Nebenbei gibt es kleine Randerscheinungen, daß man Gagen ausbezahlt, für die keine Leistung erbracht wurde, daß Opern unbedingt auf den Spielplan gesetzt werden müssen, wobei man schon bei der ersten Aufführung weiß, daß das nicht gut gehen wird. Der Herr Minister

Piffl hat zugegeben, daß diese Oper, von der ich spreche, vom Spielplan zurückgezogen wird. Aber wenn man das alles weiß, dann sagen sich unsere Leute in den Kohlengebieten: Auf der einen Seite hat man Geld, und für die Aufstockung der Bergbauförderung hat man zuwenig.

Ich bin aber der Meinung, daß die für die Bergbauförderung notwendigen Mittel doch im Budget vorhanden wären. Wir haben nämlich — und wir sind noch immer dabei, das festzustellen — gerechnet: Wieviel Geld gibt die ÖVP-Regierung für ihre Propaganda, für ihre Öffentlichkeitsarbeit aus? Da ist diese Regierung nicht kleinlich. Da spielen Millionen keine Rolle! Aber bei der Bergbauförderung oder bei anderen wichtigen Fragen, da hat man zuwenig Geld.

Da schreibt der Staatssekretär Pisa im „ÖVP-Presse Dienst“ am 7. Februar: „für die schlechteste Kohle die meisten Steuergelder“. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ich weiß nicht, was der Herr Staatssekretär Pisa von der Kohle versteht. Er weiß vielleicht, daß sie schwarz ist, und zwar so schwarz — ich will jetzt niemanden beleidigen — wie seine Werke, die aus seiner (Abg. Dr. Gorbach: Seele!) Seele kommen. Ja, Herr Altkanzler. Ich möchte aber anschließen: Wenn die Kohle so schwarz ist wie die Seele des Herrn Staatssekretärs Pisa, dann wäre das fast eine Beleidigung für den Herrn Staatssekretär Pisa. (Abg. Dr. Withalm: *Aus der Seele gesprochen!*) — Abg. Dr. Gorbach: Kann auch eine Braunkohle sein!) Ich möchte aber sagen, es wäre eine Beleidigung für die Kohle, wenn ich diesen Vergleich heranziehen würde, nämlich zwischen Kohle und Staatssekretär Pisa. Die schlechteste Kohle verschlingt die meisten Steuergelder, schreibt der Herr Staatssekretär Pisa. (Abg. Peter: *Der Pisa ist nicht auf der Kohle, er ist schon am Sand!*) Der ist schon am Sand, sehr richtig!

Es ist eigentlich seltsam, daß hier der Herr Staatssekretär so besorgt ist um die Steuergelder, daß aber auf der anderen Seite jeder Hinweis auf die Steuergelder fehlt, wenn die Bundesregierung, wenn diese ÖVP-Alleinregierung imstande ist, für ihre Vorwahlpropaganda und Wahlpropaganda — anders kann man das nicht bezeichnen; da hat ja die Bundesregierung große Möglichkeiten — sehr viele Millionen Schilling bereitzustellen.

Da gibt es die Riesenplakate: „Billige Wohnungen“; da gibt es die großen Plakate: Werbung für den Grünen Plan, „Bessere und schönere Straßen für die Zukunft“ — darüber werden wir uns ja beim Kapitel Bauten unterhalten —, „Mehr Pensionen durch die Bundesregierung“. Alle diese Riesenplakate

10428

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Pay

kosten ja Geld, sie müssen von jemandem bezahlt werden! Sie werden aus Steuermitteln bezahlt, die wir alle, die gesamte österreichische Bevölkerung, aufbringen. Aber dafür hat die Bundesregierung Geld. Dann gibt es ... (Abg. Staudinger: „Herzliche Weihnachtsgrüße vom Bürgermeister Marek“! Haben Sie das Plakat schon gesehen?) Die Gemeinde Wien hat dafür aber keine Investitionsmittel gekürzt, wie Sie es gemacht haben! Lesen Sie einmal nach, wieviel Investitionsmittel im Bundesvoranschlag drinnen sind für die verstaatlichten Betriebe: 176 Millionen Schilling. Das ist lächerlich! (Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Aber darüber reden wir beim Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Wir haben gesehen, daß unter dem Posten „Öffentlichkeitsarbeit“ Druckaufträge, Werkverträge aufscheinen und daß da sehr viel geschehen kann. Dann kommt eine Zeitung heraus, die den Titel hat „für alle“, dann kommt eine andere Zeitschrift heraus, die heißt: „kraftvoll und sicher in die 70er Jahre“. Über den Wahrheitsgehalt dieser Zeitungen und dieser Aussendungen haben wir in diesem Haus schon öfter gesprochen. Wir werden noch mehr darüber sprechen.

Wir verstehen natürlich, daß der Herr Staatssekretär Pisa für diese Aufgaben Geld braucht. Er hat ja die undankbare Aufgabe, für eine schlechte Politik Werbung zu machen. Das kostet noch mehr Geld, als wenn man für eine gute Politik Werbung machen kann. (Abg. Kern: Da macht die Gemeinde Wien eine noch schlechtere Politik, weil sie noch mehr Geld ausgibt!) Auf der einen Seite erhält man also ... (Abg. Weikhart: Sie haben ja keine Ahnung! — Abg. Kern: 39 Millionen Schilling! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das gehört dazu! Freilich, weil wir zuwenig Geld für den Kohlenbergbau haben, daher gehört es dazu! (Abg. Weikhart: Sie haben keine Ahnung! — Abg. Kern: Na freilich, Sie haben sie allein! — Abg. Wodica: „Schluß der Debatte“, das ist seine ganze Wissenschaft! — Abg. Weikhart: 11 Milliarden ist der Ausgabenrahmen der Gemeinde Wien! — Anhaltende Zwischenrufe.)

Auf der einen Seite werden dem Kohlenbergbau die notwendigen Mittel vorenthalten — ich betone es noch einmal und werde es immer wieder sagen, Kollege Steiner, ob es Ihnen paßt oder nicht —, und auf der anderen Seite wird sehr viel Propaganda gemacht.

Wir haben das Gefühl, daß die Volkspartei ihre Propaganda auf drei Grundlagen aufbauen will:

auf Versprechungen wie vor 1966,

auf die „Volksfront“, auch wie vor 1966 (Zwischenrufe),

und noch etwas Beschämendes dazu, was ich Ihnen nicht ersparen kann (Abg. Mayr: Das tut euch so weh, daß wir die Mehrheit haben!): als drittes versuchen Sie ein bißchen Antisemitismus, das zieht noch immer! Eine Schande, was Sie hier mit dieser Zeitung (ein Blatt vorweisend) gemacht haben. (Zwischenruf des Abg. Guggenberger.)

Diese Zeitung („Heute und Morgen“ vorweisend) hat der Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei herausgegeben, nicht das Generalsekretariat. Man kann natürlich, meine Damen und Herren, über Geschmack streiten. (Abg. Hartl, eine andere Zeitschrift hochhaltend: Schauen Sie da hinein, wie da der Kreisky abgebildet ist!) Wir haben als sozialistische Parlamentsfraktion einen sachlichen Bericht herausgegeben (Zwischenrufe der Abg. Hartl und Dr. Mussil) über die letzte Parlamentsarbeit der Sozialisten hier in diesem Hause. Es handelt sich um ein sachliches Buch. Sie können es nachlesen. Und das ist Ihr Pamphlet! Ich will mich gar nicht so sehr darüber auseinandersetzen, was drinnensteht, etwa: „Die Sozialisten haben in ganz Europa versagt“ und so weiter. Darüber reden wir ja noch. (Zwischenruf des Abg. Altenburger. — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)

Tatsache ist, daß Sie mit diesen drei ... (Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Altenburger: Zeigen Sie noch einmal das Bild! Da ist viel Schwarzes und wenig Rotes darauf!) Sehr viel Rotes, Herr Kollege Altenburger! Kritik, Kontrolle und Konzeption. Sie können ja Ihre Zeitung nachlesen, was da drinnen steht. (Weitere Zwischenrufe.) Man kann den Unterschied sehen, meine Damen und Herren. Er spricht für uns. (Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.)

Am 28. November hat der Kollege Gruber hier an diesem Rednerpult erklärt, wir Sozialisten wollen der Volkspartei antisemitische Tendenzen „unterschwellig“ unterstellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir unterstellen der Volkspartei das nicht unterschwellig. Die Volkspartei hat bewiesen, daß sie das anscheinend bewußt und konsequent macht, denn einige Tage später war bereits im „Volksblatt“ der Österreichischen Volkspartei ein ähnlicher Artikel festzustellen. Darüber hat der Kollege Ströer hier im Hause gesprochen. Über diese Erscheinungen hat auch die „Kleine Zeitung“ einige kurze Ausführungen gemacht. Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten das kurz verlesen. Die „Kleine Zeitung“ hat am 29. November 1968 geschrieben:

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10429

Pay

„Wer politische Karikaturen kritisiert, ist stets in Gefahr, sich lächerlich zu machen. Aber in diesem besonderen Fall der ÖVP-Karikatur ist der Abgeordnete Ströer völlig im Recht, und es ist nur bedauerlich, daß die oberste ÖVP-Führung diese Entgleisungen nicht schon selbst bemerkt und rechtzeitig abgestellt hat.“ (Abg. Moser: *Sie hat sich bis heute nicht distanziert davon!* — *Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Das hat die „Kleine Zeitung“ am 29. November 1968 geschrieben. (*Weitere Zwischenrufe.*) Man kann wirklich über Karikaturen lachen; ich freue mich jedesmal, wenn ich solche sehe. In deutschen Zeitungen sind sehr gute Karikaturen enthalten. Vor kurzem war eine Karikatur: der Abgeordnete im Bundestag und der Abgeordnete in seinem Wahlkreis. Im Bundestag war er ungefähr in der Größenordnung des Kollegen Grundemann oder, wenn ich von uns jemanden nehme, vielleicht des Kollegen Wielandner, und im Wahlkreis hat er die Ausmaße gehabt des Kollegen Grießner oder des Kollegen Horr. Über solche Karikaturen kann man lachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber man kann doch nicht Karikaturen machen, die an eine Zeit erinnern, die furchtbar war. Diese Karikaturen rufen Instinkte wach, die ebenso furchtbar waren. Wozu haben wir am 1. November dieses Jahres bei den Gräbern, bei den Ehrenmalen der politisch Verfolgten und der Hingerichteten Kränze niedergelegt, Herr Altkanzler Gorbach? Kameradschaft der politisch Verfolgten, Steiermärkische Landesregierung, Landesleitung der ÖVP Graz. Ich war auch dort. Es ist doch beschämend, wenn man dann nachher herkommt und sieht eine Zeitung, in der an Instinkte appelliert wird — indirekt und zum Teil direkt —, die einer Vergangenheit angehören, die wir doch alle verurteilt haben und gegen die wir gekämpft haben; der Herr Altkanzler und viele Kollegen in diesem Haus. Freunde, viele Hunderte Menschen und Tausende Österreicher haben in dieser Zeit ihr Leben lassen müssen. Haben wir das vergessen? Ich gehöre selber zu denen, die 1934 schwer gebüßt haben und lange eingesperrt waren. Diese Zeit darf nie mehr kommen!

Wir sind doch dabei, liebe Freunde, so etwas zu wecken, wenn wir zu dem schweigen. Und wir warten noch immer auf eine offizielle Stellungnahme des Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei, daß man sich von dieser Art der politischen Diffamierung distanziert. (Abg. Dr. Hauser: *Das hat schon unser Kollege Gruber getan!* — Abg. Mayr: *Was macht denn ihr mit der Bundesregierung?* — Abg. Hartl: *Die Zeitung interessiert mich nicht!*) Herr Oberst Hartl, ich würde Ihnen

empfehlen, lesen Sie die „Kleine Zeitung“ öfter, das würde Ihnen besser tun, als hier Zwischenrufe zu machen. (Abg. Mayr: *Diese Leier muß euch doch schon selber zum Hals herauswachsen!* — Abg. Hartl: *Gehen Sie zur „Arbeiter-Zeitung“!*)

Das gehört auch dazu: Sie benützen bewußt jede Möglichkeit, uns mit den Kommunisten zu vergleichen — jede! Ich will nicht auf die Ausführungen des Kollegen Neumann in unserer Heimatzeitung eingehen, aber ich möchte Kollegen Neumann an etwas erinnern. Wenn er uns vorwirft, daß wir für den sogenannten totalen Sozialismus eintreten, dann frage ich den Kollegen Neumann und alle seine Partei-freunde: Wo waren Sie denn in den fünfziger Jahren, als die Gewerkschafter hier in Wien die Entscheidung treffen mußten gegen die Gefahr des Kommunismus? (Abg. Hartl: *Da wart ihr nicht allein da! Alles habt ihr allein gemacht!*) Wo waren Sie denn damals? Nirgends waren Sie! (*Zustimmung bei der SPÖ.* — *Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*) Der Bundeskanzler Figl hat öffentlich nachher erklärt, er spricht den sozialistischen Gewerkschaftern für ihre Haltung den besten Dank aus! (Abg. Hartl: „*Auch!*“ — Abg. Weikhart: *Nicht „auch“, sondern „nur“!*) Und Sie wollen in Antikommunismus machen gegen uns! (Abg. Hartl: *Da seid nur ihr dagewesen!* — Abg. Weikhart: *Sie, Herr Hartl, waren nicht zu sehen und nicht zu finden!* — *Weitere lebhafte Zwischenrufe.*)

Darf ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der „Kleinen Zeitung“ noch etwas zitieren. (Abg. Hartl: *Ihr habt ja drei, vier Mandate von den Kommunisten! Hunderttausend Stimmen haben euch gewählt!* — Abg. Weikhart: *Das ist das Sumpfniveau des Herrn Hartl!* — Abg. Hartl: *Ihr hättet das ablehnen müssen!* — Abg. Weikhart: *Wie schaut das aus bei der Mineralölverwaltung? Beim ÖAAB sind alle Kommunisten dort!* — Abg. Benya: *Namen kriegen Sie nachgeliefert!* — *Weitere lebhafte Zwischenrufe.*)

Während in unserem Nachbarland die tragischen Ereignisse abgerollt sind, während wir das im Rundfunk und Fernsehen verfolgen konnten, hat die „Kleine Zeitung“ am 24. August unter der Überschrift „Keine Zeit für Streit!“ folgendes geschrieben:

„Es liegt daher an der ÖVP, die Situation nicht unfair auszunützen. Schon heute“ — am 24. August — „hört man im ÖVP-Bereich Stimmen, die andeuten, es sei wieder Zeit für eine antimarxistische Einheitsfront. Vielleicht wird also sehr bald wieder die Rote Katze in neuer Drapierung über die Bühne tanzen und Rufmord an demokratischen Sozialisten betreiben ...“ Und da heißt es: „Ob auch

10430

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Pay

führende ÖVP-Politiker so denken, wissen wir nicht. Auf gewisse Töne und Zwischentöne wird man in nächster Zeit achten müssen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir achten auf diese Zwischentöne, und ich werde Ihnen einige dieser Zwischentöne gleich hier zur Kenntnis bringen, damit Sie nicht sagen, daß wir uns das irgendwie aus den Fingern herausziehen. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*) Ich will nicht das alte Bauernsprichwort, Herr Kollege Altenburger, zitieren: „Wie der Herr, so das G.“, sondern ich will sagen: Wie der Herr, so die Diener.

Der Kanzler Klaus hat in Niederösterreich erklärt, alles wird er unternehmen, damit der Sozialismus nicht siegt, weil der Sozialismus — so ähnlich, wie Sie immer sagen — den Untergang des Abgelandes bedeutet und so weiter. Und nun, bei einer kleinen Gemeinderatswahl in Voitsberg, bei der nur 6600 Wahlberechtigte waren, haben wir eine Woche vor dem Wahlgang das Plakat (*es vorweisend*) entdeckt, meine Damen und Herren:

„Wer sozialistisch — Liste 2 — wählt, stärkt den Kommunismus. Denkt an die ČSSR und Ungarn. Daher ÖVP — Liste 1“.

Das sind diese Zwischentöne! Wir haben zuerst geglaubt, das ist eine Übereifrigkeit meines lieben Freundes Kollegen Neumann. Wir haben dann geschaut, wer als Herausgeber zeichnet: Verleger und Herausgeber Österreichische Volkspartei, Landesleitung Steiermark, Graz, Karmeliterplatz. Das heißt also, nicht die Bezirksleitung dieser Partei hat das gemacht, sondern eine höhere Instanz, die Landesleitung, auch bei einer Gemeinderatswahl. Das sind die Zwischentöne, von denen ich vorhin gesprochen habe.

Ich möchte Ihnen auch andere Zwischentöne nicht vorenthalten, Kollege Neumann. Jetzt reden wir ein bissel von Voitsberg. (*Abg. Hartl: Was hat das mit dem Kapitel Handel zu tun?*) Jawohl, weil wir zuwenig Geld für die Bergarbeiter und zuviel Geld für eure Propaganda haben. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Deswegen rede ich davon. Sie werden mir das nicht verbieten können, Herr Oberst.

Der Hauptbezirksparteiobmann der ÖVP in Voitsberg hat eine Vertrauensmänner-Information herausgegeben. Sie ist auch etwas erheiternd. Ich möchte Ihnen die wichtigsten Auslassungen nicht vorenthalten. Es heißt beispielsweise unter Punkt 5:

„Die Methodik der sozialistischen Parteiführung entspricht jener“ — bitte, für das Deutsch kann ich nichts, ich verlese das genau so, wie es ist —, „welche die Russen seit dem 20. August uns allen vom Fernsehen und Radio bestens bekannt, vorzeigen.“ (*Abg.*

J. Schlager: Das ist ja ein Skandal! — *Abg. Weikhart: Sie sollten sich schämen, so etwas zu schreiben!* — *Abg. Lukas: Neumann, jetzt fällt deine Maske!* — *Abg. Wodica: Das ist eine Schande! Mit diesen Leuten sind wir 20 Jahre in der Koalition gesessen!*)

Aber der Kollege Neumann hat ja noch etwas anderes geschrieben. (*Heftige Zwischenrufe.*) Liebe Freunde! Er hat anscheinend schon das Wahlergebnis von 1970 vorweggenommen, denn er erklärt in einem Punkt:

„Stärkere Opposition bedeutet mehr Sachlichkeit, mehr Gerechtigkeit, mehr Demokratie.“

„Die Bevölkerung wünscht die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken aller politischen Parteien.“

„Die Bevölkerung will“ — Herr Generalsekretär, hören Sie zu — „gleich starke politische Partner in der öffentlichen Verwaltung.“ — Das wollen Sie nicht, Herr Generalsekretär; ich glaube, daß Sie das nicht wollen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Der Kollege Neumann will also viel, und er sagt: „Stärkere Opposition bedeutet mehr Sachlichkeit, mehr Gerechtigkeit und mehr Demokratie.“ Im allgemeinen finden wir auf der einen Seite die Zwischentöne, daß wir Wegbereiter des Kommunismus sind, und auf der anderen Seite sagt er: Jawohl, die Opposition muß viel stärker werden, weil es dann mehr Demokratie und mehr Sachlichkeit gibt. Da werden die Absichten des Herrn Abgeordneten Neumann und des Herrn Generalsekretärs nicht ganz übereinstimmen. (*Abg. Hartl: Das bezieht sich auf Voitsberg und nicht aufs Parlament!*)

Damit komme ich schon zum Schluß. Ich möchte nochmals betonen, daß wir es verurteilen, daß diese Bundesregierung, die ÖVP-Alleinregierung, wohl in ihren Aussendungen betont, daß sie kein Geld für schlechte Kohle geben will, daß sie aber immerzu bereit ist, viel Geld für ihre Propaganda zu geben. Ich möchte hier die Frage aufwerfen — ganz offen, meine lieben Freunde, auch bei uns —: Ich habe das Gefühl, daß man innerhalb der Bundesregierung einen sogenannten Reptilienfonds schafft. Vielleicht wissen einige Kollegen, was dieser Reptilienfonds in der Ära Adenauer bedeutet hat. Das waren Mittel, über die die Regierung frei verfügen konnte, ohne Kontrolle durch den Rechnungshof, ohne Kontrolle durch das Parlament, nur für die Öffentlichkeitsarbeit der damaligen CDU-Regierung in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Pay

Wir haben das Gefühl, daß jetzt hier in Österreich im verkleinerten Maßstab das gleiche geschieht, daß ein Reptilienfonds geschaffen wird, den niemand kontrollieren kann, und dafür wird dann bezahlt: Propaganda, Propaganda und noch einmal Propaganda. (*Abg. Weikhart: ... für die ÖVP! — Abg. Dr. Withalm: Einen Adaxerlfonds werden wir machen!*) Sie müssen ja wissen, Herr Generalsekretär: „Hilf, was helfen kann!“

Ich möchte mit jenen Worten schließen, die der Kollege Altenburger vor zwei Tagen hier gesprochen hat: Eine Volksabstimmung ist notwendig. — Jawohl, eine Volksabstimmung ist notwendig. Sie wird kommen, spätestens im März 1970, und dann wird es keine ÖVP-Alleinregierung mehr geben! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dkfm. Androsch das Wort.

Abgeordneter Dkfm. Androsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die bisherigen Ergebnisse der Regierungspolitik an der EWG-Front lassen sich mit einem berühmten Romanstitel zusammenfassen: „Im Westen nichts Neues“. Hinter diesem lakonischen Frontbericht verbergen sich folgende Tatsachen: Vizekanzler Dr. Bock gefallen, Minister Mitterer noch nicht fronttauglich und Bundeskanzler Dr. Klaus nach wie vor in der sicheren Etappe. Mit anderen Worten: Die Szenerie ist gleich geblieben, gewechselt haben nur einige Akteure. Man spielt noch immer das Stück „Draußen vor der Tür“; zwar ohne „Bocksprünge“, aber durchaus „mitterermäßig“. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Wie witzig!*)

Die Tatsache der Ergebnislosigkeit der Integrationspolitik ist dabei noch der geringste Vorwurf, den man der Regierung machen muß. Viel schwerer wiegt, daß die ÖVP mit ihrer unrealistischen und illusionären Politik viele Fehlpositionen in unserer Wirtschaft ausgelöst, die Unternehmer unsicher gemacht und in ihrer Dispositionsfreudigkeit beeinträchtigt hat.

Bekanntlich sind die Sozialisten nie dem Trugbild eines baldigen EWG-Arrangements erlegen und haben einer flexiblen Außenhandelspolitik das Wort geredet. Die ÖVP hat deswegen die gemeinsame integrationspolitische Linie der beiden großen Parteien verlassen. Dadurch wurde es zum Beispiel verabsäumt, bei den Verhandlungen zur Kennedy-Runde alle Möglichkeiten für die österreichische Wirtschaft auszuschöpfen.

In der Zwischenzeit ist klar geworden, daß die Alles-oder-Nichts-Politik gescheitert ist.

Uns Sozialisten, meine Damen und Herren von der ÖVP, erfüllt diese Tatsache weder mit Genugtuung noch mit Schadenfreude. Wir verlangen von der Regierung deshalb auch keinen Offenbarungseid. Was wir aber mit Recht verlangen müssen, ist eine Integrationspolitik, die sich in Zukunft im Interesse unserer gesamten Wirtschaft an Realitäten und nicht an Wunschträumen orientiert.

Hohes Haus! Am 20. April 1966 hat der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung wörtlich gesagt:

„Sie“ — die Bundesregierung — „erachtet es aber als ihre besondere Aufgabe, die nachstehenden Probleme einer raschen, konkreten Verwirklichung zuzuführen und dem Hohen Haus die notwendigen Regierungsvorlagen und Berichte ehestens zu unterbreiten:

1. das nach Abschluß der zügig fortzuführenden Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erzielte Verhandlungsergebnis.“

Dieses Ziel wurde seitens der ÖVP — wie ich schon gesagt habe — die gemeinsame Integrationspolitik der beiden großen Parteien geopfert. Sie wollen dies zwar nicht zugeben, da Sie die Verantwortung nicht tragen wollen.

So hat zum Beispiel der Herr Abgeordnete Graf beim Kapitel Äußeres erklärt: „Es hat sich, Hohes Haus, an den Wünschen und an der Gangart der österreichischen Bundesregierung seither nichts geändert.“

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang in Erinnerung bringen, daß Sie, als Sie die Alleinregierung übernommen hatten, in folgenden Punkten von der bisherigen Gangart abgewichen sind: Sie haben die Verhandlungen unter der Arbeitshypothese geführt, daß wir aus der EFTA austreten, Sie haben weiters auf die treaty making power verzichtet. (*Ruf bei der ÖVP: Stimmt nicht!*) Ich darf Ihnen schließlich in Erinnerung rufen, daß Sie schon die Absicht geäußert haben, gar nicht mehr die letzte Zollsenkung im Rahmen der EFTA mitzumachen.

In all diesen Punkten, meine Damen und Herren von der ÖVP, sind Sie auf den entschiedenen Widerstand der Sozialisten gestoßen. Von Gemeinsamkeit konnte daher keine Rede mehr sein.

Die Diskrepanz zwischen diesen Versprechungen in der Regierungserklärung und dem tatsächlichen Ergebnis läßt sich an folgenden Kommentaren eindrucksvoll dokumentieren:

10432

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dkfm. Androsch

So stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einem Artikel im Sommer die nicht nur rhetorisch gemeinte Frage: „Österreichs Alleingang zur EWG gescheitert?“, und führt dann in dem Artikel aus, daß dieser Alleingang gescheitert ist.

„Die Presse“ vom 3. Oktober 1968 betitelt einen Artikel zur Frage der Integrationspolitik mit den bezeichnenden Worten: „In der Sackgasse“. So sehen durchaus neutrale Beobachter die Situation.

Der derzeit ressortverantwortliche Minister will angesichts dieser Umstände immer Realist gewesen sein. Wenn man sich aber seine Äußerungen, die er als Abgeordneter in diesem Hohen Haus vor noch nicht allzu langer Zeit gemacht hat, überlegt, wird man feststellen, daß das nicht der Fall gewesen ist.

Am 21. Juni 1966 hat Herr Minister Mitterer unter anderem erklärt, es werde möglich sein, in kürzester Zeit einen praktikablen und guten Vertrag mit der EWG herbeizuführen. Am 7. Juni 1967 hat ebenfalls der Herr Minister, noch als Abgeordneter, folgendes erklärt: „Wir jedenfalls wollen nicht warten, bis der Sessel zwischen den Türen steht, sondern wir wollen rechtzeitig für unsere Wirtschaft Vorsorge treffen.“

Abgesehen von der Rätselhaftigkeit dieses Sesselbildes bin ich der Meinung, es wäre besser, wir hätten den Fuß zwischen der Tür, anstatt den Sessel, der offenbar zwischen den Türen gestört hat, vor der Tür. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Auch für den Herrn Bundeskanzler existiert diese Situation offensichtlich nicht. Dr. Klaus kündigte im Mai auf der diesjährigen Semmeringtagung der ÖVP verschiedene Initiativen an. Wie dem „Volksblatt“ vom 1. Juni zu entnehmen ist, animierte die Höhenluft den Herrn Kanzler, etwas für die Konsumenten, etwas für den Mittelstand sowie etwas für Europa zu tun.

Allerdings ist im Detail nicht bekannt geworden, was der Kanzler etwa für die Konsumenten tun wollte. Tatsache ist, daß der Verbraucherpreisindex von Mai bis Oktober um 3,2 Punkte gestiegen ist. Ich weiß auch nicht, welche Konsequenzen der Herr Kanzler etwa beabsichtigt, wenn man sich vor Augen hält, daß viele Produkte des gehobenen Bedarfs in Österreich viel teurer sind als in der benachbarten Schweiz und in der Bundesrepublik, obwohl diese Produkte, wie Fernsehgeräte und andere Elektrogeräte, vielfach zur Gänze in Österreich von denselben Firmen — also markengleiche Produkte — hergestellt werden und in Österreich ein niedrigeres Lohnniveau

herrscht. Es ist uns nicht bekannt, was der Herr Kanzler auf diesem Gebiet vorhat.

Was die Mittelstandsinitiative betrifft, glaube ich, hat der Herr Abgeordnete Kulhanek im Ausschuß dieses Problem treffend damit charakterisiert, daß er gemeint hat: „Bei diesem Budget ist das Gewerbe unter die Räder gekommen“.

Aber auch in bezug auf Europa ist von den großen Ankündigungen nichts geblieben. Vielleicht waren nur die kleinen Schritte Mitterers damit gemeint. Wie diese Absicht von der EWG-Kommission aber zurzeit eingeschätzt wird, zeigt ein Artikel in der „Presse“ vom 29. Oktober mit dem Titel „Skepsis über kleine Schritte“. Es heißt hier: „Die Chancen Österreichs, mit der Politik der kleinen Schritte zu einem Arrangement mit der EWG zu kommen, werden in Brüsseler Kreisen eher skeptisch beurteilt, erklärte der Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ...“

Gegen eine Politik der kleinen Schritte wäre nichts einzuwenden. Aber sie wurde nicht rechtzeitig praktiziert. Ich darf Sie daran erinnern, daß Sie den Vorschlag unseres Parteivorsitzenden Dr. Kreisky hinsichtlich des Stufenplanes abgelehnt haben. Auch wenn es Ihnen unbequem ist, erlaube ich mir noch einmal, „Die Presse“ vom 3. Oktober zu zitieren, die dazu schreibt:

„Das wäre also eine Politik, wie sie dem früheren Außenminister und jetzigen SPÖ-Vorsitzenden, Kreisky, mit seinem Stufenplan vorgeschwoben haben mag, wahrscheinlich aber sogar etwas weniger als das.“ Die Gelegenheiten zu den kleinen Schritten sind nämlich versäumt worden. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, daß man die Gelegenheiten, bei der Kennedy-Runde zu größeren Zollermäßigungen zu kommen, nicht ausgeschöpft hat, eine Lösung, über die man heute froh wäre.

So treten und trippeln wir heute mit dem Herrn Minister auf dem integrationspolitischen Parkett auf der Stelle. Nur der zuständige Ressortminister will das offenbar noch nicht zur Kenntnis nehmen. Sonst wäre es nicht zu erklären, daß Herr Minister Mitterer in der Fragestunde vom 26. 11. erklärte, es werde mit der EWG zügig verhandelt, obwohl auch er zugeben mußte, daß die Kommission dazu gar kein Mandat hat. Dieses Kunststück, ohne Partner zu verhandeln, hat selbst in diplomatischen Kreisen einiges Amusement erweckt. (*Abg. Libal: Das ist der Luftzug bei der Tür! Bei der Tür zieht's heraus! — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Ich habe einleitend schon erwähnt, daß die überspannten Erwartungen der Regierung auf einen baldigen Abschluß mit der EWG be-

Dkfm. Androsch

trächtliche Verwirrung gestiftet haben. Damit ist aber der österreichischen Wirtschaft ein Schaden erwachsen, der sich zum Glück der Regierung nie quantifizieren lassen wird.

Hohes Haus! Es gibt sicherlich ein sehr komplexes Bündel von Motiven für den vergeblichen Gewaltmarsch nach Brüssel. Eines der wichtigsten Motive ökonomischer Natur war die Angst vor einer übergroßen Diskriminierung unserer Exporte in den EWG-Raum. Sie erinnern sich an das berüchtigte Krainer-Wort vom „Verhungern in Neutralität“. Sie erinnern sich, daß der Herr Bundeskanzler in einem „Spiegel“-Interview von „notfalls arm, aber neutral“ gesprochen hat.

Auf derselben Linie bewegen sich einige Äußerungen von Minister Mitterer, wie etwa die vom 15. Juli 1966, in denen er befürchtete, daß die Diskriminierung im österreichischen Export nach den EWG-Ländern nach den letzten Zollsenkungen innerhalb der EWG so fühlbar geworden ist, daß wir allen Grund haben, diese Dinge ernst zu sehen. Ich möchte gerne wissen, ob man vorher die Dinge nicht ernst sehen mußte.

Aber merkwürdigerweise, meine Damen und Herren von der ÖVP, waren Sie nie bereit, Untersuchungen seitens der Bundesregierung anstellen zu lassen, wie groß diese diskriminierenden Auswirkungen tatsächlich überhaupt seien. Ich bin daher froh, daß es nunmehr eine Studie — nicht von der Bundesregierung — gibt, in der man sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigt.

Ich darf Ihnen aus dieser noch unveröffentlichten Studie, die der Herr Generalsekretär Dr. Mussil sicherlich kennen wird, folgenden Passus vorlesen. Es heißt hier im Zusammenhang mit der Diskriminierung: „Zunächst fällt auf, daß die (meßbaren) negativen Auswirkungen der Nichtteilnahme Österreichs an der EWG-Integration stark überschätzt worden sind.“

Die starre Ausrichtung auf Brüssel hat leider auch zu einer Vernachlässigung der Möglichkeiten im Rahmen der EFTA geführt. Trotzdem hat die österreichische Wirtschaft die Möglichkeiten, die sich aus der Mitgliedschaft bei der EFTA ergeben haben, gut genutzt. So haben im Jahre 1958 unsere Ausfuhren in die EWG noch 50 Prozent betragen und die in die EFTA nur 10 Prozent. 1968 sieht das Bild so aus, daß wir in die EWG 40 Prozent, jedoch in die EFTA 23 Prozent exportieren.

Dazu zwei grundsätzliche Feststellungen. Ich glaube, wir können es begrüßen, daß wir bei unseren Exporten eine größere regionale Streuung erreicht haben. Darüber hinaus ist aber zu berücksichtigen, daß nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität der Exporte

ins Gewicht fällt. Es zeigt sich, daß wir bei den Exporten in die EFTA eine sehr wesentliche Strukturverbesserung erzielen konnten, weil es sich hauptsächlich um hochwertige Fertigfabrikate, um lohnintensive Produkte handelt.

Meine Damen und Herren! Das sind keine Trugbilder, sondern Fakten. Daher sind Erklärungen unverständlich, wie sie zum Beispiel Herr Minister Mitterer in Salzburg abgegeben hat, über die das „Volksblatt“ vom 5. Oktober 1968 unter der Überschrift schreibt: „Vorläufig kein EFTA-Austritt“. Wozu solche Erklärungen dienen sollen, ist nicht klar, weil zurzeit kein EWG-Arrangement in Sicht ist, was ja Herr Minister Mitterer in seiner gestrigen Wortmeldung auch zum Ausdruck gebracht hat. Klar ist hingegen, daß solche Erklärungen nicht dazu beitragen, daß die Möglichkeiten im Rahmen der EFTA besser genutzt werden.

Ich will gar nicht behaupten, daß es im Rahmen der EFTA nicht auch Schwierigkeiten gibt, die zum überwiegenden Teil auf die kritische Währungssituation des größten EFTA-Mitgliedes zurückzuführen sind. Wie jedoch die letzten Ereignisse zeigen, ist auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vor solchen Krisen nicht gefeit, ganz abgesehen davon, daß es in der Vergangenheit aus anderen Gründen innerhalb der EWG immer wieder zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen gekommen ist; denken Sie an die Fragen der Agrarmarktordnung, denken Sie an die Frage der Rechte der Kommission.

Die negativen Auswirkungen durch den Rückschlag, der jetzt in der EWG eingetreten ist, sind noch nicht abzusehen. Dabei handelt es sich ebensoviel um ein spezifisches Problem der EWG, wie es sich früher um eines der EFTA gehandelt hat. In manchen Kreisen hat man das in der Vergangenheit jedoch gerne so dargestellt, als ob es solche Schwierigkeiten nur im Rahmen der EFTA gäbe. Vielmehr handelt es sich um die Tatsache, daß aus einer Reihe von Gründen, die noch bei anderer Gelegenheit zu beleuchten sein werden, das Weltwährungssystem den heutigen Anforderungen aus einer Reihe von Gründen nicht mehr entspricht.

Ebenso wie im Zusammenhang mit integrationspolitischen Fragen sind diese Gründe aber oft nur zu einem geringeren Teil ökonomischer und zum überwiegenden Teil politischer Natur.

Auf Grund dieser Tatsache und dieser Problematik hat Österreich selbstverständlich nur einen kleinen autonomen Bewegungsspielraum. Wer glaubt, daß das anders sein kann, und mit „Sendungsbewußtsein“ operiert, muß zwangsläufig in die Irre gehen. Auf Grund dieser

10434

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dkfm. Androsch

Gegebenheiten sollten wir genau prüfen, welcher Spielraum uns zur Verfügung steht, und diesen dann auch nützen.

An erster Stelle steht die Aufgabe, die Struktur unserer Wirtschaft zu verbessern. Die dafür erforderlichen Maßnahmen können wir in unserem eigenen Bereich durchführen. Leider hat man bisher diese Aufgabe verabsäumt. Eine gezielte Strukturpolitik würde die notwendige Anpassung unserer Wirtschaft beschleunigen und damit unsere Leistungsfähigkeit erhöhen. Damit würde aber auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmungen auf den Weltmärkten gestärkt.

Grundsätze für diese Politik haben die Sozialisten in ihrem Wirtschaftsprogramm niedergelegt. In diesem Programm finden sich die Alternativen, nach denen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, immer so lautstark gerufen haben. Bezeichnend ist allerdings die Art, wie Sie sich mit diesen Alternativen auseinandersetzen.

So hat nach der „Presse“ vom 8. Oktober dieses Jahres der Herr Handelsminister in Salzburg unter anderem folgendes erklärt: „Das neue sozialistische Wirtschaftsprogramm wolle ‚die unternehmerische Freiheit genau in jenem Punkte einschränken, bei dem es keinen Kompromiß geben kann, nämlich bei der Entscheidung über die Investitionen des Unternehmens‘.“

Ich weiß nicht, wie der Herr Minister zu dieser Feststellung kommen konnte. Es gibt drei Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist, daß er das Programm überhaupt nicht gelesen hat; die zweite ist, daß er es wohl gelesen hat, aber es nicht versteht — was ich nicht annehmen kann —, und die dritte ist, daß er es gelesen hat und ganz einfach nicht verstehen will. Denn, Herr Minister, Sie finden in dem ganzen Programm keinen Ansatzpunkt, daß Sie das hineininterpretieren können, ganz zu schweigen davon, daß es nicht drinnensteht.

Auch der Herr Abgeordnete Machunze hat sich anlässlich der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes mit dem Wirtschaftsprogramm der SPÖ beschäftigt. Er hat den „Erlkönig“ zitiert und davon gesprochen, daß er sehr viel Nebel sehe. Herr Abgeordneter Machunze, Ihr Vergleich erinnert mich an folgendes: Ein Autofahrer fährt und hält plötzlich an. Von seinem Mitfahrer befragt, warum er das tue, sagt er: Ja wegen des Nebels draußen, er sähe nichts mehr. Der Mitfahrer machte ihn dann darauf aufmerksam, daß draußen gar kein Nebel ist, sondern nur seine Windschutzscheibe beschlagen ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hartl: Das ist ein weicher Witz! — Abg. Machunze: Wir werden Ihnen*

schon den Nebel bringen! Warten Sie nur einmal!)

Auch der Herr Generalsekretär Dr. Mussil hat sich mit dem oben genannten Programm beschäftigt und hat gemeint, daß es ein Widerspruchsprogramm sei. Herr Generalsekretär! Einen Widerspruch entdecke ich dabei, nämlich den Widerspruch Ihrer Äußerung zu Äußerungen, die Experten in Ihrer Kammer zum Wirtschaftsprogramm gemacht haben. Aber offenbar zählen die Äußerungen, zählen die Urteile der Fachleute in Ihrer Kammer nichts! Es zeigt sich einmal mehr, daß Sie in Ihrer Partei die Wissenschaft und die Experten nur als Feigenblatt für nackte Gruppeninteressen verwenden. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Herr Generalsekretär! In unserer Partei bedient man sich nicht des Feigenblattes, aber man nutzt das Wissen, das die Experten für solche Dinge beisteuern können. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Die Tatsache fällt nicht weg, daß Ihr Programm ein Widerspruchsprogramm bleibt!*)

In der Generaldebatte hat sich auch der Herr Abgeordnete Glaser, der leider nicht da ist, zum Wirtschaftsprogramm geäußert. Ich glaube, mit dem Inhalt seiner Äußerungen braucht man sich nicht zu beschäftigen. (*Zwischenrufe.*)

Lassen Sie mich nun auf einige Einzelfragen der Außenhandelspolitik eingehen. In letzter Zeit wurde nämlich darüber Klage geführt, daß sich engstirnige Interessenvertreter gegen eine Lichtung der jetzigen bürokratischen Außenhandelsbestimmungen wehren. Es wurde der Vorschlag gemacht, alle Einfuhrgeschäfte mit einem Warenwert von weniger als 200.000 S mögen von den Außenstellen des Handelsministeriums erledigt werden. Das Handelsministerium — so höre ich — wäre mit diesem Vorschlag einverstanden gewesen. Der Vorschlag wurde jedoch von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und von Vertretern der Bundeskammer abgelehnt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Vorschlag, daß man kleine Sendungen bestimmter landwirtschaftlicher Produkte, wie Gemüse und Obst, bis zu einem Einfuhrwert von 1000 S bewilligungsfrei macht und den Landeshauptleuten bis zu einer gewissen Grenze Rechte überträgt. Obwohl man bei der Einfuhr den Landeshauptleuten dieses Recht zugesteht — nämlich bis zu 350.000 S — unter der Annahme, daß sie beurteilen können, ob eine Nachfrage-, eine Versorgungslücke besteht, ist man nicht bereit, das auch bei der Ausfuhr zu tun.

Dkfm. Androsch

Was die Kleinsendungen betrifft, die bisher bis 500 S bewilligungsfrei waren, ist man nicht bereit, künftig hin das Zugeständnis weiter zu machen. Das heißt: Wenn sich ein Salzburger Kaufmann aus Italien eine Kiste Trauben bestellt oder sich probeweise eine Flasche Chianti kommen läßt, braucht er dazu eine Bewilligung aus Wien. Das ist zweifelsohne kein Beitrag zur Verwaltung vereinfachung.

Ebenso ist es unverständlich, daß man über die Schwierigkeiten mit dem Osthandel, die zum Teil natürlich da sind, Klage führt und bedauert, daß er nur bilateral abgewickelt werden kann. Denn auf der anderen Seite macht man einen Vertrag, wie das mit Rumänien geschehen ist, und gesteht den Rumänen GATT-Bedingungen zu. Bei der ersten Gelegenheit aber, bei der diese Bedingungen zum Tragen kommen sollten, nämlich bei der zollfreien Einfuhr von Eiern vor Weihnachten — um die Versorgung sicherzustellen —, dauerte es geraume Zeit, bis man endlich die Vertreter der Landwirtschaft dazu bringen konnte, zuzustimmen, daß dieser Vertrag eingehalten wird. So wird man zweifelsohne die Möglichkeiten des Osthandels — bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die es da gibt — nicht ausschöpfen können.

Ein ganz besonderes Beispiel für eine wenig liberale Außenhandelspolitik zeigt sich im Zusammenhang mit der Lizenzabgabe und ihren Folgen. Wir müssen feststellen, daß die Bedeutung des Überseehandels bei uns leider zurückgeht. 1957 waren noch 20 Prozent unserer Exporte auf den Überseemärkten unterzubringen. Es sind 1967 nur mehr 15 Prozent. Im Vergleich dazu nenne ich die Schweiz, die in der Lage ist, ein Drittel ihrer Ausfuhren in die Überseeweltmärkte zu exportieren.

Man hat nun unter anderem eine Lizenzabgabe auf Ölkuchen eingeführt. Wir importieren rund 100.000 t Ölkuchen; die eigene Produktion beträgt rund 2000 bis 3000 t. Aus dieser Relation ersehen Sie, was es hier zu „schützen“ gab. Der größte Lieferant von Ölkuchen sind die Vereinigten Staaten. Auf Grund dieser Lizenzabgabe, die den GATT-Bestimmungen nicht entspricht, haben nun die Vereinigten Staaten ab Jänner dieses Jahres Retorsionsmaßnahmen angekündigt, Retorsionsmaßnahmen, die dazu führen, daß wesentlich höhere Zölle, als vor der Kennedy-Runde überhaupt noch bestanden haben, zur Anwendung kommen, und die ganze Betriebe, ja ganze Branchen in die größten Schwierigkeiten bringen werden.

Mir sind Meldungen zugegangen, wonach Tiroler Strickwarenbetriebe, die 60 bis 70 Pro-

zent ihrer Exporte in die Vereinigten Staaten schicken, ernstlich bedroht sind. Es ist mir das von Wiener Strickwarenunternehmungen und auch von oberösterreichischen Textilfirmen bekannt. Als Beispiel für alle gestatten Sie mir, Ihnen folgendes Schreiben eines Betriebsrates aus Wels zur Kenntnis zu bringen. Ich bitte zu entschuldigen, daß das etwas ausführlicher ist, aber ich glaube, der Anlaß rechtfertigt das. Es heißt dort:

„Durch Pressemeldungen erfuhren wir, daß die Vereinigten Staaten als Retorsionsmaßnahmen auf die österreichischerseits eingeführte Lizenzabgabe bei der Einfuhr von Ölkuchen wesentliche Zollerhöhungen bei verschiedenen Warenpositionen planen.“

Die Geschäftsleitung der Firma „Sowieso, „Strick- und Wirkwarenfabrik, informierte uns heute, daß unser Betrieb, der rund 400 Beschäftigte zählt, durch diese drohenden Maßnahmen betroffen würde. Der Export der Firma nach den USA belief sich im zu Ende gehenden Jahr 1968 in oben genannten Positionen auf rund 10 Millionen Schilling, was einen wertmäßigen Anteil an der Gesamtproduktion von rund 20 Prozent darstellt. Die angedrohten Zollerhöhungen, die schon mit 15. 1. 69 in Kraft treten sollen, müßten das US-Geschäft unserer Firma zum Erliegen bringen. Die Konsequenz wäre, daß etwa 80 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz einbüßten.“

Das weitere ist nicht mehr wesentlich. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Die amerikanische Kontingentierung für Käse ist für uns auch nicht angenehm, Herr Abgeordneter!*) Ja, aber Sie mit Ihrer Lizenzabgabe sind der Urheber, daß es dazu kommt! Die brauchen Sie, damit Sie Ihre Milchpulver subventionieren können. Das nennen Sie eine Außenhandelspolitik? (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Kollege Zittmayr! Was soll das dann für einen Sinn haben, wenn der Herr Präsident Sallinger von der Bundeskammer die größten Anstrengungen unternimmt, durch persönliche Reisen Überseemärkte auszukundschaften und zu erobern, und man im Inland eine Politik macht, die es von vornherein unmöglich macht, diese Möglichkeiten zu nutzen, weil man sogar die bestehenden Möglichkeiten wieder zum Verschwinden bringt! (*Abg. Hartl: Der hat ja keine Ahnung! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Generalsekretär Mussil! Sie haben mir nicht widersprochen. (*Abg. Dr. Mussil: Diese nationalpolitischen Fragen gehören nicht ins Haus herein! Ich würde Ihnen den Rat geben für die Zukunft!*) Die Außenhandelspolitik ist Gegenstand der Debatte. Herr Generalsekretär Mussil! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir dazu sprechen werden!

10436

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dkfm. Androsch

(*Beifall bei der SPÖ.*) Wenn es Ihnen unangenehm ist, ist das Ihre Sache, aber wir werden uns deswegen nicht hindern lassen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich bin mir völlig bewußt, keine vollständige Aufzählung von Vorfällen gegeben zu haben, wie man Möglichkeiten nicht oder nicht zeitgerecht ausgeschöpft hat. Sie sehen aber, daß es mehr als genug Anlaß zur Kritik gibt.

Sie werden mit Recht einwenden: Mit Kritik allein ist es nicht getan. Meine Damen und Herren! Im Wirtschaftsprogramm der SPÖ ist eine umfassende und fundierte Alternative zur Wirtschaftspolitik der ÖVP-Regierung niedergelegt. Ich darf auf Grund dieses Wirtschaftsprogramms der SPÖ zusammenfassend noch einmal eine Antwort geben auf die Frage, was in der Außenhandels- und Integrationspolitik vordringlich geschehen soll.

1. Das Exportbewußtsein unserer Wirtschaftstreibenden soll durch zusätzliche Ausbildung und verstärkte Marktinformation weiter gehoben werden.

2. Marktanalysen und Exportringe sollen auch Klein- und Mittelbetrieben größere Exportmöglichkeiten erschließen.

3. Die Zusammenarbeit der EFTA-Staaten soll voll ausgeschöpft werden. Dazu bietet die Konvention der EFTA eine Reihe von Ansatzpunkten.

4. In Richtung der EWG sollen als Nahziel Zollerleichterungen angestrebt werden, auf Sicht soll eine pragmatische Politik eine weitere Annäherung an die EWG herbeiführen.

5. Eine liberale und unbürokratische Außenhandelspolitik soll eine Intensivierung unseres Übersee- und Osthändels erleichtern.

Leider ist der Kollege Graf der Meinung, daß man das alles nicht machen darf. (*Abg. Robert Graf: Wie war das?*) Sie sind ja der Meinung, daß man das alles nicht machen kann. (*Abg. Robert Graf: Das glauben auch Sie nicht, daß das durchführbar ist!*) Kollege Graf! Sie haben in Ihrer Rede erklärt, daß das Wirtschaftsprogramm undurchführbar sei. Damit sind Sie der Meinung, daß das undurchführbar ist. Das ist der Grund, warum man bei Ihnen so viel versäumt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ohne Mitwirkung und Zustimmung anderer können wir keine Wirtschaftspolitik betreiben, die die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hebt. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß sein die Sicherung der Vollbeschäftigung und ein größtmögliches Wirtschaftswachstum. Damit schaffen wir die besten Voraussetzungen für eine Steigerung

des Wohlstandes im Interesse unseres Landes und seiner Bevölkerung (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Mitterer. Ich erteile es ihm.

Bundesminister Mitterer: Hohes Haus! Ich möchte nur zu jenen Diskussionsbeiträgen Stellung nehmen, in denen ich direkt angeprochen wurde, beziehungsweise auch zu den Fragen, die gestellt wurden.

Der Herr Kollege Meiβl hat gefragt, wie wir uns zu den verschiedenen Äußerungen zur Gewerbeordnung stellen. Ich darf Ihnen hiezu mitteilen, daß die Stellungnahmen der verschiedenen Interessenorganisationen rund 1400 Seiten ausmachen und daß es vorauszusehen war, daß es dort und da immer wieder Schwierigkeiten geben würde, weil dadurch selbstverständlich die Widerstände der Betroffenen virulent werden. Ich glaube aber, wir werden hier einen guten Weg gehen, indem wir nun die Stellungnahmen überarbeiten und dann neuerlich mit einem Vorschlag in Kontakt treten. Ich bin auch gerne bereit, Ihre Fraktion und die andere Oppositionspartei von dem Ergebnis zu informieren, damit Sie in dieser Frage am laufenden gehalten werden.

In der Frage der Lebensmittelkennzeichnung — das war auch noch Ihre Frage — ist durch die Mitkompetenz des Sozialministeriums, die wir vor einigen Tagen beschlossen haben, gewährleistet, daß damit eine bestmögliche Erfolgslösung gefunden wurde. Ich habe inzwischen diese Verordnung erlassen. Die Umstellung, die die Betriebe bei der Kennzeichnung vornehmen müssen, ist sehr wesentlich; insbesondere aber handelt es sich um ausländische Produkte. Mit diesen Firmen muß erst Kontakt genommen werden. Wir werden dann feststellen können, ob diese Frage gut gelöst wurde; ich würde nur bitten, daß man das einmal abwartet.

Was die Frage der Verwendung von verschiedenen Chemikalien anlangt, ist ja vom Sozialministerium die Novelle des Lebensmittelgesetzes bereits zur Begutachtung ausgesandt worden; es wird dann eine entsprechende Gesetzesnovelle kommen, sodaß sich hier der Ring schließt.

Nun darf ich zur Frage der Kohlenwirtschaft kommen. Ich bitte die Herren Abgeordneten um Entschuldigung, wenn einige Äußerungen nicht auf die einzelnen Positionen eingehen — es waren ja einige Herren, die sich dazu geäußert haben —, sondern nur einige Zahlen genannt werden.

Erstens einmal wurde gefragt, wer die Zuständigkeit für den Energieplan hat. Ich

Bundesminister Mitterer

habe schon mehrmals geantwortet, daß das Handelsministerium hiefür zuständig ist. Allerdings setzt das voraus, daß wir von den verschiedenen Energieträgern die Unterlagen bekommen. Es ist dies bezüglich Kohle, Gas und Öl weitgehend der Fall. Der Kohlenplan ist zwar überarbeitet worden, aber das wird keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr bringen.

Anders sieht es auf dem Teilgebiet der Elektrizitätswirtschaft aus, weil wir hier noch keine einheitlichen Stellungnahmen bekommen haben. Es tut mir leid, ich konnte vom zuständigen Ministerium die einheitliche Stellungnahme, die notwendig ist, um den Energieplan zu erstellen, noch nicht erhalten. Er ist für Jänner in Aussicht gestellt.

Ich wurde letztesmal gefragt, ob es nicht möglich sei, auch ohne Vorliegen eines diesbezüglichen Planes den Energieplan zu erstellen. Wir haben uns hier in jeder Weise abzusichern, daß wir den richtigen Weg gehen, und haben ein Hochschulgutachten in der Frage des gesamten Energieplanes eingeholt. Ich habe dem Verfasser dieses Konzepts, Herrn Professor Dr. Musil aus Graz, auch die Frage vorgelegt. Er hat dazu unter anderem geantwortet: Ich halte die Fertigstellung eines Teilenergieplanes nicht für zweckmäßig. Es müssen die Vorschläge der Elektrizitätsversorgung abgewartet werden, damit man einen kompletten Plan vorlegen kann. Wir werden das, sobald diese Arbeiten abgeschlossen sind, tun. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ja hier die Probleme sehr verzahnt sind. Wir werden gleich sehen, in welcher Form, weil nämlich auch die Kohlenwirtschaft für die Elektrizitätswirtschaft natürlich von Bedeutung ist.

Ich darf dazu sagen, daß die Frage der Lagerungen von Ihnen richtig angeschnitten wurde. Die Halden sind wesentlich größer geworden. Sie haben aber nunmehr, mit Stand 30. 11., einen sehr wesentlichen Abbau erfahren, sodaß ich doch annehmen kann, daß wir hier bald zu einer besseren Situation kommen werden. Im übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Kohlenwirtschaft nunmehr so weit konsolidiert ist, daß an irgendeine Schließung nicht gedacht ist, es sei denn eine Schließung, die sich aus einem Auskohlen ergibt, die naturgegeben ist, die also von uns nicht beeinflußt werden kann. Wir werden auf dieser Basis weiterarbeiten können.

Ich möchte auch die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Verwendung von Braunkohle einen steigenden Anteil genommen hat und daß die Differenz zwischen 1967 und 1968 sogar — allerdings mag das ein Trugbild sein,

weil das ja immer nur in einer weiteren Sicht gesehen werden kann und nicht auf ein Jahr abgestimmt — um 73 Prozent zugenommen hat; 1967 waren es 27,5, 1968 36,9 Prozent der verwendeten Energien. Ich glaube also, daß damit immerhin eine weitgehende Verwendung der Kohle auch in den kalorischen Werken dargestellt werden kann. Ich hoffe, daß dies so bleiben wird. Im übrigen glaube ich, daß wir bezüglich der Kohle in absehbarer Zeit keine weitere Sorge hinsichtlich eventueller Schließungen haben müssen.

Was die Frage der Bergbauförderung anlangt, darf ich darauf hinweisen, daß die GKB von dem Gesamtbetrag von 66 Millionen — ich nenne runde Ziffern — 35 Millionen Schilling bekommen wird, die LAKOG 22,4 Millionen Schilling. Wir können nur die Hoffnung haben — das ist noch nicht entschieden, weil die Verkäufe noch nicht erfolgt sind —, daß die Abverkäufe anlässlich der Liquidation wieder Beträge bringen werden und daß diese Beträge dann frei werden für andere weitere Vorhaben. Das kann man aber heute noch nicht sagen. Jedenfalls ist der Betrag von 22,4 Millionen festgesetzt, für die SAKOG mit 3 und für die WTK mit 5,6 Millionen. Wir haben also die Möglichkeit, sollten sich die Abverkäufe weiter verbessern, doch zu einer besseren Position zu kommen. Für den Buntmetallbergbau sind 11,2 Millionen vorgesehen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß voriges Jahr durch die enormen Schließungskosten der LAKOG eine weitgehende Ausschöpfung erfolgen mußte. Die Überziehungen waren ja diesem Projekt vorbehalten und haben daher ihre Notwendigkeit gehabt.

Zur Frage des Fremdenverkehrs wurden von verschiedenen Rednern Fragen gestellt beziehungsweise Vorschläge gemacht. Darf ich vielleicht eine an sich kleine Sache mitteilen. Es wurde vom Herrn Kollegen Pay reklamiert, daß die Ischler Theaterwochen nicht oder nicht genügend subventioniert wurden. Die Beträge lauten: 1966 30.000 S, 1967 einmal 50.000 und das andere Mal 20.000 S; das sind 70.000 S, 1968 20.000 S. Es wurden also die Beträge tatsächlich bezahlt. Es ist im Budget seit jeher so gewesen, daß Beträge unter 100.000 S nicht separat ausgewiesen werden, es sei denn, daß andere Ministerien beteiligt sind. Es sind also die Ischler Theaterwochen entsprechend berücksichtigt worden.

Ich möchte der Ordnung halber sagen — Sie ersehen es ja ohnehin aus dem Budget —, daß beim Titel Öffentlichkeitsarbeit bei mir eine Senkung von 3 Millionen auf 1,5 Millionen vorgenommen wurde. Wir haben auch heuer diesen Betrag nicht ausgeschöpft. Ich glaube aber nicht, daß mit diesem Betrag sehr wesent-

10438

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer

liche andere Vorhaben hätten gestützt werden können. Wir haben also eine drastische Herabsetzung vorgenommen.

Nun zu der Frage des Fremdenverkehrs an sich. Meine Damen und Herren! Selbstverständlich kennen wir die Sorgen des Fremdenverkehrs. Ich möchte auch gar nicht sagen, daß das nur eine Frage der Kompetenz beziehungsweise eine Frage der Verfassung ist. Aber wenn man die Verfassung änderte und die Zuständigkeit der Länder nunmehr als Bundeszuständigkeit erklärte, muß ich Ihnen folgendes mitteilen: Ich habe die Frage nur in einem Punkt, nämlich bei der Fremdenverkehrsförderung, mit den zuständigen Ländervertretern erörtert und bin auf eine völlige Ablehnung gestoßen. Es war die Auffassung der Länder — und sie hat viel für sich —, daß, wenn man die Zuständigkeit der Länder beläßt, hier wesentlich mehr zusätzliche Mittel freigesetzt werden, als wenn man die Bundeszuständigkeit festlegen würde, weil dann die Initiativen aus den Ländern nicht mehr in diesem Maß kommen würden. Ich habe also einen solchen Versuch gestartet. Ohne entsprechende Zustimmung der Bundesländer würde ja ein solches Vorhaben keinen Sinn haben. Selbstverständlich käme dann wieder die Frage des Finanzausgleiches zur Diskussion, weil ja derzeit für diese Zwecke im Finanzausgleich Mittel vorgesehen sind, die dann natürlich geändert werden müßte.

Ich möchte mich sehr kurz fassen und nicht in Details eingehen, das würde viel zu weit führen. Ich stehe den Interessenten zu einer Aussprache in dieser Frage, wenn sie es wünschen, zu jeder Zeit gerne zur Verfügung: Ich bitte das mit meinem Büro abzuklären. Ich bin dann im Jänner jederzeit bereit, darüber genau und detailliert Auskunft zu geben. Selbstverständlich hat eine Konzeption eine Voraussetzung, und daran scheitert es ja und nicht an der Frage des mangelnden Willens, daß immer, wenn ein solches Konzept vorgelegt wird, selbstverständlich auch gefragt wird: Wo sind die Mittel, um das, was notwendig ist, zu tun? Ich darf hier nur ein Wort sagen: die Frage der Subventionierung der Schwimmbäderaktionen, sei es auf Basis Zinsenzuschuß oder Teilzuschüsse. Wenn Sie wissen, was so ein Schwimmbad kostet, werden Sie verstehen, daß aus den derzeitigen Budgetmitteln so etwas einfach nicht gemacht werden kann, weil wir die Mittel dazu nicht haben, obwohl selbstverständlich diese Schwimmbäderfrage eine sehr wichtige Angelegenheit wäre.

Was die Reisebüros anlangt, darf ich Ihnen mitteilen, daß Reisebüros von gewissen Ländern in größerem Ausmaß heran-

gezogen werden, daß aber zum Beispiel in der Bundesrepublik festgestellt werden konnte, daß die Anzahl der mit Reisebüros Reisenden sehr rückläufig ist und heute rund 20 Prozent ausmacht. Das ist eine Ziffer, die wir aus der Bundesrepublik haben, ich kann sie nicht näher überprüfen. Tatsächlich aber ist die Zahl der Einzelreisenden aus der Bundesrepublik bedeutend im Ansteigen.

Der Ordnung halber möchte ich aber auch noch sagen: Die Subventionierung eines Pfarramtes erfolgte im Zusammenhang mit einer Hilfe in denkmalschützerischer Angelegenheit, die soweit nicht in die Kompetenz des Herrn Unterrichtsministers gefallen ist. Wir haben also hier nicht direkt ein Pfarramt subventioniert, sondern einer denkmalähnlichen Angelegenheit geholfen.

Was nun die Frage der einzelnen Mittel anlangt, die die Bundesländer aufbringen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß allein das Bundesland Tirol rund 50 Millionen Schilling für Fremdenverkehrsmittel aufgebracht hat; also eine gewaltige Summe. Natürlich könnte man nun einfach addieren und sagen: Wenn wir alle diese Beträge zusammen nehmen, plus den Mitteln, die wir vom Bund her geben, ergibt das eine erkleckliche Summe. Ich wiederhole aber nochmals, daß die Bundesländer das abgelehnt haben und auch der ausdrücklichen Meinung waren und damit auch argumentiert haben, daß jene Initiativen, die solche Mittel freisetzen könnten, dadurch verlorengehen würden. Ich habe mich also in dieser Frage bereits bemüht, habe aber diese Antworten bekommen.

Was nun die Frage der Holzimporte aus den Oststaaten anlangt — ich glaube, der Herr Kollege Meißl hat diese Frage angeschnitten, ich kann das aber nicht mehr mit Gewißheit sagen —, darf ich darauf antworten: sie sind nicht liberalisiert, und wir stimmen diese Importsummen immer ab a) nach der inländischen Situation und b) nach den Notwendigkeiten des Marktes. Natürlich ist es immer so, daß man bei Handelsvertragsverhandlungen mit den Ostländern, soweit noch Kontingente in Frage kommen, gewisse Wünsche der Ostländer berücksichtigen muß, daß wir das aber niemals so weit machen, daß die inländische Produktion in zu arge Schwierigkeiten käme. Ich gebe zu, daß das immer zu gewissen Schwierigkeiten führt. Es war aber so, und es gibt dafür keine andere Lösung, solange wir es mit Staaten zu tun haben, die eine zentrale Kommandowirtschaft haben.

Was nun die Frage der Regionalpolitik anlangt, so darf ich darauf hinweisen, daß

Bundesminister Mitterer

es im wesentlichen darauf ankommt, neue Betriebe zu bekommen. Wir werden uns sehr bemühen müssen, aus verschiedenen kapitalstarken Ländern Impulse zu bekommen und Neugründungen hereinzunehmen. Ein Kollege von der sozialistischen Fraktion — ich weiß jetzt nicht, welcher Herr das gesagt hat — hat ja darauf hingewiesen. Sollten sich hier Schwierigkeiten ergeben, bitte mir das persönlich mitzuteilen. Ich werde mich sehr dafür einsetzen, daß jede solche neue Niederlassung selbstverständlich wärmstens unterstützt wird, weil wir der Auffassung sind, daß man sich heute nicht mehr regional, aber auch nicht national abschirmen kann, sondern man alles tun muß, Kapitalinvestoren — wo immer sie herkommen — entsprechend zu helfen beziehungsweise alle Voraussetzungen zu schaffen, damit sie diese Investitionen vornehmen.

Ich werde mich diesbezüglich im Frühjahr mit der Schweiz und auch mit Amerika ins Einvernehmen setzen und dort dafür werben, daß wir diese Betriebe hereinbekommen. Andere Länder, wie Belgien, haben das vor einigen Jahren mit Erfolg getan. Sicher ist unsere geographische Lage schwieriger; wir werden das aber trotzdem betreiben.

Zur Frage Wasserwirtschaftsangelegenheit — das ist nicht mein Ressort, ich kann also dazu nichts antworten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß das, wie gesagt, in ein anderes Kapitel fällt.

Zur Frage Silberbergbau, die hier angeschnitten wurde: Im Moment habe ich, wie ich dargelegt habe, aus den Mitteln der Bergbauförderung kein Geld zur Verfügung. Wenn wir auf diesem Sektor etwas Entspannung bekommen, bin ich gerne bereit, auch hier helfend einzutreten, wenn sich das Vorhaben als lohnend herausstellen sollte.

Zur Forschungsförderung, die Frau Abgeordnete Dr. Firnberg erwähnt und darüber gestern ausführlich gesprochen hat: Ich gebe ihr völlig recht und, verehrte Frau Doktor, ich habe nicht gesagt: Ich bin mit der Summe zufrieden. Ich habe festgestellt, es ist die einzige Post, die wenigstens nennenswert erhöht worden ist; nennenswert, bezogen auf den Vorjahresansatz und nicht bezogen auf die Notwendigkeiten. Sie haben natürlich recht, daß dies noch viel zuwenig ist und daß wir jedes Jahr immer wieder mehr aufstocken werden müssen, um zu Beträgen zu kommen, wie sie auch andere Länder bei ihren Förderungsmaßnahmen haben. Sie haben hier Perzentsätze genannt. Sicher wird es nicht genügen, wie dies in den besten Fällen der Fall ist, aber ich glaube, wir werden hier sehr wesentlich mehr tun müssen. Ich gebe

Ihnen völlig recht, wenn Sie sagen, zwischen der Forschung und den Relationen der Wirtschaftspolitik bestehe ein sehr enger Zusammenhang.

Auch die Patentanmeldungen des Auslands weisen ja deutlich darauf hin, was hier geschieht. Wir importieren geistiges Gut, anstatt es selber zu schaffen. Das ist sicher keine erfreuliche Situation.

Ich darf aber nur darauf hinweisen, daß es gelungen ist, diesen Ansatz, gemessen am Vorjahr, doch wesentlich zu erhöhen. Natürlich sind die Anforderungswünsche wesentlich höher gewesen. Es war mit Rücksicht auf die Knappheit der Geldmittel leider nicht möglich.

Ich möchte aber nur eines bitten, Frau Doktor: Unterstellen Sie mir doch nicht, ich hätte den Bericht, den wir geliefert haben, überhaupt nicht gelesen. Ich habe ihn wirklich gelesen! Ich habe auch das Gutachten über die Frage des Energieplanes des Professors Musil gelesen — das ist ein sehr dickes Buch — und auch studiert. Ich befasse mich also wirklich sehr, sehr intensiv damit. Ich unterschreibe nichts, was ich nicht gelesen habe. Ich darf bitten, daß Sie mir das glauben. Ich kann Sie nicht dazu zwingen, aber ich möchte bitten, daß Sie es glauben! (Abg. Dr. Hertha Firnberg: *Das war aus Ihrer gestrigen Rede nicht zu entnehmen, Herr Minister!*) Verehrte Frau Doktor! Ich wurde hier gestern so stark angegriffen und konnte daher nur die einzelnen Punkte erwähnen. Ich konnte daher darüber nichts Näheres sagen. Ich möchte noch einmal wiederholen — und ich nehme an, daß Sie mir nun glauben —, daß ich den Bericht sehr wohl gelesen habe.

Über die Frage, die der Herr Abgeordnete Dkfm. Androsch angeschnitten hat, möchte ich doch auch noch einiges sagen: Zur Frage der Außenhandelspolitik überhaupt: Die gemeinsame Linie, Herr Abgeordneter, wurde nicht verlassen. Wir haben 1961 einen Antrag an die EWG gestellt. Der steht heute nach wie vor noch zur Diskussion. Er ist weder zurückgezogen noch moduliert worden.

Jetzt muß ich Ihnen dazu etwas sagen: Ich glaube, Sie waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht hier im Hause oder Sie waren damals erst Mitarbeiter der sozialistischen Fraktion. Sie waren hier im Büro, aber noch nicht Abgeordneter. Aber ich glaube, Sie werden es erfahren haben. Ich war selber in einer solchen Delegation, ich war der Delegationsleiter. Wir waren in Brüssel. Einige Ihrer Herren waren dort und einige unserer Herren, ich glaube, auch der Kollege Peter,

10440

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer

Damals hat niemand geringerer als der heutige Präsident Rey genaue Daten genannt, wann er sich vorstellt, daß wir den Vertrag besonderer Art bekommen werden. Ich möchte ausdrücklich sagen: Nicht wir haben dieses Datum genannt, sondern er! Ich rufe bitte alle als Zeugen dafür an, die damals dabei waren. (*Abg. Peter: Im November 1966!*) — Ja, das war im Jahr 1966. Ich habe das nur festgestellt. Es war also im Jahre 1966, ich kann mich nicht mehr an das genaue Datum erinnern. Er hat damals genau die Daten genannt. Das ist kein Vorwurf für ihn; auch er konnte nicht voraussehen, daß sich inzwischen die Situation durch den forcierten Beitrittswunsch Englands wesentlich geändert hat. Man konnte nicht das italienische Veto voraussehen. Das sind also Dinge, auf die wir keinen Einfluß nehmen konnten, die aber die ganze Situation sehr wesentlich geändert haben.

Ich glaube daher, man kann nicht sagen: Wieso ist nicht das oder jenes geschehen, weshalb hat man etwas versprochen? Diese Entwicklungen konnte niemand voraussehen. Wenn ein so versierter und erfahrener Mann wie Rey schon Daten in so naher Zukunft genannt hat, dann kann man wohl uns nicht zum Vorwurf machen, wenn wir an diese Daten geglaubt haben. Die Verhandlungen wurden ja geführt und waren sehr weitgehend entwickelt.

Nun sagen Sie: In der Regierungserklärung wurde eine zügige Verhandlung zugesagt. Wir haben alles getan, Herr Abgeordneter! Das muß ich hier in dem Haus wirklich klar und deutlich deponieren: Wir haben alles getan, um sowohl mit der Behörde als auch mit den einzelnen EWG-Ländern ununterbrochen in Kontakt zu bleiben und unsere Vorschläge zu präsentieren. Am Schluß Ihrer Rede haben Sie aus Ihrem Programm vorgelesen, daß man Zollerleichterungen fordern soll. Ja, Herr Kollege, das haben wir ja gefordert. Das haben wir ja vorgeschlagen. Aber leider ist jeder dieser Vorschläge auf Ablehnung gestoßen, weil derzeit innerhalb der EWG über die Modalitäten der Beitrittswünsche der verschiedenen Länder leider keine Einigung herbeizuführen ist. Sie kennen die Gründe, ich brauche sie hier nicht näher auszuführen.

Ich habe soeben ein Fernschreiben des Inhalts bekommen, daß die Vorschläge, die zuerst Harmel gebracht hat, von den Franzosen abgelehnt wurden, daß nunmehr aber die französischen Vorschläge wieder von der anderen Seite abgelehnt wurden. Man war sich nicht klar darüber, ob überhaupt nur die

vollbeitrittsfähigen Länder in Verhandlung gezogen werden können, oder auch die anderen Länder, was wir gewünscht haben.

Daß die Politik nicht so falsch war, meine Damen und Herren, das darf ich hier mit einem klaren Beispiel untermauern. Auch die Schweiz, die trotz einer anderen Struktur ihres Außenhandels, nämlich ihres sehr gefächerter Außenhandels, an einem Beitritt nunmehr ein großes Interesse hat, weil auch sie schön langsam die Diskriminierung sehr fühlbar zu spüren bekommt, ist hier praktisch nicht weitergekommen. Auch andere Länder sind nicht weitergekommen. Es stehen praktisch alle EFTA-Staaten bei der EWG vor der Tür angestellt. Wir sind daher durchaus nicht die einzigen, wie man sagt, die nicht zum Ziele kommen, während andere es besser gemacht hätten. Es sind nun einmal die Schwierigkeiten innerhalb der EWG heute vorhanden, über die Sie ja genauso informiert sind oder zumindest wesentlich informiert sind, und worüber ich Ihnen nichts Neues sagen muß.

Wenn sich also die Prämissen geändert haben, wie ich es erwähnt habe, dann können Sie nicht auf der anderen Seite — das heißt Sie können es, aber ich kann es widerlegen — mir vorhalten, ich hätte vor zwei Jahren hier im Parlament dieses und jenes gesagt. Jawohl, ich bin der Meinung, daß es notwendig ist und daß es notwendig bleiben wird, daß wir uns in diesem großen Raum integrieren und nicht am Rande stehen bleiben. Denn wenn es auch sehr gut war, daß wir uns innerhalb des EFTA-Handels entwickelt haben, so muß ich es ganz kategorisch zurückweisen, daß wir uns nicht bemüht hätten, im EFTA-Raum aktiv zu sein. Schauen Sie sich die Ziffern mit England und mit der Schweiz an, dann werden Sie das Gegenteil klar feststellen können. Wir wollen uns trotz dieser Entwicklung in dem größeren Raum integrieren, im Rahmen unserer Möglichkeiten und der bestehenden Verträge, des Staatsvertrages und der Neutralität. Aber wir werden uns selbstverständlich genauso wie die Schweiz für diese Frage interessieren. Wir sind ununterbrochen daran, mit den einzelnen Ländern und mit der Behörde zu verhandeln.

Aber es ist doch bei der EWG heute so, daß man auch Vereinbarungen mit einem Land, selbst wenn es diese Vereinbarung akzeptieren würde, erst dann gültig abschließen kann, wenn die Behörde ihre Sanktion dazu gibt. Das ist immer wieder die Schwierigkeit, auf die wir jedesmal und immer wieder stoßen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang — das hat man vielleicht gar nicht aus den

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

10441

Bundesminister Mitterer

Debatten herausgehört — jenen hervorragenden Leuten, die wir eingesetzt haben — ob das jetzt unser Botschafter in Brüssel war oder aber unsere anderen Mitarbeiter —, für diesen sehr schweren Schützenlochkrieg — wenn ich so sagen kann, der also ohne Erfolgsmeldungen vor sich geht, der aber geführt werden muß — sehr herzlich danken, daß sie ihr Bestes in dieser Richtung tun. (*Beifall bei der ÖVP. — Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Sie haben die Schweiz angeführt, die im Überseehandel sehr wesentlich aktiv ist. Das stimmt, da haben Sie völlig recht. Wenn Sie aber ihre Warenstruktur anschauen, die Produktstruktur, so wissen Sie genau, weshalb das der Schweiz wesentlich leichter fällt als Österreich. Das war so, und das kann man ja nicht über Nacht ändern. Die Schweizer haben sich seit Jahrzehnten auf gewisse Fertigprodukte konzentriert. Wir haben am Anfang — wie es sehr schön geklungen hat — sehr viel Grundstoffindustrien und haben sie auch sehr subventioniert und gefördert. Heute hat die Schweiz ein gefächertes Programm und ein Produktionsprogramm, das auch in Übersee immerhin eine starke Nachfrage aufweist. Ich glaube also nicht, daß man sagen kann, wir haben nichts oder zuwenig getan. Wir haben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, die nun einmal durch die von mir geschilderten Ereignisse leider sehr eingengt sind, das Bestmögliche getan, und wir waren ununterbrochen daran, das zu fördern.

In der EFTA, deren Vorsitz ich ja bis zum Ende dieses Jahres habe, haben die Vertreter aller Länder, die es wissen müssen, gesagt, daß sie mit uns sehr gut zusammenarbeiten und daß sie anerkennen müssen, daß wir uns bemüht haben, den EFTA-Handel, soweit es geht, auszuweiten. Das haben die betroffenen Länder gesagt und nicht etwa ich oder irgend jemand aus dem Ministerium. Auch das wollte ich Ihnen zur Kenntnis bringen. Sie können die Richtigkeit dieser Behauptung jederzeit in den Protokollen nachlesen. Ich glaube, man kann auch das nicht so leicht behaupten.

Was den Osthändel anlangt, so habe ich mich weiß Gott bemüht. Ich bin nicht nur überall hingefahren und habe die Kontakte wieder angeknüpft, sondern wir haben auch die wirtschaftlichen Vereinbarungen getroffen. Die Konsequenzen daraus haben Sie erst vor wenigen Tagen gesehen in unserer Kooperation mit der Sowjetunion. Wir haben vor — ich habe es schon erwähnt —, im Frühjahr auch mit dem Westen solche Kontakte aufzunehmen, und ich hoffe, daß sie zu guten Ergebnissen führen werden. Ich glaube, mehr

kann man nicht tun, als praktisch Tag und Nacht dahinter sein, um dem österreichischen Außenhandel die Möglichkeiten zu geben.

Und was nun die Behinderungen anlangt: Ich glaube, Herr Kollege Androsch, da darf ich sagen — das ist absolut nicht überheblich —, Alter ist kein Vorrecht, sondern eben eine Erscheinung, die jeder über sich ergehen lassen muß. Wenn man wie ich 40 Jahre selber im Außenhandel tätig war, dann weiß man weiß Gott, was für Schwierigkeiten im Außenhandel sind, und mir kann niemand nachsagen, daß ich ein Freund bürokratischer Hemmnisse bin. Wo es möglich ist, solche Hemmnisse abzubauen, werde ich es weiß Gott tun, darauf können Sie sich verlassen.

Am Schlusse möchte ich noch auf etwas hinweisen, was Sie erwähnt haben, nämlich bezüglich der Lizenzabgabe für die Ölküchen. Wir werden in den nächsten Tagen eine andere Lösung für diese Frage finden, die GATT-konform ist, und damit für die Betriebe, wenn es auch noch ein paar Wochen dauern wird, bis wir die nötigen Maßnahmen getroffen haben, eine Gefahr aus den Retorsionsmaßnahmen der Amerikaner abwenden. Sie können versichert sein, ich war mit diesen Fragen sehr befaßt und habe nicht geschlafen, sondern alles getan, um diese sehr unangenehme Erscheinung abzuwenden.

Ich muß allerdings sagen, daß wir heute in verschiedenen Ländern dort und da Retorsionsmaßnahmen dieser Art, aber auch anderer Art feststellen müssen. Sie können sich vorstellen, meine Damen und Herren, was die Maßnahmen Englands für uns bedeuten. Zugegeben, sie sind — nun, wir werden es erst prüfen — GATT-konform, aber sie sind im Effekt ein Nachteil für ein kapitalschwaches Land. Ein kapitalstarkes Land kann durch Kreditgewährung diese Zwangsanleihe, die nun in England etabliert wurde, bei Importen überbrücken. Wir können das viel schwerer. Trotzdem sind wir hier dabei, eine brauchbare Lösung zu finden, die unseren Exporten und unseren Exporteuren, die weiß Gott unter Schwierigkeiten ihrer Arbeit nachgehen, nicht so sehr auf den Kopf fallen wird.

Wir wissen nicht, was Frankreich noch vorhat. Inzwischen können wir feststellen, daß es Devisenbeschränkungen gemacht hat, die sich natürlich im Fremdenverkehr auswirken werden. Auch eine sehr schwierige Sache, die sicherlich zu überwinden sein wird. Ich kann aber nur feststellen, meine Damen und Herren — auch das ist nicht Optimismus gefärbt, sondern eine Realität —, daß die Anmeldungen für die Sommersaison gut sind trotz der französischen Maßnahmen, trotz eines wahrscheinlichen Rückgangs des eng-

10442

Nationalrat XI. GP. -- 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Bundesminister Mitterer

lischen Publikums — denn immerhin sind 250 Millionen Pfund, die die Engländer mehr Steuern zahlen müssen, selbstverständlich nur herauszuholen, indem die Einkommen kleiner werden, also eine Kaufkraftabschöpfung —, daß trotz dieser Maßnahmen Österreich eine gute Saison haben wird.

Ich habe es gestern schon gesagt und möchte es heute wiederholen: Wir sind bezüglich der Situation unserer Währung und unseres Außenhandels weiß Gott eines jener Länder, die von vielen anderen Ländern beneidet werden, denn es gibt heute große Länder, die viel größere Sorgen und große Schwierigkeiten haben und wahrscheinlich noch größere bekommen werden, denn mit der Polizei, wie man es dort und da in einem Land versucht, ist ja diese Ökonomie nicht immer mit Erfolg zu bekämpfen.

Ich möchte noch zum Schlusse, meine Damen und Herren — es wurde gestern sehr stark bezweifelt und auch durch Zwischenrufe zum Ausdruck gebracht —, nur sagen, daß die Realeinkommen, und zwar je Einwohner, je Erwerbstätigen, Sie können es rechnen, wie Sie wollen, preisbereinigt, also unter Berücksichtigung der Preissteigerungen 1964/65 plus 2,3, 1965/66 plus 4,8 und 1966/67 — die Daten für 1968 liegen ja noch nicht vor — plus 4,5 Prozent waren. Ich glaube also nicht, daß das ein Indikator ist, der auf eine schlechte Wirtschaftspolitik schließen läßt.

Ich möchte abschließend nochmals sagen, meine Damen und Herren, ich bin gerne bereit, wenn Sie über verschiedene Einzelfragen mit mir diskutieren wollen, Ihnen jederzeit zur Verfügung zu stehen. Ich werde mir jedesmal die Zeit nehmen, ob das nun Fremdenverkehr, Außenhandel oder etwas anderes ist. Ich würde aber doch bitten, daß Sie die wirklich schwere Arbeit, mit der man heute solche Dinge administrieren muß, ein bißchen berücksichtigen und vielleicht dann auch mit Ihrer Kritik, die selbstverständlich nicht nur Ihr Recht, sondern wahrscheinlich auch das Salz der Demokratie ist, etwas kulanter sind und etwas toleranter sein werden. Ich aber kann Ihnen sagen, was in meiner Macht liegt, werden wir tun, um der Wirtschaft in dieser sicher nicht leichten Situation die bestmögliche Position einzuräumen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Androsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. Androsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Was die integrationspolitischen Ausführungen in dieser Debatte betrifft, möchte ich doch folgendes ganz allge-

mein feststellen, weil das charakterisiert, wie Sie selber die Situation einschätzen: Sie haben keinen einzigen Redner namhaft gemacht, der sich ausführlich mit diesem Problem beschäftigt hätte. Damit geben Sie zu, wie Sie das Problem selbst einschätzen.

Herr Minister! Ich darf feststellen, weil Sie gesagt haben, die gemeinsame Linie sei nicht verlassen worden: Ich habe nicht behauptet, daß der Antrag geändert worden wäre, aber geändert hat sich die Politik, wie man diesen Antrag verwirklichen könne. Es ist bereits in der Debatte zum Kapitel Äußeres zum Ausdruck gekommen, daß schon bei den Verhandlungen zur Bildung einer Regierung nach dem 6. März diese Forderung auf Änderung der bis zu diesem Zeitpunkt gegoltenen Maxime gestellt wurde und von den Sozialisten abgelehnt wurde.

Und wenn Sie sich darauf berufen, daß der nunmehrige Präsident der Behörde in Brüssel im November 1966 einen genauen Terminplan angegeben hat, so weise ich darauf hin, daß Äußerungen der Präsidenten — und damals war Jean Rey nicht einmal noch Präsident — natürlich nicht die Verbindlichkeit haben konnten, daß man politisch darauf aufbaut, denn es sind in erster Linie politische Fragen, die vom Ministerrat der EWG und nicht von der Kommission entschieden werden.

Der Vorwurf, den ich in diesem Zusammenhang neuerlich erheben muß, ist, daß, obwohl die Ereignisse so waren, wie Sie sie geschildert haben, Mitte 1967 auch Sie noch so optimistische Erklärungen abgegeben haben, die durch die Realitäten keineswegs mehr gedeckt waren.

Und wenn Sie meinen, daß man Zollerleichterungen nicht erreichen hätte können, so darf ich nochmals auf die Kennedy-Runde zu sprechen kommen und Sie daran erinnern, daß in einem „Wochenpresse“-Interview im Oktober des vergangenen Jahres der damals Ressortführende erklärt hat, Zollermäßigung seien nicht das, was wir brauchen; wir brauchen die Teilnahme an der Dynamik dieses großen Marktes. Das war auch der Grund, warum man etwa bei der Kennedy-Runde unsererseits nicht die PKW angeboten hat, wofür man zweifellos einiges hätte bekommen können, wie die Strategie der Schweiz und Schwedens bei der Kennedy-Runde gezeigt hat.

Freilich weiß ich, daß die Struktur der Schweiz aus historischen Gründen eine andere ist. Aber ich habe das Beispiel der Schweiz nicht deswegen gebracht, weil es in Österreich üblich ist, immer ins Ausland zu schauen und nicht an die eigene Stärke zu glauben, sondern ich habe diesen Vergleich gebracht im Vertrauen darauf, daß es uns Österreichern mög-

Dkfm. Androsch

lich sein könnte, in absehbarer Zeit eine ähnliche Struktur zu erreichen. Aber das würde voraussetzen, daß man eine andere Politik macht.

Sie haben von den Schwierigkeiten gesprochen, die in anderen Ländern größer sind, und haben auf die Einkommenssteigerungen hingewiesen. Herr Minister, die Situation ist doch so, daß es sehr davon abhängt, mit wem man sich vergleicht. Wenn man das so tut wie die ÖVP-Propaganda, daß man sich mit 87 Prozent schlechtentwickelter Volkswirtschaften vergleicht, dann kann man sehr leicht feststellen, daß wir besser liegen. Aber ich glaube, unser Ziel müßte es doch sein, uns mit den anderen westeuropäischen Industriestaaten zu vergleichen. Da besteht ein Wohlstandsgefälle, und ich glaube, es müßte unsere Aufgabe sein, dieses Wohlstandsgefälle abzubauen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun, Herr Minister, zum Abschluß noch folgendes: Sie haben in Ihrer Wortmeldung auch noch einmal die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung berührt. In diesem Zusammenhang ist mir aus Ihrem Sekretariat ein Papier zugekommen, das Sie sicherlich kennen werden (*Abg. Dr. Gorbach: Euler!*), und um alle Mißverständnisse von vornherein auszuschalten und keine Assoziationen zum Fall Euler aufkommen zu lassen, Herr Bundeskanzler (*Bundesminister Mitterer: Das ist auf meinen Wunsch geschehen! Das ist kein Fall Euler! Ich habe keinen!*): Dieses Papier ist uns auf dem normalen Dienstweg zugekommen.

Es heißt in diesem Schreiben mit dem Titel „Gesamtbeurteilung des Entwurfes der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1968“ in der Einleitung: „Die im Entwurf beiliegende Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1968“, ... und dann wird ein internationaler Vergleich durchgeführt.

Dann gibt es einen Punkt „II. Voraussichtliche wirtschaftliche Folgen“, der mit folgendem Satz und mit folgender Beurteilung schließt: „Die von der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1968 gebotene Verbraucherinformation kann daher wirtschaftlich nur in Verbindung mit der gegebenen politischen Situation gerade noch gerechtfertigt werden.“ Vielleicht war mit dieser politischen Situation, Frau Abgeordnete Solar, die Initiative, die die Sozialistische Partei gerade auf diesem Gebiet des Lebensmittelrechtes unternommen hat, gemeint.

Unter „III. Verhältnis zum Entwurf einer 2. Lebensmittelgesetznovelle 1968“ wird dann wörtlich ausgeführt:

„Der Referentenentwurf des Sozialministeriums für eine Novelle zum Lebensmittelgesetz deckt sich im Umfange hinsichtlich der Lebensmittelkennzeichnung im wesentlichen mit dem beiliegenden Verordnungsentwurf des Handelsministeriums. Während die beabsichtigte Verordnung des Handelsministeriums sofort erlassen werden und trotz ausreichender Übergangsfrist noch während dieser Legislaturperiode wirksam werden könnte, wäre der Preis für die Schaffung einer bloßen Verordnungsermächtigung im Rahmen des Lebensmittelgesetzes eine unausgereifte Teilnovelle, welche der Opposition die Möglichkeit gibt, ihre Gesamtreform des Lebensmittelrechtes und ihre Kritik an der Kennzeichnung der Lebensmittel neuerlich hochzuspielen.“

Wir sind der Meinung, daß man den Schutz der Konsumenten gar nicht hoch genug spielen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es heißt dann weiter:

„Im Parlament stünde einem von der Opposition bereits deponierten Entwurf eines neuen und umfassenden Lebensmittelgesetzes die Novelle von drei Paragraphen des geltenden Lebensmittelgesetzes gegenüber, ...“

Sie haben also selbst das Gefühl gehabt, daß das ein für Sie ungünstiger Vergleich wäre.

Und dann wird unter Punkt „IV. Schlußfolgerung“ davon gesprochen, daß eine Generalreform des Lebensmittelrechts in Angriff genommen werden soll. Wörtlich heißt es:

„Auszugehen wäre von einem sofort und kurzfristig auszuarbeitenden Entwurf eines neuen Lebensmittelgesetzes. Gegebenenfalls könnte auch vom Entwurf der Opposition aus gegangen werden.“

Frau Abgeordnete Solar! Darf ich Sie daran erinnern, daß das die Beurteilung des Handelsministeriums ist und daß Sie vorgestern bei der ersten Lesung zum Lebensmittelgesetzauftrag der Sozialisten unter anderem folgendes gesagt haben:

„Wir lehnen jedoch diesen Initiativantrag im Interesse — und jetzt hören Sie zu — der Konsumenten ab, weil er mindestens um ein Jahr zu spät im Hause eingebbracht wurde.“ So heißt es wörtlich. (*Abg. Lola Solar: Ein Jahrzehnt, habe ich gesagt!*) Es heißt wörtlich „zu spät eingebbracht wurde“, aber offensichtlich wurde er noch rechtzeitig genug eingebbracht, um als Ausgangsbasis für die Arbeit der Regierung zu dienen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dann haben Sie davon gesprochen, daß dieser Entwurf untauglich wäre. Ich kann nur wiederholen: Er ist offenbar tauglich,

10444

Nationalrat XI. GP. — 123. Sitzung — 13. Dezember 1968

Dkfm. Androsch

als Ausgangsbasis für die Regierungsarbeit zu dienen.

Und dann sagen Sie: „Somit ist die Arbeit im Ministerium dem Initiativantrag der Sozialisten bereits weit vorausgeileilt...“. Wenn sich aber die Arbeiten erst auf diesen Initiativantrag stützen, so möchte ich gern wissen, wie es zeitlich möglich war, daß die Arbeiten im Ministerium ihm vorausgeileilt sind.

Wenn ich das „Volksblatt“ vom 13. Dezember, also von heute, zur Hand nehme, so findet sich auf Seite 3 ein Bild aus dem Parlament mit dem Untertitel: „Erheiterung auf der ÖVP-Seite gab es gestern einige Male bei dem Kampf der ‚Amazonen‘ über den sozialistischen Lebensmittel-Initiativantrag“.

Über den Stil dieses Untertitels brauche ich mich weiter nicht zu äußern. (*Zwischenruf der Abg. Lola Solar.*) Ich habe vielmehr den Eindruck, Frau Abgeordnete Solar, daß hier ein Kampf der politischen Lemuren im Gange ist, und ich bedaure nur, daß man Sie so uninformatiert gelassen hat, daß Sie diese Rede vorgestern gehalten haben und hinter den Kulissen sich tatsächlich das abspielt, was in dieser Gesamtbeurteilung zum Ausdruck kommt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich möchte daher abschließend an den Herrn Ressortminister folgende Fragen stellen:

Herr Minister! Wer hat über welchen Auftrag in Ihrem Ministerium diese Gesamtbeurteilung ausgearbeitet?

Dann möchte ich Sie fragen: Sehen Sie die Funktion Ihres Ministeriums darin, solche Papiere auszuarbeiten?

Und schließlich: Meinen Sie, Ihre Ressortführeraufgabe so verstehen zu können, daß Sie auf diese Weise gegen ein modernes Lebensmittelgesetz arbeiten? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe IX beendet. (*Rufe bei der SPÖ: Wo bleibt die Antwort? — Abg. Dr. Gorbach: Kommt schriftlich!*)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ange nommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Freitag, den 13. Dezember, um 13.30 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (990 und Zu 990 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1969 (1040 der Beilagen): Spezialdebatte über die Beratungsgruppe V. Diese umfaßt Kapitel 30: Justiz.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluf der Sitzung: 13 Uhr 20 Minuten